

Kurznachrichten 669

Textteil

Grundlagen und Daten der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 673

Erhebungen für besondere Zwecke — Ein neues Instrument der amtlichen Statistik 687

Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser 693

„Singles“ — Versuch einer Beschreibung 703

Wohngeld 1989 709

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988 716

Auszubildende 1989 725

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989 . . 730

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 1990 736

Preise im September 1990 743

Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge 747

Tabellenteil

Übersicht 379*

Statistische Monatszahlen 380*

Ausgewählte Tabellen 394*

Herausgeber
Statistisches Bundesamt

Verlag
Metzler-Poeschel, Stuttgart

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf den vor dem 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland; diese Angaben schließen Berlin (West) ein.

Contents	Page
News in brief	669
Texts	
Bases and data of the elections to the 12th Bundestag on 2 December 1990	673
Surveys for special purposes — A new instrument of official statistics	687
New federal statistics on hospitals	693
"Singles" — An attempt at description	703
Housing allowances, 1989	709
Labour costs in wholesale and retail trade, banking and the insurance business, 1988	716
Apprentices, 1989	725
Public service personnel on 30 June 1989	730
Public finance in the first half of 1990	736
Prices in September 1990	743
List of the contributions published in the current year	747

Tables

Summary survey	379*
Monthly statistical figures	380*
Selected tables	394*

Unless otherwise stated, data relate to the territory of the Federal Republic of Germany as before 3 October 1990; they include Berlin (West).

Table des matières	Pages
Informations sommaires	669
Textes	
Bases et données relatives aux élections du 12 ^e Bundestag au 2 décembre 1990	673
Enquêtes à buts spéciaux — Un nouvel instru- ment de la statistique officielle	687
Nouvelle statistique fédérale sur les hôpitaux	693
»Singles« — essai d'une description	703
Allocations de logement en 1989	709
Coût de la main-d'œuvre dans le commerce de gros et de détail, dans les institutions de crédit et les assurances en 1988	716
Apprentis en 1989	725
Personnel du service public au 30 juin 1989	730
Finances publiques au premier semestre de 1990	736
Prix en septembre 1990	743
Liste des contributions publiées dans l'année en cours	747

Tableaux

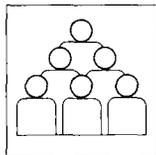
Résumé	379*
Chiffres statistiques mensuels	380*
Quelques tableaux sélectionnés	394*

Sauf indication contraire, les données se rapportent au territoire de la République fédérale d'Allemagne, situation avant le 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus.

Kurznachrichten

Notizen

Neue Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes

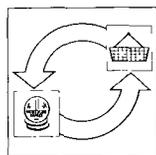


Seit dem 4. Oktober 1990 hat das Statistische Bundesamt eine neue Zweigstelle am Alexanderplatz in Berlin. Bei den dort tätigen Bundesstatistikern handelt es sich vorwiegend um Mitarbeiter des ehemaligen Statistischen Amtes der DDR, die in den Bundesdienst übernommen wurden.

Der größere Teil des einstigen Statistischen Zentralamtes der DDR mit den statistischen Ämtern in den bisherigen Bezirken und Kreisen wird seit dem gleichen Termin nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages für eine Übergangsfrist als gemeinsames statistisches Amt der neu einzurichtenden Länder weitergeführt, bis statistische Ämter in den neuen Ländern handlungsfähig sind. Ebenso wird das zuständige Datenverarbeitungszentrum Statistik als Teil dieses gemeinsamen statistischen Amtes zunächst weitergeführt.

Bereits in den vergangenen Monaten gab es — wie an dieser Stelle schon berichtet — intensive Arbeitskontakte mit dem ehemaligen Statistischen Amt der DDR, um einen möglichst reibungslosen Übergang der Aufgaben der amtlichen Statistik zu sichern. Seit dem 3. Oktober 1990 gelten nunmehr die bundesstatistischen Rechtsgrundlagen, soweit der Einigungsvertrag nichts anderes vorsieht, auch für das Gebiet der neuen Bundesländer. Aufgabe der Zweigstelle Berlin-Alexanderplatz wird es sein, ausgewählte zentrale Bundesstatistiken, wie zum Beispiel die Außenhandelsstatistik, für dieses Gebiet zu erheben und aufzubereiten und die neuen Statistischen Landesämter bzw. das gemeinsame Länderamt bei der Ein- und Durchführung der Bundesstatistiken zu unterstützen.

Sozialproduktsberechnung für die ehemalige DDR



Für das Sozialprodukt als dem wichtigsten wirtschaftlichen Leistungsindikator einer Volkswirtschaft im zeitlichen Vergleich

(Zuwachsrates des realen Bruttosozialprodukts) wie auch im regionalen Vergleich (Sozialprodukt je Einwohner oder je Erwerbstätigen) sind nach der Wende in der DDR besonders rasch und nachdrücklich vergleichbare und aktuelle Zahlen gefordert worden. Als Grundlage für den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung sollen bereits in der ersten Januar-Hälfte 1991, gemeinsam mit den bisher üblichen Berechnungen, inhaltlich vergleichbare Sozialproduktsdaten für die ehemalige DDR für die zweite Jahreshälfte 1990 und das Jahr 1990 vorgelegt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, wurde ein Arbeitskreis „Sozialproduktsberechnung der DDR“ eingerichtet, der bisher dreimal tagte. Zunächst waren darin das Bundesministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Wirtschaft der DDR, das Statistische Amt der DDR und das Statistische Bundesamt vertreten. In der letzten Sitzung nahmen auch das Bundesministerium der Finanzen und die Deutsche Bundesbank teil. Von Beginn an war in diesem Arbeitskreis klar, daß das Sozialprodukt der DDR nach den westlichen Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, wie sie im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) bzw. im System of National Accounts (SNA) niedergelegt sind, zu berechnen und für das ganze Jahr 1990 auch in D-Mark zu bewerten ist.

Bisher wurde in der DDR die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach dem System der materiellen Produktion aufgestellt. Danach zählt die Bereitstellung bestimmter Dienstleistungen nicht zu den produktiven Tätigkeiten und damit nicht zum Nationaleinkommen. Erste Ergebnisse einer Umrechnung auf die Konzepte des SNA sind vom Statistischen Amt der DDR für den Zeitraum 1980 bis 1989 bereits vorgelegt worden. Erläutert und kommentiert sind diese Zahlen in Heft 12 der Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“ unter dem Titel „Zur Sozialproduktsberechnung der Deutschen Demokratischen Republik“. In diesen Umrechnungen konnten noch nicht alle konzeptbedingten Abweichungen beseitigt werden.

Wichtigste Stütze der Sozialproduktsberechnung ist nunmehr die Entstehungsrechnung. Anders als bisher

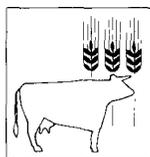
kann infolge der Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen das Sozialprodukt über die Verwendungsseite nicht mehr zuverlässig berechnet werden. Die Entstehungsrechnung setzt u. a. Informationen über die Kostenstruktur der Wirtschaftsbereiche voraus. Diese hat sich in der DDR mit der Währungsumstellung so geändert, daß die bisherigen Kostenstrukturdaten kaum noch verwendbar erscheinen. Trotz der Bedenken von Seiten der Statistik wurde deshalb vom Arbeitskreis eine Kostenstrukturerhebung für das dritte Quartal 1990 gefordert, deren Ergebnisse noch im Dezember 1990 vorliegen sollen. Diese Vierteljahreserhebung wird in der ehemaligen DDR in praktisch allen Wirtschaftsbereichen durchgeführt, so daß zumindest Anhaltspunkte über die Kosten der Unternehmen vor und nach der Währungsumstellung am 1. Juli 1990 vorliegen und für die Sozialproduktsberechnung genutzt werden können.

Die wichtigsten Grundsätze für die Umrechnung von Angaben in Mark der DDR in D-Mark wurden auf der letzten Sitzung des Arbeitskreises im September 1990 in Berlin ebenfalls festgelegt.

Die für die Umrechnung benötigten Preisindizes für die Monate vor und nach der Währungsumstellung Mitte 1990 sind für den Preisindex der Lebenshaltung verfügbar, mit Erzeuger- und Baupreisindizes kann bis Ende 1990 gerechnet werden. Die Anfang 1991 vorzulegenden Sozialproduktschätzungen müssen also auf Preismaterial basieren, das noch unvollständig ist und das zweite Halbjahr 1990 nicht voll abdeckt. Aber auch die übrigen Basisinformationen werden zu diesem frühen Zeitpunkt nur unvollständig zur Verfügung stehen, so daß mit erheblichen Schätzungenauigkeiten gerechnet werden muß.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Abteilung III, Telefon (06 11) 75-25 21, erhältlich.

Probefragung 1990 zur Landwirtschaftszählung 1991



Zur fachlichen und organisatorischen Vorbereitung der bevorstehenden Haupterhebung zur Landwirtschaftszählung 1991

wurde im Mai 1990 eine Probefragung durchgeführt mit dem Ziel, spezifische Erkenntnisse über Verbesserungsmöglichkeiten in der Fragebogengestaltung zu erlangen, wie sie in

dieser Tiefe aus laufenden Statistiken nicht gewonnen werden können.

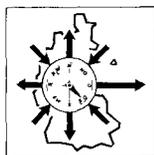
Insgesamt wurden die Inhaber und Leiter von rund 1 000 landwirtschaftlichen Betrieben — entweder schriftlich oder durch Erheber — befragt, wobei die einzubeziehenden Betriebe in der Regel nach vorgegebenen Kriterien frei ausgewählt und/oder durch direkte Anschreiben bzw. über die Gemeinden gewonnen wurden. Neben den eigentlichen Erhebungsunterlagen (Erhebungsvordruck, Hilfsblatt, Informationen und Erläuterungen) wurden den Auskunftgebenden und Erhebern inhaltlich gegliederte Antwortblätter für die Übermittlung ihrer Stellungnahme zur Verfügung gestellt, die als Grundlage für detaillierte Erfahrungsberichte dienen.

Als Ergebnis der Probefragung zur Landwirtschaftszählung 1991 ist hervorzuheben, daß sie dank der konstruktiven Mitwirkung der Befragten sowie Erhebungsbeauftragten und Gemeinden wertvolle Hinweise für die Verbesserung des Erscheinungsbildes der Erhebungsbogen sowie für die Ausgestaltung bestimmter Erhebungsmerkmale erbracht hat. Dies betrifft die Anordnung der Fragenkomplexe ebenso wie die Zuordnung der Antwortmöglichkeiten, die Führung durch den Bogen und die farbliche Abstufung bzw. Hervorhebung zwecks Verbesserung der Übersichtlichkeit, aber auch die Formulierung im Sinne kürzerer, aber dennoch treffender Fragestellungen.

Darüber hinaus führte die organisatorische Auswertung der Erfahrungsberichte von Befragten und Erhebern zu Überlegungen hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung der Begleitpapiere und zu Hinweisen, die einer Optimierung des Ablaufs der Erhebung dienen.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe VA, Telefon (06 11) 75-2836, erhältlich.

Neues Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik



In Kürze erscheint das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik, Ausgabe 1991, das am 1. Januar 1991 in Kraft treten und damit die Ausgabe 1990 dieser Systematik ablösen wird. Das Verzeichnis mit seinen künftig 10 479 neunstellig verschlüsselten Warennummern (1990: 10 436) ist für die warenmäßige Anmeldung der Einfuhren und Ausfuhren der

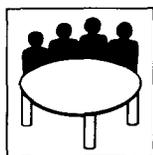
Bundesrepublik Deutschland verbindlich anzuwenden. In dieser Gliederung werden die Ergebnisse des deutschen Außenhandels auch monatlich im Rahmen der Fachserie 7 veröffentlicht. Nachgewiesen wird dabei unter der jeweiligen Warennummer der grenzüberschreitende Warenverkehr (als Spezialhandel) mit den wichtigsten Handelspartnern.

Das Warenverzeichnis für die Außenhandelsstatistik baut auf der kombinierten Nomenklatur der Europäischen Gemeinschaften auf. Sie dient gleichzeitig zolltariflichen und außenhandelsstatistischen Zwecken und stellt in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften die Minimalgliederung der nationalen Warensystematiken zur Erfassung des grenzüberschreitenden Warenverkehrs dar. Die Kombinierte Nomenklatur wiederum basiert auf dem Harmonisierten System zur Bezeichnung und Codierung der Waren des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens, das weltweit Anwendung findet.

Aufgrund ihrer Verschlüsselung ist der Ursprung der einzelnen Warenpositionen im Warenverzeichnis jederzeit erkennbar.

Verschiedene Wünsche aus Wirtschaft und Verwaltung sowie neue rechtliche Gegebenheiten haben in der Vergangenheit jährlich zu Änderungen sowohl der Kombinierten Nomenklatur als auch des Warenverzeichnisses für die Außenhandelsstatistik geführt. Für 1991 lag wiederum eine Reihe von Änderungsanträgen vor, die eine Neufassung der außenhandelsstatistischen Nomenklaturen erforderten. Zugleich wurden in diese Neufassungen einige redaktionelle Verbesserungen aufgenommen, die insbesondere zur Angleichung der verschiedenen sprachlichen Fassungen der Kombinierten Nomenklatur notwendig waren.

Konferenz über „Statistik in den Staaten Zentral- und Osteuropas“ bei der OECD



Bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris fand Mitte September 1990 eine Konferenz zum Thema „Statistik in den Staaten Zentral- und Osteuropas“ statt. Vertreter der statistischen Ämter und von Statistikkutzern wie Ministerien, Zentralbanken, Tarifpartnern aus 21 OECD-Ländern sowie aus Bulgarien, der CSFR, der DDR, Ungarn, Po-

len, Rumänien, der UdSSR und Jugoslawien, dazu eine große Zahl von Teilnehmern aus inter- und supranationalen Organisationen, diskutierten die sich in den Staaten Zentral- und Osteuropas aus dem Übergang von der zentral gelenkten Kommandowirtschaft zu Wirtschaftsformen mit mehr oder weniger starken marktwirtschaftlichen Elementen ergebenden Umstellungsprobleme für die amtliche Statistik.

Die statistischen Ämter in diesen Ländern stehen vor der zum Teil kaum lösbaren Aufgabe, kurzfristig umfangreiche Informationen zur Beobachtung und Unterstützung des Übergangsprozesses bereitzustellen und gleichzeitig den langfristig erforderlichen Neuaufbau der statistischen Infrastruktur vorbereiten zu müssen, und dies alles mit in der Regel völlig unzureichenden finanziellen und personellen Ressourcen. Dabei ist es kaum möglich, klare Prioritäten bei der Statistikerentwicklung in den Staaten Zentral- und Osteuropas zu setzen, da von den Regierungen und den sonstigen Entscheidungsträgern in diesen Staaten sehr schnell Informationen über viele Bereiche verlangt und auch dringend benötigt werden.

Aus dieser Situation heraus richteten die in der Konferenz vertretenen Delegationen aus den Staaten Zentral- und Osteuropas ihre dringende Bitte um Unterstützung bei den anstehenden Problemen an die statistischen Ämter der westlichen Länder und an die internationalen Organisationen. Entsprechende Unterstützungsmaßnahmen sind vielfach bereits angelaufen in Form von bilateralen oder multilateralen Kooperationsprojekten, unter intensiver Beteiligung des Statistischen Bundesamtes.

Weitere Informationen sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe IA, Telefon (06 11) 75-27 73, erhältlich.

Länderbericht Japan



Der Kontrast zwischen dem Festhalten an seinen Traditionen und dem Aufstieg zu einer führenden Industrienation prägen das Gesicht des heutigen Japans.

Mit seiner stark exportorientierten Wirtschaft ist dieses höchstentwickelte Industrieland Asiens einer der wichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland.

Regional weist das Land deutliche Unterschiede auf: Weiten ländlich geprägten Gebieten stehen die dicht-

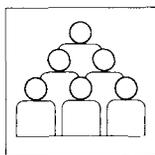
besiedelten Ballungsraume um Tokio, Osaka und Nagoya an der Küste des Pazifischen Ozeans gegenüber, die nur 2% der Gesamtfläche Japans ausmachen, auf die sich aber annähernd die Hälfte der Bevölkerung des fernöstlichen Inselstaates konzentriert.

Informationen über dieses Land und seine Bewohner, sein Bildungs- und Gesundheitswesen, über die Struktur der Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, über Preise und Löhne, Außenhandelsbeziehungen, Verkehrsverbindungen, den Zustand der Umwelt und viele andere Bereiche sind sowohl für den interessierten Touristen als auch für den Geschäftsreisenden von Bedeutung

Mit dem in diesen Tagen neu herausgegebenen, attraktiv gestalteten Länderbericht Japan gibt das Statistische Bundesamt in tabellarischer, textlich kommentierter und graphisch veranschaulichter Form wertvolle Hintergrundinformationen.

Aus diesem Heft

Grundlagen und Daten der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990



Die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag, die erste gesamtdeutsche Wahl, findet aufgrund der Anordnung des Bundespräsidenten vom 13. August 1990 (BGBl. I S 1713) am Sonntag, dem 2. Dezember 1990, statt.

In diesem Zusammenhang sind insbesondere

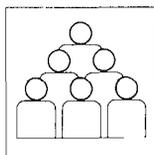
- Fragen, die die Änderung des Wahlrechts betreffen, und
- Ergebnisse vorangegangener Wahlen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

von Interesse. Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Beitrages. Zunächst wird auf die wesentlichen Änderungen des Wahlrechts eingegangen, die nach dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik erforderlich waren, dabei wird auch auf die die Wahlrechtsgrundlagen beeinflussenden Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts eingegangen.

Der hierauf folgende Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Angaben zur demographi-

schen Struktur der Wähler sowie Ergebnisse der Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Zum Vergleich werden für die bisherigen und neuen Bundesländer jeweils auch die Ergebnisse der letzten Landtagswahl dargestellt.

Erhebungen für besondere Zwecke — Ein neues Instrument der amtlichen Statistik

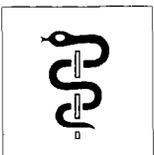


Erhebungen nach § 7 BStatG können bei kurzfristig auftretendem Datenbedarf oberster Bundesbehörden (§ 7 Abs. 1 BStatG) oder bei wissenschaftlich-methodischen Fragestellungen auf dem Gebiet der Bundesstatistik (§ 7 Abs. 2 BStatG) bei maximal 10 000 Befragten ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden

Diese Erhebungen können allgemeine Wirtschafts- oder Bevölkerungsstichproben sein oder auch Spezialerhebungen. Sie unterliegen hinsichtlich der Erhebungsinhalte keinen Restriktionen, und es steht jedes methodisch sinnvolle Erhebungsverfahren zur Verfügung. In der Regel werden Erhebungen nach § 7 BStatG als Stichproben-erhebungen durchgeführt, bei Einhaltung der Obergrenze von 10 000 Befragten können es jedoch auch Totalerhebungen sein.

Beispiele für Erhebungen nach § 7 Abs. 1 BStatG sind die Erhebung über Forschung und Entwicklung im Bereich der Organisationen ohne Erwerbszwecke, die Erhebung über die Verweildauer von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen und die Erhebung über den Streuobst-anbau. Beispiele für Erhebungen nach § 7 Abs. 2 BStatG sind die Testerhebung über moderne unternehmensbezogene Dienstleistungen und die Zeitbudgeterhebung im Rahmen der Bundesstatistik

Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser

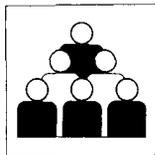


Vor dem Hintergrund der aktuellen gesundheitspolitischen Diskussion zeigt sich die Notwendigkeit, die Statistik der Krankenhäuser, die mit rund einem Drittel an den Gesamtkosten im Gesundheitswesen beteiligt sind, dem gestiegenen Informationsbedürfnis des Bundes und der Länder anzupassen und auf eine neue Rechtsgrundlage zu stellen

Mit der Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser vom 10. April 1990 eröffnet sich erstmals die Möglichkeit, Erhebung und Aufbereitung dieser Statistik bundeseinheitlich zu regeln. Damit sollen die Mängel der bisherigen „koordinierten“ Länderstatistik beseitigt und zeitnahe Ergebnisse bereitgestellt werden

Das Erhebungsprogramm der neuen Krankenhausstatistik umfaßt drei Teile: Mit den Grunddaten werden wichtige Strukturmerkmale über die Ausstattung der Häuser, über die Patientenbewegung und das ärztliche und nichtärztliche Personal erhoben. Mit dem Kostennachweis erfolgt eine tiefgegliederte Erfassung einzelner Kostenarten. Die Erhebung der Diagnosen eröffnet den Einstieg in eine umfassende Statistik der Morbidität und der Einzugsgebiete. Die epidemiologische Forschung erhält damit eine neue statistische Grundlage.

„Singles“ — Versuch einer Beschreibung

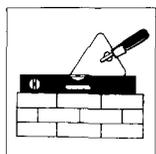


Der Begriff „Single“ ist in den letzten Jahren in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Eine genaue Definition, was ein „Single“ ist, gibt es nicht, die Abgrenzungen schwanken zwischen „Einpersonenhaushalte“ und „YUPPIE“, womit jüngere alleinlebende Berufstätige in Großstädten mit höherem Einkommen gemeint sind. Anhand von Mikrozensusdaten der Jahre 1972 bis 1989 werden Veränderungen in der Struktur der Einpersonenhaushalte analysiert und wird versucht, das Entstehen des „Phänomens Singles“ zu lokalisieren.

Es zeigt sich, daß ab Mitte der 80er Jahre verstärkt ledige, 25- bis unter 45jährige Bundesbürger, die überwiegend erwerbstätig sind und über vergleichsweise höhere Einkommen verfügen, in Einpersonenhaushalten leben. Diese Gruppe unterscheidet sich damit in demographischer und wirtschaftlicher Hinsicht deutlich von den übrigen Alleinlebenden, bei denen bisher verwitwete alte Damen dominierten. Allerdings ist die publizistische „Bedeutung“ der so definierten „Singles“ erheblich höher als ihr Anteil an allen Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland. 1989 gehörten nur 0,6% aller 27,8 Mill. Haushalte zu dem wie folgt abgegrenzten Personenkreis. 25 bis 45 Jahre alt, monatliches

Nettoeinkommen von 3000 DM und mehr, alleinlebend in einer Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Wohngeld 1989

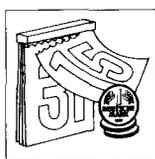


Die Ergebnisse der jährlich durchgeführten Wohngeldstatistik stellen die Wohngeldempfänger nach sozialer Stellung, Haushaltsgröße sowie Einkommensverhältnissen dar. Sie weisen außerdem die Wohnkosten und die Wohngeldansprüche des zum Bezug von Wohngeld berechtigten Personenkreises nach.

Im Jahr 1989 gaben Bund und Länder rund 3,7 Mrd. DM für Wohngeld aus. Damit wurde das Ausgabevolumen des Vorjahres nur geringfügig unterschritten (-0,2%). Starker zurückgegangen ist die Zahl der Wohngeldempfänger (-3,5%). Im Dezember 1989 bezogen 1,79 Mill. Haushalte Wohngeld, das waren 6,4% aller privaten Haushalte.

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch im Dezember 1989 stieg gegenüber dem Vorjahr um 2 DM auf 150 DM.

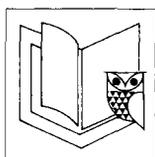
Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988



In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 1988 für den Groß- und Einzelhandel sowie das Bank- und Versicherungsgewerbe dargestellt; das durch diese Erhebung für das Produzierende Gewerbe ermittelte Datenmaterial wurde bereits in Heft 7/1990 dargestellt.

Im gesamten erfaßten Dienstleistungsbereich beliefen sich 1988 die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer auf 56 540 DM. Nur die im Großhandel erhobenen Aufwendungen entsprachen mit 55 840 DM etwa dem Gesamtdurchschnitt, während die Arbeitskosten im Versicherungsgewerbe (78 420 DM) und im Bankgewerbe (72 590 DM) erheblich über und im Einzelhandel (43 730 DM) unter diesem Wert lagen. Auch in der Zusammensetzung der Arbeitskosten sind zwischen den Wirtschaftszweigen starke Abweichungen zu beobachten. Im Groß- und Einzelhandel machten die Personalnebenkosten 40%, im Bank- und Versicherungsgewerbe knapp 50% der Arbeitskosten aus.

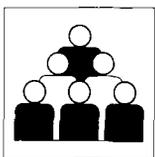
Auszubildende 1989



Die Zahl der Jugendlichen in einer betrieblichen Berufsausbildung ist weiterhin rückläufig. Die Gesamtzahl der Auszubildenden lag Ende 1989 um 6,4% unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Dieser Rückgang ist in erster Linie demographisch bedingt und im Zusammenhang mit der rückläufigen Zahl der Schulabgänger zu sehen (Ende des Schuljahres 1988/89 wurden 705 000 Schüler aus allgemeinbildenden Schulen entlassen, 8% weniger als im Vorjahr).

Eine Ausnahme bildeten die jungen Ausländer. Für sie konnte eine Zunahme von 14,3% verzeichnet werden, wodurch der Anteil der Ausländer an den Auszubildenden insgesamt auf 5,4% anstieg.

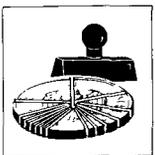
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989



Für die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes werden jährlich zum 30. Juni Angaben über Art, Dauer und Umfang des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Laufbahngruppe, Einstufung, Geschlecht und Alter erhoben. Diese Daten werden im Zuge der fortschreitenden Verwaltungsautomation überwiegend auf maschinellen Datenträgern aus automatisierten Verwaltungsdateien geliefert.

Am 30. Juni 1989 umfaßte der Mitarbeiterstab des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland 4,62 Mill. Beschäftigte; von ihnen arbeiteten 3,77 Mill. mit der vollen Arbeitszeit, während 843 000 in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis standen.

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 1990



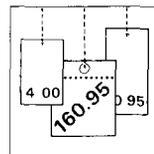
Die in der Kassenstatistik vierteljährlich erhobenen Daten über die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen) liefern wichtige Erkenntnisse über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen während des laufenden Jahres.

Im ersten Halbjahr 1990 haben die öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt

328,5 Mrd. DM ausgegeben, das waren 5,2% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände (+7,5% auf 83,1 Mrd. DM).

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte stiegen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nur um 2,4% auf 292,7 Mrd. DM, insgesamt erhöhte sich damit das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1990 um 9,4 Mrd. DM auf 35,7 Mrd. DM.

Preise im September 1990



Auf den hier behandelten Wirtschaftsstufen waren die Indexsteigerungen im Vormonatsvergleich im September überwiegend

niedriger als im August, lediglich der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wies im September mit +0,4% eine höhere Rate auf (+0,3%). Die eklatanten Preissteigerungen der letzten Wochen bei Rohöl fanden ihren Niederschlag in den Teilindizes für „Mineralölzeugnisse“ bzw. „Heizöl und Kraftstoffe“, die ihrerseits wiederum die Gesamtindizes beeinflussten. Zum Teil trugen auch die Teilindizes für Saisonwaren zu den Gesamtindexsteigerungen bei.

Weitere wichtige Monatszahlen

Produktion

Der arbeitstaglich bereinigte endgültige Index der Nettoproduktion für fachliche Unternehmensteile des Produzierenden Gewerbes lag im August 1990 mit einem Stand von 108,5 (1985 = 100) um 3,8% niedriger als im Vormonat und um 5,8% höher als im August 1989.

Außenhandel

Im August 1990 lag der Wert der Einfuhr mit 43,7 Mrd. DM um 13% höher und der Wert der Ausfuhr mit 49,4 Mrd. DM um 0,6% niedriger als im August 1989. Im Zeitraum Januar/August 1990 war die Einfuhr mit 352,5 Mrd. DM gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6,6% und die Ausfuhr mit 431,1 Mrd. DM um 2,0% angestiegen.

Grundlagen und Daten der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990

Vorbemerkung

Die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag, die erste gesamtdeutsche Wahl, findet aufgrund der Anordnung des Bundespräsidenten vom 13. August 1990 (BGBl. I S. 1713) am Sonntag, dem 2. Dezember 1990, statt. Sie wird auf der Grundlage des Bundeswahlgesetzes (BWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1990 (BGBl. I S. 2059), geändert durch das Zehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. Oktober 1990 (BGBl. I S. 2141), durchgeführt.

Im Zusammenhang mit dieser ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages sind insbesondere — Fragen, die die Änderung des Wahlrechts betreffen und — Ergebnisse vorangegangener Wahlen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

von Interesse. Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Beitrages

Zunächst wird auf die wesentlichen Änderungen des Wahlrechts eingegangen. Der hierauf folgende Teil enthält einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse früherer Bundestagswahlen einschließlich Angaben zur demographischen Struktur der Wähler sowie Ergebnisse der Wahl zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am 18. März 1990. Zum Vergleich werden für die bisherigen und neuen Bundesländer jeweils auch die Ergebnisse der letzten Landtagswahl dargestellt. Die Angaben der Abschnitte 1 und 2 beziehen sich auf den vor dem 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland ohne Berlin (West), die Angaben in Abschnitt 3 auf das Gebiet der ehemaligen DDR.

1 Änderungen des Wahlrechts

Nachstehend werden die Änderungen, die für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 erstmals bzw. in der zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 geschaffenen Form zum zweiten Mal zur Anwendung kommen, beschrieben

1.1 Neue Regelungen für die Bundestagswahl 1990

1.1.1 Ausdehnung des Wahlgebietes auf das Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR)

Nach dem bisher geltenden Recht war das Wahlgebiet für Wahlen zum Deutschen Bundestag — bezogen auf den

vor dem 3. Oktober 1990 geltenden Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland — in 248 Wahlkreise eingeteilt.

Aufgrund der politischen Entwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 1990 wurden auch für die Westberliner Bevölkerung — deren Interessen bisher durch 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählte Abgeordnete im Deutschen Bundestag vertreten wurden — die Voraussetzungen für eine direkte Teilnahme an der Wahl zum Deutschen Bundestag geschaffen. So wurde das Land Berlin (West) durch das Neunte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 11. Juni 1990 (BGBl. I S. 1015) in acht Bundestagswahlkreise eingeteilt. Damit erhöhte sich die Zahl der Wahlkreise für das frühere Gebiet der Bundesrepublik Deutschland auf insgesamt 256

Aufgrund des Beitritts der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober 1990 wurde das bisherige Wahlgebiet entsprechend erweitert. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren zunächst die neuen Bundesländer zu bilden, die wiederum in neue Bundestagswahlkreise aufgeteilt wurden.

Bei der Neubildung der Westberliner sowie der Wahlkreise in der ehemaligen DDR war die gesetzliche Bestimmung zu beachten, daß die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 25 v. H. abweichen soll. Die Neuabgrenzung erfolgte daher unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen deutschen Bevölkerung von 225 390 Personen je Wahlkreis in der Bundesrepublik Deutschland. Dementsprechend wurden für das Gebiet der ehemaligen DDR 72 Wahlkreise mit einer durchschnittlichen deutschen Bevölkerung von 225 529 Personen pro Wahlkreis gebildet.

Die Zahl der Wahlkreise für die Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 nach Ländern verteilt sich danach wie folgt

Schleswig-Holstein	11
Hamburg	7
Niedersachsen	31
Bremen	3
Nordrhein-Westfalen	71
Hessen	22
Rheinland-Pfalz	16
Baden-Württemberg	37
Bayern	45
Saarland	5
Berlin	13
Mecklenburg-Vorpommern	9
Brandenburg	12
Sachsen-Anhalt	13
Thüringen	12
Sachsen	21
Insgesamt	328

Der 12. Deutsche Bundestag wird aus insgesamt 656 Abgeordneten bestehen, von denen 328 nach Kreiswahlvorschlägen in den Wahlkreisen und die übrigen nach Landeslistenvorschlägen (Landeslisten) gewählt werden

Die Zahl der zur bevorstehenden Bundestagswahl Wahlberechtigten wird sich wie folgt zusammensetzen.

Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand vor dem 3. Oktober 1990 einschließlich Berlin (West)	ca 47,9 Mill
Gebiet der ehemaligen DDR	ca 12,0 Mill
Insgesamt	ca 59,9 Mill

1.1.2 Festlegung einer auf getrennte Gebiete bezogenen Sperrklausel

Das Verfassungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 29. September 1990 die ursprünglich vertraglich vereinbarte und gesetzlich vom Deutschen Bundestag festgelegte einheitliche Sperrklausel von 5 % für das gesamte Wahlgebiet als mit dem Grundgesetz nicht vereinbar erklärt. Dabei stellten die Richter im Urteil fest, daß die Beschwerdeführer in ihrem Recht auf Gleichheit der Wahl verletzt würden, soweit gerade für die erste gesamtdeutsche Wahl des Deutschen Bundestages die Sperrklausel für das gesamte Wahlgebiet gelte. Zwar wäre das Quorum als solches von 5 % in aller Regel verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, jedoch müßte den unterschiedlichen „so nicht wiederkehrenden“ Umständen in den beiden ehemaligen deutschen Staaten Rechnung getragen werden. Das Gericht sah durch eine einheitliche auf das gesamte Wahlgebiet bezogene 5%-Sperrklausel eine ungleich stärkere Belastung für die bisher nur auf dem Gebiet der ehemaligen DDR tätigen Parteien im Vergleich zu den bisher nur im früheren Gebiet der Bundesrepublik tätigen Parteien als gegeben an. Um eine mit dem Grundgesetz vereinbare Lösung zu schaffen, hat das Verfassungsgericht mehrere Alternativen aufgezeigt. Der Deutsche Bundestag hat, einem dieser Vorschläge folgend, im Zehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. Oktober 1990 (BGBl I S. 2141 ff.) beschlossen, die 5%-Sperrklausel getrennt auf das Gebiet der ehemaligen DDR einerseits und das vor dem 3. Oktober 1990 geltende Gebiet der Bundesrepublik Deutschland anzuwenden¹⁾.

1.1.3 Wahlteilnahme auch für politische Vereinigungen möglich

Nach den bisher im Gebiet der Bundesrepublik nach dem Stand vor dem 3. Oktober 1990 gültigen wahlrechtlichen Bestimmungen wurde lediglich Parteien die Möglichkeit gegeben, an den Wahlen zum Deutschen Bundestag mit eigenen Landeslistenvorschlägen teilzunehmen. Wahlberechtigte Einzelpersonen und auf Mitgliedschaft ausgerichtete sonstige politische Vereinigungen, die sich nicht als Parteien betrachten, mußten sich auf die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen beschränken und standen damit lediglich auf Wahlkreisebene im direkten Wettbewerb mit den Parteien.

Mit dem Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und dem Zehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. Oktober 1990 wurde diese Regelung geändert: Politische Vereinigungen im Sinne des Gesetzes über die Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990 vom 20. Februar 1990 sind für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag den Parteien im Sinne des § 2 Abs. 1 des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Mit dieser Maßnahme wird dem Umstand Rechnung getragen, daß sich viele am poli-

tischen Umbruch in der ehemaligen DDR aktiv beteiligte politische Gruppierungen in Abgrenzung zu den früheren politischen Strukturen in der DDR ausdrücklich nicht als Parteien, sondern als Bündnisse von Bürgerbewegungen bezeichnen.

1.1.4 Listenvereinigungen verschiedener Parteien mit Sitz im Gebiet der ehemaligen DDR möglich

Bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag ist es erstmals möglich, Wahlvorschläge auch in Form von Listenvereinigungen einzureichen. Dabei gelten die Vorschriften des Bundeswahlgesetzes über Wahlvorschläge von Parteien sinngemäß für Listenvereinigungen. Das Zehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 8. Oktober 1990 beschränkt die Einreichung gemeinsamer Wahlvorschläge (Listenvereinigungen) auf solche politischen Parteien und andere politische Vereinigungen, die am 3. Oktober 1990 ihren Sitz im Gebiet der ehemaligen DDR hatten. Die Parteien dürfen sich in einem Land nur an einer Listenvereinigung beteiligen. Listenvereinigungen schließen ferner eine eigenständige Liste oder eigenständige Kreiswahlvorschläge der beteiligten Parteien und anderen politischen Vereinigungen im betreffenden Land aus.

Zusätzlich gilt:

Listenvereinigungen sind von der Pflicht zur Beibringung von Unterstützungsunterschriften nach § 20 Abs. 2 Satz 2 und § 27 Abs. 1 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes befreit, wenn mindestens die Hälfte der an ihr beteiligten Parteien und anderen politischen Vereinigungen in der Volkskammer vertreten waren oder in einem Landtag vertreten sind.

1.1.5 Verkürzte Fristen und Änderung formeller Voraussetzungen

Um auch den bisher lediglich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR tätigen Parteien und politischen Vereinigungen die Gelegenheit zu geben, nach der Herstellung der deutschen Einheit an der ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages mit eigenen Wahlvorschlägen teilzunehmen, war es notwendig, im Bundeswahlgesetz festgeschriebene Fristen zu verkürzen. Mitentscheidend für diese Gesetzesänderungen war die Tatsache, daß die Festlegung des Wahltages für die Wahl zum 12. Deutschen Bundestag aufgrund der politischen Entwicklung im Sommer des Jahres 1990 entgegen der sonstigen Übung erst etwa 3½ Monate vor dem Wahltermin — nämlich am 13. August 1990 — durch den Bundespräsidenten erfolgte.

So wurde zum Beispiel der Termin

- für die Anzeige der Beteiligung einer Partei an der Wahl vom bisher neunzigsten auf den vierzigsten,
- für die vom Bundeswahlausschuß auszusprechende Anerkennung als Partei für die Bundestagswahl und die Feststellung der Vertretung einer Partei oder sonstigen politischen Vereinigung im Deutschen Bundestag, der Volkskammer der DDR oder in einem Landtag sowie die Feststellung, welche Parteien und andere politische Vereinigungen oder deren Landesverbände Listenvereinigungen eingehen können, vom zweiund-siebzigsten auf den siebenunddreißigsten,

¹⁾ Siehe Anmerkung auf S. 686

- für die späteste Einreichung der Wahlvorschläge vom sechshundsechzigsten auf den vierunddreißigsten,
- für die Zulassung der Kreiswahlvorschläge und Landeslisten vom achtundfünfzigsten auf den dreißigsten Tag vor der Wahl verlegt

Hinsichtlich der Anzeige der Beteiligung an der Wahl ist ferner folgende Änderung von Bedeutung

Das Bundeswahlgesetz in seiner bisher gültigen Fassung sah vor, daß Kreiswahlvorschläge bzw Landeslisten von Parteien, die im Deutschen Bundestag oder einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht aufgrund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen mit mindestens fünf Abgeordneten vertreten waren, von 200 Wahlberechtigten des Wahlkreises bzw von 1 % der Wahlberechtigten des Landes bei der letzten Bundestagswahl, jedoch höchstens 2 000 Wahlberechtigten, persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein mußten Für die Wahl zum 12 Deutschen Bundestag ist es nun lediglich erforderlich, daß Parteien oder politische Vereinigungen im Deutschen Bundestag, der Volkskammer der ehemaligen DDR oder in einem Landtag ununterbrochen vertreten waren, um von der Beibringung der genannten Unterstützungsunterschriften befreit zu sein. Es ist damit für eine politische Gruppierung ausreichend, mit lediglich einem Abgeordneten in einem Parlament vertreten zu sein.

1.2 Erstmals zur Bundestagswahl 1987 vorgenommene Änderungen wahlrechtlicher Bestimmungen

1.2.1 Deutsche im Ausland wahlberechtigt

Nach dem bis 1985 geltenden Recht waren nur die 18jährigen und älteren Deutschen wahlberechtigt, die im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes seit mindestens drei Monaten wohnten oder sich aufhielten. Es waren somit die meisten im Ausland lebenden Deutschen nicht berechtigt, an Bundestagswahlen teilzunehmen. Wahlberechtigt waren außerdem lediglich öffentlich Bedienstete und ihre Haushaltsangehörigen, die auf Anordnung ihre Wohnung im Ausland genommen hatten. Dies wurde von den übrigen Personengruppen, die sich auch nach ihrem Fortzug nach wie vor mit der Bundesrepublik Deutschland verbunden fühlten, an ihrem politischen Geschehen Anteil nahmen und teilweise auch im Interesse der Bundesrepublik Deutschland tätig waren (z. B. Auslandslehrer, Bedienstete bei internationalen/supranationalen Institutionen — EG, UN —, Mitarbeiter der Goethe-Institute, Entwicklungshelfer, Auslandsjournalisten, für deutsche Firmen im Ausland Tätige) als unbillig und ungerecht empfunden. Sie forderten seit längerem das Wahlrecht zum Bundestag. Durch das am 16. März 1985 in Kraft getretene Siebte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (BGBl. I S. 521) können sie sich nunmehr zum zweiten Mal unter bestimmten Voraussetzungen an einer Bundestagswahl beteiligen. Ihnen ist damit die Möglichkeit gegeben, an der politischen Willensbildung in der Heimat teilzunehmen.

Im einzelnen gilt folgendes:

Deutsche, die im Ausland leben, sind zur Teilnahme an der Wahl berechtigt, wenn sie

- Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind,
 - am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben,
 - nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland (Gebiet nach dem Stand vor dem 3. Oktober 1990) einschließlich Berlin (West) oder im Gebiet der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie in Berlin (Ost) gewohnt haben (= Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes),
 - entweder in einem Mitgliedsland des Europarates (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien und Nordirland, Irland, Island, Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Zypern) leben (Europaratslösung) oder in einem anderen Staat leben, sofern am Wahltag seit ihrem Fortzug aus dem Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes nicht mehr als zehn Jahre verstrichen sind (10-Jahres-Frist),
- und
- nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.

Voraussetzung für die Teilnahme an der Wahl ist zunächst die Eintragung in das Wählerverzeichnis der früheren Wohngemeinde in der Bundesrepublik Deutschland. Für diese Eintragung ist ein schriftlicher Antrag mit einer Versicherung über die Wahlberechtigung an Eides Statt bzw. einer Versicherung der Wahrheit erforderlich. In bestimmten Staaten sind ferner bei einer Teilnahme an der Bundestagswahl von ihrem Gebiet aus einschränkende Sonderregelungen zu beachten, so zum Beispiel in den Warschauer-Pakt-Staaten (UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien) und in der Schweiz.

Bei der Festlegung der 10-Jahres-Frist ist der Gesetzgeber davon ausgegangen, daß die Beteiligung an Wahlen Bestandteil des ständigen Prozesses der politischen Meinungs- und Willensbildung vom Staatsvolk zu den Verfassungsorganen hin ist. Dieser Prozeß setzt die Möglichkeit kommunikativer Teilnahme voraus. Deutschen, die nicht im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes leben, ist dies nur beschränkt und, je länger sie außerhalb dieses Geltungsbereiches leben, immer weniger möglich. Deutsche, die sich erst eine begrenzte Zeitspanne außerhalb des Geltungsbereichs des Bundeswahlgesetzes aufhalten, haben in der Regel noch persönliche und sachliche Verbindungen zu ihrem Heimatstaat. Es kann davon ausgegangen werden, daß die früher gewonnenen Eindrücke und Erkenntnisse noch eine gewisse Zeit fortwirken und daß dieser Personenkreis auch von außerhalb noch an dem politischen Geschehen Anteil nimmt. Die 10-Jahres-Frist knüpft an einen ununterbrochenen dreimonatigen Aufenthalt im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes an, der der Niederlassung außerhalb dieses Geltungsbereichs vorausgeht. Damit wird ein Mindestmaß an Bindung zur Bundesrepublik Deutschland gefordert.

Die zweite Regelung besteht in der Ausdehnung des aktiven Wahlrechts auf alle Deutschen, die in den Gebieten der übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, sofern sie nach dem 23. Mai 1949 und vor ihrem Fortzug minde-

stens drei Monate ununterbrochen im Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes eine Wohnung innegehabt oder sich in diesem Gebiet sonst gewöhnlich aufgehalten haben. Bei Deutschen, die in den übrigen Mitgliedstaaten des Europarates leben, kann man davon ausgehen, daß sie aufgrund der im Lebensraum der Europaratstaaten weitgehenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Übereinstimmungen, Interessenverflechtungen sowie Zielsetzungen ihrem Heimatstaat, der Bundesrepublik Deutschland, naher stehen als die in sonstigen Staaten lebenden Deutschen. Diese Gegebenheiten wie auch die besondere geographische Nähe zur Bundesrepublik Deutschland, die einen ständigen aktuellen Informationsfluß von der Heimat nach draußen besonders begünstigt, erleichtern den in diesem Lebensraum sich aufhaltenden Deutschen das Vertrautsein mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland und eine Anteilnahme an ihrem politischen Geschehen. Das ermöglicht ihnen in besonderem Maße eine informierte Mitwirkung am politischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß im Heimatstaat. Mit dieser Lösung wurde dem Gesichtspunkt der engen Verbindung der im Europarat zusammengeschlossenen demokratischen Staaten Europas in besonderem Maße Rechnung getragen. Die Mitgliedstaaten des Europarates verfolgen weitgehend gemeinsame Ziele, insbesondere den Schutz und die Förderung der Menschenrechte, die Stärkung der demokratischen Institutionen und die Förderung einer menschlichen europäischen Gesellschaft. Sie arbeiten im staatlichen wie auch im außerstaatlichen Bereich institutionell eng zusammen. Die gemeinsam getragenen Europäischen Konventionen zeigen, daß die Mitgliedstaaten des Europarates in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht weitgehend übereinstimmen und dementsprechend gleiche Interessen und Ziele verfolgen.

1.2.2 Sitzverteilungsverfahren nach Niemeyer

Die Zuteilung der auf die einzelnen Parteien insgesamt entfallenden Sitze und die Verteilung dieser Sitze auf die einzelnen Landeslisten erfolgt nach dem von dem Marburger Professor Niemeyer entwickelten Berechnungssystem. Es beruht darauf, daß zunächst die für die verbundenen Landeslisten der einzelnen Parteien abgegebenen gültigen Zweitstimmen addiert werden. Berücksichtigt werden dabei nur die Parteien, die mindestens 5 % der in den Wahlkreisen 1 bis 256 oder in den Wahlkreisen 257 bis 328 abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten oder in mindestens drei Wahlkreisen ein Direktmandat errungen haben. Danach werden die 656 zu vergebenden Abgeordnetensitze mit der Zahl der Zweitstimmen der einzelnen Parteien multipliziert und durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen aller an der Verteilung teilnehmenden Parteien dividiert. Dabei erhält jede Partei so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen. Die dann noch zu vergebenden Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten „Reste“ (Zahlenbruchteile), die sich bei der Berechnung ergeben, verteilt. Bei gleichen „Resten“ entscheidet das vom Bundeswahlleiter zu ziehende Los. Nach der so ermittelten Anzahl der Sitze für die einzelnen Listenverbindungen sind diese jeweils parteiintern auf die einzelnen

Landeslisten aufzuteilen, was ebenfalls nach dem oben erläuterten Rechenverfahren erfolgt.

Das Berechnungsverfahren nach Niemeyer bewirkt eine exaktere Übertragung des Stimmenverhältnisses auf das Sitzverhältnis als das bis zur Wahl zum 10. Deutschen Bundestag im März 1983 angewandte Höchstzahlverfahren nach d'Hondt, da es stärker als das d'Hondtsche Verfahren an den Relationen der jeweiligen Stimmenzahlen ausgerichtet ist. Es wird damit dem Erfolgswert der für kleinere Parteien abgegebenen Stimmen besser gerecht.

Nähere Informationen zur Umstellung des Berechnungssystems d'Hondt auf das Verfahren Niemeyer enthält die in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 12/1986, erschienene Abhandlung „Daten zur Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987“

2 Ergebnisse vorangegangener Bundestagswahlen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland

2.1 Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

Für die Bundestagswahl 1987 waren nach den Auszählungen der Wählerverzeichnisse in den rund 60 000 Wahlbezirken 45,33 Mill. Personen wahlberechtigt, verglichen mit 44,09 Mill. bei der Bundestagswahl 1983. Die Zahl der Wahlberechtigten ist somit um 1,24 Mill. gestiegen. Dagegen hat die Zahl der Wähler von 39,28 Mill. im Jahr 1983 auf 38,23 Mill. abgenommen. Daraus ergab sich 1987 eine Wahlbeteiligung von 84,3 %, die um 4,8 Prozentpunkte unter der Wahlbeteiligung von 1983 lag. Damit lag 1987 die Wahlbeteiligung nur um 5,8 Prozentpunkte höher als bei der geringsten Wahlbeteiligung von 1949 (78,5 %). Überdurchschnittlich war die Wahlbeteiligung in sechs Ländern, und zwar im Saarland mit 87,3 %, in Rheinland-Pfalz mit 86,7 %, in Hessen mit 85,7 %, in Nordrhein-Westfalen mit 85,4 %, in Niedersachsen mit 85,0 % sowie in Schleswig-Holstein mit 84,4 %. In allen übrigen Ländern betrug sie zwischen 81,7 und 83,1 %. Am niedrigsten war die Wahlbeteiligung in Bayern mit 81,7 %, in Bremen mit 82,7 % und in Hamburg mit 83,0 %.

An der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag am 25. Januar 1987 konnten — wie oben bereits dargestellt — unter bestimmten Voraussetzungen erstmals im Ausland lebende Deutsche teilnehmen. Hierzu war ein besonderer Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis erforderlich. Die Zweitausfertigungen dieser Anträge waren dem Bundeswahlleiter von den Gemeinden zuzuleiten. Beim Bundeswahlleiter sind lediglich 31 135 solcher Anträge, die in der Gesamtzahl der 45,33 Mill. Wahlberechtigten enthalten sind, registriert worden. Aus den EG-Staaten wurden 12 787 und aus den übrigen Europaratstaaten 7 714 Anträge auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt, so daß die Deutschen in den Europaratstaaten das größte Interesse an der Teilnahme zur Bundestagswahl 1987 zeigten. Aus den restlichen Staaten Europas haben lediglich 267 Deutsche von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Aus den Ländern Afrikas haben 2 744, Amerikas

4 741, Asiens 2 162 und Australiens und Ozeaniens 720 Deutsche entsprechende Anfrage gestellt.

2.2 Erst- und Zweitstimmen und Sitzverteilung

2.2.1 Erststimmen

Die Erststimme entspricht der Entscheidung der Wähler für einen Wahlkreis-(Direkt-)Kandidaten. Gewählt ist, wer in seinem Wahlkreis die meisten Erststimmen erhält.

Tabelle 1. Wahlkreissitze bei den Bundestagswahlen nach Parteizugehörigkeit der Gewählten

Wahljahr	Insgesamt	Davon nach der Parteizugehörigkeit der Gewählten					
		SPD	CDU	CSU	FDP	GRÜNE	Sonstige
1949	242	96	91	24	12	—	19 ¹⁾
1953	242	45	130	42	14	—	11 ²⁾
1957	247	46	147	47	1	—	6 ³⁾
1961	247	91	114	42	—	—	—
1965	248	94	118	36	—	—	—
1969	248	127	87	34	—	—	—
1972	248	152	65	31	—	—	—
1976	248	114	94	40	—	—	—
1980	248	127	81	40	—	—	—
1983	248	68	136	44	—	—	—
1987	248	79	124	45	—	—	—

¹⁾ Davon BP 11, DP 5, Wählergruppe 3 — ²⁾ Davon DP 10, Zentrum 1 — ³⁾ DP

Die SPD hatte 1983 68 Wahlkreissitze gewonnen, auf die CDU waren 136 und auf die CSU 44 Sitze entfallen. Wie Tabelle 2 zeigt, ging bei der Wahl 1987 in 14 Wahlkreisen die Erststimmenmehrheit von der CDU an die SPD verloren; einen Wechsel der Mehrheit von der SPD an die CDU bzw. CSU gab es in drei Wahlkreisen. Für die CDU ergaben sich daher 124 Wahlkreissitze statt bisher 136, für die CSU 45 statt bisher 44 und für die SPD 79 statt bisher 68.

Von den 37 Wahlkreisen in Baden-Württemberg hat die CDU 36 gewonnen, was zu einem Überhangmandat führte. Nach der Zahl der Zweitstimmen hatte die CDU nämlich nur einen Anspruch auf insgesamt 35 Sitze. Die CSU errang 1987 alle Wahlkreise in Bayern.

Die SPD bekam von ihren 79 Wahlkreisen 30 jeweils mit absoluter Mehrheit. Im Wahlkreis 89 (Essen II) erreichte sie mit 63,9 % ihren höchsten Anteil. In 49 der gewonnenen Wahlkreise hatte die SPD weniger als die Hälfte der Wähler hinter sich. Mit nur 41,5 % der gültigen Erststimmen errang die SPD im Wahlkreis 14 (Hamburg-Eimsbüttel) das Direktmandat. Nur noch einen Wahlkreis erhielt die SPD in Baden-Württemberg und keinen in Bayern.

Bundesweit gewann die CDU 1987 die Hälfte aller Wahlkreise. Mehr als die Hälfte der Wahlkreissitze fiel der CDU in Schleswig-Holstein (8 von 11), Niedersachsen (18 von 31), Hessen (14 von 22) und Rheinland-Pfalz (11 von 16) zu.

Von ihren 124 Wahlkreissitzen hat die CDU 51 jeweils mit absoluter Mehrheit gewonnen. Im Wahlkreis 27 (Cloppenburg-Vechta) vereinigte sie 70,0 % der Erststimmen auf sich. In 73 Wahlkreisen benötigten die Bewerber weniger als die Hälfte der gültigen Erststimmen des Wahlkreises. Im Wahlkreis 163 (Stuttgart II) reichten hierzu 40,9 %.

Die CSU errang 36 von 45 Wahlkreissitzen durch Erreichen von absoluten Mehrheiten. In zwanzig Wahlkreisen erhielt sie über 60 % der Erststimmen.

Die F.D.P. hat seit 1961 keinen Wahlkreisabgeordneten mehr. Auch konnten die GRÜNEN — wie schon bei der Wahl zum 10. Deutschen Bundestag — keinen Direktstimmerringen.

Für den Übergang des Wahlkreissitzes an eine andere Partei genügen oft wenige Stimmen, da es zahlreiche Wahlkreise gibt, in denen das Stimmenverhältnis zwischen SPD und CDU bzw. CSU ziemlich ausgeglichen ist. In sieben Fällen war bei der Bundestagswahl 1987 die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der SPD um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der CDU und CSU und in weiteren zwölf Fällen die Zahl der Erststimmen für Wahlkreissieger der CDU und CSU um weniger als 2 % größer als die Zahl der Erststimmen für die unterlegenen Kandidaten der SPD. Bis zu 5 % machte der Vorsprung von 20 gewonnenen Wahlkreisen der SPD und von 31 errungenen Wahlkreisen der CDU und CSU, bis zu 10 % der Vorsprung von 43 Wahlkreissiegern der SPD und von 60 Wahlkreissiegern der CDU und CSU aus. Geht man von den zuletzt genannten Zahlen aus, so würde in den 43 Wahlkreisen mit einem Stimmenvorsprung der SPD um weniger als 10 % eine Abwanderung von bereits 5 % der SPD-Wähler zur CDU bzw. CSU genügen, damit die SPD 43 Wahlkreise verliert und die CDU bzw. CSU 43 Wahlkreise gewinnt, was dazu

Tabelle 2. Wahlkreise bei der Bundestagswahl 1987, in denen die Mehrheit der Erststimmen von 1983 zu 1987 auf eine andere Partei übergegangen ist

Wahlkreis	Anteil der Erststimmen				1987 gegenüber 1983		
	SPD		CDU, CSU ¹⁾		SPD	CDU	
	1987	1983 ²⁾	1987	1983 ²⁾			
Nr	Name	%				Prozentpunkte	
Übergang von der CDU an die SPD							
6	Plön — Neumünster	45,8	46,4	43,8	48,4	-0,6	-4,6
29	Verden — Osterholz	46,4	45,5	40,2	46,6	-0,9	-6,4
34	Nienburg — Schaumburg	45,9	45,8	44,7	48,2	+0,1	-3,5
42	Hannover-Land II	45,1	46,1	43,2	46,6	-1,0	-3,4
54	Kreis Aachen	46,1	45,4	45,4	49,6	+0,7	-4,2
90	Essen III	44,9	45,9	42,5	46,2	-1,0	-3,7
102	Bielefeld	43,0	44,1	43,0	46,6	-1,1	-3,6
103	Herford	47,5	46,4	41,6	46,7	+1,1	-5,1
105	Lippe	47,7	45,9	40,4	46,3	+1,8	-5,9
123	Markischer Kreis II	47,3	46,6	42,7	47,0	+0,7	-4,3
128	Hersfeld	47,0	47,0	42,9	47,4	-0,0	-4,5
130	Lahn-Dill	47,3	46,5	42,8	47,2	+0,8	-4,4
131	Gießen	43,3	44,5	42,6	47,5	-1,2	-4,9
245	Saarbrücken II	46,5	46,7	43,9	47,2	-0,2	-3,3
Übergang von der SPD an die CDU bzw. CSU							
13	Hamburg-Altona	40,9	47,4	42,0	42,5	-6,5	-0,5
15	Hamburg-Nord	40,6	45,7	42,8	44,0	-5,1	-1,2
203	München-Mitte	36,3	44,0	40,2	43,4	-7,7	-3,2

¹⁾ CSU nur in Bayern — ²⁾ In der Abgrenzung der Wahlkreise für die Bundestagswahl 1987

führen wurde, daß die CDU und CSU rund 85 Prozent aller Wahlkreisabgeordneten stellte. Ein entsprechender Stimmenumschwung in den 60 Wahlkreisen mit einem Vorsprung der CDU bzw. CSU von weniger als 10 % wurde dagegen für die CDU und CSU eine Reduzierung ihrer Wahlkreissitze von 169 auf 109 zur Folge haben. In der Mehrzahl der von der CDU 1987 gewonnenen Wahlkreise ist ein Wechsel nur bei sehr starken Stimmenverlusten möglich, weil sie 1987 von den insgesamt 169 Wahlkreissitzen 109 oder etwa zwei Drittel mit einem Vorsprung von 10 % und mehr errungen hat. Von den 79 gewonnenen Wahlkreisen der SPD hatten 36 einen solchen Vorsprung vor den Kandidaten der CDU und CSU.

Tabelle 3 Erststimmen für die Parteien bei der Bundestagswahl 1987 nach Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis in den Wahlkreisen

Anzahl der Wahlkreise

Absoluter Abstand des höchsten vom zweithöchsten Ergebnis der Erststimmen von bis unter Stimmen	Mehrheit der Erststimmen			
	insgesamt	SPD	CDU	CSU
unter 1 000	2	1	1	—
1 000 — 2 000	11	4	6	1
2 000 — 5 000	22	10	11	1
5 000 — 10 000	34	14	18	2
10 000 — 15 000	32	14	16	2
15 000 — 20 000	33	10	20	3
20 000 — 30 000	38	12	22	4
30 000 — 40 000	31	9	15	7
40 000 — 50 000	16	4	5	7
50 000 — 60 000	15	1	7	7
60 000 — 70 000	6	—	2	4
70 000 und mehr	8	—	1	7
Insgesamt	248	79	124	45

Tabelle 4 enthält die 35 Bundestagswahlkreise 1987 mit einem Abstand des zweithöchsten Erststimmenergebnisses bis unter 5 000 Stimmen. In 137 Wahlkreisen betrug der Abstand zwischen höchster und zweithöchster Stimmenzahl zwischen 5 000 und 30 000, bei 76 Wahlkreisen lag er über 30 000 Stimmen.

Tabelle 4. Die 35 Bundestagswahlkreise 1987 mit einem Abstand des zweithöchsten Erststimmenergebnisses bis unter 5 000 Stimmen

Wahlkreis (Nr)	Partei mit dem		Abstand zwischen den	
	hoch-	zweit-	Ergebnissen	
	Erststimmen-	Erststimmen-	An-	%
	ergebnis	ergebnis	zahl	%
Bielefeld (102)	SPD	CDU	143	0,1
Braunschweig (45)	CDU	SPD	778	0,5
Solingen — Remscheid (71)	CDU	SPD	1 067	0,6
Gießen (131)	SPD	CDU	1 102	0,7
Marburg (129)	CDU	SPD	1 262	0,9
Gifhorn — Peine (40)	CDU	SPD	1 293	0,8
Hamburg-Wandsbeck (16)	SPD	CDU	1 348	0,8
Leverkusen — Rheinisch-Bergischer Kreis II (68)	SPD	CDU	1 433	1,1
Stuttgart II (163)	CDU	SPD	1 439	0,9
Kreis Aachen (54)	SPD	CDU	1 457	0,8
Coburg (224)	CSU	SPD	1 560	1,2
Hamburg-Altona (13)	CDU	SPD	1 607	1,1
Siegen-Wittgenstein I (120)	CDU	SPD	1 684	1,2
Nienburg — Schaumburg (34)	SPD	CDU	2 051	1,2
Goslar (47)	CDU	SPD	2 315	1,8
Plön — Neumünster (6)	SPD	CDU	2 608	2,0
Hannover-Land I (38)	CDU	SPD	2 626	1,4
Saarlouis (246)	CDU	SPD	2 628	1,8
Ludwigshafen (157)	SPD	CDU	2 899	2,1
Hamburg-Eimsbüttel (14)	SPD	CDU	3 091	2,1
Hannover-Land II (42)	SPD	CDU	3 378	1,9
Steinfurt II (98)	CDU	SPD	3 418	1,9
Groß-Gerau (141)	CDU	SPD	3 571	2,0
Hamburg-Nord (15)	CDU	SPD	3 734	2,1
Saarbrücken II (245)	SPD	CDU	3 771	2,6
München-Mitte (203)	CSU	SPD	3 883	3,9
Frankfurt am Main III (140)	CDU	SPD	3 923	3,1
Flensburg — Schleswig (1)	CDU	SPD	3 941	2,3
Essen III (90)	SPD	CDU	3 941	2,4
Lubeck (11)	SPD	CDU	4 016	2,9
Mettmann I (72)	CDU	SPD	4 069	2,5
Darmstadt (143)	SPD	CDU	4 220	2,4
Diepholz (28)	CDU	SPD	4 310	3,5
Frankenthal (156)	SPD	CDU	4 589	3,7
Aachen (53)	CDU	SPD	4 801	3,5

2.2.2 Zweitstimmen und Sitzverteilung

2.2.2.1 Zweitstimmen nach Parteien und Ländern

Mit der Erststimme hatten die Wähler die Möglichkeit, für 248 Bundestagsabgeordnete darüber zu entscheiden, wer sie im Deutschen Bundestag vertreten soll. Über die Ge-

samtzahl der Abgeordneten einer jeden Partei oder über das Starkeverhältnis der Parteien im Deutschen Bundestag entscheiden jedoch allein die Zweitstimmen.

Bei der Bundestagswahl 1987 wurden 37 867 319 gültige Zweitstimmen abgegeben. Bei der Bundestagswahl 1983 waren es 38 940 687. Davon erhielten:

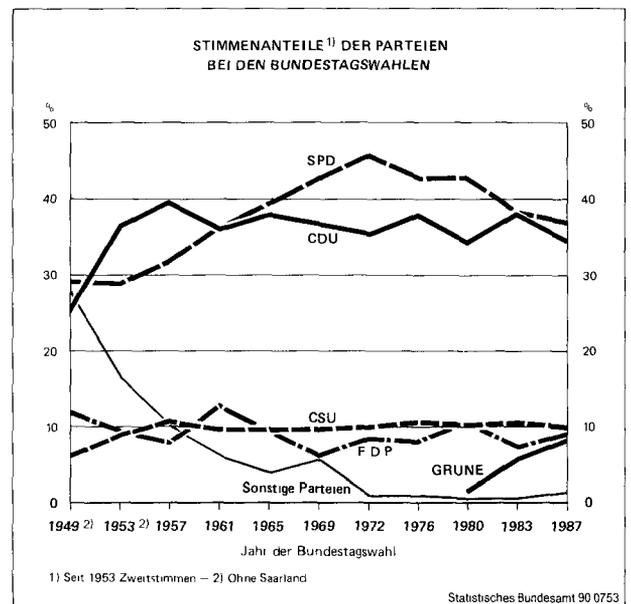
Partei	1987		1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%
SPD	14 025 763	37,0	14 865 807	38,2
CDU	13 045 745	34,5	14 857 680	38,2
CSU	3 715 827	9,8	4 140 865	10,6
F D P	3 440 911	9,1	2 706 942	7,0
GRÜNE	3 126 256	8,3	2 167 431	5,6

Die restlichen 512 817 (1,4%) bzw. 201 962 (0,5%) gültigen Zweitstimmen verteilten sich wie folgt:

Partei	1987		1983	
	Anzahl	%	Anzahl	%
ASD	1 834	0,0	—	—
BP	26 367	0,1	—	—
C B V	5 282	0,0	10 994	0,0
ZENTRUM	19 035	0,1	—	—
Mündige Bürger	24 630	0,1	—	—
FRAUEN	62 904	0,2	—	—
FAP	405	0,0	—	—
MLPD	13 422	0,0	—	—
NPD	227 054	0,6	91 095	0,2
ODP	109 152	0,3	11 028	0,0
Patrioten	22 732	0,1	—	—
DKP	—	—	64 986	0,2
EAP	—	—	14 966	0,0
KPD	—	—	3 431	0,0
USD	—	—	3 333	0,0
BWK	—	—	2 129	0,0

Die SPD, die 37,0% aller gültigen Zweitstimmen erzielte, wurde 1987 wieder stärkste Partei. Im Vergleich zur Wahl 1983, bei der ihr Zweitstimmenanteil 38,2% ausmachte, verlor sie jedoch 1,2 Prozentpunkte.

Schaubild 1



Stimmengewinnen der SPD von 0,4 Prozentpunkten in Nordrhein-Westfalen und 0,1 Prozentpunkten in Niedersachsen standen Stimmenverluste in allen anderen Bundesländern zwischen 0,3 Prozentpunkten (Saarland) und 6,2 Prozentpunkten (Hamburg) gegenüber. Sie war in den Ländern Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Saarland stärkste Partei.

Die CDU, die 1983 einen Zweitstimmenanteil von 38,2 % erzielt hatte, kam 1987 auf einen Anteil von 34,5 %. Sie lag damit um 3,7 Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 1983. Sie hatte in allen Bundesländern Verluste hinnehmen müssen, und zwar zwischen 5,9 Prozentpunkten (Baden-

Tabelle 5 Stimmabgabe bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987 und der letzten Landtagswahl nach Ländern
Prozent

Bundestagswahl ¹⁾ (BW) Landtagswahl (LW)	Anteil der Stimmen					
	SPD	CDU, CSU ²⁾	F D P	GRÜNE	Sonstige	darunter NPD
Schleswig-Holstein						
BW 1983	41,7	46,5	6,3	5,2	0,3	0,2
BW 1987	39,8	41,9	9,4	8,0	0,8	0,5
LW 1988	54,8	33,3	4,4	2,9	4,7	1,2
Hamburg						
BW 1983	47,4	37,6	6,3	8,2	0,6	0,2
BW 1987	41,2	37,4	9,6	11,0	0,7	0,4
LW 1987	45,0	40,5	6,5	7,0 ³⁾	1,0	x
Niedersachsen						
BW 1983	41,3	45,6	6,9	5,7	0,4	0,2
BW 1987	41,4	41,5	8,8	7,4	0,8	0,5
LW 1990	44,2	42,0	6,0	5,5	2,3	0,2
Bremen						
BW 1983	48,7	34,2	6,5	9,7	0,8	0,3
BW 1987	46,5	28,9	8,8	14,5	1,3	0,5
LW 1987	50,5	23,4	10,0	10,2	5,9	x
Nordrhein-Westfalen						
BW 1983	42,8	45,2	6,4	5,2	0,4	0,2
BW 1987	43,2	40,1	8,4	7,5	0,9	0,4
LW 1990	50,0	36,7	5,8	5,0	2,5	0,0
Hessen						
BW 1983	41,6	44,3	7,6	6,0	0,5	0,2
BW 1987	38,7	41,3	9,1	9,4	1,4	0,8
LW 1987	40,2	42,1	7,8	9,4	0,5	x
Rheinland-Pfalz						
BW 1983	38,4	49,6	7,0	4,5	0,5	0,3
BW 1987	37,1	45,1	9,1	7,5	1,3	0,7
LW 1987	38,8	45,1	7,3	5,9	2,9	0,8
Baden-Württemberg						
BW 1983	31,1	52,6	9,0	6,8	0,5	0,3
BW 1987	29,3	46,7	12,0	10,0	2,1	1,0
LW 1988	32,0	49,0	5,9	7,9	5,2	2,1
Bayern						
BW 1983	28,9	59,5	6,2	4,7	0,7	0,3
BW 1987	27,0	55,1	8,1	7,7	2,1	0,6
LW 1990 ⁶⁾	26,0	54,9	5,2	6,4	7,5 ⁷⁾	x
Saarland						
BW 1983	43,8	44,8	6,0	4,8	0,7	0,3
BW 1987	43,5	41,2	6,9	7,1	1,3	0,8
LW 1990	54,4	33,4	5,6	2,6	3,9	0,2
Bundesgebiet ohne Berlin						
BW 1983	38,2	48,8 ⁴⁾	7,0	5,6	0,5	0,2
BW 1987	37,0	44,3 ⁵⁾	9,1	8,3	1,4	0,6

¹⁾ Zweitstimmen — ²⁾ CSU nur in Bayern — ³⁾ GRÜNE/GAL — ⁴⁾ Davon CDU 38,2%, CSU 10,6% — ⁵⁾ Davon CDU 34,5%, CSU 9,8% — ⁶⁾ Vorläufiges Ergebnis — ⁷⁾ Darunter REP 4,9%

Württemberg) und 0,2 Prozentpunkten (Hamburg) Auch für die CSU ergab sich bei der Bundestagswahl 1987 eine Abnahme des Stimmenanteils, und zwar von 59,5 % im Jahr 1983 auf 55,1 % der in Bayern abgegebenen Zweitstimmen

Die F.D.P., die einen Anteil von 9,1 % der Zweitstimmen errang, lag um 2,1 Prozentpunkte über dem Ergebnis von 1983. Sie hatte in allen Bundesländern Gewinne erzielen können, und zwar zwischen 0,9 Prozentpunkten im Saarland und 3,3 Prozentpunkten in Hamburg.

2.2.2.2 Kombination der Erst- und Zweitstimmen (Stimmensplitting)

Anhänger einer Partei, die dieser die Zweitstimme geben, können mit ihrer Erststimme auch den Kandidaten einer anderen Partei wählen, ohne auf diese Weise die Zahl der Sitze ihrer Partei im Bundestag zu schmälern. Wählen zum Beispiel viele Anhänger einer Partei A, die sie die Zweitstimme geben, wegen des besonderen Ansehens oder der besseren Chance mit ihrer Erststimme den Wahlkreisbewerber einer Partei B, tragen sie vielleicht zu einer Verminderung der Wahlkreissitze (Direktmandate) der Partei A bei, nicht aber auch zu einer Verminderung der Gesamtzahl der Sitze dieser Partei, weil dann von der Partei A entsprechend mehr Landeslistenbewerber in den Deutschen Bundestag einziehen würden.

Von der Möglichkeit dieses Stimmensplittings machen nicht allzu viele Wähler Gebrauch. 1987 gaben von den Wählern, deren Zweitstimme gültig war, 85,7 % beide Stimmen derselben Partei, 13,7 % wählten mit der Erststimme Wahlkreisandidaten einer anderen Partei. Bei früheren Bundestagswahlen, bei denen entsprechende Untersuchungen durchgeführt wurden, schlug das Stimmensplitting folgendermaßen zu Buche: 1961 4,3 %, 1965 6,5 %, 1969 7,8 %, 1972 8,8 %, 1976 6,0 %, 1980 10,1 % und 1983 10,9 %.

Die stärkste Koppelung zwischen Erst- und Zweitstimme ist verständlicherweise bei denjenigen Parteien vorhanden, die in der Regel die Chance haben, ein Wahlkreismandat zu gewinnen. Am häufigsten zeigte sich die Koppelung von Erst- und Zweitstimme bei der SPD, CDU und CSU. 1987 hat gegenüber der Wahl 1983 die gleichlautende Stimmabgabe für die Erst- und Zweitstimme für die SPD um 2,5, für die CDU um 0,5 und für die CSU um 1,4 Prozentpunkte abgenommen. Von den Zweitstimmenwählern der SPD haben 92,7 %, von denen der CDU 95,4 % auch ihre Erststimme der jeweiligen Partei gegeben. Bei der CSU betrug dieser Anteil 94,9 %.

Tabelle 6 Ausgewählte Stimmenkombinationen bei den Bundestagswahlen 1983 und 1987

Partei der Zweitstimme	Jahr	Wähler mit gültigen Zweitstimmen				
		Partei der Erststimme ¹⁾				
		SPD	CDU	CSU	F D P	GRÜNE
SPD	1987	92,7	1,5	0,4	0,7	3,5
	1983	95,2	1,3	0,4	0,4	2,0
CDU	1987	1,9	95,4	—	1,3	0,6
	1983	2,1	95,9	—	1,0	0,4
CSU	1987	1,8	—	94,9	1,2	0,6
	1983	1,6	—	96,3	1,0	0,4
F D P	1987	13,1	37,4	5,8	38,7	3,2
	1983	10,1	49,8	8,5	29,1	1,7
GRÜNE	1987	31,5	3,6	0,7	1,6	58,2
	1983	39,8	4,3	0,9	1,2	52,1

¹⁾ Die Differenz zu 100 % sind Erststimmen für andere zugelassene Parteien bzw. Einzelbewerber und ungültige Erststimmen

Das stärkste Stimmensplitting war 1987 bei der F.D.P. festzustellen. Von den Zweitstimmenwählern dieser Partei haben nämlich nur 38,7 % — 1983 lediglich 29,1 % — auch ihre Erststimme für einen Wahlkreisandidaten dieser Partei abgegeben. Über 43 % (37,4 % CDU und 5,8 % CSU) der

Zweitstimmenwähler der F.D.P gaben ihre Erststimme Kandidaten der CDU bzw CSU und 13,1 % Kandidaten der SPD, während 1972 noch 52,9 % und 1980 35,5 % der Zweitstimmenwähler der F.D.P. ihre Erststimme Kandidaten der SPD gaben. Auch bei der Bundestagswahl 1983 lag das Stimmensplitting bei den F.D.P.-Wählern vorn. Neben dem auffallend hohen Stimmensplitting zwischen F.D.P und CDU bzw. CSU gab es aber auch ein weiteres zwischen den GRÜNEN und der SPD. Von den Zweitstimmenwählern der GRÜNEN haben 1987 58,2 % auch ihre Erststimme dieser Partei gegeben 31,5 % der Zweitstimmenwähler gaben dagegen ihre Erststimme der SPD; nur 4,3 % der CDU bzw. CSU

2.2.2.3 Sitzverteilung nach Parteien und Ländern

Die Zahl der Sitze einer Partei im Deutschen Bundestag richtet sich nach der Zahl der für die Gesamtheit ihrer Landeslisten abgegebenen Zweitstimmen. Die einzelnen Landeslisten einer Partei gelten in diesem Zusammenhang nach § 7 des Bundeswahlgesetzes als verbunden. Es werden — dies gilt bis 1987 — jedoch nur die Zweitstimmen derjenigen Parteien berücksichtigt, die im gesamten Wahlgebiet mindestens 5 % der gültigen Zweitstimmen erhalten oder mindestens drei Wahlkreissitze errungen haben („Sperrklausel“). Infolgedessen kamen für die Sitzverteilung 1987 nur SPD, CDU und CSU, F.D.P. und die GRÜNEN in Betracht. SPD, CDU und CSU deshalb, weil sie beide Bedingungen erfüllen, die F.D.P. und die GRÜNEN wegen der ersten Bedingung.

Übersicht Verteilung der Sitze auf die Listenverbindungen bei der Bundestagswahl 1987

Partei	Sitze insgesamt	Zweitstimmen nach Parteien	Zweitstimmen insgesamt	Ganz-zahliger Anteil	„Reste“	Sitze nach dem größten Rest	Sitze insgesamt
SPD		14 025 763		186,236			186
CDU		13 045 745		173,223			173
CSU	496 x	3 715 827	37 354 502	= 49,339			49
F D P		3 440 911		45,689		+ 1	46
GRUNE		3 126 256		41,511		+ 1	42
		<u>37 354 502</u>		<u>494</u>		<u>+ 2</u>	<u>496</u>

Föderalistischen Prinzipien folgend, geht das Bundeswahlgesetz von der Sitzverteilung auf die einzelnen Parteien aus und verteilt diese entsprechend der Zahl der Zweitstimmen in den Ländern auf die Landeslisten der Parteien. Dabei findet das Berechnungsverfahren Niemeyer Anwendung (siehe hierzu Abschnitt 1.2.2). Die Sitzverteilung wird vom Bundeswahlleiter in folgenden drei Stufen vorgenommen (am Beispiel der 1987 erzielten Zweitstimmen).

- Verteilung der 496 im Jahr 1987 errungenen Sitze auf die SPD, CDU, CSU, F.D.P und GRÜNE nach dem Ergebnis der für sie im gesamten Wahlgebiet [1987 Bundesgebiet ohne Berlin (West)] abgegebenen Zweitstimmen unter Anwendung des obengenannten Verfahrens. Bei dieser Verteilung ergaben sich 1987 für die

SPD 186 Sitze,
 CDU 173 Sitze,
 CSU 49 Sitze,
 F.D.P 46 Sitze und für
 GRÜNE 42 Sitze

(siehe auch Übersicht)

- Verteilung der von jeder vorstehend aufgeführten Partei gewonnenen Sitze auf ihre Landeslisten nach dem Verhältnis ihrer Zweitstimmen für ihre einzelnen Landeslisten, wiederum nach dem Verfahren Niemeyer, also zum Beispiel 1987 Verteilung der 186 Sitze der SPD auf ihre Landeslisten in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen usw
- Abzug der von jeder Partei in den einzelnen Ländern gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) von den Sitzen, die ihnen in dem betreffenden Land nach der in Ziffer 2 geschilderten Berechnung zustanden. Die verbleibenden Sitze waren aus den Landeslisten der Parteien in der Reihenfolge der nicht direkt gewählten Bewerber auf der jeweiligen Landesliste zu besetzen. Zuvor waren daher auf den Landeslisten diejenigen Bewerber zu streichen, die auch in einem Wahlkreis kandidiert hatten und über die Erststimmengmehrheit in ihrem Wahlkreis Bundestagsabgeordnete geworden waren

Dieses Verfahren kann dazu führen, daß eine Partei in einem Land mehr Wahlkreisabgeordnete stellt, als ihr in diesem Land nach den Zweitstimmen Abgeordnete zustehen. Tritt ein solcher Fall ein, kommen alle im Wahlkreis Gewählten in den Deutschen Bundestag. Die Folge ist, daß sich die Gesamtzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch sogenannte „Überhangmandate“ entsprechend erhöht. Ein solches Überhangmandat gab es bei der Bundestagswahl 1987. Bei der Verteilung der 173 Sitze der CDU auf ihre Landeslisten ergab sich nämlich, daß ihr in Baden-Württemberg 35 Sitze zufielen, sie aber 36 Wahlkreissitze gewann. Demzufolge erhöhte sich die Gesamtzahl der von der CDU gewonnenen Sitze von 173 um einen auf 174 und die Gesamtsitze (ohne Berlin) von 496 auf 497.

Weitere 22 vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählte kamen 1987 zu den mit dem Stimmzettel gewählten Abgeordneten hinzu. Sie verteilten sich auf die Parteien wie folgt: SPD 7, CDU 11, F.D.P. 2, AL 2. Einschließlich der Berliner Abgeordneten setzte sich der 11. Deutsche Bundestag wie folgt zusammen:

SPD	193
CDU	185
CSU	49
F D P	48
GRUNE	42
AL	2
Insgesamt	<u>519</u>

Die Verteilung der Wahlkreis- und Landeslistensitze geht aus Tabelle 7 hervor. Sie zeigt, daß 1987 CDU und CSU 169 Wahlkreissitze gegenüber 79 der SPD errungen haben. Dagegen errang die SPD 107 Landeslistensitze gegenüber 54 der CDU und CSU. Insgesamt gesehen büßte die SPD gegenüber 1983 sieben Sitze ein, während CDU und CSU zusammen 21 Sitze verloren. Die F.D.P konnte gegenüber 1983 zwölf Sitze hinzugewinnen, die GRÜNEN erhielten gegenüber 1983 sogar 15 zusätzliche Sitze.

Wie sich bei einer Bundestagswahl die Sitze einer Partei auf Wahlkreissitze und Landeslistensitze verteilen, hängt von der Zahl der je Land gewonnenen Wahlkreissitze (Direktmandate) ab. So kann es vorkommen, daß Landesli-

Tabelle 7 Sitzverteilung bei den Bundestagswahlen 1987 und 1983 nach Ländern

Partei	Wahljahr	Sitze insgesamt und über	Bundesgebiet ohne Berlin	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland
SPD	1987	Insgesamt	186	9	6	26	3	62	18	12	22	24	4
		Wahlkreis	79	3	5	13	3	38	8	5	1	—	3
		Landesliste	107	6	1	13	—	24	10	7	21	24	1
CDU	1987	Insgesamt	174	9	5	26	2	58	19	15	36	—	4
		Wahlkreis	124	8	2	18	—	33	14	11	36	—	2
		Landesliste	50	1	3	8	2	25	5	4	—	—	2
CSU	1987	Insgesamt	49	—	—	—	—	—	—	—	—	49	—
		Wahlkreis	45	—	—	—	—	—	—	—	—	45	—
		Landesliste	4	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—
FDP	1987	Insgesamt	46	2	1	6	1	12	4	3	9	7	1
		Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		Landesliste	46	2	1	6	1	12	4	3	9	7	1
GRÜNE	1987	Insgesamt	42	2	2	5	1	11	4	2	7	7	1
		Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		Landesliste	42	2	2	5	1	11	4	2	7	7	1
Insgesamt	1987	Insgesamt	497 ¹⁾	22	14	63	7	143	45	32	74	87	10
		Wahlkreis	248	11	7	31	3	71	22	16	37	45	5
		Landesliste	249	11	7	32	4	72	23	16	37	42	5
Insgesamt	1983	Insgesamt	498 ²⁾	21	13	63	5	146	48	31	74	89	8
		Wahlkreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		Landesliste	498	21	13	63	5	146	48	31	74	89	8

¹⁾ Außerdem vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt, SPD 7, CDU 11, F D P 2, AL 2, einschl. einem Überhangmandat in Baden-Württemberg für die CDU — ²⁾ Außerdem vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt SPD 9, CDU 11, F D P 1, AL 1, einschl. je einem Überhangmandat in Hamburg und Bremen für die SPD

stenbewerber, deren Plätze als durchaus aussichtsreich angesehen wurden, nicht mehr zum Zuge kommen, weil nach Abzug der gewonnenen Wahlkreissitze von den insgesamt zustehenden Sitzen ein zu kleiner oder gar kein Rest verbleibt. So kann zum Beispiel ein unerwarteter Wahlkreissieg einer Partei die Aussichten eines Landeslistenbewerbers dieser Partei zunichte machen. Umgekehrt ist es aber auch möglich, daß bei einer Verringerung der Wahlkreissitze gegenüber der erwarteten Anzahl mehr

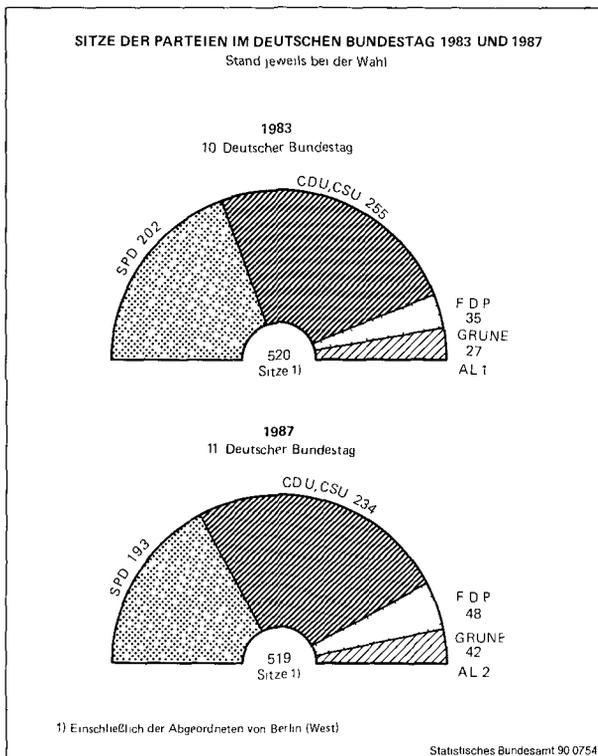
Landeslistenbewerber zum Zuge kommen, als angenommen worden war.

Unter den bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 Gewählten befanden sich nur 77 Frauen. Dazu kommen drei Frauen, die vom Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurden. Der Anteil der weiblichen Bundestagsabgeordneten (ohne die vom Berliner Abgeordnetenhaus Gewählten) betrug bei allen bisherigen Wahlen unter 10 %. Ihr Anteil ist zwar seit der Bundestagswahl 1972 kontinuierlich von 5,4 % auf 9,8 % im Jahr 1983 angestiegen und erreichte 1987 sogar einen Anteil von 15,5 %, gemessen an der Zahl der wahlberechtigten Frauen sind die weiblichen Abgeordneten jedoch nach wie vor im Bundestag unterrepräsentiert.

Vergleicht man die Altersstruktur der Abgeordneten im Bundestag, so zeigt sich, daß die unter 35jährigen und die über 70jährigen Abgeordneten am geringsten vertreten sind. Die meisten Abgeordneten (62,8 %) stellt die Gruppe der 45- bis 59jährigen.

Das Durchschnittsalter der 497 Abgeordneten liegt bei 49,1 Jahren. Bei der SPD beträgt es 48,9, bei der CDU 50,7, bei der CSU 50,3 und bei der F.D.P. 50,2 Jahre. Die GRÜNEN haben mit einem Durchschnittsalter von 40,5 Jahren die jüngsten Abgeordneten.

Schaubild 2



2.3 Zweitstimmen der Bundestagswahl 1987 und ihre Verteilung nach ausgewählten Merkmalen der Wähler

2.3.1 Methodische Hinweise

Ein besonderes Interesse besteht bei Parteien, Wissenschaft und Öffentlichkeit an Ergebnissen über Zweitstimmen nach Parteien in Kombination mit weiteren Merkmalen der Wähler, zum Beispiel Alter und Geschlecht. Für

solche Untersuchungen zur demographischen und Sozialstruktur der Wähler gibt es im Bereich der amtlichen Statistik und der privaten Umfrageforschung mehrere Erhebungswege. Einen davon geht die repräsentative Wahlstatistik, die nach § 51 des Bundeswahlgesetzes in Verbindung mit § 85 der Bundeswahlordnung durchgeführt wird. Für die repräsentative Wahlstatistik erfolgte 1987 im Bundesgebiet ohne Berlin in 1 876 Wahlbezirken die Stimmabgabe in der Unterteilung nach dem Geschlecht und fünf Altersgruppen. Das entsprach einem durchschnittlichen Auswahlsatz von 3,5 % der Wahlberechtigten

2.3.2 Stimmabgabe nach Geschlecht und Alter (repräsentative Wahlstatistik)

Die gültigen Zweitstimmen [ohne Briefwahlstimmen²⁾] wurden 1987 zu 47,7 % von Männern und zu 52,3 % von Frauen abgegeben. Bei den übrigen Bundestagswahlen (1957 bis 1983) lagen die Anteile bei den Männern etwas niedriger und bei den Frauen entsprechend höher. Unter den Wählern der SPD, CDU, CSU und GRÜNEN sind die Frauen in der Mehrzahl. Bei der F.D.P. und den sonstigen Parteien überwog 1987 der Anteil der männlichen Wähler mit 50,2 bzw. 55,5 %.

Der Anteil der Männerstimmen hat sich bei der SPD von 51,7 % bei der Bundestagswahl 1957 bis auf 46,2 % bei der Bundestagswahl 1980 vermindert, ist jedoch über 46,4 % (1983) wieder auf 48,1 % (1987) gestiegen. Umgekehrt sind in gleichem Maße die Anteile der Frauen bei der SPD von 48,3 % (1957) auf 53,8 bzw. 53,6 % bei der Wahl 1980 bzw. 1983 angestiegen; 1987 ist ihr Anteil wieder auf 51,9 % gesunken. Bei CDU und F.D.P. war gegenüber 1983 nur eine geringe (0,1 Prozentpunkte), bei der CSU keine Veränderung eingetreten. Schon bei der Bundestagswahl 1969 erhielt auch die SPD — wie CDU und CSU von jeher — mehr Frauen- als Männerstimmen. Die Differenz

²⁾ Bei der Bundestagswahl haben knapp 10 % mit Wahrscheinlichkeit (Männer 9,1 %, Frauen 10,7 %) besonders häufig beteiligten sich die Frauen im Alter von 70 und mehr Jahren (19,8 %) an der Briefwahl.

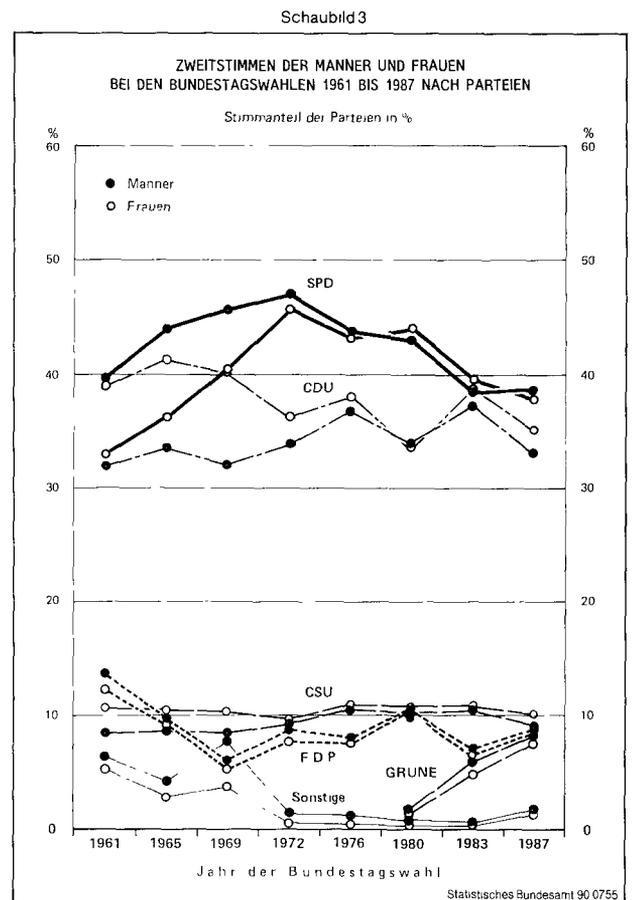
Tabelle 8 Anteile der Männer- und Frauenstimmen an den Gesamtstimmen für die jeweilige Partei bei den Bundestagswahlen

Wahljahr	Ins-gesamt	SPD	CDU	CSU	F D P	GRUNE	Sonstige
Männerstimmen ¹⁾							
1957	46,7	51,7	42,2 ²⁾		50,3	x	49,6
1961	46,7	51,3	41,7	41,2	49,4	x	51,2
1965	46,2	51,2	41,2	41,5	47,7	x	56,8
1969	46,0	49,0	40,4	41,3	49,4	x	63,8
1972	46,4	47,1	44,6	45,0	49,6	x	66,2
1976	46,3	46,6	45,6	45,3	47,8	x	65,3
1980	46,7	46,2	47,0	46,7	45,9	53,9	62,7
1983	46,9	46,4	46,2	46,0	50,3	52,4	64,2
1987	47,7	48,1	46,3	46,0	50,2	49,5	55,5
Frauenstimmen ¹⁾							
1957	53,3	48,3	57,8 ²⁾		49,7	x	50,4
1961	53,3	48,7	58,3	58,8	50,6	x	48,8
1965	53,8	48,8	58,8	58,5	52,3	x	43,2
1969	54,0	51,0	59,6	58,7	50,6	x	36,2
1972	53,6	52,9	55,4	55,0	50,4	x	33,8
1976	53,7	53,4	54,4	54,7	52,2	x	34,7
1980	53,3	53,8	53,0	53,3	54,1	46,1	37,3
1983	53,1	53,6	53,8	54,0	49,7	47,6	35,8
1987	52,3	51,9	53,7	54,0	49,8	50,5	44,5

¹⁾ Zweitstimmen ohne Stimmen der Briefwähler — ²⁾ CDU und CSU

zwischen den Anteilen der männlichen und weiblichen Wähler betrug bei der SPD 1987 3,8 (gegenüber 7,2 Prozentpunkten im Jahr 1983), bei der CDU 7,4, bei der CSU 8,0, bei der F.D.P. 0,4 und bei den GRÜNEN 1,0 Prozentpunkte.

Die Veränderungen der Stimmenanteile für die einzelnen Parteien bei den Männern und Frauen seit 1961 zeigen Schaubild 3 und Tabelle 9. Die Veränderungen für die einzelnen Parteien zwischen den Bundestagswahlen 1983 und 1987 sind in der Tendenz sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Wählern wiederzufinden, nur sind sie bei den Männern und Frauen von unterschiedlicher Höhe. 1983 hatten 38,4 % der männlichen und 39,4 % der weiblichen Wähler ihre Zweitstimme der SPD gegeben. Bei der Bundestagswahl 1987 betrug der Anteil der



SPD bei den Männern 38,5 % und bei den Frauen 37,8 %. Der Anteil der SPD-Wählerschaft hat gegenüber 1983 bei den Männern somit eine leichte Zunahme erfahren, bei den Frauen ging der Anteil jedoch um 1,6 Prozentpunkte zurück. Für die CDU ist 1987 gegenüber 1983 eine stärkere Abnahme der Stimmenanteile eingetreten, die sich bei den Wählerinnen geringer als bei den männlichen Wählern zeigte. Der Stimmenanteil der CDU lag 1987 bei den Wählern um 4,2 und bei den Wählerinnen um 3,4 Prozentpunkte niedriger als 1983. Bei der CSU waren es 1,0 bzw. 0,7 Prozentpunkte weniger.

1987 hatten von den männlichen Wählern 33,2 % CDU und 9,3 % CSU gewählt. Dies waren zusammengenommen insgesamt 5,2 Prozentpunkte Männerstimmen weniger als bei der Wahl 1983. Die gleiche Feststellung gilt für die

Wahlerinnen, die 1987 mit 35,1 % CDU und mit 10,0 % CSU gewählt hatten. Sie hatten gegenüber 1983 damit insgesamt 4,1 Prozentpunkte weniger Zweitstimmen diesen beiden Parteien gegeben.

Die F.D.P. hatte 1987 gegenüber 1983 eine Zunahme von jeweils 2,0 Prozentpunkten bei den männlichen und weiblichen Wählern erfahren. Ebenso wie die F.D.P. wiesen die GRÜNEN sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen Zweitstimmengewinne auf, die gegenüber 1983 bei den Frauen mit 2,9 Prozentpunkten höher ausgefallen waren als bei den Männern mit 2,4 Prozentpunkten

Tabelle 9: Zweitstimmen bei den Bundestagswahlen nach Geschlecht und Partei
Prozent

Wahljahr	Zweitstimmen ¹⁾		
	insgesamt	Männer	Frauen
SPD			
1957 ²⁾	31,9	35,3	28,9
1961	36,1	39,7	32,9
1965	39,8	44,0	36,2
1969	42,8	45,6	40,4
1972	46,3	46,9	45,7
1976	43,3	43,6	43,1
1980	43,5	43,1	43,9
1983	38,9	38,4	39,4
1987	38,1	38,5	37,8
CDU ³⁾			
1957 ²⁾	49,3	44,6	53,5
1961	35,7	31,9	39,0
1965	37,7	33,5	41,3
1969	36,5	32,1	40,3
1972	35,1	33,8	36,3
1976	37,4	36,8	38,0
1980	33,8	34,0	33,5
1983	38,0	37,4	38,5
1987	34,2	33,2	35,1
CSU			
1961	9,6	8,5	10,6
1965	9,6	8,6	10,4
1969	9,5	8,5	10,3
1972	9,5	9,2	9,7
1976	10,6	10,4	10,8
1980	10,2	10,2	10,2
1983	10,5	10,3	10,7
1987	9,6	9,3	10,0
F D P			
1957 ²⁾	8,0	8,6	7,4
1961	12,9	13,6	12,2
1965	9,4	9,7	9,2
1969	5,6	6,1	5,3
1972	8,2	8,8	7,7
1976	7,8	8,1	7,6
1980	10,6	10,5	10,8
1983	6,7	7,2	6,3
1987	8,7	9,2	8,3
GRUNE			
1980	1,4	1,6	1,2
1983	5,3	5,9	4,8
1987	8,0	8,3	7,7
Sonstige			
1957 ²⁾	10,8	11,5	10,2
1961	5,8	6,4	5,3
1965	3,5	4,3	2,9
1969	5,6	7,7	3,7
1972	0,9	1,3	0,6
1976	0,8	1,2	0,5
1980	0,5	0,6	0,3
1983	0,5	0,7	0,3
1987	1,4	1,6	1,2

1) Ohne Stimmen der Briefwähler — 2) Ohne Saarland — 3) 1957 CDU und CSU

Zur Feststellung der Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter wurden 1987 wie auch 1983 fünf Altersgruppen gebildet. Im einzelnen handelte es sich 1987 um folgende Geburtsjahr- bzw. Altersgruppen.

Geburtsjahr
1963 bis 1969
1953 bis 1962
1943 bis 1952
1928 bis 1942
1927 und früher

entsprechend etwa Alter
unter 25 Jahre
25 bis unter 35 Jahre
35 bis unter 45 Jahre
45 bis unter 60 Jahre
60 Jahre und älter

Je Partei wurde ermittelt, wieviel Prozent ihrer Wähler in die jeweilige Altersgruppe fielen. Dabei ergab sich für 1987, immer beginnend mit den Parteien mit den höchsten Prozentsätzen, folgende Reihenfolge der Parteien in den fünf festgelegten Altersgruppen:

18- bis unter 25jährige: GRÜNE — Sonstige (ohne NPD) — NPD — SPD — F.D.P. — CSU — CDU,

25- bis unter 35jährige: GRÜNE — Sonstige (ohne NPD) — SPD — CSU — F.D.P. — CDU — NPD,

35- bis unter 45jährige: F.D.P. — GRÜNE — SPD — CSU — CDU — Sonstige (ohne NPD) — NPD,

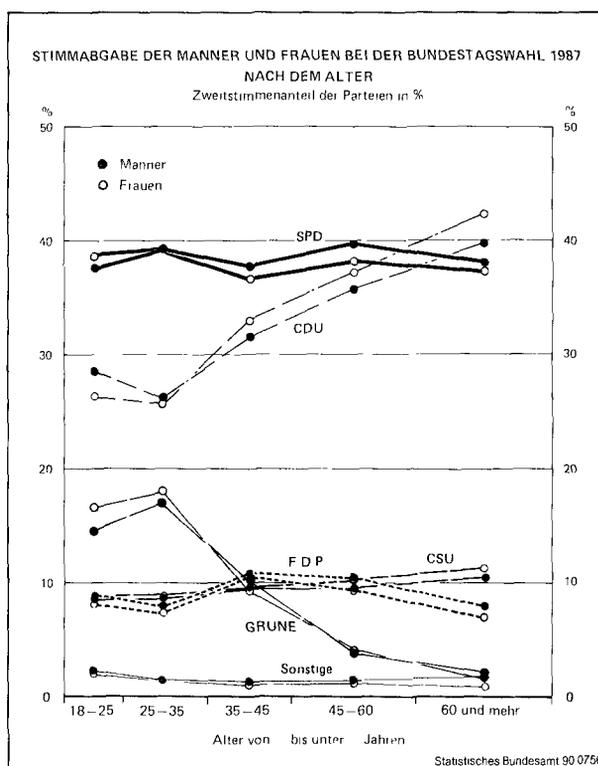
45- bis unter 60jährige: F.D.P. — CDU — NPD — SPD — CSU — Sonstige (ohne NPD) — GRÜNE,

über 60jährige: CDU — NPD — CSU — SPD — Sonstige (ohne NPD) — F.D.P. — GRÜNE.

Aus der Altersgliederung der Wähler, die mit ihrer Zweitstimme eine bestimmte Partei gewählt haben, lassen sich auch Rangordnungen der Parteien nach dem Alter ihrer Wählerschaft aufstellen. Nimmt man zum Beispiel die Anteile der unter 45 Jahre alten Wähler je Partei, dann ergibt sich für 1987 folgende Reihenfolge.

	Insgesamt	Männer %	Frauen %
GRUNE	80,6	81,2	80,0
F D P	46,1	48,1	44,1
SPD	45,4	48,3	42,7
CSU	41,7	46,0	38,2
NPD	39,4	42,0	32,3
CDU	37,9	41,9	34,5

Schaubild 4



In der Wählerschaft der GRÜNEN stellten die unter 45jährigen vier von fünf Wählern; der Anteil der jüngeren und mittleren Altersjahrgänge war damit bei den GRÜNEN weit höher als in allen anderen Parteien. Mit einem Anteil von 46,1 % folgte bei den unter 45jährigen die F.D.P. Relativ hoch war auch der Anteil der unter 45jährigen SPD-Wähler.

Tabelle 10: Zweitstimmen der Männer und Frauen bei den Bundestagswahlen nach Alter und Partei

Alter von bis unter Jahren	Von 100 gültigen Zweitstimmen ¹⁾ bei der Bundestagswahl					
	1987		1983		1980	
	entfielen auf					
	mannliche	weibliche	mannliche	weibliche	mannliche	weibliche
	Wähler im Alter von bis unter Jahren auf nachstehende Parteien					
	SPD					
18 — 25	37,5	38,7	37,6	40,6	47,6	50,3
25 — 35	39,0	39,0	38,3	40,4	46,4	47,9
35 — 45	37,6	36,6	35,7	36,4	40,3	40,7
45 — 60	39,4	38,1	39,7	39,6	42,2	42,5
60 und mehr	38,0	37,2	39,9	39,7	41,2	42,6
Insgesamt	38,5	37,8	38,4	39,4	43,1	43,9
	CDU					
18 — 25	28,5	26,3	32,2	30,6	26,0	23,9
25 — 35	26,1	25,7	32,9	32,6	27,4	25,9
35 — 45	31,4	33,0	39,5	40,0	35,3	34,4
45 — 60	35,8	37,2	39,1	40,1	36,8	35,9
60 und mehr	39,8	42,3	40,4	42,4	39,9	38,7
Insgesamt	33,2	35,1	37,4	38,5	34,0	33,5
	CSU					
18 — 25	8,5	8,5	9,8	9,7	9,6	9,1
25 — 35	8,6	8,7	10,2	10,2	10,2	9,7
35 — 45	9,2	9,5	10,8	10,9	10,4	10,2
45 — 60	9,4	10,2	10,1	10,8	10,1	10,6
60 und mehr	10,3	11,2	10,5	11,1	10,7	10,6
Insgesamt	9,3	10,0	10,3	10,7	10,2	10,2
	F D P					
18 — 25	8,6	8,0	5,4	5,2	10,9	11,9
25 — 35	7,9	7,3	6,3	6,2	12,8	13,9
35 — 45	10,7	10,5	8,8	8,3	12,6	13,6
45 — 60	10,3	9,4	8,0	6,7	9,7	10,1
60 und mehr	7,9	6,9	6,8	5,4	7,1	7,5
Insgesamt	9,2	8,3	7,2	6,3	10,5	10,8
	GRUNE					
18 — 25	14,5	16,5	14,2	13,5	5,3	4,3
25 — 35	16,9	17,9	11,5	10,1	2,6	2,4
35 — 45	9,9	9,3	4,7	4,1	0,9	0,8
45 — 60	3,7	3,9	2,4	2,4	0,6	0,6
60 und mehr	2,2	1,6	1,5	1,1	0,4	0,3
Insgesamt	8,3	7,7	5,9	4,8	1,6	1,2
	Sonstige					
18 — 25	2,3	1,9	0,7	0,4	0,7	0,4
25 — 35	1,5	1,5	0,7	0,5	0,7	0,3
35 — 45	1,2	1,1	0,5	0,3	0,4	0,3
45 — 60	1,4	1,1	0,7	0,4	0,6	0,3
60 und mehr	1,7	0,8	0,9	0,3	0,7	0,3
Insgesamt	1,6	1,2	0,7	0,3	0,6	0,3

1) Ohne Stimmen der Briefwähler.

ler; ihre Zahl ist gegenüber 1983 sowohl insgesamt als auch bei den Männern und den Frauen zurückgegangen. Dagegen hat die SPD bei den 45- bis 60jährigen gegenüber 1983 Stimmengewinne erzielen können, die bei den Männern mit 1,8 Prozentpunkten höher ausgefallen waren als bei den Frauen mit 1,2 Prozentpunkten.

Bei der CDU und CSU hat der Anteil der unter 45jährigen Wähler sowohl insgesamt als auch bei den Männern und Frauen abgenommen. Bei den 45jährigen und älteren haben beide Parteien jedoch Gewinne bei beiden Ge-

schlechtern erzielt. Von den in die Untersuchung einbezogenen Parteien hat die CDU die relativ älteste Wählerschaft.

3 Wahlen zur Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 18. März 1990

An den ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 nahmen folgende 24 Parteien, andere politische Vereinigungen und Listenvereinigungen teil:

Listen-ziffer	Name	Kurz-bezeichnung
1	Aktionsbündnis Vereinigte Linke Die Nelken — VL	AVL
2	Alternative Jugendliste DJP — GJ — MJV — FDJ	AJL
3	„Bündnis 90“ NEUES FORUM — DEMOKRATIE JETZT — IFM	Bundn 90
4	Bund Freier Demokraten DFP — LDP — F D P — Die Liberalen	LIBERALE
5	Bund Sozialistischer Arbeiter Deutsche Sektion der 4. Internationale	BSA
6	Christlich-Demokratische Union Deutschlands	CDU
7	CHRISTLICHE LIGA	CHR LIGA
8	Demokratische Bauernpartei Deutschlands	DBD
9	„Demokratischer Aufbruch — sozial + ökologisch“	DA
10	Demokratischer Frauenbund Deutschlands	DFD
11	Deutsche Biertrinker Union	DBU
12	Deutsche Soziale Union	DSU
13	„EINHEIT jetzt“	EINHEITJ
14	Europäische Federalistische Partei Europa Partei	EFP
15	Europa-Union der DDR (Eu der DDR)	EU
16	„Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband“	GRUNE-UF
17	Kommunistische Partei Deutschlands	KPD
18	National-Demokratische Partei Deutschlands	NDPD
19	Partei des Demokratischen Sozialismus	PDS
20	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
21	Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands	SpAD
22	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	USPD
23	Unabhängige Volkspartei	UVP
24	Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie	VAA

Die Ergebnisse der Volkskammerwahl — umgerechnet auf die neugebildeten Länder in der ehemaligen DDR — sind aus Tabelle 11 ersichtlich. Ausführlich dargestellt werden hier lediglich die zwölf politischen Gruppierungen, die einen Sitz in der Volkskammer erringen konnten. Die Ergebnisse der übrigen Gruppierungen sind in der Position „Sonstige“ zusammengefaßt.

Die insgesamt 400 Sitze in der Volkskammer verteilen sich wie folgt:

AVL	1
Bundn 90	12
LIBERALE	21
CDU	163
DBD	9
DA	4
DFD	1
DSU	25
GRUNE-UFV	8
NDPD	2
PDS	66
SPD	88

Untersuchungen des Wählerverhaltens nach Alter und Geschlecht wurden bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR nicht durchgeführt. Repräsentative Wahlergebnisse dieser Art werden für das Gebiet der ehemaligen DDR erstmals zur ersten gesamtdeutschen Wahl des Deutschen Bundestages veröffentlicht werden.

Tabelle 11 Wahlberechtigte, Wähler und Stimmabgabe bei der Volkskammerwahl 1990 nach Ländern¹⁾

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Insgesamt	Ost-Berlin ²⁾	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Sachsen
Wahlberechtigte	Anzahl	12 435 644	966 241	1 448 665	1 973 272	2 279 567	2 037 349	3 730 550
Wähler	Anzahl	11 611 735	876 079	1 345 354	1 845 821	2 129 014	1 924 427	3 491 040
Wahlbeteiligung	%	93,4	90,7	92,9	93,5	93,4	94,5	93,6
Ungültige Stimmen	Anzahl	63 345	3 456	8 445	10 517	12 307	8 934	19 686
	%	0,5	0,4	0,6	0,6	0,6	0,5	0,6
Gültige Stimmen	Anzahl	11 548 220	872 623	1 336 739	1 835 304	2 116 707	1 915 493	3 471 354
Davon entfielen auf								
AVL	Anzahl	20 303	2 785	2 218	3 637	3 449	2 866	5 348
	%	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Bundnis 90	Anzahl	336 316	55 749	31 674	59 945	46 830	39 131	102 987
	%	2,9	6,4	2,4	3,3	2,2	2,0	3,0
LIBERALE	Anzahl	613 715	26 312	47 973	86 188	166 647	88 951	197 644
	%	5,3	3,0	3,6	4,7	7,9	4,6	5,7
CDU	Anzahl	4 716 432	160 422	485 787	615 975	940 899	1 006 517	1 506 832
	%	40,8	18,4	36,3	33,6	44,5	52,5	43,4
DBD	Anzahl	251 041	3 944	65 379	51 678	37 675	27 091	65 274
	%	2,2	0,5	4,9	2,8	1,8	1,4	1,9
DA	Anzahl	106 246	8 958	8 142	13 869	12 834	30 161	32 282
	%	0,9	1,0	0,6	0,8	0,6	1,6	0,9
DFD	Anzahl	38 224	—	5 193	2 763	9 434	6 879	13 955
	%	0,3	—	0,4	0,2	0,4	0,4	0,4
DSU	Anzahl	727 810	19 400	31 917	61 001	50 836	110 358	454 298
	%	6,3	2,2	2,4	3,3	2,4	5,8	13,1
GRUNE-UFV	Anzahl	226 891	23 114	26 771	39 359	37 402	39 578	60 667
	%	2,0	2,6	2,0	2,1	1,8	2,1	1,7
NPD	Anzahl	44 284	1 520	6 841	8 392	7 389	6 431	13 711
	%	0,4	0,2	0,5	0,5	0,3	0,3	0,4
PDS	Anzahl	1 889 017	261 569	304 918	335 822	296 711	217 960	472 037
	%	16,4	30,0	22,8	18,3	14,0	11,4	13,6
SPD	Anzahl	2 525 383	304 891	312 906	548 912	500 511	335 583	522 580
	%	21,9	34,9	23,4	29,9	23,6	17,5	15,1
Sonstige	Anzahl	52 696	3 959	7 158	7 763	6 090	3 987	23 739
	%	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,2	0,7

Quelle: Statistisches Amt der ehemaligen DDR

¹⁾ Angaben für das Gebiet der ehemaligen DDR, diese Angaben schließen Ost-Berlin ein — ²⁾ Ohne Stimmbezirke im Ausland, die bei der Volkskammerwahl dem Wahlkreis 1 (Ost-Berlin) zugeordnet wurden

4 Ergebnisse der Landtagswahlen in den fünf neuen Ländern am 14. Oktober 1990

Für das Gebiet der ehemaligen DDR liegen bisher Gesamtergebnisse aus freien Wahlen nur für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 vor (siehe Abschnitt 3) Um

dennoch einen begrenzten Zeitvergleich über das Wahlverhalten in diesen Ländern zu ermöglichen, werden in Tabelle 12 die wichtigsten Ergebnisse der Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 dargestellt. Der mittelbare Vergleich mit den Ergebnissen der Volkskammerwahl (siehe Tabelle 11) ist auch deshalb aufschlußreich, weil das länderspezifische Wahlverhalten bei beiden Wahlen eine hohe Übereinstimmung zeigt. Diese Grundaussage gilt aller-

Tabelle 12 Wahlberechtigte, Wähler sowie Zweitstimmen nach Parteien bei den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 (vorläufige Ergebnisse)

Gegenstand der Nachweisung	Mecklenburg-Vorpommern		Brandenburg		Sachsen-Anhalt		Thüringen		Sachsen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	1 420 194	x	1 943 871	x	2 217 055	x	1 998 623	x	3 674 691	x
Wähler	926 189	x	1 310 818	x	1 455 309	x	1 441 525	x	2 699 854	x
Wahlbeteiligung	x	65,2	x	67,4	x	65,6	x	72,1	x	73,5
Ungültige Stimmen	30 401	3,3	38 138	2,9	43 167	3,0	38 393	2,7	66 632	2,5
Gültige Stimmen	895 788	96,7	1 272 680	97,1	1 412 142	97,0	1 403 132	97,3	2 633 222	97,5
CDU	343 311	38,3	374 181	29,4	550 642	39,0	637 037	45,4	1 417 177	53,8
SPD	241 866	27,0	486 843	38,3	367 099	26,0	319 218	22,8	502 763	19,1
LL/PDS	140 193	15,7	170 480	13,4	169 115	12,0	136 408	9,7	269 200	10,2
F D P	49 096	5,5	84 439	6,6	190 723	13,5	130 010	9,3	138 404	5,3
Bundnis 90	19 924	2,2	81 639	6,4	x	x	x	x	x	x
CSU	9 956	1,1	x	x	x	x	x	x	x	x
DBU	4 946	0,6	4 358	0,3	4 577	0,3	4 709	0,3	12 536	0,5
DSU	6 721	0,8	12 512	1,0	24 115	1,7	45 981	3,3	94 326	3,6
Grüne	37 301	4,2	36 189	2,8	74 644	5,3	x	x	x	x
FaBU	829	0,1	x	x	x	x	x	x	x	x
LVP	4 747	0,5	x	x	x	x	x	x	x	x
NPD	1 542	0,2	1 666	0,1	2 086	0,2	3 194	0,2	17 795	0,7
Forum	26 159	2,9	x	x	x	x	x	x	147 465	5,6
Graue	1 235	0,1	x	x	x	x	x	x	x	x
REP	7 962	0,9	14 623	1,2	8 989	0,6	11 709	0,8	x	x
Christliche Liga	x	x	2 751	0,2	2 315	0,2	3 644	0,3	12 850	0,5
DFP	x	x	1 834	0,1	x	x	x	x	x	x
Domowina	x	x	1 165	0,1	x	x	x	x	x	x
CSP	x	x	x	x	1 564	0,1	x	x	x	x
DFD	x	x	x	x	15 619	1,1	10 860	0,8	x	x
USPD	x	x	x	x	654	0,1	x	x	x	x
NFGROJ	x	x	x	x	x	x	90 774	6,5	x	x
UFV	x	x	x	x	x	x	9 588	0,7	x	x
DA	x	x	x	x	x	x	x	x	14 989	0,6
RAP	x	x	x	x	x	x	x	x	3 232	0,1
SHB	x	x	x	x	x	x	x	x	2 485	0,1

dings nicht für die Wahlbeteiligung, die bei den Landtagswahlen mit rund 70 % um über 20 Prozentpunkte unter dem hohen Niveau der Volkskammerwahl vom März 1990 lag.

Im Vergleich zur Volkskammerwahl ist die Reihenfolge der vier größeren Parteien bei den Landtagswahlen in allen Ländern fast unverändert geblieben: CDU vor SPD, PDS und F.D.P. Lediglich in Brandenburg hat die SPD — entsprechend den vor den Wahlen veröffentlichten Prognosen der Umfrageforschung — die CDU vom ersten Platz verdrängt. In Sachsen-Anhalt liegt die F.D.P. mit dem außergewöhnlichen Ergebnis von 13,5 % jetzt vor der PDS (12 %). Die DSU, die bei der Volkskammerwahl in Sachsen mit 13,1 % noch an vierter Stelle stand, erreichte bei der Landtagswahl nur noch 3,6 %. Diesem Rückgang von 10 Prozentpunkten bei der DSU steht ein gleich hoher Zuwachs bei der CDU in Sachsen gegenüber. Zu diesem Spitzenwert der CDU dürfte allerdings auch der Anschluß des Demokratischen Bauernbundes und des Demokratischen Aufbruchs an die CDU beigetragen haben. Mit 55 % ist der CDU-Spitzenwert im Süden nunmehr von Thüringen (45,4 %) nach Sachsen gewechselt.

5 Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989

Erstmals nach Aufhebung der Vorbehaltsrechte der Alliierten kann die Westberliner Bevölkerung am 2. Dezember 1990 an einer Bundestagswahl teilnehmen. Da vergleichbare Ergebnisse aus früheren Bundestagswahlen dementsprechend nicht zur Verfügung stehen, werden in Tabelle 13 „ersatzweise“ einige Eckdaten aus den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 1989 im Vergleich zur Wahl von 1985 dargestellt. Bemerkenswert ist dabei, daß die Wahlbeteiligung mit Werten um 80 % — im Gegensatz zu vielen anderen Landtagswahlen im ehemaligen Bundesgebiet — fast an das hohe Beteiligungsniveau bei Bundestagswahlen (1987: 84,3 %) heranreicht. Allerdings lag die Wahlbeteiligung bei der Abgeordnetenhauswahl 1987 mit 79,6 % um 4 Prozentpunkte unter dem Ergebnis von 1985.

Tabelle 13 Wahlberechtigte, Wähler sowie Zweitstimmen nach Parteien bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 29. Januar 1989 und 10. März 1985

Gegenstand der Nachweisung	1989		1985		Veränderung gegenüber 1985	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	1 532 870	x	1 507 276	x	+ 25 594	x
Wähler	1 220 423	79,6	1 259 788	83,6	- 39 365	- 4,0
gültige Stimmen	1 200 672	98,4	1 245 004	98,8	- 44 332	- 0,4
ungültige Stimmen	18 917	1,6	14 246	1,1	+ 4 671	+ 0,4
ausgefallene Stimmen	834	0,1	538	0,0	+ 296	+ 0,0
gültige Stimmen für						
CDU	453 211	37,7	577 867	46,4	- 124 656	- 8,7
SPD	448 203	37,3	402 875	32,4	+ 45 328	+ 4,9
AL	141 529	11,8	132 484	10,6	+ 9 045	+ 1,2
F.D.P.	47 153	3,9	105 209	8,5	- 58 056	- 4,6
DA	4 990	0,4	15 857	1,3	- 10 867	- 0,9
SEW	6 875	0,6	7 731	0,6	- 856	+ 0,0
LD	x	x	1 429	0,1	x	x
ODP	8 489	0,7	163	0,0	+ 8 326	+ 0,7
REP	90 222	7,5	x	x	+ 90 222	+ 7,5

Nur noch sehr knapp konnte sich die CDU (37,7 %) 1989 als stärkste Kraft in West-Berlin vor der SPD (37,3 %) behaupten. Gegenüber 1985 verzeichnete die CDU einen Rückgang um 8,7 %, die SPD hingegen eine Zunahme von 4,9 %. Drittstärkste Kraft war 1989 — wie bereits 1985 — die Alternative Liste (AL) mit 11,8 % (+ 1,2 Prozentpunkte). Die F.D.P. erreichte 1989 nur noch 3,9 % (1985: 8,5 %). Ihren Platz im Abgeordnetenhaus nahmen die Republikaner ein, die sich 1989 erstmals zur Wahl stellten und dabei auf 7,5 % kamen.

Es wird von besonderem Interesse sein, ob — ähnlich wie in den anderen Bundesländern — das Wahlverhalten bei Abgeordnetenhaus- und Bundestagswahlen auch in Berlin mehr oder weniger deutlich voneinander abweichen wird.

Klaus Gaspers

Anmerkung

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner einstweiligen Anordnung vom 17. 10. 1990 wie folgt beschlossen:

§ 20 Absatz 2 Satz 2 und § 27 Absatz 1 Satz 2 des Bundeswahlgesetzes sind bei der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag mit der Maßgabe anzuwenden, daß auch

- Parteien, ihnen gleichgestellte politische Vereinigungen und Listenvereinigungen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen,
 - Parteien, die bei der Wahl zum 11. Deutschen Bundestag mindestens 75 000 Zweitstimmen erhalten haben, in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein
- für die Einreichung von Kreiswahlvorschlägen und von Landeslisten von der Pflicht zur Beibringung von Unterstützungsunterschriften befreit sind

Erhebungen für besondere Zwecke — Ein neues Instrument der amtlichen Statistik

Vorbemerkung

Das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 22. Januar 1987 ergänzt im § 7 das Instrumentarium der Bundesstatistik um die Erhebungen für besondere Zwecke. Zur

- Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs oberster Bundesbehörden oder
- Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik

können diese Erhebungen ohne Auskunftspflicht bei höchstens 10000 Befragten durchgeführt werden, ohne jeweils den Gesetzgeber einschalten zu müssen.

Mit Hilfe dieser Rechtsgrundlage können einerseits aktuelle Daten bereitgestellt werden, die über das laufende Programm der amtlichen Statistik hinausgehen, und andererseits werden methodische Untersuchungen ermöglicht, die vor allem zur Weiterentwicklung der amtlichen Statistik erforderlich sind. Der vorliegende Aufsatz zeigt die Gestaltungsspielräume und erläutert die konzeptionellen Möglichkeiten. Ferner wird die technische und die organisatorische Durchführung solcher Erhebungen dargestellt.

1 Ziele der Erhebungen für besondere Zwecke

Wenn bisher im Rahmen der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen bei obersten Bundesbehörden kurzfristig Bedarf nach aktuellen statistischen Informationen auftrat, der aus dem vorliegenden Material der Bundesstatistiken nicht befriedigt werden konnte, blieb in der Regel dieses Informationsdefizit bestehen, denn für eine entsprechende neue Bundesstatistik hätte jeweils erst langwierig eine einzelstatistische Rechtsgrundlage geschaffen werden müssen.

Nun kann dieser Datenbedarf der Bundesressorts über § 7 Abs. 1 BStatG schnell und flexibel befriedigt werden, wenn

- er kurzfristig auftritt, und wenn
- die statistischen Ergebnisse für Zwecke der Vorbereitung und Begründung anstehender Entscheidungen benötigt werden.

Die Entscheidung darüber, ob eine Erhebung für besondere Zwecke erforderlich ist, liegt bei der jeweiligen obersten Bundesbehörde.

Die konkreten Leistungen der statistischen Ämter richten sich nach dem Auftrag der Bundesressorts, der darauf abgestellt sein kann,

- nur über die Konzeption einer derartigen Erhebung beraten zu werden,
- oder auch die Ergebnisse einer von anderen Institutionen durchgeführten Erhebung aufbereiten zu lassen,
- oder die statistischen Ämter mit der vollständigen Durchführung und Aufbereitung der Erhebung zu betrauen.

Gemäß § 7 Abs. 2 BStatG dürfen Bundesstatistiken zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen auf dem Gebiet der Statistik durchgeführt werden. Durch diese Regelung soll die Bundesstatistik in den Stand versetzt werden, dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts im Urteil zum Volkszählungsgesetz 1983 besser nachkommen zu können, das methodische Instrumentarium der Bundesstatistik nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen fortzuentwickeln. Erhebungen nach § 7 Abs. 2 BStatG werden von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufgrund der sachlichen Erfordernisse in Abstimmung mit obersten Bundesbehörden durchgeführt. Wissenschaftlich-methodische Fragen auf dem Gebiet der Bundesstatistik können in funktionaler Hinsicht

- die Erhebungsfunktion,
 - die Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsfunktion und
 - die Darbietungsfunktion
- der Bundesstatistiken betreffen.

Nach § 7 Abs. 5 BStatG sind Wiederholungsbefragungen zur Darstellung eines Verlaufs bis zu fünf Jahre nach der ersten Befragung zulässig. Dies eröffnet der Bundesstatistik die Möglichkeit, auch im Bereich von Panelerhebungen neue Erkenntnisse der Wissenschaft für ihren Anwendungsbereich flexibel fortzuentwickeln und unter praxisgerechten Bedingungen wissenschaftlich begründet testen zu können.

2 Konzeption der Erhebungen für besondere Zwecke

2.1 Erhebungsbereiche und Erhebungseinheiten

Die Erhebungen für besondere Zwecke sind auf keinen bestimmten Erhebungsbereich beschränkt. Sie können sowohl im Bereich der Wirtschaft als auch bei der öffentlichen Verwaltung und letztlich auch bei der Bevölkerung durchgeführt werden.

Erhebungseinheiten für diese Erhebungen können deshalb alle Kategorien sein, über die im Rahmen von Bundesstatistiken generell Informationen gewonnen werden. Die wichtigsten sind:

- Grundstücke, Gebäude, Wohnungen,
- Unternehmen, Betriebe, Arbeitsstätten,
- Haushalte, Familien, Personen

Dabei können die Erhebungen für besondere Zwecke sowohl allgemeine Wirtschafts- oder Bevölkerungsstichproben sein, aber auch Spezialerhebungen für ausgewählte Zielgesamtheiten (z. B. Abiturienten, Unternehmen eines bestimmten Wirtschaftszweiges usw.).

2.2 Erhebungsinhalte

Hinsichtlich der Erhebungsinhalte sind die Erhebungen für besondere Zwecke an den Rahmen der Bundesstatistik gebunden. Zwar bestimmt der Auftraggeber die Erhebungsthematik; der Rahmen der Bundesstatistik schließt jedoch Markt- und Meinungsforschung aus. Methodische Grenzen hinsichtlich der Erhebungsinhalte ergeben sich aus der quantitativen Obergrenze dieser Erhebungen. Bei höchstens 10000 Einheiten können Ergebnisse in aller Regel nur Strukturen bzw. Entwicklungen relativ grob kennzeichnen. Statistisch gesicherte Ergebnisse in tiefer fachlicher oder regionaler Gliederung lassen sich im allgemeinen nicht gewinnen. Dies hat auch Auswirkungen auf den Detaillierungsgrad der Erhebungsinhalte. Da die Auskunftserteilung im Rahmen von § 7-Erhebungen freiwillig ist, sollte das Fragenprogramm nicht zu umfangreich und leicht zu beantworten sein, um nicht negativ auf die Teilnahmebereitschaft zu wirken.

2.3 Erhebungsformen

Grundsätzlich steht für eine Erhebung für besondere Zwecke jedes methodisch sinnvolle Erhebungsverfahren zur Verfügung. Es können postalische Erhebungen oder Interviewbefragungen durchgeführt werden. Die Wahl der Erhebungsform wird im einzelnen Fall im Hinblick auf die Erhebungsziele entschieden werden müssen. Auch neuere Formen, wie zum Beispiel Telefoninterviews oder ein Mix verschiedener Formen, sind je nach Erhebungsinhalt denkbar.

Eine spezielle Form der Erhebung nach § 7 BStatG sind die in Abs. 5 geregelten Paneluntersuchungen. Danach können für Zwecke der Darstellung eines Verlaufs Wiederholungsbefragungen, die sich an den gleichen Kreis von Auskunftgebenden wenden, bis zu fünf Jahre nach der ersten Befragung durchgeführt werden. Sie bieten dadurch die Voraussetzung, durch die Analyse von Entwicklungsverläufen neue Einsichten für statistische Fragestellungen zu gewinnen.

2.4 Auswahlgrundlagen

Als Auswahlgrundlage bieten sich für Erhebungen bei Unternehmen, Betrieben und Arbeitsstätten die in der amtlichen Statistik geführten Register (z. B. Kartei im Produzierenden Gewerbe) an. Ferner können nach § 15 Abs 5 Volkszählungsgesetz 1987 Angaben aus der Arbeitsstättenzahlung als Auswahlgrundlage und zur Zuordnung zu den Wirtschaftszweigen genutzt werden.

Für den Bereich der Bevölkerungs- und Sozialstatistik können über Haushalte, Familien und Personen Angaben aus allen allgemein zugänglichen Quellen sowie öffentlichen Registern, zu denen die statistischen Ämter ein besonderes Zugangsrecht haben, genutzt werden. Weiterhin

kann auf die Vorratsstichprobe der Volkszählung 1987 zurückgegriffen werden. Als Auswahlseinheiten werden in den Vorratsstichproben Auswahlbezirke verwendet, die aus ganzen Gebäuden oder (bei größeren Gebäuden) aus Gebäudeteilen bestehen. Die Gebäude sind vor ihrer Auswahl nach der Zahl ihrer Wohnungen in drei Schichten eingeteilt worden. Im Durchschnitt enthält ein Auswahlbezirk neun Wohnungen. Die regionalen Schichten umfassen im Durchschnitt etwa 350000 Einwohner.

Schließlich steht für die Erhebungen für besondere Zwecke prinzipiell die Möglichkeit offen, auf Auswahlgrundlagen außerhalb der amtlichen Statistik zurückzugreifen, wenn das Erhebungsziel dies nahelegt¹⁾.

2.5 Auswahlverfahren

Erhebungen nach § 7 BStatG werden in aller Regel als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Bei diesen Erhebungen wird eine (zumeist zufällige) Auswahl von Untersuchungseinheiten aus der Grundgesamtheit gezogen mit dem Ziel, Schlüsse von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit vorzunehmen. Das setzt voraus, daß die Stichprobe hinsichtlich ihrer relevanten Merkmale repräsentativ ist, was am einfachsten durch ein auf dem Zufallsprinzip aufbauendes Auswahlverfahren und einen ausreichend hohen Stichprobenumfang zu erreichen ist²⁾.

Bei Erhebungen für besondere Zwecke werden für den Fall, daß mit Stichproben gearbeitet wird, überwiegend Zufallsstichproben eingesetzt werden, da hier die Güte der Ergebnisse am besten abschätzbar ist. Zum Einsatz kommen, je nach Aufgabenstellung und Auswahlgrundlage, sowohl ungeschichtete als auch geschichtete Stichprobenpläne. Die ungeschichtete Stichprobe wird aus der Grundgesamtheit gezogen, ohne daß diese vorher aufgeteilt wird. Bei der geschichteten Stichprobe wird die Grundgesamtheit in Gruppen aufgeteilt und aus diesen unabhängig voneinander eine Zufallsauswahl gezogen. Ein in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland besonders häufig verwendetes Schichtungsmerkmal sind die Bundesländer. Ein wesentlicher Vorteil der Schichtung liegt darin, daß bei großer Variabilität der zu erhebenden Merkmale die Grundgesamtheit besser abgebildet werden kann, wenn vorher homogene Schichten gebildet werden.

Neben den Zufallsstichproben können auch in einzelnen Fällen die typische Auswahl oder die Quotenauswahl angewendet werden. Bei der typischen Auswahl werden solche Einheiten der Gesamtheit in die Auswahl genommen, die subjektiv für typisch gehalten werden, während bei der Quotenauswahl die Zusammensetzung der Stichprobe dadurch gesteuert wird, daß für bestimmte Merk-

¹⁾ Beispielfähig sei hier der Stichprobenplan des Arbeitskreises Deutscher Marktforschungsinstitute genannt, der allerdings nur dann herangezogen werden kann, wenn für die Feldarbeit Markt- oder Meinungsforschungsinstitute eingesetzt werden können.

²⁾ Zur Frage des Auswahlverfahrens siehe weiterführend zum Beispiel Kreienbrock, L. „Einführung in die Stichprobenverfahren“, München, Wien 1989, Cochran, W. G. „Stichprobenverfahren“, Berlin, New York 1972, Krug, W./Nourney, M. „Wirtschafts- und Sozialstatistik Gewinnung von Daten“, München, Wien, 2. Auflage 1987. Zur Praxis der amtlichen Stichproben siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Stichproben in der amtlichen Statistik“, Stuttgart, Mainz 1960.

malsgliederungen Anteilswerte des Stichprobenumfangs vorgeschrieben werden. Ein Nachteil dieser Verfahren liegt in dem Mangel, Zufallsfehlerberechnungen nicht durchführen und somit keine Wahrscheinlichkeitsaussagen über die Güte der Ergebnisse machen zu können.

Wie oben bereits angesprochen, sollen Stichprobenergebnisse die interessierenden Merkmale der Grundgesamtheit abbilden. Das verkleinerte Abbild, das aus der Stichprobenerhebung resultiert, wird darum auf die Grundgesamtheit hochgerechnet unter Berücksichtigung aller Besonderheiten der konkret zugrundeliegenden Auswahl. Werden zusätzliche Informationen für die Hochrechnung herangezogen, handelt es sich um eine gebundene, im anderen Fall um eine freie Hochrechnung.

2.6 Grenzen der § 7-Erhebungen und Genauigkeit der Ergebnisse³⁾

Die erforderliche Schnelligkeit und Flexibilität bei der Durchführung der Erhebungen für besondere Zwecke lassen es nicht zu, ihre Themenbereiche bzw. ihre Erhebungseinheiten im einzelnen gesetzlich festzulegen. Deshalb ist die Beteiligung der Befragten freiwillig. Die Freiwilligkeit der Auskunftserteilung ist also rein rechtlich und nicht methodisch begründet. Der Umfang der Erhebungen für besondere Zwecke wurde vom Gesetzgeber auf höchstens 10 000 Befragte beschränkt. Im übrigen unterliegen Durchführung, Aufbereitung und Darbietung der Erhebungen für besondere Zwecke den gleichen Vorschriften des Datenschutzes und der statistischen Geheimhaltung wie alle Bundesstatistiken. Es können also nur statistische Ergebnisse und anonymisierte Einzelangaben an den Auftraggeber übermittelt werden.

§ 7-Erhebungen werden, wie andere Zufallsstichproben auch, von zwei klassischen Fehlerarten begleitet, nämlich dem Zufallsfehler und dem systematischen Fehler. Dem Zufallsfehler ist vor allem wegen des gegenüber den sonstigen amtlichen Statistiken geringen Stichprobenumfangs besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Größenordnung dieses Fehlers kann mit Hilfe von Standardfehlern abgeschätzt werden, die sich aus der jeweils vorliegenden Stichprobe näherungsweise berechnen lassen.

Schwieriger zu beurteilen sind dagegen Verzerrungen, die zum Beispiel auf unterschiedliches Antwortverhalten der Befragten zurückzuführen sind und daher insbesondere wegen der Freiwilligkeit der § 7-Erhebungen Bedeutung bekommen. Die hieraus entstehenden systematischen Fehler lassen sich in der Regel numerisch kaum bestimmen, sondern lediglich qualitativ abschätzen. Da bei freiwilligen Erhebungen die Antwortausfälle oft über 50 % liegen, ist zum Teil mit erheblichen systematischen Verzerrungen zu rechnen. Ergebnisse aus § 7-Erhebungen sind folglich anders zu beurteilen als Ergebnisse, die aus amtlichen Statistiken mit größerem Erhebungsumfang oder mit Auskunftspflicht gewonnen werden. Dies ist sowohl für die Anwendung dieses Erhebungsinstruments als auch bei

der Interpretation der Ergebnisse stets von neuem gewissenhaft zu beachten.

3 Technisch-organisatorische Durchführung

Die Durchführung der Erhebungen für besondere Zwecke folgt im Prinzip dem für Bundesstatistiken generell vorgesehenen Organisationsmuster. Die zuvor genannten Zielsetzungen dieser Erhebungen sowie die bei deren Durchführung erforderliche Schnelligkeit und Flexibilität setzen jedoch voraus, daß entsprechende organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, vor allem um die Erhebungen nach § 7 Abs. 1 BStatG innerhalb des vorgesehenen Zeitrahmens durchführen zu können.

Auftraggeber sind bei diesen Erhebungen die obersten Bundesbehörden. Die Auftragserteilung erfolgt in der Regel in mehreren Schritten:

- Das Bundesressort entwickelt die Problemstellungen, für deren Lösung kurzfristig statistische Ergebnisse benötigt werden, und setzt sich mit dem Statistischen Bundesamt in Verbindung
- Das Statistische Bundesamt arbeitet eine kurzgefaßte Leistungsbeschreibung einschließlich Kosten- und Finanzierungsplan aus und versendet diese an das Bundesressort. Gleichzeitig geht diese Information den Statistischen Ämtern der Länder zur Kenntnis zu.
- Die Entscheidung über die Auswahl der tatsächlich zu bearbeitenden Projekte trifft der Interministerielle Ausschuß für Koordinierung und Rationalisierung der Statistik (IMA).

Erhebungen nach § 7 Abs. 2 BStatG zur Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen bedürfen nicht unbedingt eines Auftrages eines Bundesministeriums. In aller Regel stimmt sich aber das Statistische Bundesamt mit dem aufgrund der sachlichen Erfordernisse betroffenen Ressort ab.

Die momentan im Statistischen Bundesamt vorhandenen Kapazitäten erlauben es, pro Jahr — je nach Erhebungsumfang — bis zu drei Erhebungen methodisch-technisch vorzubereiten.

Entsprechend der üblichen Arbeitsteilung führen die Statistischen Ämter der Länder auch bei den Erhebungen für besondere Zwecke die Feldarbeit durch. Für die statistischen Ämter der Länder, die von einer Beteiligung absehen, übernimmt das Statistische Bundesamt auch die Feldarbeit.

4 Ausgewählte Beispiele von Erhebungen für besondere Zwecke

Die folgenden Beispiele für Erhebungen nach § 7 BStatG, die vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit Statistischen Ämtern der Länder bereits durchgeführt wurden oder zur Zeit bearbeitet werden, dienen der Verdeutlichung der unterschiedlichen Fragestellungen und methodischen Konzeptionen, die mit diesen Erhebungen behandelt werden können.

³⁾ Siehe dazu weiterführend Bihler, W./Meyer, K./Schmidt, J. „Zur Zuverlässigkeit von Bevölkerungsstichproben ohne Auskunftspflicht“, Schriftenreihe „Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik“, Heft 5, Wiesbaden 1988.

4.1 Erhebungen nach § 7 Abs. 1 BStatG

4.1.1 Forschung und Entwicklung im Bereich der Organisationen ohne Erwerbszweck⁴⁾

1989/90 wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin (West) eine Erhebung bei Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck durchgeführt. Sie wurde vom Bundesministerium für Forschung und Technologie in Auftrag gegeben. Es sollte im Rahmen der Erhebung nach Möglichkeit geklärt werden,

- welche Bedeutung die überwiegend privat finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland haben,
- wie sie sich hinsichtlich ihrer Forschungsziele und Strukturmerkmale verteilen,
- inwieweit diese Einrichtungen mit einer statistischen Erhebung auf freiwilliger Basis zu erreichen sind und ob eine regelmäßige Befragung erforderlich und möglich ist und
- ob es eine geeignete Basis für die Fortschreibung der Forschungs- und Entwicklungsdaten dieses Bereiches gibt.

Erhebungsmerkmale waren Angaben über Personal sowie Einnahmen und Ausgaben dieser Einrichtungen, die in Form einer schriftlichen Befragung ermittelt wurden. Die Befragung basierte auf öffentlich zugänglichem Adressenmaterial, zum Beispiel dem Förderungskatalog des Bundesministers für Forschung und Technologie, dem Vademecum (Stätten der Forschung) u. a.

4.1.2 Erhebung über die Verweildauer von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen⁵⁾

1989 wurde das Statistische Bundesamt vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit der Durchführung einer Erhebung zur Verweildauer von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen beauftragt. Die Erhebung sollte neben einer Orientierung über die Verweilzeit auch Aufschluß über mögliche Zusammenhänge zwischen Verweilzeit und familienbezogenen Merkmalen erbringen. Von Aussagen über die Verweilzeiten in Unterkunftseinrichtungen wurden wesentliche Informationen zum Wohnraumbedarf erwartet.

Die Erhebung bestand aus drei Teilen:

1. Einer Bestandserhebung, die als Totalerhebung bei Gebiets- und Kommunalverwaltungen die Unterkunftseinrichtungen sowie die Gesamtzahl der darin untergebrachten Aus- und Übersiedler erfassen sollte
2. Einer Verweilzeiterhebung, die als Stichprobenerhebung bei den Verwaltungen der Unterkunftseinrichtun-

gen durchgeführt wurde, und in der zu einem Stichtag die Aufenthaltsdauer der in den Einrichtungen befindlichen Aus- und Übersiedler erfragt werden sollte.

3. Einer Familienerhebung, die aus einer Stichprobenbefragung von Aus- und Übersiedlerfamilien, die sich zum Stichtag in den Unterkunftseinrichtungen befanden, bestand. Von den zufällig ausgewählten Familien wurden das Herkunftsland, die persönlichen Bindungen zu bereits hier in einer eigenen Wohnung lebenden Bekannten oder Verwandten, die Größe der Familie sowie Angaben zu Geschlecht und Alter der einzelnen Familienangehörigen und schließlich die Anzahl der Wohnungen, die sie suchten, erfragt.

Durch diesen Erhebungsaufbau wurde es möglich, auf der einen Seite bisherige Verweilzeiten der in den Unterkunftseinrichtungen lebenden Aus- und Übersiedler zu erfassen und auf der anderen Seite über die Familienbefragung die Gründe für die unterschiedlichen Verweilzeiten zu erheben. Die Ergebnisse der Bestandserhebung dienen dazu, die Familienstichprobe an den tatsächlichen Bestand anzupassen. Schließlich wurden mit Hilfe dieser Angaben Verweilzeiten für einzelne Gruppen von Aus- und Übersiedlern geschätzt.

4.1.3 Erhebung über den Streuobstanbau

Vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde 1990 eine Bestandserhebung der Obstbäume in Streulagen, zum Beispiel auf Äckern und Wiesen, an Straßen, Wegen und Kanälen in Auftrag gegeben. Ziel der Erhebung ist es, eine Grundlage zur Ermittlung der Erntemenge in diesem Bereich zu schaffen, um die Gesamtversorgung des Marktes mit Obst beurteilen zu können. Darüber hinaus sollen Erkenntnisse über einen längerfristigen Strukturwandel im Obstanbau gewonnen werden.

Erhebungseinheiten sind die Gemeinden, und als Erhebungsmerkmale werden die Anzahl der Bäume nach Obstarten erhoben. Die Erhebung wird mit Hilfe von Zählern durchgeführt.

Als Auswahlgrundlage werden die Ergebnisse der Obstbaumzählung von 1965 (Standort II) herangezogen⁶⁾. Als Auswahlverfahren wird eine Zufallsauswahl von Gemeinden eingesetzt mit den Ländern, Obstarten und Baumzahlgrößenklassen als Schichtungskriterien.

Die Ergebnisse der Erhebung werden gebunden an die Obstbaumzählung von 1965 hochgerechnet, um Schätzwerte für den tatsächlichen aktuellen Bestand zu erhalten.

4.2 Erhebungen nach § 7 Abs. 2 BStatG

4.2.1 Testerhebung über moderne unternehmensbezogene Dienstleistungen⁷⁾

Um wissenschaftlich-methodische Fragen zur besseren Darstellung der Dienstleistungen in der amtlichen Statistik zu klären, hat das Statistische Bundesamt — im Beneh-

⁴⁾ Siehe weiterführend dazu Hetmeier, H.-W. „Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung“ in WiSta 2/1990, S. 123 ff.

⁵⁾ Statistisches Bundesamt, „Aus- und Übersiedler in Unterkunftseinrichtungen. Eine Erhebung (gem. § 7 Abs. 1 BStatG) zum Stichtag 31. 10. 1989 über die Verweilzeit von Aus- und Übersiedlern in Unterkunftseinrichtungen und über deren Wohnraumbedarf“, Wiesbaden, im August 1990.

⁶⁾ Siehe „Obstbaumzählung 1965. Vorläufige Ergebnisse“ in WiSta 10/1966, S. 641 ff.
⁷⁾ Siehe weiterführend Gnos, R. „Dienstleistungsteststichprobe“ in WiSta 11/1989, S. 691 ff.

men mit dem Bundesministerium für Wirtschaft — gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Berlin (West) 1988/89 eine Erhebung bei Dienstleistungsunternehmen durchgeführt, die vornehmlich moderne unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringen. Aufgabe dieser Erhebung war es in erster Linie, Erkenntnisse zu gewinnen, auf welchem Wege dringend benötigte statistische Informationen über diesen spezifischen Dienstleistungsbereich ermittelt werden können.

Im einzelnen galt es, sowohl Informationen über die Erhebungseinheiten und die Erhebungsbereiche zu erlangen (Auswahlgrundlagen, Antwortbereitschaft) als auch die Erhebungsinstrumente und das Erhebungsverfahren zu testen. Darüber hinaus sollten bereits mit dieser Testerhebung einige Lücken in den Informationen über moderne unternehmensbezogene Dienstleistungen verkleinert werden, soweit dies bei den gesetzlich vorgeschriebenen Rahmenbedingungen der Erhebungen für besondere Zwecke (Freiwilligkeit, festgelegte Obergrenze des Erhebungsumfangs) überhaupt erreichbar war.

Die Erhebungseinheiten waren Dienstleistungsunternehmen, die mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe aus der Betriebsdatei der Bundesanstalt für Arbeit ausgewählt wurden. Als Schichtungsmerkmale wurden die beteiligten Länder, die untersuchten Wirtschaftszweige und Beschäftigtengroßenklassen herangezogen. Das angestrebte Stichprobennetto von mindestens 4000 Auswahlinheiten wurde durch ein Verfahren der gestaffelten Stichprobenaufstockung erreicht. Erhebungsmerkmale waren auf der einen Seite Strukturmerkmale der untersuchten Unternehmen und auf der anderen Seite ökonomisch relevante Indikatoren, wie zum Beispiel Umsätze und Bruttolöhne und -gehälter. Das Datenmaterial wurde auf die Ebene der an der Untersuchung beteiligten Bundesländer und auf Bundesebene hochgerechnet.

Die durchschnittliche Antwortquote dieser freiwilligen schriftlichen Befragung lag mit 34,5 % zwar durchaus im Bereich der von privaten Erhebungsinstituten realisierten Rückläufe. Die hohe Nonresponse-Quote von ca. 65 % ist aber dennoch ein Hinweis auf die ungesicherte Qualität der Ergebnisse, wobei wegen des Fehlens ausreichender Informationen über die Struktur der Antwortausfälle nicht abgeschätzt werden kann, inwieweit die Ergebnisse statistisch verzerrt sind.

4.2.2 Zeitbudgeterhebung im Rahmen der Bundesstatistik⁸⁾

In vielen Industrieländern werden im Rahmen der amtlichen Statistik Daten über die Zeitverwendung der Bevölkerung erhoben, um zum Beispiel Analysen über den

Zeitaufwand für die Kindererziehung, die Belastung erwerbstätiger Frauen, die Gestaltung des Lebens im Alter, die Mediennutzung oder den Umfang produktiver Leistungen im Haushalt durchführen zu können. Auch in der Bundesrepublik Deutschland besteht ein großer Bedarf an Zeitbudgetdaten, zum Beispiel für die Familien- und Frauenpolitik oder die Ermittlung des Wertes der Haushaltsproduktion im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Das Statistische Bundesamt beabsichtigt, für die Zeit von Oktober 1991 bis September 1992 erstmalig eine freiwillige Zeitbudgeterhebung bei ca. 10000 Personen in rund 4900 Haushalten durchzuführen. Mit dieser Zeitbudgeterhebung werden im wesentlichen vier Ziele verfolgt:

- Methodische Untersuchungen der Anlage einer bundesweiten repräsentativen Zeitbudgeterhebung sowie der Möglichkeiten und Grenzen der Datengewinnung,
- Bereitstellung von Daten zur Haushaltsproduktion,
- Bereitstellung von Daten für frauen- und familienpolitische Untersuchungen,
- Bereitstellung allgemeiner Daten über die Zeitverwendung für sonstige Analyse Zwecke, zum Beispiel der Freizeitgestaltung.

Um die Daten zu erheben, soll ein Methoden-Mix aus zwei Interviews und Zeitanzeichnungen in einem Tagebuch eingesetzt werden. In dem ersten Interview werden Grunddaten über den Haushalt erhoben und die Haushaltsmitglieder zur Führung der Tagebücher angeleitet. Alle Personen im Haushalt, die zwölf Jahre und älter sind, sollen ihre Zeitverwendung an ausgewählten Tagen in das Tagebuch eintragen. Die Aktivitäten werden offen erfaßt, das heißt jeder Teilnehmer an der Untersuchung beschreibt seine Tätigkeit mit eigenen Worten. Haupttätigkeit und gleichzeitige Tätigkeit werden getrennt erfaßt. Der Anfangs- und Endzeitpunkt von Tätigkeiten soll jeweils auf einer vorgegebenen Zeitachse markiert werden. Neben dem Zeitaufwand sollen Informationen zum Ort und den an den Aktivitäten beteiligten Personen erhoben werden. Bei einem zweiten Interviewerbesuch werden die ausgefüllten Tagebücher abgeholt und kontrolliert sowie gegebenenfalls ergänzt. In diesem Schlußinterview werden zudem Fragen über Hilfen im Haushalt, die Betreuung pflegebedürftiger Personen und zur Infrastrukturausstattung des Wohngebietes gestellt.

Um saisonale Änderungen der Zeitverwendung zu erfassen und eine Beeinflussung der Ergebnisse zum Beispiel durch eine Schlechtwetterperiode möglichst gering zu halten, soll an vier Zeitpunkten (erste Befragungsphase Oktober/November 1991, die drei anderen folgen im Abstand von jeweils drei Monaten) je ein Viertel der Stichprobenhaushalte befragt werden.

Um die Untersuchung vorzubereiten, wird zu Beginn des Jahres 1991 eine Testerhebung durchgeführt, in der u. a. die Erhebungspapiere für die Interviews und die Ausgestaltung des Tagebuchs, das Auswahlverfahren, Anreize für die Befragten und die Erhebungsdauer (d. h. ob das Tagebuch an einem, zwei, drei oder maximal vier Tagen geführt werden soll) getestet werden.

⁸⁾ Siehe weiterführend Ehling, M./Schafer, D. „Internationale Erfahrungen mit Zeitbudgeterhebungen im Rahmen der amtlichen Statistik“ in W/Sta 7/1988, S. 451 ff., Ehling, M. „Konzeption für eine Zeitbudgeterhebung der Bundesstatistik — Methodik, Stichprobenplan, Interview und Tagebuchaufzeichnungen“, in Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Zeitbudgeterhebungen — Ziele, Methoden und neue Konzepte“, Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Band 13, Stuttgart 1990, S. 154 ff., Schafer, D. „Konzeption für eine Zeitbudgeterhebung der Bundesstatistik — Erhebungs- und Auswertungsprogramm, Aktivitätsklassifikation und Erhebungsinhalte“ in Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Zeitbudgeterhebungen — Ziele, Methoden und neue Konzepte“, a a O., S. 166 ff.

5 Zusammenfassung

Diese kurze Darstellung verschiedener § 7-Erhebungen macht deutlich, wie vielfältig das Instrumentarium der Erhebungen für besondere Zwecke einsetzbar ist. Befragungen bei Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck, Unternehmen, Haushalten, Gemeinden und anderen öffentlichen Institutionen wurden in den Beispielen vorgestellt. Sie wurden bzw. werden als Totalerhebungen oder als Stichprobenerhebungen, basierend auf einer einfachen Zufallsauswahl oder einer geschichteten Zufallsauswahl, durchgeführt.

Aber auch die Grenzen derartiger freiwilliger Erhebungen mit maximal 10 000 Erhebungseinheiten sollten nicht übersehen werden. So ist das Frageprogramm möglichst knapp und einfach zu halten, um die bei freiwilligen Erhebungen sowieso geringe Rücklaufquote nicht noch zu vermindern. Es ist auch mit systematischen Verzerrungen zu rechnen, die aus der unterschiedlich verteilten Antwortbereitschaft der einzelnen Erhebungseinheiten resultieren. Darüber hinaus ist dem Zufallsfehler wegen der geringen Stichprobengröße besondere Beachtung zu schenken.

Aufgrund der rechtlichen Einschränkungen können die Ergebnisse der § 7-Erhebungen nicht immer den in der amtlichen Statistik üblichen Qualitätsansprüchen Rechnung tragen. Es ist jedoch auch nicht das Ziel, mit diesem Instrumentarium Statistiken auf der Grundlage einzelstatistischer Rechtsgrundlagen zu ersetzen, sondern es geht lediglich darum, Strukturen und Entwicklungen von Phänomenen aufzuzeigen, die auf dem sonst üblichen Wege nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit durchgeführt werden können. Derartige Informationen können einerseits wesentlich dazu beitragen, anstehende Entscheidungen oberster Bundesressorts auf rationale Grundlagen zu stellen oder können andererseits wertvolle Erkenntnisse liefern, die der Weiterentwicklung der amtlichen Statistik dienen.

*Dipl.-Volkswirtin Sabine Bechtold/
Dr. Manfred Ehling*

Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser

Grundlage zum Aufbau eines statistischen Krankenhausinformationssystems

Vorbemerkung

Der Gesundheitssektor beansprucht gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland etwa 10 % des Bruttosozialprodukts. Die jährlichen Gesamtausgaben für Gesundheit belaufen sich auf rund 280 Mrd. DM; dies entspricht in etwa dem Finanzierungsvolumen des Bundeshaushalts. Auf die stationäre Behandlung einschließlich Kuren entfällt davon mit fast 70 Mrd. DM etwa ein Viertel

Die rasante Ausgabensteigerung, insbesondere Anfang der siebziger Jahre, hat dazu geführt, daß sich die Schere zwischen dem Zuwachs der Gesundheitsausgaben und der Entwicklung der Löhne und Gehälter immer weiter geöffnet hat, was notgedrungen Beitragserhöhungen bei den Krankenversicherungen und schließlich gesetzgeberische Kostendämpfungsmaßnahmen unumgänglich machte

Die Ursachen für die Kostenexplosion waren vielfältig. Neben den Auswirkungen der Veränderung der Alterszusammensetzung der Bevölkerung, des medizinischen und medizinischen-technischen Fortschritts waren es vor allem allgemeine Leistungsausweitungen und eine verbesserte Versorgungsqualität, die kostensteigernd wirkten. Immer mehr traten aber auch Überversorgungen, Überkapazitäten und Unwirtschaftlichkeiten als Folge von Steuerungsmängeln im System der Leistungsfinanzierung zutage. Im Krankenhausbereich wurden u. a. Überangebote an Krankenhausbetten, Fehlbelegungen mit Pflegefällen, eine zu hohe Verweildauer, ein sprunghafter Anstieg der Behandlung in Kur- und Spezialeinrichtungen und eine unzureichende Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung beklagt. Welcher Einfluß im einzelnen von der Mengen-, Preis-, Struktur- und Qualitätsentwicklung auf die Ausgabenzuwächse im Krankenhausbereich ausging, konnte allerdings nicht exakt quantifiziert werden, weil geeignetes und vergleichbares Datenmaterial weitgehend fehlte.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (BMA) unternahm deshalb in der Vergangenheit wiederholt Anstrengungen, eine neue bundeseinheitliche Krankenhausstatistik zu schaffen, die Basisdaten für vielfältige Auswertungen liefern kann und einem breiten Nutzerkreis als allgemein zugängliche Informationsquelle zur Verfügung steht. Hierbei wurde er zuletzt auch vom Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen unterstützt, der das Fehlen geeigneter statistischer Kennziffern bei der gesundheitspolitischen Entscheidungsfindung mehrfach hervorhob. Man war sich allerdings be-

wußt, daß nach der intensiv geführten Diskussion um Fragen des Datenschutzes, der Entlastung der Auskunftspflichtigen sowie der Einschränkung des Statistikprogramms auf unbedingt notwendige Erhebungen und Erhebungsinhalte eine Rechtsvorschrift für eine neugestaltete und in Teilen ausgeweitete Krankenhausstatistik an strengen Maßstäben gemessen werden muß

Nachfolgend sind kurz die Ausgangslage und die wichtigsten Aspekte aufgeführt, die die Beratung insbesondere mit den Ländern beherrschten, bevor im zweiten Teil des Beitrages auf den Inhalt der neuen Krankenhausstatistik und ihre vielseitigen Auswertungsmöglichkeiten eingegangen wird.

Ausgangslage und Zielsetzung

Die bisherige Krankenhausstatistik ist eine sogenannte koordinierte Länderstatistik, die sich noch auf einen Beschluß des Reichsrates vom 17. September 1931 und die 3. Durchführungsverordnung vom 30. März 1935 zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens vom 3. Juli 1934 stützt. Diese Vorschriften sind nach heutiger Rechtsauffassung ungenügend und entsprechen inhaltlich nicht mehr den zeitgerechten Anforderungen. Allein von daher war es geboten, die Krankenhausstatistik auf eine neue Rechtsgrundlage zu stellen, die für die Erhebung, Aufbereitung und Weitergabe von Daten sowie für die Geheimhaltung von Einzelangaben die im Bundesstatistikgesetz vom 22. Januar 1987 festgelegten Grundsätze berücksichtigt.

Im Vordergrund der Überlegungen zu einer Neuordnung der Krankenhausstatistik standen allerdings nicht rechtliche, sondern die sachlichen Mängel der derzeitigen Erhebung. Das Konzept der bisherigen Krankenhausstatistik ist im wesentlichen seit 1967 unverändert geblieben; es enthält für den Bund nur ein Minimalprogramm, da nur solche Merkmale in die Erhebung einbezogen werden konnten, die in allen Ländern in gleicher Weise erhoben werden. Die unterschiedlichen Inhalte der Länderstatistiken, die Abweichungen in den Begriffen und Untergliederungen, das Fehlen einheitlicher Erfassungs-, Prüf- und Aufbereitungsmodalitäten und dgl. erschwerten in der Vergangenheit immer wieder die fachliche Koordination und Weiterentwicklung und führten dazu, daß dringend benötigte vergleichbare Daten auf Bundesebene fehlten. Zudem konnten die wenigen Ergebnisse wegen der überwiegend manuellen Aufbereitung und der aufwendigen Fehlerbereinigung nur mit erheblichen zeitlichen Verzögerungen bereitgestellt werden; das gesamte Datenmaterial wurde nicht selten erst eineinhalb Jahre nach Ende des Berichtsjahres veröffentlicht.

Im Frühjahr 1986 hat sich das federführende Ressort daher im Zuge der aktuellen gesundheitspolitischen Diskussion und angesichts des immer größer werdenden Informationsdefizits entschieden, die amtliche Krankenhausstatistik grundlegend neu zu regeln. Nach Auffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und des Statistischen Bundesamtes sollte eine neue Kranken-

hausstatistik Informationen für alle Beteiligten liefern, die in enger Zusammenarbeit auf Bundes- und Länderebene zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung und zur wirtschaftlichen Sicherheit der Krankenhäuser beitragen. Ebenfalls sollten Daten für wissenschaftliche Untersuchungen, für internationale Vergleiche und für die Öffentlichkeit bereitgestellt werden. Den Informationsbedürfnissen der Länder wollte man besonders Rechnung tragen, da die Ergebnisse der Krankenhausstatistik hier unmittelbar für die Erfüllung originärer Aufgaben der Krankenhausplanung und -förderung herangezogen werden. Gleichwohl war bei der Befragung von Anfang an nicht an einen Maximalkatalog gedacht. Vielmehr sollten nur Daten über solche Sachverhalte in das Erhebungsprogramm aufgenommen werden, an denen vorrangiges Interesse besteht und die von den Berichtsstellen ohne größeren Aufwand den vorhandenen Verwaltungsunterlagen oder Datensammlungen entnommen werden können.

Rechtliche Grundlagen

Die neue Krankenhausstatistik sollte durch Rechtsverordnung auf Basis der Ermächtigungsgrundlage in § 28 Abs. 3 Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) vom 23. Dezember 1985 angeordnet werden. Zur Vorbereitung dazu berief der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung eine Arbeitsgruppe ein, in der u. a. alle Länderressorts, die Spitzenverbände der Krankenkassen, Ärzte und Krankenhäuser sowie das Statistische Bundesamt vertreten waren. Über Sachfragen konnte man sich relativ schnell einigen, nachdem man sich entschieden hatte, pragmatisch vorzugehen und die unverzichtbaren Inhalte einer einheitlichen Erhebung systematisch zu erörtern. Schwieriger waren die Fragen der rechtlichen Zuständigkeit, der Tragfähigkeit der Rechtsgrundlage und schließlich der Anwendung von Datenschutzbestimmungen zu klären. Nach vier Jahren intensiv geführter Diskussion, unter Einbeziehung auch der Leitungsebenen der Bundes- und Länderministerien, gelang es erst im zweiten Anlauf im Bundesrat, einen Kompromiß für die Neugestaltung der Erhebung zu finden, der sicher nicht jeden befriedigt, aber gemessen an der gegenwärtigen Situation einen beträchtlichen Fortschritt bedeutet.

Umstritten war lange Zeit die Ermächtigungsgrundlage für die neue Krankenhausstatistikverordnung (KHStatV). Hierbei gingen die Meinungen darüber auseinander, ob die Verordnungsermächtigung in § 28 Abs. 3 KHG

- den Anforderungen des Artikels 80 Abs. 1 Grundgesetz genügt, wonach Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetz bestimmt sein muß,
- den Bereich des Pflegesatzrechts oder auch den der Krankenhausplanung erfaßt,
- auch auf Krankenhäuser angewendet werden kann, für die das KHG nicht gilt bzw. die ausdrücklich von der Förderung ausgenommen sind,
- landereigene Statistiken ausschließt, die ergänzend oder unabhängig von der KHStatV geführt werden.

Die Diskussion konzentrierte sich vor allem auf den letzten Punkt. Es wurde befürchtet, bei enger Auslegung und

abschließender Regelung der Krankenhausstatistik im Rahmen einer KHStatV des Bundes werde den Ländern die Möglichkeit genommen, dringend benötigte zusätzliche Daten für Planungszwecke zu erheben und auf die verwaltungsmaßeige Nutzung der Einzelnachweise zurückzugreifen. Der Bund betonte allerdings, auch eine rechtlich neu geregelte koordinierte Länderstatistik als Alternative zur Bundesstatistik werde sich mit Weiterleitungsproblemen und verfassungsmäßigen Bedenken wegen der Verknüpfung von Statistik und Verwaltung konfrontiert sehen.

Man kam schließlich überein, die Rechtsunsicherheit durch eine Änderung des § 28 KHG im Rahmen des Gesundheitsreformgesetzes (GRG) zu beseitigen und den Ländern eine Öffnungsklausel für zusätzliche Länderstatistiken zu schaffen. Seit Januar 1989 gilt nunmehr eine neue Fassung der Ermächtigungsgrundlage, in der u. a. die Lieferung von Angaben für Planungszwecke klar von der Auskunftspflicht zur Bundesstatistik unterschieden wird. Der Erhebungsumfang ist jetzt eindeutig geregelt; der festgelegte Berichtsweg verläuft von den Krankenhäusern direkt zu den Statistischen Ämtern der Länder, das heißt ohne Umwege über die Gesundheitsbehörden der Länder. Die für Statistik erhobenen Einzelangaben dürfen außerdem von den Statistischen Ämtern der Länder nicht mehr an die obersten Gesundheitsbehörden weitergegeben werden. Die Träger der zugelassenen Krankenhäuser unterliegen vielmehr einer doppelten Auskunftspflicht, und zwar einerseits gegenüber den Statistischen Ämtern der Länder und andererseits gegenüber den für Planungs- und Finanzierungsaufgaben zuständigen Landesbehörden. Die vom Bundesbeauftragten für den Datenschutz geforderte klare Trennung von Statistik und Verwaltungsvollzug findet damit Berücksichtigung.

Für einige Länderressorts war diese Regelung allerdings nicht weitgehend genug. Im Rahmen der anschließenden Anhörung und Beratung der KHStatV drängten sie darauf, ergänzende Bestimmungen zur Übermittlung von Einzeldaten in die Verordnung aufzunehmen. Dies mußte die Bundesregierung aus verfassungs- und datenschutzrechtlichen Gründen ablehnen. Bestimmte Angaben aus der Diagnosestatistik können nur mit Zustimmung der Betroffenen an die fachlich zuständigen obersten Landesbehörden weitergegeben werden. Das gleiche gilt für die Herausgabe von Krankenhausverzeichnissen. Entsprechende Regelungen enthält die überarbeitete Fassung der Verordnung, die vom Bundesrat schließlich gebilligt wurde.

Die Verabschiedung der Verordnung über die Bundesstatistik für Krankenhäuser vom 10. April 1990 (BGBl. I S. 730) eröffnet erstmals die Möglichkeit, Erhebung und Aufbereitung bundeseinheitlich zu regeln. Die hierin liegenden methodischen Vorteile sollen nun voll im Interesse der Konsumenten der Statistik ausgeschöpft werden. Auf dieses Ziel hat das Statistische Bundesamt hingearbeitet und dabei die Diskussion im BMA und in den Ausschüssen des Bundesrates intensiv fachlich begleitet. Nun liegt es an den Auskunftspflichtigen und Verbänden, zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder an einer erfolgreichen Durchführung des Vorhabens mitzuwirken.

Berichtskreis, Anschriftenverzeichnis

Die Vorbereitungsarbeiten zur neuen Krankenhausstatistik sind von den statistischen Ämtern frühzeitig in Angriff genommen worden. In fünf Referentenbesprechungen seit Oktober 1987 und im Fachausschuß „Statistik des Gesundheitswesens“ im Februar 1989 wurde das Statistikprojekt eingehend beraten, und es wurden konkrete Arbeitsschritte für dessen Einführung festgelegt. Die späte Verabschiedung der Verordnung im Frühjahr dieses Jahres hat allerdings den ursprünglich vorgesehenen Arbeits- und Zeitplan für die Einführung der Erhebung verschoben. Gleichwohl ist zu erwarten, daß die Zeit bis zur ersten Meldung Anfang 1991 ausreicht, um sich in den Krankenhäusern auf die neue Befragung einstellen zu können.

Nach der novellierten Fassung des § 28 KHG zählen zum Berichtskreis der neuen Krankenhausstatistik sämtliche Krankenhäuser, für die das KHG nicht angewendet wird (§ 3 KHG) oder die nicht gefördert werden (§ 5 KHG), sind nach dem Gesetzestext ausdrücklich in die Statistik einbezogen. Somit ist die Voraussetzung dafür gegeben, daß die Krankenhausstatistik einen umfassenden Überblick über die stationäre Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland liefern kann. Nach dem Willen des Ordnungsgebers sollen allerdings nur Krankenhäuser erfaßt werden, die auch der Allgemeinheit zugänglich sind. Polizeikrankenhäuser und Krankenhäuser im Straf- und Maßregelvollzug bleiben von der Erhebung ausgeschlossen; für Bundeswehrkrankenhäuser gilt ein verkürzter Merkmalskatalog.

Der Berichtskreis gliedert sich nach den neuen Bestimmungen im GRG in zwei überschneidungsfreie Gruppen:

- Krankenhäuser, die Krankenhausbehandlung durchführen (§ 107 Abs. 1 Sozialgesetzbuch V Buch [SGB V]); dies entspricht dem Bereich der bisherigen Krankenhauspflege nach § 184 RVO,
- und
- Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen (§ 107 Abs. 2 SGB V); dies entspricht den bisherigen Kur- und Spezialeinrichtungen nach § 184 a RVO.

Mischformen zwischen diesen Versorgungsbereichen kann es nicht mehr geben. Einrichtungen, die bisher beide Behandlungsformen anboten, müssen sich seit dem Inkrafttreten des GRG auf einen der Bereiche beschränken oder für jeden Teilbereich eine organisatorisch selbständige Wirtschaftseinheit bilden. Die Statistischen Ämter der Länder haben für beide Typen von Einrichtungen getrennte Anschriftenverzeichnisse angelegt und damit sichergestellt, daß die Befragung mit unterschiedlichen Erhebungsvordrucken erfolgen kann.

Im Einzelfall kann es gleichwohl schwierig sein, die Versorgungsbereiche klar voneinander zu trennen und sie insbesondere von reinen Pflegeheimen abzugrenzen. Maßgebend sind in Zweifelsfällen die Ausführungen in der Gesetzesbegründung zu § 107 SGB V. Danach steht in Krankenhäusern die intensive, aktive und fortdauernde ärztliche Betreuung im Vordergrund. Die Pflege ist in aller Regel der ärztlichen Behandlung untergeordnet. In Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen liegt die stationäre Versor-

gung der Patienten ebenfalls in ärztlicher Verantwortung und erfolgt nach einem gezielten ärztlichen Behandlungsplan, die pflegerische Betreuung der Patienten ist aber der ärztlichen Behandlung nicht unter-, sondern eher gleichwertig nebengeordnet. Bei reinen Pflegeheimen, die in der Krankenhausstatistik nicht erfaßt werden dürfen, steht dagegen die Pflege klar im Vordergrund. Eine ärztliche Versorgung erfolgt zwar auch, aber sie ist in Pflegeeinrichtungen von nachrangiger Bedeutung. Pflegeheime nehmen daher Personen nicht nur vorübergehend (für eine befristete Zeit) auf, sondern betreuen ihre Heimbewohner dauerhaft.

Da die Übergänge oft fließend sind, kann die Zuordnung im Einzelfall nur im Einvernehmen mit den zuständigen Gesundheitsbehörden erfolgen, die die Sachlage gut kennen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß in den Ländern eine Art laufende Berichterstattung über Eröffnungen, Umwandlungen und Schließungen von Einrichtungen installiert wird, damit für die Durchführung der Erhebung aktuelle Anschriften und Fachverzeichnisse vorliegen. In den Statistischen Ämtern der Länder wird für die verschiedenen Berichtseinheiten ein Leitband aufgebaut, das auch Informationen (Zahl der Betten, Großgeräte etc.) externer Stellen aufnehmen kann. Damit können Unstimmigkeiten im Vergleich zu Daten aus anderen Quellen frühzeitig erkannt und bereinigt werden. Die Länder haben die Möglichkeit, mit Hilfe dieses Leitbandes jährlich aktuelle Krankenhausverzeichnisse herauszugeben. An solchen Verzeichnissen besteht von verschiedener Seite dringender Bedarf. Die KHStatV begrenzt den Inhalt der Krankenhausverzeichnisse allerdings auf Name und Anschrift der Einrichtung, Art der Einrichtung, Art der Trägerschaft, vorhandene Fachabteilungen und Bettenzahl.

Erhebungsprogramm

Das Erhebungsprogramm der neuen Krankenhausstatistik umfaßt drei Teile:

- Teil I: Grunddaten
- Teil II: Diagnosen
- Teil III: Kostennachweis

Für jeden Befragungsteil ist ein gesonderter Erhebungsvordruck vorgesehen. Nach der Verordnung müssen die Grunddaten bis zum 1. April und die Diagnose- und Kostenangaben bis zum 30. Juni des dem Berichtsjahr folgenden Jahres an die Statistischen Ämter der Länder übermittelt werden. Diese Termine sollen sicherstellen, daß aktuelle Informationen über die stationäre Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland frühzeitig zur Verfügung stehen.

Während die Krankenhäuser Angaben zu allen Erhebungsteilen zu liefern haben, bezieht sich die Auskunftspflicht der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen nur auf die Grunddaten und hierbei auch nur auf einen eingeschränkten Merkmalskatalog. Letzteres gilt auch für die Krankenhäuser der Bundeswehr, die Angaben zu den Grunddaten und Diagnosen nur insofern zu machen haben, als Leistungen für Zivilpatienten erbracht werden. Zur Erleichterung der Einführung der neuen Krankenhausstati-

stik und um den Berichtsstellen Zeit für interne organisatorische Maßnahmen zu geben, beginnt die Erhebung für die Diagnosen erst 1993. Die anderen Angaben werden mit Ausnahme des Personals der Einrichtungen bereits für das Berichtsjahr 1990 ermittelt; die Personalerhebung ist ab 1991 mit einbezogen

Teil I: Grunddaten

Die Erfassung der Grunddaten deckt weitgehend den Inhalt der gegenwärtigen Krankenhausstatistik ab. Künftig wird allerdings nicht mehr nach der Zweckbestimmung der Krankenhäuser gefragt, so daß die Einteilung in Akut- und Sonderkrankenhäuser entfällt, die ohnehin zweifelhaft war. Als Ersatz tritt hierfür der Nachweis bestimmter Kapazitäts- und Leistungsdaten nach Fachabteilungen, wodurch eine wesentlich tiefer gehende Analyse des Datenmaterials erfolgen kann. Einen Überblick über das Erhebungsprogramm gibt Übersicht 1. Neu ist die Einbeziehung von einigen Ausstattungsmerkmalen der Krankenhäuser. So werden künftig bundeseinheitliche Angaben über die Ausbildungsstätten, über die Arzneimittelversorgung und über Sondereinrichtungen erfaßt. Bei den Sondereinrichtungen interessiert u. a., ob und in welchem Umfang medizinisch-technische Großgeräte vorhanden sind und wie viele und welche Dialyse- sowie Tages- und Nachtambulanzplätze zur

Verfügung stehen. Dem Nachweis der Bettenzahl wird künftig besonderes Gewicht beigemessen. So sind Planbetten (Betten im Krankenhausbedarfsplan) und aufgestellte Betten (tatsächlich betriebene Betten) differenziert zu melden. Dabei wird in beiden Kategorien nach der Art der Förderung unterschieden. Betten, die für die Intensivpflege bzw. zur Behandlung von Querschnittgelähmten und Schwerverbrandverletzten vorgehalten werden, werden gesondert erfaßt.

Angaben über Betten, Pflagetage und die Patientenbewegung stehen demnächst nicht nur für die Krankenhäuser, sondern auch für die Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sowie für einzelne Fachabteilungen dieser Einrichtungen zur Verfügung. Fachabteilungen sind hierbei abgegrenzte, von Ärzten mit Gebiets- und Teilgebietsbezeichnung ständig verantwortlich geleitete Abteilungen mit besonderen Behandlungseinrichtungen. Auf den gesonderten Nachweis einer Fachabteilung „Intensivmedizin“ wird verzichtet. Sofern eine organisatorische selbständige Fachabteilung „Intensivmedizin“ im Krankenhaus besteht, sind deren Betten entsprechend der Beanspruchung den anderen Fachabteilungen zuzuordnen. Um korrekte Auslastungskennziffern je Fachabteilung berechnen zu können, werden Verlegungen in und aus einer Fachabteilung gesondert erfaßt. Damit lassen sich der Auf- und Abbau der

Übersicht 1: Erhebungsmerkmale
Teil I: Grunddaten

<p>1 Allgemeine Angaben</p> <p>Art des Krankenhauses, Zulassung nach § 108 SGB V¹⁾</p> <p>Art des Trägers¹⁾</p> <p>Ausbildungsstätten nach Berufen</p> <p>Art der Arzneimittelversorgung¹⁾</p> <p>Sondereinrichtungen</p> <p>Medizinisch-technische Großgeräte nach Art und Zahl¹⁾</p> <p>Nicht bettenführende Fachabteilungen¹⁾</p> <p>Dialyseplätze nach Art und Zahl¹⁾</p> <p>Tages- und Nachtambulanzplätze nach Art und Zahl</p> <p>Einrichtungen der Intensivmedizin nach Art und Zahl</p> <p>Einrichtungen zur Behandlung Querschnittgelähmter</p> <p>Einrichtungen zur Behandlung Schwerverbrandverletzter</p> <p>Planbetten, davon</p> <ul style="list-style-type: none"> — nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz — nach dem Hochschulbauforderungsgesetz — sonstige Planbetten <p>Aufgestellte Betten, davon</p> <ul style="list-style-type: none"> — nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz — nach dem Hochschulbauforderungsgesetz — nach § 108 Nr. 3 SGB V (Vertragsbetten) — sonstige aufgestellte Betten <p>2 Krankenbetten, Pflagetage und Patientenbewegung</p> <p>Planbetten nach Fachabteilungen</p> <p>Aufgestellte Betten nach Fachabteilungen¹⁾, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> — Intensivbetten — Belegbetten <p>Pflagetage nach Fachabteilungen¹⁾, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> — Tage der Intensivbehandlung <p>Patientenzugang nach Fachabteilungen, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> — von außen und aus anderen Krankenhäusern¹⁾ — Stundenfälle innerhalb eines Tages — Verlegungen innerhalb des Krankenhauses <p>Patientenabgang nach Fachabteilungen, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> — Entlassungen aus dem Krankenhaus und Verlegungen in andere Krankenhäuser¹⁾ — Verlegungen innerhalb des Krankenhauses — durch Tod¹⁾ 	<p>3 Personal</p> <p>3 1 Ärztliches Personal¹⁾</p> <p>Hauptamtliche Ärzte nach Gebiets- und Teilgebietsbezeichnung und Geschlecht, darunter</p> <ul style="list-style-type: none"> — Teilzeitbeschäftigte Ärzte — Leitende Ärzte — Oberärzte — Assistenzärzte <p>Belegärzte nach Gebiets- und Teilgebietsbezeichnungen</p> <p>Von Belegärzten angestellte Ärzte nach Gebiets- und Teilgebietsbezeichnungen</p> <p>Assistenzärzte in einer Weiterbildung nach Tätigkeitsbereich und Geschlecht</p> <p>In Vollkräfte umgerechnete Ärzte</p> <p>Zahnärzte nach Geschlecht, darunter Teilzeitbeschäftigte</p> <p>Ärzte im Praktikum nach Geschlecht, darunter Teilzeitbeschäftigte</p> <p>3 2 Nichtärztliches Personal¹⁾</p> <p>Nichtärztliche Beschäftigte nach Funktionsbereichen, Berufsbezeichnung und Geschlecht, darunter Teilzeitbeschäftigte</p> <p>Personal in Pflegeberufen mit abgeschlossener Weiterbildung nach Art der Weiterbildung und Geschlecht</p> <p>In Vollkräfte umgerechnetes nichtärztliches Personal nach Funktionsbereichen</p> <p>4 Teilstationäre Entlassungen</p> <p>Entlassene teilstationäre Patienten nach Fachabteilungen und Geschlecht</p> <p>5 Entbindungen und Geburten</p> <p>Entbundene Frauen insgesamt</p> <p>Entbindungen durch Zangengeburt, Vakuumentraktion, Kaiserschnitt</p> <p>Entbundene Frauen mit Komplikationen</p> <p>Wegen Fehlgeburt behandelte Frauen</p> <p>Geborene Kinder, davon</p> <ul style="list-style-type: none"> — Lebendgeborene — Totgeborene
--	---

¹⁾ Merkmal wird auch bei Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen erhoben

Betten, die Bettenauslastung und die Verweildauer der Patienten in den einzelnen Organisationseinheiten statistisch exakt belegen. Um das Leistungsspektrum der Häuser vollständig abzubilden, werden neben den vollstationären Behandlungsfällen auch die teilstationären Entlassungen, gegliedert nach Geschlecht der Patienten und Fachabteilung, gezählt.

Übersicht 2: Gliederung der Fachabteilungen

Krankenhäuser
Augenheilkunde
Chirurgie
darunter
— Gefäßchirurgie
— Kinderchirurgie
— Plastische Chirurgie
— Thorax- und Kardiovaskularchirurgie
— Unfallchirurgie
Frauenheilkunde und Geburtshilfe
darunter
— Frauenheilkunde
— Geburtshilfe
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde
Haut- und Geschlechtskrankheiten
Innere Medizin
darunter
— Endokrinologie
— Gastroenterologie
— Hamatologie
— Kardiologie
— Lungen- und Bronchialheilkunde
— Nephrologie
— Rheumatologie
— Geriatrie
Kinderheilkunde (einschl. Kinderkardiologie)
Kinder- und Jugendpsychiatrie
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie
Neurochirurgie
Neurologie
Nuklearmedizin (Therapie)
Orthopädie
dar. Rheumatologie
Psychiatrie
dar. Suchtkrankheiten
Psychosomatik
Strahlentherapie
Urologie
Sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen
Haut- und Geschlechtskrankheiten
Innere Medizin
darunter
— Endokrinologie
— Gastroenterologie
— Kardiologie
— Lungen- und Bronchialheilkunde
— Nephrologie
— Rheumatologie
Kinderheilkunde (einschl. Kinderkardiologie)
Neurologie
Orthopädie
dar. Rheumatologie
Psychiatrie
dar. Suchtkrankheiten
Psychosomatik
Sonstige Fachbereiche/Allgemeinbetten

Der hohe Anteil der Personalkosten in den Krankenhäusern und die hieraus resultierenden Belastungen erfordern detaillierte Informationen über die Struktur und die Veränderung des Personalstandes. Dabei soll die Untergliederung der Ärzte nach Gebiets- und Teilgebietsbezeichnungen (siehe Übersicht 3), die sich an der Weiterbildungsordnung der Bundesärztekammer orientiert, auch Aufschluß über den Einsatz bzw. den Bedarf in den verschiedenen Fachdisziplinen geben. Im einzelnen ist die Zahl der Ärzte, Zahnärzte und Ärzte im Praktikum zum Jahresende gegliedert nach Geschlecht, ausgeübter Funktion und Teilzeitbeschäftigung zu melden. Daneben werden Vollkräfte, das heißt die Zahl der auf volle tarifliche

Arbeitszeit umgerechneten Ärzte, im Jahresdurchschnitt ermittelt. Dadurch erhält man Nennergrößen, die für Kosten- und Belastungsvergleiche erforderlich sind.

Übersicht 3: Gebiets- und Teilgebietsbezeichnungen der Ärzte

Ärzte mit abgeschlossener Weiterbildung im Gebiet
Allgemeinmedizin
Anesthesiologie
Arbeitsmedizin
Augenheilkunde
Chirurgie
darunter
— TG Gefäßchirurgie
— TG Kinderchirurgie
— TG Plastische Chirurgie
— TG Thorax- und Kardiovaskularchirurgie
— TG Unfallchirurgie
Frauenheilkunde und Geburtshilfe
Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde
dar. TG Phoniatrie und Pädaudiologie
Haut- und Geschlechtskrankheiten
Hygiene
Innere Medizin
darunter
— TG Endokrinologie
— TG Gastroenterologie
— TG Hämatologie
— TG Kardiologie
— TG Lungen- und Bronchialheilkunde
— TG Nephrologie
— TG Rheumatologie
Kinderheilkunde
dar. TG Kinderkardiologie
Kinder- und Jugendpsychiatrie
Klinische Pharmakologie
Laboratoriumsmedizin
Mikrobiologie und Infektionsepidemiologie
Mund-Kiefer-Gesichtschirurgie
Neurochirurgie
Neurologie
Neuropathologie
Nuklearmedizin
Öffentliches Gesundheitswesen
Orthopädie
dar. TG Rheumatologie
Pathologie
Pharmakologie und Toxikologie
Psychiatrie
Radiologische Diagnostik
darunter
— TG Kinderradiologie
— TG Neuroradiologie
Rechtsmedizin
Strahlentherapie
Urologie
Ärzte ohne abgeschlossene Weiterbildung

Beim nichtärztlichen Personal wurde eine stärkere Anpassung an die Gliederung des Kosten- und Leistungsnachweises (KLN), den die Krankenhäuser für die Pflegesatzverhandlungen erstellen müssen, bzw. an die Krankenhausbuchführungsverordnung gewünscht (siehe Übersicht 4) Außerdem soll wie bei den Ärzten die Zahl der Vollkräfte im Jahresdurchschnitt erfaßt werden. Damit wird aufgezeigt, wieviel Pflegekräfte am Krankenbett tätig sind und wieviel nichtärztliche Kräfte, zum Beispiel im medizinisch-technischen Bereich, im Operationsdienst oder im Wirtschaftsdienst, eingesetzt werden. Auch über die Schüler/-innen und Auszubildenden und über das Personal der Ausbildungsstätten wird berichtet. Auf diese Weise ist eine vollständige Transparenz über den Personalbereich der Einrichtungen gewährleistet.

Teil II: Diagnosen

Die Diagnoseerhebung bildet den Kern der neuen Krankenhausstatistik. Mit ihrer Einführung betritt die amtliche Statistik weitestgehend Neuland. Beginnend ab 1993 wird für jeden aus dem Krankenhaus entlassenen Patienten ein

Übersicht 4 Funktionsbereiche bzw Berufsbezeichnungen des nichtärztlichen Personals

Beschäftigte
Pflegedienst
dar in der Psychiatrie tätig
Krankenschwestern/-pfleger
dar in der Psychiatrie tätig
Krankenpflegehelfer/-innen
dar in der Psychiatrie tätig
Kinderkrankenschwestern/-pfleger
Sonstige Pflegepersonen (ohne staatliche Prüfung)
dar in der Psychiatrie tätig
Medizinisch-technischer Dienst
Med -techn Assistenten/-innen
Zytologieassistenten/-innen
Med -techn Radiologieassistenten/-innen
Med -techn Laboratoriumsassistenten/-innen
Apothekenpersonal
Apotheker/-innen
Pharmazeutisch-techn Assistenten/-innen
Sonstiges Apothekenpersonal
Krankengymnasten/-innen
Masseure/-innen
Masseure/-innen und medizinische Bademeister/-innen
Logopäden/-innen
Heilpädagogen/-innen
Psychologen/-innen
Diatassistenten/-innen
Sonstiges med -techn Personal
Funktionsdienst (einschl dort tätiges Pflegepersonal)
Personal im Operationsdienst
Personal in der Anästhesie
Personal in der Funktionsdiagnostik
Personal in der Endoskopie
Personal in der Ambulanz und in Polikliniken
Hebammen/Entbindungspfleger
dar festangestellt
Beschäftigungs-/Arbeitstherapeuten/-innen
Krankentransportdienst
Sonstiges Personal im Funktionsdienst
Klinisches Hauspersonal
Wirtschafts- und Versorgungsdienst
darunter
Personal der Küchen
Personal der Wäschereien
Technischer Dienst
Verwaltungsdienst
Sonderdienste
dar Sozialarbeiter/-innen
Sonstiges Personal
außerdem
Personal in Pflegeberufen mit abgeschlossener Weiterbildung
und zwar für Intensivpflege
OP-Dienst
Psychiatrie
Hygienefachpersonal

nichtpersonenbezogener Datensatz erfaßt und statistisch ausgewertet. Damit werden Informationen über jährlich rund 11 Mill. Krankenhauspatienten gewonnen. Dies stellt in der Praxis erhebliche Anforderungen an die Arbeitsorganisation der Krankenhäuser und bringt auch für die Statistischen Ämter zusätzliche Belastungen mit sich. Die Einführung der Diagnosestatistik wird daher kaum ohne Anlaufschwierigkeiten erfolgen können. Andererseits eröffnet sich mit der neuen Erhebung für die Nutzer ein weites Feld für zusätzliche krankheitsbezogene Auswertungen. Die epidemiologische Forschung erhält damit eine neue statistische Grundlage. Viele Untersuchungen — u. a. auch regionale Morbiditätsanalysen und Kosten-Nutzen-Analysen — werden künftig wesentlich sicherer oder erst möglich und dürften neue Erkenntnisse hervorbringen, die sich letztlich positiv auf die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung auswirken.

Um eine einheitliche Vorgehensweise sicherzustellen, werden die benötigten Daten als Einzeldaten ermittelt; die

Lieferung soll dabei möglichst auf maschinenlesbaren Datenträgern erfolgen. Eine Umfrage bei den Krankenhäusern hat ergeben, daß ca. 85 % der Häuser über eine EDV-gestützte Patientendatenverwaltung verfügen; weitere 5 % planen eine Umstellung auf EDV-Systeme in den nächsten Jahren. Die EDV-Ausstattung ist erwartungsgemäß in den größeren Häusern sehr viel weiter fortgeschritten als in den kleinen. Gemessen an der Zahl der stationär behandelten Patienten bedeutet dies, daß zur Zeit 96 %, mittelfristig sogar 98 %, aller benötigten Daten maschinell bereitgestellt werden können. Die maschinelle Ausstattung der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen hinkt dagegen merklich nach. Da hier nur ein eingeschränktes Diagnosespektrum in Frage kommt und überdies die Statistik der Rehabilitationsmaßnahmen ausreichend über Art der Maßnahmen, Rehabilitanden und Diagnosen berichtet, wurden diese Einrichtungen von der Auskunftspflicht zur Diagnosestatistik ausgenommen.

Ansatzpunkt für die Meldung ist die Entlassung des Patienten aus dem Krankenhaus, unabhängig davon, in wie vielen Fachabteilungen er während eines Krankenhausaufenthalts behandelt wurde (krankenhausbezogene Diagnosestatistik). Für jeden vollstationär behandelten Patienten werden folgende Merkmale maschinell der vorhandenen Patientendokumentation entnommen (siehe Übersicht 5):

- Geschlecht,
- Geburtsdatum (Monat, Jahr),
- Zu- und Abgangsdatum,
- Sterbefall (ja/nein),
- Hauptdiagnose,
- mit der Hauptdiagnose verbundene Operation (ja/nein),
- Fachabteilung, in der der Patient am längsten gelegen hat,
- Wohnort (Gemeinde).

Das Zu- und Abgangsdatum dient dazu, die Pflgetage und — in Verbindung mit dem Geburtsdatum — das Alter der Patienten zum Zeitpunkt des Beginns der Krankenhausbehandlung zu errechnen. Die zusätzliche Angabe der Fachabteilung ist erforderlich, um den gewünschten Nachweis der Altersstruktur der Patienten je Fachabteilung zu erstellen. Mit Hilfe der Angabe des Wohnortes sollen Ergebnisse nach Einzugsgebieten ausgewertet werden, um darzustellen, wieviel Patienten aus welchen Regionen kommen, an welchen Krankheiten leiden und von welchen Krankenhäusern sie behandelt werden.

Krankenhäuser, die zur Zeit ihre Patientendaten noch manuell verwalten, haben die Möglichkeit, ihre Angaben in hierfür eigens vorgesehene Erhebungsvordrucke einzutragen. Dabei soll die Eintragung fallweise in Zusammenhang mit der Entlassungsdokumentation bzw der Rechnungserstellung vorgenommen werden, um eine Arbeitshäufung zu bestimmten Meldeterminen zu vermeiden.

Die Abwicklung der Diagnosestatistik setzt eine entsprechende innerbetriebliche Datenorganisation in den Krankenhäusern voraus. Auch muß festgelegt werden, wie und

Übersicht 5: Erhebungsmerkmale Teil II Diagnosen

Datensatz für jeden aus dem Krankenhaus entlassenen vollstationären Patienten

Geschlecht

Geburtsmonat, -jahr

Zugangsdatum im Krankenhaus

— Tag

— Monat

— Jahr

Abgangsdatum im Krankenhaus

— Tag

— Monat

— Jahr

Sterbefall (ja, nein)

Hauptdiagnose nach

— 3stelliger ICD¹⁾

— V-Klassifikation¹⁾ (nichtkranke Zustände)

Operation im Zusammenhang mit der Hauptdiagnose (ja, nein)

Fachabteilung, in der der Patient am längsten gelegen hat

Wohnort des Patienten

— Postleitzahl

— Gemeinde, in Stadtstaaten Stadtteil

Hieraus werden maschinell ermittelt

Alter

Verweildauer

Ämtliche Gemeindeschlüsselnummer

¹⁾ Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen.

durch wen die Hauptdiagnose nach der dreistelligen ICD-Klassifikation¹⁾ bestimmt wird und wer in den Häusern die Signierung durchführt. Hier gelten für die Statistik die Grundsätze des vom BMA herausgegebenen „Leitfadens zur Erstellung der Diagnosestatistik nach § 16 Bundespflegesatzverordnung“ analog. Allerdings besteht in diesem Bereich nach wie vor Forschungs- und Entwicklungsbedarf. Erst wenn hinreichende Erfahrungen mit der neuen Statistik vorliegen, kann mit gesicherten Ergebnissen gerechnet werden. Besondere Anstrengungen sind dabei von den Krankenhäusern erforderlich, die bisher noch keine Diagnosestatistik nach der Bundespflegesatzverordnung durchführen mußten. Sie bedürfen in erster Linie einer fachlichen Unterstützung und Beratung.

Die Einführung der bundeseinheitlichen Diagnosestatistik ist ein Einstieg zu einer umfassenden Dokumentation des Gesundheitszustandes der Bevölkerung. Sie stellt gleichwohl nur einen Kompromiß dar, der nicht alle Ansprüche befriedigen kann. So wird von der epidemiologischen Forschung u. a. gefordert, die volle vierstellige ICD-Klassifikation anzuwenden, neben der Hauptdiagnose auch die Verschlüsselung weiterer Krankheitsarten zuzulassen und vor allem für die Ableitung exakter Inzidenzen außer Fallzahlen auch personenbezogene Informationen bereitzustellen. Diese Anregungen wurden bei der Konzeptentwicklung bereits eingehend erörtert, ihnen konnte aber wegen des damit verbundenen zusätzlichen Aufwandes sowie aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht gefolgt werden. Das künftige Datenmaterial weist jedoch ausreichende Besetzungszahlen auch bei seltenen Krankheiten aus, es kann somit auch stichtagsbezogen oder mit Hilfe einer repräsentativen Stichprobe ausgewertet werden. Fehleinschätzungen, die dadurch entstehen, daß Patienten bei bestimmten Krankheiten im Berichtsjahr ein Krankenhaus

¹⁾ Internationale Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD) 1979, 9. Revision, Herausgeber: Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

wiederholt aufsuchen müssen, können auf diese Weise ausgeschaltet bzw. auf ein Minimum reduziert werden. Wenn zudem von Anfang an laufende Validierungsstudien vorgesehen werden, um die Datenqualität abzusichern und Erfahrungssätze über Personen-Fall-Relationen abzuleiten, läßt sich die Diagnosestatistik zu vielen epidemiologischen Analysen heranziehen, für deren Durchführung heute noch ausreichendes Zahlenmaterial fehlt.

Teil III: Kostennachweis

Den Angaben über die Kosten der Krankenhäuser kommt ebenfalls eine zentrale Bedeutung zu. Auch hierbei handelt es sich um Informationen, die in der bisherigen Statistik nicht enthalten waren. Um aktuelle Zahlen über die Kostenentwicklung im stationären Bereich bereitstellen zu können, wird vom Ordnungsgeber gefordert, daß die statistischen Informationen spätestens bis zum 30. Juni des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres bei den Statistischen Landesämtern eingehen. Sie werden mit den Ergebnissen der Grunddatenerhebung zusammengeführt und sollen der laufenden gesundheitspolitischen Diskussion zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung stehen.

Der Kostennachweis ist nur von Krankenhäusern zu erbringen, die Krankenhausbehandlungen durchführen. Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sind von der Statistik ausgenommen. Als Kosten sind die Selbstkosten des Krankenhauses für das abgelaufene Geschäftsjahr, das heißt der letzten abgeschlossenen Rechnungsperiode, zu melden. Die Erfassung orientiert sich dabei fast ausschließlich am Kosten- und Leistungsnachweis (KLN). Die entsprechenden Positionen können von den Krankenhäusern, die den KLN erstellen, in der Regel direkt übernommen werden. Die übrigen Krankenhäuser müssen die Angaben aus der Buchführung entnehmen. Die Aufteilung der Kosten ist so gewählt, daß die Fragepositionen leicht ausgefüllt werden können, die Statistik andererseits hinreichend aussagefähig bleibt, um den Anforderungen nach mehr Kostentransparenz im Krankenhausbereich zu genügen.

Im einzelnen werden Personal- und Sachkosten gegliedert nach Funktionsbereichen bzw. Kostenarten, Zinsen für Betriebsmittelkredite, Kosten der Ausbildungsstätten und Abzüge für behandlungsfremde Leistungen erhoben (siehe Übersicht 6). Nicht geforderte Krankenhäuser müssen zusätzliche Selbstkosten für Abschreibungen, Rückstellungen sowie Zinsen für Eigen- und Fremdkapital aufführen, die sie nicht durch die öffentliche Hand ersetzt bekommen.

Mit diesen Angaben läßt sich die Kostenentwicklung auch im Zeitablauf verfolgen. Die neuen Daten sollen dabei helfen, ein detaillierteres Bild zu zeichnen und von Pauschalaussagen abzukommen. Kostensteigerungen verlaufen in der Regel in den einzelnen Funktionsbereichen des Krankenhauses nicht parallel. Es gibt Unterschiede in der Kostenentwicklung des ärztlichen Dienstes, des Pflegebereichs, des medizinisch-technischen Dienstes usw. Ausschlaggebend hierfür sind u. a. unterschiedliche Veränderungen in der Personalausstattung der Organisa-

Übersicht 6 Erhebungsmerkmale Teil III. Kostennachweis

Personalkosten
Arztlicher Dienst
Pflegedienst
Medizinisch-technischer Dienst
Funktionsdienst
Klinisches Hauspersonal
Wirtschafts- und Versorgungsdienst
Technischer Dienst
Verwaltungsdienst
Sonderdienst
Sonstiges Personal
Nicht zurechenbare Personalkosten
Sachkosten
Lebensmittel
Medizinischer Bedarf, darunter
— Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel
— Blut, Blutkonserven und Blutplasma
— Ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente
— Narkose- und sonstiger OP-Bedarf
— Laborbedarf
Wasser, Energie, Brennstoffe
Wirtschaftsbedarf
Verwaltungsbedarf
Zentrale Verwaltungsdienste
Zentrale Gemeinschaftsdienste
Steuern, Abgaben, Versicherungen
Instandhaltung
Gebrauchsgüter
Sonstige Sachkosten
Zinsen für Betriebsmittelkredite
Kosten der Ausbildungsstätten
Gesamtkosten
Abzüge (Kosten für behandlungsfremde Leistungen)
Ambulanz
Wissenschaftliche Forschung und Lehre
Übrige Abzüge
Bereinigte Kosten
Zusätzliche Selbstkosten (bei nicht geforderten Krankenhäusern)

tionseinheiten. Auf die Kosten wirkt sich aber auch die Größe der Häuser, die Bettenauslastung, die Verweildauer der Patienten, die Fachrichtung des Krankenhauses und schließlich die Art der Behandlung und der Spezialisierungsgrad auf bestimmte Krankheitsbilder aus. Durch geeignete Kombinationen der Erhebungstatbestände können die Auswirkungen solcher kostenbestimmenden Faktoren im Quer- und Zeitvergleich abgeschätzt werden. Auch lassen sich regionale Differenzierungen erkennen, wenn das Datenmaterial entsprechend standardisiert und nach Versorgungstypen der Krankenhäuser gegliedert wird. Bei Wirtschaftlichkeitsanalysen bedarf es allerdings vieler zusätzlicher Informationen, die die amtliche Statistik nicht bereitstellen kann. Wirtschaftlichkeitsanalysen sind daher eher außerhalb der Bundesstatistik anzusiedeln

Auswertung der Daten

Für die Aufbereitung der statistischen Ergebnisse ist ein Tabellenprogramm vorgesehen, das flexibel angelegt ist und eine umfassende Analyse des Datenmaterials sicherstellen soll. Die einzelnen Erhebungsteile werden dabei so miteinander verknüpft, daß Zusammenhänge zwischen der Ausstattung der Krankenhäuser, ihrem Leistungsangebot, den Kosten und der Morbidität der Patienten sichtbar werden. Auf diese Weise soll ein statistisches Krankenhausinformationssystem entstehen, das über die fallzahlmäßige Erfassung hinaus ein Mengen- und Wertegerüst für detaillierte Untersuchungen bereitstellt und dazu beiträgt, gesundheitspolitische Planungen und Entscheidungen auf eine rationelle, statistisch nachprüfbare Grundlage zu stellen

Dieses Ziel wird u. a. erreicht, indem man eine Typisierung der Krankenhäuser bzw. Vorsorge- und Rehabilitations-einrichtungen vornimmt. Dabei werden von der Struktur her gesehene gleiche Berichtseinheiten (z. B. geförderte Krankenhäuser oder Krankenhäuser mit 200 bis 300 Betten) zusammengefaßt. Die Typisierung erfolgt vollmaschinell im Zuge des Aufbereitungsverfahrens. Anschließend werden die drei Erhebungsteile (Grunddaten, Kosten und später Diagnosen) miteinander verknüpft, so daß Auswertungen über sämtliche erhobenen Merkmalskombinationen möglich sind (siehe Übersicht 7).

Auf diese Weise kann die unterschiedliche Bettenauslastung und Verweildauer zum Beispiel in Plankrankenhäusern, kleineren Privatkliniken oder psychiatrischen Anstalten nachgewiesen werden. Gleichzeitig erhält man auch quantitative Angaben über die Personalausstattung und die vorhandenen Sondereinrichtungen sowie über die Kosten, ihre Zusammensetzung und Veränderung. Mit der Anbindung an die Diagnosestatistik wird die Berichterstattung für die genannten Krankenhäuser auf Art und Umfang der Behandlung ausgedehnt. Künftig kann die Statistik somit nicht nur Informationen liefern, daß bestimmte Häuser teurer sind als andere, sondern auch warum sie teurer sind, welche Patientengruppen mit welchen Krankheiten behandelt werden und wie sich jeweils die krankheitsbedingte Verweildauer auf den Nutzungsgrad der Betten sowie die Personal- und Kostenstruktur auswirkt.

Die Diagnosestatistik bietet mit der Erfassung von Einzeldaten nach Einzugsgebieten weitere Auswertungsmöglichkeiten, für die dringender Informationsbedarf besteht. Als Stichworte seien genannt: Altersstruktur der behandelten Patienten nach Geschlecht und Fachabteilung, Kurz- und Langlieger nach Hauptdiagnosen, alters- und geschlechtsspezifische Darstellung der Krankheitshäufigkeit, Sterbe- und Operationsfälle nach Hauptdiagnosen und Pflegetagen, Patienten nach Herkunftsgebieten, regionale Streuung der stationären Morbidität.

Die Einzugsgebietestatistik, die heute von den Ländern geführt wird, um Aufschluß zu erhalten, aus welchen Stadt- und Landkreisen oder Gemeinden die Patienten der Krankenhäuser kommen, wird künftig wesentlich ausgeweitet. Sie soll von einer reinen Fallstatistik zu einem länderübergreifenden räumlichen „Morbiditätsindikator“ ausgebaut werden. Durch Datenaustausch unter den Statistischen Landesämtern wird erreicht, daß jedes Bundesland Informationen über Krankheit, Behandlungszeit und Wohnsitz seiner Bürger enthält, die als Patienten entweder von eigenen oder von landesfremden Krankenhäusern versorgt werden. Von seiten der epidemiologischen Forschung dürfte hierbei die regionale Häufigkeitsverteilung von bestimmten Krankheitsarten (z. B. Asthma, Bronchitis, Herzinfarkt, Leukämie etc.) von besonderem Interesse sein. Kleineräumliche Untersuchungen des stationär behandelten Krankheitsspektrums in Kombination mit Umweltbelastungsdaten sowie mit demographischen und sozioökonomischen Angaben können einen wichtigen Beitrag zur Aufhellung vorhandener Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge bei der Entstehung und Verbreitung von Krankheiten liefern. Um das Datenmaterial in dieser Richtung voll auszuschöpfen, wird die amtliche Statistik der Forschung

Übersicht 7 · Darstellungseinheiten der Krankenhausstatistik

Krankenhäuser				Freigemeinnützige Krankenhäuser			
Krankenhäuser insgesamt				Krankenhäuser mit bis unter Betten			
nach der Bettenzahl				100—112	wie oben (1—13)		
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten	Private Krankenhäuser			
1	unter 50			Krankenhäuser mit bis unter Betten			
2	50—100			113—125	wie oben (1—13)		
3	100—150			nach dem Anteil der Belegbetten			
4	150—200			Reine Belegkrankenhäuser			
5	200—250			Krankenhäuser mit bis unter Betten			
6	250—300			126	unter 50		
7	300—400			127	50—100		
8	400—500			128	100 und mehr		
9	500—600			129	Insgesamt		
10	600—800			Krankenhäuser mit mehr als 25 % Belegbetten			
11	800—1 000			Krankenhäuser mit bis unter Betten			
12	1 000 und mehr			130	unter 50		
13	Insgesamt			131	50—100		
Allgemeine Krankenhäuser				132	100—150		
nach der Bettenzahl				133	150—200		
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten	134	200—250		
14—26	wie oben (1—13)			135	250—300		
nach der Forderung				136	300—400		
27	geförderte Krankenhäuser			137	400 und mehr		
28	teilweise geförderte Krankenhäuser			138	Insgesamt		
29	nicht geförderte Krankenhäuser			Krankenhäuser mit bis zu 25 % Belegbetten			
nach der Art				139	Insgesamt		
Hochschulkliniken				Sonstige Krankenhäuser			
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten	Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen Betten			
30	unter 1 000			Krankenhäuser mit bis unter Betten			
31	1 000 und mehr			140—152	wie oben (1—13)		
32	Insgesamt			Krankenhäuser mit ausschließlich psychiatrischen und neurologischen Betten			
Plankrankenhäuser				Krankenhäuser mit bis unter Betten			
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten	153—165	wie oben (1—13)		
33—45	wie oben (1—13)			Bundeswehrkrankenhäuser			
nach Trägern				Krankenhäuser mit bis unter Betten			
46	Öffentliche Krankenhäuser			165—178	wie oben (1—13)		
47	Freigemeinnützige Krankenhäuser			Reine Tages- oder Nachtkliniken			
48	Private Krankenhäuser			179	Insgesamt		
Krankenhäuser mit einem Versorgungsvertrag nach § 108 Nr 3 SGB V				Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen			
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten	nach der Bettenzahl			
49—61	wie oben (1—13)			Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit bis unter Betten			
nach Trägern				1	unter 50		
62	Öffentliche Krankenhäuser			2	50—100		
63	Freigemeinnützige Krankenhäuser			3	100—150		
64	Private Krankenhäuser			4	150—200		
Krankenhäuser, die nicht nach § 108 SGB V zugelassen sind				5	200—250		
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten	6	250 und mehr		
65—77	wie oben (1—13)			7	Insgesamt		
nach Trägern				nach der Art			
78	Öffentliche Krankenhäuser			Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit einem Versorgungsvertrag nach § 111 SGB V			
79	Freigemeinnützige Krankenhäuser			Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit bis unter Betten			
80	Private Krankenhäuser			8—14	wie oben (1—7)		
nach Zahl der Fachabteilungen				Sonstige Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen			
	Krankenhäuser mit	Fachabteilung(en)		Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen mit bis unter Betten			
81	1 Fachabteilung			15—21	wie oben (1—7)		
82	2 Fachabteilungen			nach Trägern			
83	3 Fachabteilungen			22	Öffentliche Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen		
84	4 Fachabteilungen			23	Freigemeinnützige Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen		
85	5—6 Fachabteilungen			24	Private Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen		
86	7 und mehr Fachabteilungen						
nach Trägern							
	Öffentliche Krankenhäuser						
	Krankenhäuser mit	bis unter	Betten				
87—99	wie oben (1—13)						

verstärkt Auswertungshilfen anbieten. Das gilt vornehmlich bei der Herstellung des erforderlichen Personenbezugs und hinsichtlich des flexiblen Zugangs zu den Daten.

Ausblick

Mit der Reform der Krankenhausstatistik ist ein erster Schritt unternommen worden, die amtliche Gesundheitsstatistik an den gegenwärtigen Informationsbedarf heranzuführen. Nach übereinstimmender Auffassung in Fachkreisen mangelt es heute in der Bundesrepublik noch an einer geschlossenen statistischen Bestandsaufnahme

über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, den Umfang und die Effizienz der Gesundheitsversorgung und an einer hinreichenden Differenzierung nach Teilbereichen des Gesundheitswesens, Krankheitsarten, Regionen und Bevölkerungsgruppen. Die Datenlandschaft im amtlichen und nichtamtlichen Bereich wird als extrem „inhomogen“ bezeichnet. Zwar liegen für viele Themenbereiche der Gesundheitsberichterstattung Daten vor, sie sind aber zum Teil lückenhaft, passen wenig zueinander und haben mehr oder weniger große qualitative Mängel. Im internationalen Vergleich — so der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen — weist die Bundesre-

publik Deutschland bei der systematischen Zusammenführung gesundheitsstatistischer Erhebungen und ihrer Umsetzung in die Politik noch einen beträchtlichen Rückstand auf. Der Sachverständigenrat empfiehlt daher nachdrücklich die Weiterentwicklung von Berichts- und Informationssystemen und ihre systematische, themenbezogene Verknüpfung.

Die fachlich zuständigen Bundesressorts haben diese Anregungen aufgegriffen und werden für die nächsten Jahre einen gesonderten Forschungsschwerpunkt zum Aufbau einer nationalen Gesundheitsberichterstattung einrichten. Auch in den Ländern laufen zur Zeit Bemühungen zur Verbesserung und Vereinheitlichung der Landesgesundheitsberichte. In diesem Zusammenhang wird die amtliche Statistik ihre Aktivitäten zur Fortentwicklung ihrer Berichtssysteme noch verstärken. Demnächst sollen alle bestehenden Gesundheitsstatistiken methodisch und inhaltlich durchleuchtet und schrittweise auf ein übergeordnetes statistisches Gesamtsystem einer umfassenden Gesundheitsberichterstattung hin ausgerichtet werden. Ein solches Gesamtsystem, in das amtliche und nichtamtliche Datenquellen eingehen, soll die Themenvielfalt der gesundheitlichen Diskussion widerspiegeln und eine informationelle Grundlage für vielfältige gesundheitspolitische Überlegungen und Entscheidungen schaffen.

Dr. Ulrich Hoffmann

„Singles“ — Versuch einer Beschreibung

Zur Definition

Der Begriff „Single“ ist in den letzten Jahren in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangen. Fast jeder hat eine Vorstellung davon, was ein „Single“ ist, doch der Versuch einer konkreten Beschreibung des „Phänomens Single“ endet entweder in langatmigen Erklärungen oder in einem bundigen „ein Single eben“. Die weiteste Definition lautet „Leute, die alleine leben“, das sind — statistisch gesehen — Einpersonenhaushalte. Die engste Begriffsbestimmung läuft auf „Yuppie“ (Young Urban Professional) hinaus und meint alleinlebende jüngere Berufstätige in Großstädten mit höherem Einkommen. Dazwischen liegen viele Möglichkeiten der Abgrenzung des Personenkreises.

Im folgenden soll versucht werden, für die gesamte Bandbreite Datenmaterial bereitzustellen, um so zu einer quantitativen und qualitativen Einschätzung der Bedeutung von „Singles“ zu gelangen.

Zur Datenlage

Daten über Haushalte und die in ihnen lebenden Personen lassen sich sowohl aus Volkszählungen als auch aus dem Mikrozensus gewinnen. Während bei den in größeren zeitlichen Abständen stattfindenden Volkszählungen die tiefe regionale Gliederung der Ergebnisse im Vordergrund steht, sind die Stichprobenergebnisse des jährlich durchgeführten Mikrozensus aufgrund der umfangreichen haushaltsstatistischen Auswertungsmöglichkeiten eher für qualitative Analysen auf Bundesebene geeignet. Für diesen Beitrag wird daher auf Mikrozensus-Ergebnisse aus den Jahren 1972 bis 1989 zurückgegriffen, wobei die kontinuierliche Berichterstattung des Mikrozensus gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet, nach dem „Entstehen des Phänomens Singles“ zu suchen. — Einschränkend ist allerdings anzumerken, daß es in den Jahren 1983 und 1984 keinen Mikrozensus gab. Der Zeitvergleich ist ferner dadurch beeinträchtigt, daß ab dem Jahr 1985 ein geändertes Konzept zugrunde gelegt wurde, das sich im Ergebnis auf die Zahl der Haushalte und ihre Struktur ausgewirkt hat. Die Konzeptänderung bestand u. a. darin, daß Haushalte, in denen alle Personen angeben hatten, von einer anderen Wohnung aus zur Arbeit oder Ausbildung zu gehen¹⁾, nicht mehr — wie bisher — beim Nachweis der „Bevölkerung in Privathaushalten“ ausgeklammert wurden²⁾. Dies führte zu einer — rein methodisch bedingten — Zunahme der Einpersonenhaushalte. Eine Vorstellung über die Größenordnung des hierdurch bedingten „Zuwachses“ erhält man,

¹⁾ Bzw. — sofern sie weder erwerbstätig noch in Ausbildung waren — sich überwiegend an einem anderen Wohnort aufhielten

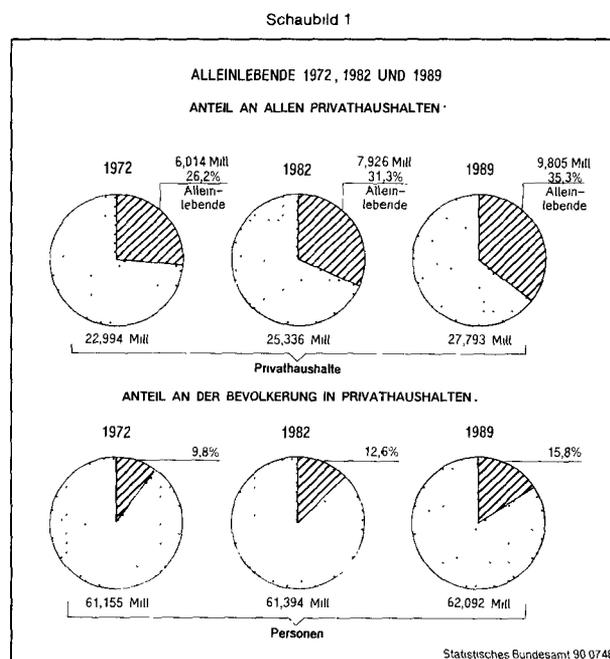
²⁾ Das bisherige Vorgehen stützte sich auf die Annahme, daß es sich bei diesem Personenkreis überwiegend um Personen in Ferienwohnungen usw. handelte. Anlaß für die Änderung war die Vermutung, daß die betroffenen Personen häufig in Einpersonenhaushalten leben und somit bei dem zuvor angewandten Verfahren generell an einem ihrer Wohnsitze ausgeklammert wurden

wenn man bedenkt, daß es 1982 176 000 Haushalte gab, die die genannte Bedingung (alle Haushaltsmitglieder gehen überwiegend von einer anderen Wohnung aus zur Arbeit/Ausbildung usw.) erfüllten und daß zu diesen Haushalten „nur“ 247 000 Personen zählten. Dies bedeutet, daß es unter den genannten Haushalten mindestens 106 000 Einpersonenhaushalte gab. Die im Jahr 1985 statistisch registrierte Zuwachsrate der Einpersonenhaushalte ist daher unter einem entsprechenden Vorbehalt zu sehen.

Ergebnisse

Gut ein Drittel aller Haushalte sind Einpersonenhaushalte — aber nur ein Sechstel der Bevölkerung lebt allein

1972 gab es rund 6 Mill. Einpersonenhaushalte in der Bundesrepublik Deutschland, 1989 waren es mit 9,8 Mill. gut 60% mehr. (Diese Entwicklung wird aufgrund der beschriebenen Änderung in der Aufbereitungsmethode nur geringfügig überzeichnet, da von dem gesamten Zuwachs in Höhe von 3,8 Mill. nur etwa 100 000 methodisch bedingt sind.) Gleichzeitig stieg der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten von 26 auf 35%, das heißt, in mehr als einem Drittel aller Haushalte lebte nur eine Person



Zur Relativierung dieser Daten ist ein Blick auf die Verteilung der Bevölkerung nach der Haushaltsgröße hilfreich. 1972 lebten knapp 10% der Bundesbürger in Einpersonenhaushalten, 1989 waren es rund 16%. Umgekehrt bedeutet dies, daß sich der Anteil derjenigen, die nicht alleine leben, nur geringfügig verringert hat. Die Menschen in der Bundesrepublik leben also nach wie vor größtenteils mit (Ehe-)Partner, Kind(ern), Eltern oder anderen Personen zusammen.

Da sowohl die Zahl der Einpersonenhaushalte als auch ihr Anteil an allen Haushalten im gesamten Beobachtungs-

zeitraum jährlich zunahm, ist es schwierig, einen Zeitpunkt für die Entstehung des Phänomens „Singles“ zu definieren. Allerdings gab es in den Jahren von 1982 bis 1986 einen durchschnittlichen Anstieg um 310 000 Einpersonenhaushalte pro Jahr, so daß dies — auch nach Abzug der methodisch bedingten Veränderungen — die Periode der höchsten Zuwächse im Zeitablauf war.

Auch der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten erhöhte sich in diesen vier Jahren überproportional, so daß für den genannten Zeitraum ein starker „Schub“ im Hinblick auf die Bedeutung der Einpersonenhaushalte zu verzeichnen ist.

Gut 60 % der Alleinlebenden sind Frauen — aber die „neuen Singles“ sind Männer

Bei der Mehrzahl der in Einpersonenhaushalten Lebenden handelt es sich um Frauen (Ihr Anteil betrug 1972 mehr als 71 %, 1989 lag er nur noch bei gut 63 %³⁾)

Wiederum läßt sich der Zeitraum zwischen 1982 und 1986 als die Periode der stärksten Veränderungen ausmachen. Die Zahl der alleinlebenden Männer stieg durchschnittlich um 190 000 jährlich und war damit bestimmend für die Gesamtentwicklung (siehe die Tabellen auf S. 394* f.). Gleichzeitig entfielen auf diese vier Jahre 40 % der Zunahme bei der Zahl der männlichen Alleinlebenden im gesamten Beobachtungszeitraum (von 17 Jahren). Dies führt zu der Vermutung, daß das verstärkte Auftreten alleinlebender Männer Anfang der 80er Jahre das Phänomen „Singles“ begründete und nicht etwa die schon immer sehr hohe Zahl an in Einpersonenhaushalten lebenden Frauen.

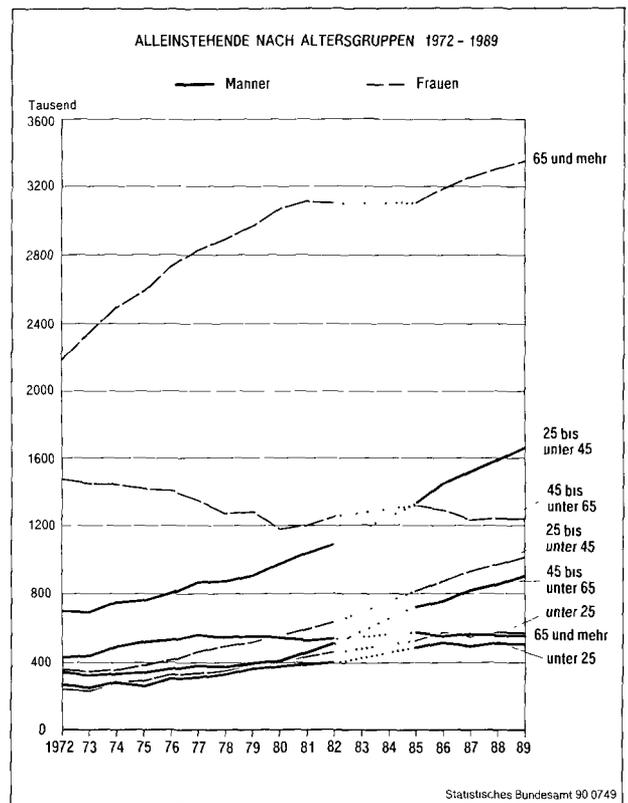
Tabelle 1 Einpersonenhaushalte

Jahr	Einpersonenhaushalte		Anteil an allen Privathaushalten	Anteil an der Bevölkerung in Privathaushalten
	insgesamt	dar Frauen		
	1 000	%		
1972	6 014	71,1	26,2	9,8
1973	6 071	72,1	26,1	9,9
1974	6 431	71,2	27,2	10,5
1975	6 554	71,5	27,6	10,7
1976	6 867	70,9	28,7	11,2
1977	7 062	70,5	29,2	11,6
1978	7 092	70,4	29,3	11,6
1979	7 353	70,1	30,0	12,1
1980	7 493	69,3	30,2	12,2
1981	7 730	69,1	30,8	12,6
1982	7 926	68,4	31,3	12,9
1985	8 863	64,9	33,6	14,5
1986	9 177	64,5	34,3	15,0
1987	9 354	63,8	34,6	15,2
1988	9 563	63,5	34,9	15,5
1989	9 805	63,2	35,3	15,8

Bestätigt wird diese Vermutung durch die Tatsache, daß bei fast unveränderter Zahl der männlichen Bevölkerung in Privathaushalten der Anteil der Alleinlebenden von 6 % 1972 kontinuierlich auf 12 % 1989 anstieg. 1985 hatte dieser Wert die 10 %-Marke überschritten, absolut wurden in diesem Jahr erstmals über 3 Mill. männliche „Singles“ gezählt.

³⁾ Die Zahl der alleinlebenden Männer hat sich von gut 1,7 Mill. 1972 auf 3,6 Mill. 1989 mehr als verdoppelt. Bei den alleinlebenden Frauen war demgegenüber „nur“ eine 40%ige Zunahme (von 4,3 Mill. auf 6,2 Mill.) zu verzeichnen.

Schaubild 2



Rund 40 % der Alleinlebenden sind „Senioren“ — nur 28 % sind zwischen 25 und 45 Jahre alt

Die größte Gruppe der Alleinlebenden stellen die „Senioren“, Männer und Frauen im Alter von 65 Jahren und mehr. 1972 gehörten 44 % der Menschen in Einpersonenhaushalten zu dieser Altersgruppe, 1989 waren es immer noch 40 %; der Höchstwert hatte 1978 bei gut 48 % gelegen. Beeinflusst wird die Altersstruktur durch den sehr hohen Anteil alleinlebender alter Damen, der stets deutlich über 50 % lag. Ein Blick auf den Familienstand von Alleinlebenden zeigt: 1989 waren 40 % verwitwet, bei den Frauen waren es sogar 54 %. Die größte Gruppe unter den „Singles“ sind demnach verwitwete alte Damen. Doch ist genau diese Bevölkerungsgruppe nicht das, was im allgemeinen Sprachgebrauch unter „Singles“ verstanden wird.

Tabelle 2 Bevölkerung in Privathaushalten nach ausgewählten Altersgruppen

Bevölkerung in Privathaushalten	Einheit	1972	1982	1985	1989
25jährige und ältere dar in Einpersonenhaushalten	1 000	38 734	40 859	41 990	43 959
	%	14,2	17,3	18,7	19,9
25jährige und ältere Ledige dar in Einpersonenhaushalten	1 000	3 357	4 292	5 035	6 385
	%	43,5	49,5	49,5	50,3
25- bis unter 45jährige dar in Einpersonenhaushalten	1 000	16 823	16 901	16 777	17 974
	%	6,3	10,2	12,8	15,0
25- bis unter 45jährige Ledige dar in Einpersonenhaushalten	1 000	1 912	2 820	3 484	4 755
	%	35,1	42,2	43,4	44,4

Außerdem hat es alleinlebende verwitwete alte Damen immer schon gegeben, ihr Anteil an den Einpersonenhaushalten war 1972 mit 35% sogar deutlich höher als 1989 mit 28%.

Erheblich gestiegen hingegen ist der Anteil der 25- bis unter 45jährigen bei den Alleinlebenden. 1972 lebten in knapp 18% der Einpersonenhaushalte Männer und Frauen dieser Altersgruppe, 1989 hatte ihr Anteil bereits 28% erreicht. Diese Strukturverschiebung ist in erster Linie auf eine Verdoppelung des entsprechenden Anteils für Frauen zurückzuführen: 1972 waren nur 8% der alleinlebenden Frauen zwischen 25 und 45 Jahre alt, 1989 waren es knapp 17%. Trotz einer schwächeren Zunahme des entsprechenden Anteils bei den Männern (von 40 auf 46%) sind diese in den Altersgruppen der 25- bis unter 45jährigen nach wie vor dominierend: 1972 waren es hier 67%, 1989 61% aller Alleinlebenden.

Der wachsende Anteil von Alleinlebenden im Alter zwischen 25 und 45 Jahren an allen Einpersonenhaushalten ist nicht das Ergebnis von demographischen Verschiebungen der Altersstruktur, sondern geht eindeutig auf eine Verhaltensänderung der Menschen zurück. Während 1972 nur 6% der Männer und der Frauen dieser Altersgruppe allein lebten, waren es 1982 bereits 10% und 1989 sogar 15%. Vermutlich ist genau dieser Tatbestand ausschlaggebend für die — öffentliche — Wahrnehmung des „Phänomens Singles“. Da zudem die Zahl der Alleinlebenden zwischen 25 und 45 Jahren seit 1982 jährlich durchschnittlich um rund 150 000 Personen zunahm und damit mehr als die Hälfte des Gesamtanstiegs bei den Einpersonenhaushalten auf diese Gruppe entfällt, ist es nicht überraschend, daß es dieser Personenkreis ist, der bei den Beschreibungen von „Singles“ in den Medien im Vordergrund steht.

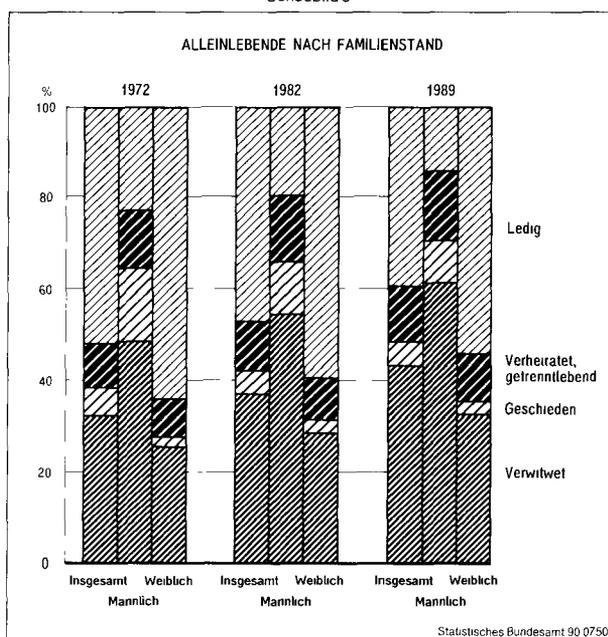
Mehr ledige „Singles“ als verwitwete Alleinlebende

Zusammen mit den Verschiebungen bei der Altersstruktur der Alleinlebenden vollzog sich ein Wandel beim Familienstand. 1972 war mehr als die Hälfte (52%) der in Einpersonenhaushalten Lebenden verwitwet, 1989 waren es knapp zwei Fünftel (39%). Parallel dazu stieg der Anteil der Ledigen von knapp einem Drittel (32%) auf gut 43% an.

Dabei ist selbst bei den alleinlebenden Frauen, zu denen nach wie vor sehr viele verwitwete alte Damen zählen, ein deutliches Plus für die Ledigen zu verzeichnen. 1972 war ein Viertel der Frauen in Einpersonenhaushalten ledig, 1989 immerhin schon ein Drittel. Dennoch dominierten auch 1989 mit knapp 54% die verwitweten Frauen. Von den alleinlebenden Männern war bereits 1972 knapp die Hälfte (48%) ledig, 1989 waren es sogar gut 61%. Geschiedene Alleinlebende (Männer und Frauen) spielen wider Erwarten nur eine untergeordnete Rolle: 1972 hatten sie einen Anteil von gut 9% an allen Alleinlebenden, 1989 war er mit 12% nur wenig höher.

Bemerkenswert im Hinblick auf die Entstehung des „Phänomens Singles“ ist, daß es bis einschließlich 1982 stets mehr ledige Frauen in Einpersonenhaushalten gab als ledige Männer. Für das Jahr 1985 wurden mit 1,736 bzw. 1,738 Mill. annähernd ebenso viele ledige Männer wie Frauen gezählt, die allein lebten. In den folgenden Jahren

Schaubild 3



nahm die Zahl der alleinlebenden ledigen Männer stärker zu als die der Frauen. 1989 gab es gut 2,2 Mill. männliche „Singles“, die ledig waren, und rund 2 Mill. Frauen in vergleichbarer Lebenssituation.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung dürfte sowohl das geänderte Heiratsverhalten von Männern und Frauen sein, als auch die zunehmende Neigung, bereits als Ledige(r) einen eigenen Haushalt zu führen. Zum einen stieg das durchschnittliche Heiratsalter lediger Männer von 25,5 Jahren 1972 auf 26,6 Jahre 1982, schließlich sogar auf 28 Jahre für 1988 an. Bei den ledigen Frauen erhöhte sich das Durchschnittsalter bei der Eheschließung von 22,9 Jahren 1972 auf 23,8 Jahre 1982, bis es für 1988 mit 25,5 Jahren den bisher höchsten Wert erreichte⁴⁾. Gleichzeitig hat die Zahl jüngerer Menschen zugenommen, die den elterlichen Haushalt als Ledige verlassen und einen eigenen Haushalt gegründet haben. Dieser Trend wird nur zum Teil durch die Tatsache kompensiert, daß Kinder heute länger bei ihren Eltern leben als das früher der Fall war^{5) 6)}. Nach neueren Untersuchungen ist die Zeitspanne zwischen dem Auszug junger Menschen aus dem Elternhaus und der Eheschließung auf bis zu durchschnittlich fünf Jahre angewachsen, wobei jedoch auch die Phase des Zusammenlebens als unverheiratetes Paar oder in Wohngemeinschaften einbezogen ist⁷⁾.

Im Hinblick auf die Präferenz für bestimmte Lebensformen zeigt sich, daß 1989 von allen über 25 Jahre alten ledigen Personen gut die Hälfte allein lebte.

1972 galt dies nur für knapp 44% der Ledigen, 1982 lag der entsprechende Wert jedoch bereits bei knapp 50%. Somit tragen zwei Effekte zu einem wachsenden Anteil an „Sin-

⁴⁾ Fachserie 1, Reihe 1, S. 72

⁵⁾ Siehe Schwarz, K. „Wann verlassen Kinder das Elternhaus?“ in Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Boppard 1989, S. 39ff

⁶⁾ Siehe Statistisches Bundesamt (Herausgeber) „Familien heute“, Strukturen, Verläufe, Einstellungen, Ausgabe 1990, S. 28

⁷⁾ Siehe Weick, S. „Junge Frauen und Männer bleiben wieder länger im Elternhaus“ in ISI, Nr. 4/90

ges" bei: Während einerseits — aufgrund der Änderungen der Heiratsneigung — der Anteil der ledigen Erwachsenen steigt, von knapp 9% an allen über 25jährigen 1972 auf fast 15% 1989, wächst gleichzeitig deren Bereitschaft zum „Single-Dasein“. Für die 25- bis unter 45jährigen Männer und Frauen gilt diese Aussage in besonderem Maße.

Der Anteil der Ledigen in dieser Bevölkerungsgruppe stieg von gut 11% 1972 auf mehr als ein Viertel (26,5%) 1989 an. Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der Alleinlebenden an diesem Personenkreis von 35 auf 44%. Absolut gesehen ergab sich damit im Zeitraum von 1972 bis 1989 eine Verdreifachung der Zahl der 25- bis unter 45jährigen ledigen „Singles“ von knapp 700 000 auf 2,1 Mill. Personen.

Gut die Hälfte der Alleinlebenden sind Rentner, gut zwei Fünftel sind berufstätig

Bedingt durch die Tatsache, daß viele der Alleinlebenden über 65 Jahre alt sind, es sich zudem bei den Frauen überwiegend um verwitwete Damen handelt, bestreitet ein Großteil der Menschen in Einpersonenhaushalten seinen Lebensunterhalt durch (Hinterbliebenen-)Rente, Vermögenseinkünfte, Sozialhilfe oder sonstige Transferzahlungen. Der Anteil dieser Personengruppe — kurz Rentner genannt — nahm im Beobachtungszeitraum von 1972 bis 1989 deutlich ab. Der Höchstwert lag bei knapp 63% im Jahr 1976, 1989 zählten nur noch gut 51% der Alleinlebenden zu den Rentnern.

Tabelle 3 Einpersonenhaushalte nach Erwerbsbeteiligung

Jahr	Von 100 Personen sind					
	Erwerbstätige ¹⁾	davon		Rentner ²⁾	davon	
		Männer	Frauen		Männer	Frauen
1972	38,4	64,1	27,9	60,2	31,7	71,8
1973	36,9	63,0	26,8	62,0	33,0	73,2
1974	36,2	60,6	26,4	62,3	34,6	73,4
1975	34,0	56,1	25,2	62,0	36,3	72,3
1976	34,1	56,6	24,9	62,9	36,4	73,8
1977	34,7	57,3	25,3	62,4	35,9	73,5
1978	34,9	58,0	25,2	61,7	35,3	72,8
1979	35,2	58,1	25,5	61,3	35,0	72,4
1980	36,4	60,1	25,9	60,2	33,5	72,0
1981	36,5	60,3	25,9	59,6	32,5	71,7
1982	36,2	58,5	25,8	58,9	32,0	71,4
1985	38,5	59,0	27,4	53,8	28,0	67,8
1986	39,5	60,4	28,0	52,8	26,7	67,2
1987	39,8	60,3	28,2	52,5	27,1	66,8
1988	40,5	61,4	28,5	52,4	27,1	66,9
1989	41,3	62,3	29,1	51,4	26,2	66,0

¹⁾ Einsch. erwerbstätiger Rentner — ²⁾ Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Rente und dergleichen

Da sich die Altersstruktur von alleinlebenden Frauen deutlich von der in Einpersonenhaushalten lebender Männer unterscheidet, sind auch die Rentneranteile an beiden Gruppen sehr verschieden. Trotz eines Rückgangs des Anteils der Rentnerinnen bei den alleinlebenden Frauen von 74% (1976) auf 66% 1989 ist dieser Wert immer noch mehr als doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil bei den männlichen Alleinlebenden. Männer in Einpersonenhaushalten waren höchstens zu gut einem Drittel (36%) Rentner, in den letzten Jahren hatte sich dieser Wert bis auf rund 26% reduziert.

Parallel zur Verringerung des Rentneranteils erhöhte sich der Anteil der erwerbstätigen Alleinlebenden. 1975 war nur

gut ein Drittel (34%) der in Einpersonenhaushalten Lebenden berufstätig. 1985 waren es knapp 39%, 1989 mehr als 41%. Dabei stieg die Erwerbstätigenquote der alleinlebenden Männer von 56% 1975 auf 62% 1989, bei den Frauen von 25 auf 29%. Ursächlich für diese Veränderungen ist die insbesondere in den letzten Jahren deutlich angewachsene Zahl jungerer Alleinlebender, die überwiegend berufstätig sind. Die 25- bis unter 45jährigen „Singles“ wiesen

Tabelle 4. Erwerbstätige Alleinlebende

Jahr	Insgesamt	Darunter 25- bis unter 45jährige	
		zusammen	Erwerbstätigenquote
	1000		%
1972	2308	966	91,4
1973	2238	937	91,0
1974	2328	986	88,7
1975	2231	960	84,7
1976	2343	1026	84,7
1977	2454	964	85,0
1978	2475	1162	86,1
1979	2590	1215	85,9
1980	2725	1305	85,7
1981	2822	1371	84,4
1982	2866	1402	81,6
1985	3408	1708	79,7
1986	3621	1841	79,3
1987	3723	1936	79,0
1988	3874	2044	80,1
1989	4049	2168	80,6

nämlich sowohl 1972 als auch 1989 die höchste Erwerbsbeteiligung — mit 91 bzw. 81% — in allen Altersgruppen auf. Deren gestiegener Anteil⁸⁾ führte dazu, daß von 1982 bis 1989 die Zahl der erwerbstätigen Alleinlebenden durchschnittlich um 190 000 Personen jährlich zunahm. Auf die letzten sieben Jahre entfielen damit zwei Drittel des gesamten Anstiegs der Zahl der berufstätigen Alleinlebenden, die sich von 2,3 Mill. 1972 auf gut 4 Mill. 1989 erhöhte.

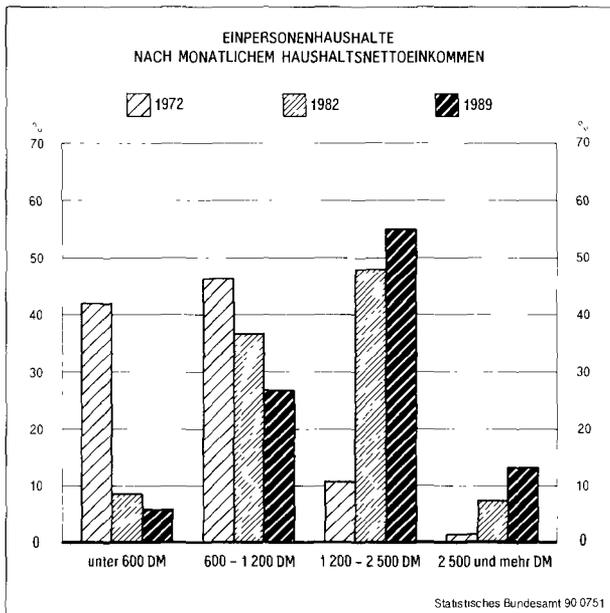
Ein Drittel der Alleinlebenden hat weniger als 1200 DM monatlich zur Verfügung, aber jeder achte „Single“ verdient mehr als 2500 DM netto

Die veränderte Erwerbsbeteiligung der Alleinlebenden hat selbstverständlich Konsequenzen für die Einkommensgliederung der Einpersonenhaushalte. Da Erwerbseinkommen in der Regel deutlich über dem Rentenniveau liegen, verschiebt sich bei einem höheren Anteil an Berufstätigen bei einem gleichzeitigen Rückgang des Rentneranteils die Einkommensstruktur zugunsten höherer Einkünfte. Zusätzlich verstärkt wird dieser Effekt durch die im Zeitablauf zu verzeichnenden realen bzw. nominalen Einkommenszuwächse, die sich sowohl beim Erwerbseinkommen als auch bei den Rentenzahlungen bemerkbar machen. Schließlich ist zu bedenken, daß es eine wachsende Zahl von Frauen gibt, die eine eigene Rente statt einer (niedrigeren) Hinterbliebenenrente beziehen.

Dies alles zusammen führt dazu, daß sich die Einkommensverteilungen von Einpersonenhaushalten aus den Jahren 1972 und 1989 erheblich voneinander unterscheiden. So hatten 1972 gut zwei Fünftel (42%) aller Alleinlebenden ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als

⁸⁾ Mehr als die Hälfte (54%) der Erwerbstätigen in Einpersonenhaushalten war 1989 zwischen 25 und 45 Jahre alt, absolut gesehen mit 2,2 Mill. Personen fast ebenso viele, wie es 1972 erwerbstätige Alleinlebende aller Altersgruppen gab.

Schaubild 4



600 DM, 1989 galt dies nur noch für 6%. Da auf die nächsthöhere Kategorie 1972 weitere 46% der Einpersonenhaushalte entfielen, mußten damals gut 88% aller Alleinlebenden von weniger als 1200 DM im Monat leben; 1989 traf das nur auf knapp ein Drittel (32%) zu. Mehr als die Hälfte (55%) der Alleinlebenden verfügten 1989 über ein monatliches Nettoeinkommen zwischen 1200 und 2500 DM, 1972 waren es knapp 11%. 1972 gab es demzufolge nur sehr wenige (1%) Alleinlebende, deren Haushaltskasse mehr als 2500 DM enthielt; 1989 dagegen hatte jeder achte Alleinlebende einen derartigen Betrag im Budget. Selbst bei weiterer Differenzierung des oberen Einkommensbereichs ergaben sich 1989 vergleichsweise große Personengruppen für die einzelnen Kategorien: Jeweils rund 5% der Alleinlebenden konnten mit monatlich 2500 bis 3000 DM bzw. 3000 bis 4000 DM wirtschaften, 3% verfügten sogar über mehr als 4000 DM.

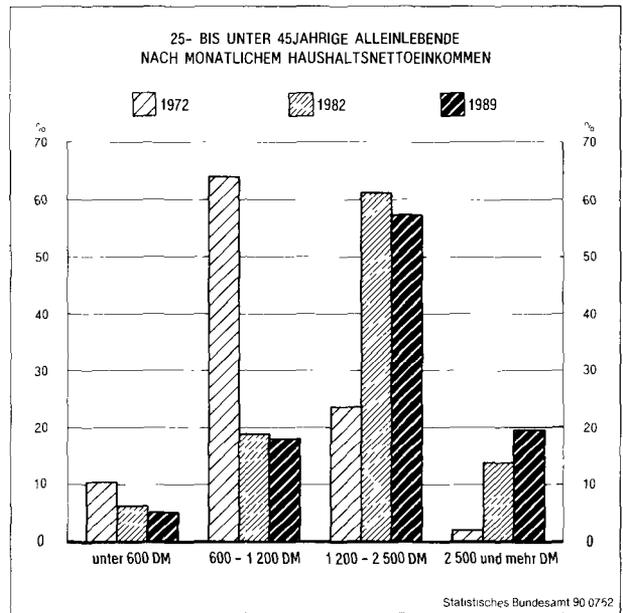
Die Einkommenssituation der 25- bis unter 45jährigen überwiegend erwerbstätigen „Singles“ war stets deutlich besser als die der Alleinlebenden insgesamt. Schon 1972 war der Anteil derjenigen, die ein Monatsnettoeinkommen zwischen 1200 und 2500 DM hatten, bei den 25- bis unter 45jährigen „Singles“ mit 24% mehr als doppelt so hoch wie bei allen Alleinlebenden insgesamt (11%). Für das Jahr 1989 lassen sich noch deutlichere Unterschiede feststellen, was in den Besetzungszahlen für darunterliegende und höhere Einkommensgruppen zum Ausdruck kommt.

25- bis unter 45jährige Alleinlebende¹⁾
nach Haushaltsnettoeinkommen
Prozent

Monatliches Nettoeinkommen von bis unter DM	1972	1982	1985	1989
unter 600	10,4	6,1	4,9	5,2
600 - 1200	64,0	18,8	17,9	18,0
1200 - 2500	23,6	61,3	61,4	57,2
2500 - 3000	} 2,0	6,5	7,1	7,7
3000 - 4000		4,6	5,6	7,5
4000 und mehr		2,6	3,3	4,4
Insgesamt		100	100	100

¹⁾ Nur Alleinlebende mit Einkommensangabe

Schaubild 5



Weniger als 1200 DM verfügbares Einkommen wiesen nur 23% der 25- bis unter 45jährigen Alleinlebenden, aber ein Drittel (32%) aller Einpersonenhaushalte auf. Mit mehr als 2500 DM in der Haushaltskasse konnten 13% der Alleinlebenden wirtschaften, bei den 25- bis 45jährigen „Singles“ war es jedoch schon jeder fünfte (20%)

Die im Zeitablauf sich verbessernde Einkommenssituation der „Singles“ dürfte einerseits mit den generell gestiegenen Verdiensten Erwerbstätiger zusammenhängen, andererseits mit dem anwachsenden Anteil von männlichen „Singles“, die nach wie vor höhere Löhne und Gehälter erzielen als Frauen. Der Anteil der „Besserverdienenden“ (hier: monatliches Nettoeinkommen 3000 DM und mehr) an den „Singles“ im Alter von 25 bis unter 45 Jahren erhöhte sich von 7% 1982 auf 9% 1985 und erreichte mit knapp 12% 1989 seinen bisher höchsten Wert. Auch diese Entwicklung, das verstärkte Erscheinen von „kaufkräftigeren“ Alleinlebenden zum Beispiel auf dem Immobilienmarkt, dürfte zum „Phänomen Singles“ beigetragen haben.

Alleinlebende gibt es in jeder Gemeinde, aber knapp die Hälfte der „Singles“ lebt in Großstädten

Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten fällt je nach Einwohnerzahl der Gemeinde zwar unterschiedlich aus, doch ist von 1972 bis 1989 ein Anstieg in allen Gemeindegrößenklassen zu verzeichnen. Seit jeher gilt jedoch: je größer die Gemeinde, desto höher der Anteil an Alleinlebenden. 1972 waren in kleinen Gemeinden bis 5000 Einwohner 17% der Haushalte Einpersonenhaushalte, in Großstädten mit 500000 und mehr Einwohnern bestanden jedoch bereits 37% der Haushalte aus nur einer Person. 1989 hingegen hatte auch in kleinen Gemeinden fast ein Viertel (24%) der Haushalte nur ein Haushaltsmitglied, der Anteil der Einpersonenhaushalte in den genannten Großstädten lag bei fast 47%.

Aufschlußreich ist auch eine andere Sichtweise: die Gliederung aller Alleinlebender nach der Gemeindegrößenklasse. 1972 lebten 15% in Gemeinden mit weniger als

Tabelle 5 Einpersonenhaushalte nach
Gemeindegroßenklassen
Prozent

Jahr	In Gemeinden mit bis unter Einwohnern					
	unter 5000	5000 — 20000	20000 — 100000	100000 — 200000	200000 — 500000	500000 und mehr
bezogen auf alle Haushalte eines Jahres						
1972	17,1	19,8	25,6	30,6	32,7	37,1
1973	17,3	20,8	25,2	30,1	32,0	36,7
1974	18,3	22,0	26,6	31,8	32,9	37,2
1975	18,3	22,3	26,5	30,1	33,4	36,8
1976	19,2	22,4	27,3	31,7	34,3	39,6
1977	19,3	22,4	27,3	32,5	34,5	41,1
1978	19,1	22,6	27,6	32,5	34,2	41,4
1979	19,0	23,0	28,5	34,1	35,2	42,0
1980	19,3	23,2	28,3	35,1	35,1	42,4
1981	19,8	23,8	28,8	36,4	36,6	42,7
1982	20,3	24,1	29,2	37,6	37,2	42,9
1985	22,4	26,6	31,9	40,0	39,5	45,0
1986	22,6	27,1	32,9	40,9	40,9	45,9
1987	22,9	27,4	33,1	41,3	41,5	46,0
1988	23,5	27,8	33,3	41,7	41,9	45,8
1989	24,3	27,9	33,3	41,5	43,4	46,6
bezogen auf alle Einpersonenhaushalte eines Jahres						
1972	15,1	16,4	19,7	9,2	10,3	29,3
1973	12,7	16,9	21,1	8,9	10,4	29,9
1974	12,5	17,7	22,1	9,1	10,2	28,4
1975	9,9	17,0	22,6	9,4	11,5	29,6
1976	11,0	15,7	22,5	9,1	12,6	29,2
1977	8,9	16,8	23,4	9,0	12,4	29,5
1978	8,8	17,2	23,4	9,6	11,6	29,5
1979	7,8	17,4	24,4	9,7	11,5	29,1
1980	7,9	17,6	24,0	10,2	11,5	28,8
1981	7,9	17,6	24,6	9,9	11,6	28,3
1982	8,0	17,4	24,4	10,4	11,8	28,1
1985	8,1	18,1	25,1	10,1	11,6	27,0
1986	7,9	18,2	25,9	9,6	11,6	26,9
1987	8,0	18,2	25,5	11,0	10,9	26,4
1988	8,2	18,6	25,2	10,2	11,7	26,2
1989	8,4	18,3	25,1	10,7	11,1	26,4

5000 Einwohnern, 49% in Städten mit 100000 und mehr Einwohnern und 29% in Städten mit 500000 Einwohnern und mehr. 1989 betrug der Anteil der Alleinlebenden, die in kleinen Gemeinden wohnten, nur noch 8%, aber auch der Anteil der in Großstädten Lebenden war gesunken, und zwar auf 48% in Städten mit 100000 und mehr Einwohnern und 26% in Städten mit 500000 und mehr Einwohnern. Deutlich erhöht hat sich hingegen der Anteil der Alleinlebenden in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 20000 bis 100000 Personen. 1972 lebte hier knapp ein Fünftel der Einpersonenhaushalte, 1989 war es gut ein Viertel. — Für die 25- bis unter 45jährigen Alleinlebenden gilt jedoch, daß sie überwiegend in Großstädten wohnen. 1989 lebte knapp ein Drittel (32%) in Städten mit mehr als 500000 Einwohnern, ein weiteres Viertel (24%) in Gemeinden mit 100000 bis unter 500000 Einwohnern. Der „klassischen“ Definition von Großstädten — im Sinne von Gemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern — folgend, bedeutet dies, daß 1989 mehr als die Hälfte aller „Singles“ im Alter von 25 bis unter 45 Jahren in Großstädten lebte.

Schlußbemerkung

Unter der Bezeichnung „Singles“ werden im weitesten Sinne Einpersonenhaushalte verstanden. Das Augenmerk richtet sich aber häufig nur auf eine bestimmte, nicht eindeutig abgrenzbare Gruppe unter diesem Personenkreis, wobei offensichtlich das Alter eine wichtige Rolle spielt. Untergliedert man die Alleinlebenden nach diesem Merkmal, so ergeben sich in mehrfacher Hinsicht deutliche

Strukturunterschiede. So handelt es sich bei den 25- bis unter 45jährigen „Singles“ überwiegend um ledige und berufstätige Männer und Frauen in vergleichsweise günstigen Einkommensverhältnissen, die insbesondere in Großstädten anzutreffen sind, während es sich bei den älteren Alleinlebenden überwiegend um verwitwete und finanziell weniger gut ausgestattete Personen handelt. Bemerkenswert ist die Entwicklung der zuerst genannten Generation, die seit Anfang der 80er Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen hat. Ihr Stellenwert in den Medien übersteigt allerdings ihre tatsächliche zahlenmäßige „Bedeutung“ erheblich.

1989 gab es 2,7 Mill. 25- bis unter 45jährige Alleinlebende, davon waren 2,2 Mill. erwerbstätig. In Gemeinden mit mehr als 100000 Einwohnern lebten von diesen wiederum 1,2 Mill. Grenz man die „Singles“ auf 25- bis unter 45jährige Alleinlebende ein, die in Städten mit 100000 und mehr Einwohnern leben und ein monatliches Nettoeinkommen von mindestens 3000 DM haben, so sind es nur 170000 Personen. Das sind aber nur noch 0,6% aller 27,8 Mill. Haushalte in der Bundesrepublik bzw. 0,3% der 62,4 Mill. Haushaltsmitglieder.

Dipl.-Mathematikerin Hannelore Pöschl

Wohngeld 1989

Ergebnis der Wohngeldstatistik

Aufgabe und Ausgestaltung der Wohngeldförderung

Seit seiner Einführung vor nunmehr 25 Jahren hat das Wohngeld eine immer größere Bedeutung erlangt und ist heute ein fester Bestandteil des Systems der sozialen Sicherung. Aufgabe des Wohngeldes ist es, Haushalten mit niedrigem Einkommen ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen zu ermöglichen. Die soziale Absicherung des Wohnens ist angesichts der derzeit angespannten Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt besonders wichtig, da die einkommensschwächeren Haushalte ihre Wohnkosten ohne Hilfe des Staates nur schwer tragen können. Ihnen wird deshalb auf Antrag ein Zuschuß zu den Wohnkosten gewährt; Mieter erhalten diesen als Mietzuschuß, Eigentümer eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung als Lastenzuschuß. Die Höhe des Wohngeldes richtet sich nach der Zahl der zum Haushalt zählenden Familienmitglieder, dem Familieneinkommen sowie nach der monatlichen Miete oder Belastung, die bis zu einem bestimmten Höchstbetrag bezuschußt wird. Die Einzelheiten der Wohngeldgewährung sind im Wohngeldgesetz (WoGG) geregelt.

Das Wohngeld kann seiner Aufgabe auf Dauer nur dann gerecht werden, wenn die Empfängerhaushalte bei gleichbleibenden Voraussetzungen von einer gewissen Stetigkeit der gewährten Entlastung ausgehen können. Deshalb werden die Wohngeldleistungen von Zeit zu Zeit im Rah-

men von Novellen zum Wohngeldgesetz angepaßt, und zwar unter Berücksichtigung der jeweiligen Einkommens- und Mietentwicklung. Ohne eine solche Anpassung würden die Wohngeldleistungen sowie die Zahl der Wohngeldempfänger ständig zurückgehen. Die Gesetzesnovellen dienen jedoch nicht nur der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Wohngeldsystems, sondern auch seiner Fortentwicklung und dem Abbau eingetretener Verzerrungen. Der Leistungsstandard der Wohngeldförderung hängt dabei — wie auch bei anderen Sozialleistungen — von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie von der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte ab. Mit Inkrafttreten der 8. Wohngeldnovelle ab dem 1. Oktober 1990 werden die Wohngeldleistungen aller Empfängerhaushalte erneut an die Mieten- und Einkommensentwicklung der vergangenen Jahre angeglichen.

Entwicklung des Wohngeldes

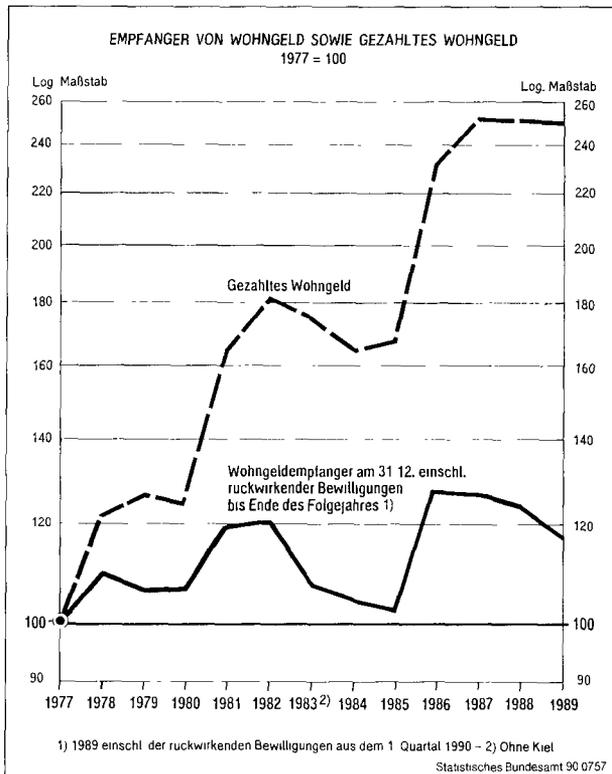
Die sozialen und finanziellen Auswirkungen, die sich aufgrund der Änderungen bzw. Anpassungen des Wohngeldgesetzes ergeben, spiegeln sich deutlich in der Wohngeldstatistik wider. Tabelle 1 zeigt die langfristige Entwicklung der Wohngeldleistungen. Die Zahl der Wohngeldempfänger hat seit dem Inkrafttreten des Wohngeldgesetzes im Jahr 1965 bis Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich zugenommen. Bis Ende der siebziger Jahre war dann zunächst die Empfängerzahl rückläufig und erreichte erst nach der 5. Wohngeldnovelle in den Jahren 1981 und 1982 wieder annähernd den Stand von 1975. Zwischen 1983 und 1985 gingen die Empfängerzahlen dann wieder deutlich zurück, was zum Teil auf die einschränkenden Maßnahmen des II. Haushaltsstrukturgesetzes und des Haushaltsbegleitgesetzes 1983 zurückzuführen war. Nach dem Erlass der 6. Wohngeldnovelle stieg die Zahl der

Tabelle 1 Privathaushalte und Haushalte mit Wohngeldempfang sowie gezahltes Wohngeld¹⁾

Jahr	Privat- haus- halte ²⁾ ins- gesamt	Empfänger von Wohngeld ³⁾			Davon						Im Berichtsjahr gezahlte Wohngeldbeträge ⁴⁾	
		ins- gesamt	Verande- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 1	Mietzuschuß			Lastenzuschuß			ins- gesamt	Verande- rung gegenüber Vorjahr
					zu- sammen	Verande- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 2	zu- sammen	Verande- rung gegenüber Vorjahr	Anteil von Spalte 2		
		1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	Mill. DM	%	
1965	21 211	394,9	—	1,9	356,2	—	90,2	38,8	—	9,8	160	—
1970	21 991	908,3	+ 6,8	4,1	840,9	+ 9,3	92,6	67,4	- 17,2	7,4	599	+ 4,7
1971	22 852	1 153,9	+ 27,0	5,0	1 065,5	+ 26,7	92,3	88,4	+ 31,2	7,7	845	+ 41,1
1972	22 994	1 277,8	+ 10,7	5,6	1 197,6	+ 12,4	93,7	80,2	- 9,3	6,3	1 183	+ 40,1
1973	23 233	1 301,6	+ 1,9	5,6	1 231,7	+ 2,9	94,6	69,8	- 13,0	5,4	1 134	- 4,2
1974	23 651	1 649,9	+ 26,8	7,0	1 541,3	+ 25,1	93,4	108,7	+ 55,6	6,6	1 487	+ 31,0
1975	23 722	1 665,7	+ 1,0	7,0	1 566,6	+ 1,6	94,1	99,1	- 8,8	5,9	1 643	+ 10,5
1976	23 943	1 585,4	- 4,8	6,6	1 502,8	- 4,1	94,8	82,6	- 16,7	5,2	1 615	- 1,7
1977	24 165	1 467,0	- 7,5	6,1	1 400,1	- 6,8	95,4	66,9	- 18,9	4,6	1 473	- 8,8
1978	24 221	1 548,9	+ 5,6	6,4	1 453,6	+ 3,8	93,9	95,2	+ 42,3	6,1	1 789	+ 21,5
1979	24 486	1 518,3	- 2,0	6,2	1 431,1	- 1,6	94,3	87,2	- 8,4	5,7	1 857	+ 3,8
1980	24 811	1 485,7	- 2,1	6,0	1 407,2	- 1,7	94,7	78,5	- 10,0	5,3	1 835	- 1,2
1981	25 100	1 609,0	+ 8,3	6,4	1 487,9	+ 5,7	92,5	121,1	+ 54,3	7,5	2 433	+ 32,6
1982	25 336	1 610,9	+ 0,1	6,4	1 499,9	+ 0,8	93,1	111,0	- 8,3	6,9	2 667	+ 9,6
1983 ⁵⁾		1 422,5	- 11,0 ⁷⁾		1 329,4	- 10,7 ⁷⁾	93,5	93,1	- 15,9 ⁷⁾	6,5	2 567	- 3,0 ⁷⁾
1984		1 383,1	- 3,5 ⁸⁾		1 296,4	- 3,3 ⁸⁾	93,7	86,8	- 7,0 ⁸⁾	6,3	2 430	- 6,1 ⁸⁾
1984 ⁶⁾		1 548,5	1		1 449,7	1	93,6	98,8	1	6,4	2 430	- 6,1 ⁸⁾
1985	26 367	1 511,9	- 2,4	5,7	1 419,6	- 2,1	93,9	92,3	- 6,5	6,1	2 469	+ 1,6
1986	26 739	1 877,3	+ 24,2	7,0	1 731,6	+ 22,0	92,2	145,7	+ 57,9	7,8	3 401	+ 37,7
1987	27 006	1 897,2	+ 1,1	7,0	1 754,7	+ 1,3	92,5	142,5	- 2,2	7,5	3 703	+ 8,9
1988	27 403	1 858,4	- 2,0	6,8	1 722,5	- 1,8	92,7	135,9	- 4,6	7,3	3 698	- 0,1
1989	27 793	1 792,5	- 3,5	6,4	1 668,1	- 3,2	93,1	124,4	- 8,4	6,9	3 690	- 0,2

1) Im Gegensatz zu den früheren Jahren beinhalten die Ergebnisse ab einschl. Berichtsjahr 1985 zusätzlich die rückwirkenden Bewilligungen aus dem 1. Quartal des Folgejahres (zur Problematik der rückwirkenden Bewilligungen siehe WiSta 9/1985, S. 752 ff.). — 2) 1965 wohnberechtigte Bevölkerung, 1970 Ergebnis der Volkszählung am 27. 5., sonst Ergebnisse des Mikrozensus. — 3) Jeweils am 31. 12. — 4) Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen im Kalenderjahr. — 5) Bundesgebiet ohne Kiel. — 6) Einschl. rückwirkender Bewilligungen aus dem 1. Quartal 1985. — 7) Den Veränderungsdaten wurde 1982 (ohne Kiel) zugrunde gelegt. — 8) Den Veränderungsdaten wurde 1984 (ohne Kiel) zugrunde gelegt.

Schaubild 1



Wohngeldempfänger 1986 wieder kraftig an und erreichte 1987 ihren bisherigen Höchststand. In den letzten beiden Jahren war die Entwicklung rückläufig.

Die Wohngeldnovellen führen durchweg zunächst zu einer Zunahme der Zahl der Wohngeldempfänger. Etwa ab dem zweiten Jahr nach der Festsetzung neuer Wohngeldbeträge setzt das „Herauswachsen“ aus der Förderung ein, weil infolge von nominalen Einkommenserhöhungen eine größere Anzahl der Wohngeldbezieher die gesetzlich dafür vorgesehenen Höchstbeträge überschreitet. Dies führt dazu, daß die Empfängerzahlen bis zur nächsten Wohngeldanpassung jeweils zurückgehen.

Parallel zu den Schwankungen der Empfängerzahlen verläuft die Ausgabenentwicklung. Üblicherweise steigen die Wohngeldausgaben jeweils in den ersten beiden Jahren nach der Novellierung deutlich an, danach gehen sie in der Regel zurück.

Die im folgenden erläuterten Daten basieren auf den Ergebnissen der Wohngeldstatistik zum Stichtag 31. Dezember 1989. Die Auswirkungen der 7. und 8. Wohngeldnovelle, die 1990 in Kraft traten, kommen darin noch nicht zum Ausdruck.

Zahl der Wohngeldempfänger zurückgegangen

Im Dezember 1989 bezogen 1,79 Mill. Haushalte Wohnungsgeld, das waren 6,4 % aller privaten Haushalte. Damit hat sich der bereits im Vorjahr zu beobachtende Rückgang auch im Jahr 1989 fortgesetzt: gegenüber 1988 nahm die Zahl der Wohngeldbezieher um 3,5 % ab. Die Ausgaben für das Wohnungsgeld, die je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden, beliefen sich im gesamten Jahr 1989 auf rund 3,69 Mrd. DM. Das Ausgabevolumen des Vorjahres wurde hiermit nur geringfügig unterschritten (— 0,2 % oder 8 Mill. DM)

Das Wohnungsgeld wird in erster Linie an Mieter gezahlt. 93 % der Wohnungsgeldempfänger waren Mietzuschußempfänger, 7 % Lastenzuschußempfänger. Damit erhielten etwa rund 10 % der Mieter und 1 % der Eigentümer Wohnungsgeld. Die relativ geringe Inanspruchnahme von Lastenzuschuß ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Haus- und Wohnungseigentümer im Schnitt über höhere Einkommen verfügen als die Mieter. Bei dieser Empfängergruppe war auch der Prozeß des Herauswachsendes stärker ausgeprägt als bei den Mieterhaushalten. So ging die Zahl der Lastenzuschußempfänger gegenüber dem Vorjahr um 8,4 % zurück, die der Mietzuschußempfänger dagegen nur um 3,2 %.

Nichterwerbstätige überwiegen weiterhin ...

Zum größten Teil (61 %) waren unter den Wohnungsgeldempfängern die nichterwerbstätigen Personen vertreten; überwiegend handelte es sich hierbei um Rentner und Pensionäre. Einer beruflichen Tätigkeit gingen lediglich 21,8 % der Bezieher nach, wovon allein zwei Drittel Arbeiter waren. Bei 17,2 % der Haushalte mit Wohnungsgeldbezug war der Antragsteller arbeitslos.

Ein Vergleich mit den Daten des Vorjahres zeigt, daß bei allen Empfängergruppen ein Rückgang stattgefunden hat. So ist die Zahl der erwerbstätigen Bezieher von Wohnungsgeld 1989 gegenüber 1988 am stärksten gesunken (— 4,8 %), wobei der Rückgang bei den Beamten (— 8,6 %) und Angestellten (— 7,3 %) besonders ausgeprägt war. Überdurchschnittlich vermindert hat sich auch die Zahl der Nichterwerbstätigen (— 3,9 %), darunter die der Rentner und Pensionäre (— 6,9 %). Eine geringfügige Abnahme (— 0,6 %) war sogar bei den arbeitslosen Wohnungsgeldempfängern festzustellen.

... dennoch deutliche Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung

Betrachtet man die soziale Zusammensetzung der Wohnungsgeldbezieher im Zeitverlauf, dann zeigen sich deutliche Veränderungen. So hat sich der Anteil der Rentner und Pensionäre an allen Wohnungsgeldempfängern zwischen 1980 und 1989 von 66,7 auf 34,2 % verringert und somit fast halbiert. Demgegenüber stieg der Anteil der Arbeitslosen im selben Zeitraum von 3,9 auf 17,2 %. Bemerkenswert ist auch die anteilmäßige Zunahme der Erwerbstätigen von 14 auf 21,8 %, die fast ausschließlich auf die größere Zahl der Arbeiter mit Wohnungsgeldbezug (Anteilerhöhung von 8,9 auf 14,5 %) zurückzuführen ist. Der Anteil der Empfänger von Sozialhilfe hat sich in den vergangenen Jahren ebenfalls erhöht; mittlerweile bezieht fast jeder dritte Wohnungsgeldempfänger gleichzeitig Sozialhilfe.

Diese Strukturverschiebungen spiegeln die veränderte Zusammensetzung der einkommensschwachen Bevölkerungsschichten wider. Auf der einen Seite dürfte die Verringerung des Anteils der Rentner an den Wohnungsgeldempfängern in erster Linie auf die jährliche Anpassung der Renten an die Einkommensentwicklung zurückzuführen sein sowie auf den allmählich rückläufigen Anteil alter Menschen, die Kleinrenten beziehen. Auf der anderen Seite hat zwischen 1980 und 1989 die Gesamtzahl der Ar-

Tabelle 2 Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1989 nach sozialer Stellung, Haushaltsgröße sowie Art des Zuschusses

Soziale Stellung Haushaltsgröße	Empfänger von Wohngeld			Mietzuschuß			Lastenzuschuß		
	insgesamt		Veränderung gegenüber 1988	zusammen		Veränderung gegenüber 1988	zusammen		Veränderung gegenüber 1988
	1 000	%		1 000	%		1 000	%	
Erwerbstätige	390,5	21,8	- 4,8	307,0	18,4	- 3,6	83,5	67,1	- 8,8
Selbständige	17,6	1,0	- 4,1	12,5	0,7	- 4,1	5,2	4,1	- 4,2
Beamte	32,2	1,8	- 8,6	16,8	1,0	- 8,6	15,4	12,4	- 8,7
Angestellte	80,0	4,5	- 7,3	65,6	3,9	- 6,4	14,5	11,6	- 11,1
Arbeiter	260,7	14,5	- 3,5	212,1	12,7	- 2,3	48,5	39,0	- 8,5
Arbeitslose	307,8	17,2	- 0,6	299,5	18,0	- 0,1	8,3	6,7	- 16,5
Nichterwerbstätige	1 094,2	61,0	- 3,9	1 061,6	63,6	- 3,9	32,6	26,2	- 5,3
Rentner/Pensionäre	612,4	34,2	- 6,9	586,0	35,1	- 7,0	26,4	21,2	- 5,5
Studenten	45,4	2,5	+ 1,6	45,0	2,7	+ 1,5	0,4	0,3	+ 7,8
Sonstige	436,4	24,3	+ 0,1	430,6	25,8	+ 0,2	5,7	4,6	- 4,9
Insgesamt	1 792,5	100	- 3,5	1 668,1	100	- 3,2	124,4	100	- 8,4
nach der Haushaltsgröße									
Haushalte von Alleinstehenden	901,2	50,3	- 4,8	884,0	53,0	- 4,9	17,2	13,8	- 1,4
mit 2 Familienmitgliedern	313,3	17,5	- 2,7	301,3	18,1	- 2,6	12,0	9,6	- 6,2
mit 3 Familienmitgliedern	190,8	10,6	- 2,9	181,2	10,9	- 2,1	9,6	7,7	- 16,5
mit 4 Familienmitgliedern	216,0	12,1	- 3,2	174,1	10,4	- 0,5	41,9	33,7	- 12,9
mit 5 Familienmitgliedern und mehr	171,2	9,6	+ 0,8	127,5	7,6	+ 3,0	43,7	35,1	- 5,0
Insgesamt	1 792,5	100	- 3,5	1 668,1	100	- 3,2	124,4	100	- 8,4

beitslosen stark zugenommen (+ 129 %). Damit verbunden war auch eine steigende Zahl Langzeitarbeitsloser sowie eine vermehrte Zahlung von Arbeitslosenhilfe anstatt von Arbeitslosengeld. Dies zusammen führte im Zeitverlauf zu einer stärkeren Inanspruchnahme des Wohngeldes durch Arbeitslose. Schließlich hat sich auch in den vergangenen Jahren der Anteil der Sozialhilfeempfänger an der Bevölkerung laufend erhöht. Er betrug zum Jahresende 1980 für die Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) 1,4 %, 1988 dagegen 2,6 %. Entsprechend dem Grundsatz des Nachrangs der Sozialhilfe haben diese Personen grundsätzlich auch Anspruch auf Wohngeld.

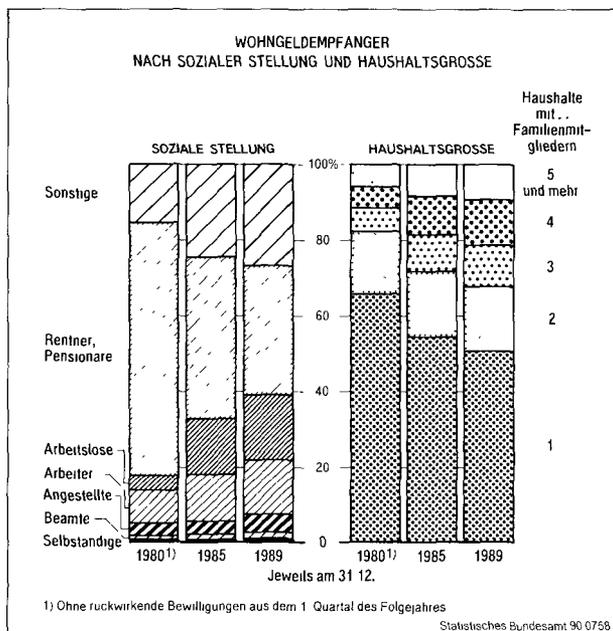
Die Veränderung der sozialen Struktur der Wohngeldempfänger dürfte auch die Entwicklung der Wohngeldausgaben beeinflusst haben. In der Vergangenheit haben sich die Wohngeldausgaben von Bund und Ländern prozentual wesentlich stärker erhöht als die Zahl der Wohngeldempfänger. So sind die Ausgaben von 1980 bis 1989 um 101 %

oder 1,9 Mrd. DM angestiegen, während die Zahl der Empfänger nur um 11 % oder 170 000 zunahm. Die wichtigste Ursache für den Anstieg der Wohngeldausgaben war die Erhöhung der Mieten. Daneben dürfte sich jedoch auch der gestiegene Anteil der Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen ausgabeerhöhend ausgewirkt haben; sie beziehen überdurchschnittlich hohes Wohngeld. Gleichzeitig ist der Anteil der Rentner und Pensionäre, die einen unterdurchschnittlichen Wohngeldanspruch haben, zurückgegangen.

Immer mehr größere Haushalte erhalten Wohngeld

Die Gliederung der Wohngeldempfänger nach der Haushaltsgröße zeigt, daß die Wohngeldleistungen überwiegend an kleine Haushalte gezahlt werden. In der Hälfte der Fälle wurde das Wohngeld Einpersonenhaushalten gewährt. Die Größenstruktur der Haushalte, die Wohngeld beziehen, hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert, und zwar zu Gunsten der größeren Haushalte. Längerfristig betrachtet zeigen sich jedoch auch hier größere Verschiebungen. So ist der Anteil der Einpersonenhaushalte seit 1980 (Anteilswert 65,6 %) um 15,3 Prozentpunkte zurückgegangen, während bei den Haushalten mit drei und mehr Personen ein Anstieg um 14,5 Prozentpunkte zu verzeichnen war. Diese Entwicklung wird auch deutlich, wenn man die einzelnen Haushaltsgrößen mit Wohngeldbezug auf die Gesamtzahl der entsprechenden Haushalte im Bundesgebiet bezieht. Während 1980 noch 13 % aller Einpersonenhaushalte Wohngeld bezogen, waren es 1989 nur noch 9,2 %. Der entsprechende Wert erhöhte sich bei den Haushalten mit drei und mehr Personen im selben Zeitraum von 2,6 auf 6 %. Ursächlich hierfür ist zum einen die familienpolitische Ausrichtung der 5. und 6. Wohngeldnovelle in den Jahren 1981 bzw. 1986, zum anderen kommt dadurch aber auch die gestiegene Bedürftigkeit der größeren Familien zum Ausdruck. Da die größeren Haushalte höhere Wohngeldleistungen erhalten als kleine Haushalte, dürfte der gestiegene Anteil der Mehrpersonenhaushalte ebenfalls zu den bereits erwähnten Ausgabesteigerungen der vergangenen Jahre beigetragen haben.

Schaubild 2

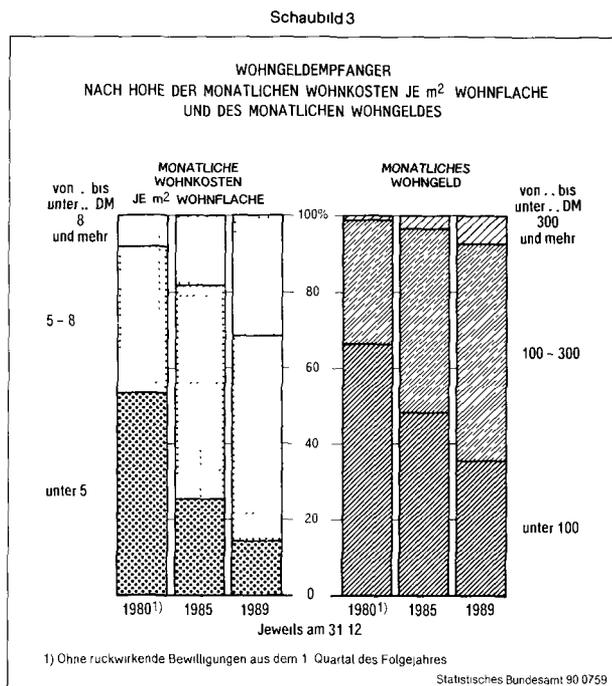


Neben der Haushaltsgröße gibt die Wohngeldstatistik auch Aufschluß über die Kinderzahl der wohngeldbeziehenden Familien. Von den Mietzuschußempfängern hatten rund 36 % Kinder, von den Lastenzuschußempfängern sogar 78 %. Insgesamt erhielten zum Jahresende 1989 etwa 700 000 Familien mit Kindern Wohngeld. In diesen Haushalten lebten 1,4 Mill. Kinder, das sind rund 12 % aller Kinder in der Bundesrepublik Deutschland. Eine besonders wichtige Hilfe ist das Wohngeld für alleinstehende Elternteile mit Kindern. Rund 15 % der Wohngeldempfänger gehörten 1989 zur Gruppe der Alleinerziehenden.

Deutlicher Anstieg der Wohnkosten

Miete im Sinne des Wohngeldgesetzes ist das Entgelt für die Gebrauchsüberlassung von Wohnraum. Zur zuschußfähigen Miete gehören auch bestimmte Umlagen, Zuschläge und Vergütungen, zum Beispiel Kosten des Wasserverbrauchs, der Abwasser- und Müllbeseitigung. Außer Betracht bleiben dagegen die Heizungs- und Warmwasserkosten sowie Untermietzuschläge und Zuschläge für die Benutzung von Wohnraum zu anderen als zu Wohnzwecken. Zur Belastung zählen der Kapitaldienst wie Zinsen, Tilgung usw. sowie die Aufwendungen für die Bewirtschaftung, zu denen Instandhaltungs-, Betriebs- und Verwaltungskosten zu rechnen sind.

Die durchschnittliche Monatsmiete der Empfänger von Mietzuschuß erhöhte sich binnen Jahresfrist von 6,72 DM je m² Wohnfläche auf 7,02 DM (+ 4,5 %). Dieser Anstieg war deutlich höher als die entsprechenden Steigerungsraten der vergangenen Jahre. Er lag zudem auch über der allgemeinen Mietentwicklung, deren Veränderungsrate im Jahr 1989 3 % betrug. Eine überdurchschnittliche Mietensteigerung war vor allem bei den Wohngeldbeziehenden Hauptmietern in weniger gut ausgestatteten Wohnungen zu beobachten. Für diese Wohnungen, die keine Sammelheizung und/oder kein Bad hatten, erhöhte sich die Quadratmetermiete um 4,9 %. Unterscheidet man die Mie-



ten der Wohngeld empfangenden Hauptmieter nach der Haushaltsgröße, so zeigt sich, daß die Haushalte mit drei und vier Familienmitgliedern im Schnitt die höchsten Quadratmetermieten zu zahlen hatten, und zwar 7,11 bzw. 7,10 DM je m². Bei den Einpersonenhaushalten betrug die durchschnittliche Monatsmiete insgesamt 327 DM; im Schnitt stand dieser Haushaltsgruppe eine Wohnfläche von 47 m² zur Verfügung.

Verglichen mit den Mieterhaushalten erhöhten sich die Wohnkosten der Lastenzuschußempfänger nur geringfügig; gegenüber dem Vorjahr stiegen sie um 1,8 % auf nunmehr 7,36 DM je m² Wohnfläche.

Wohngeld wird nicht für unangemessen hohe Wohnkosten gewährt. Bei der Wohngeldberechnung werden die Wohnkosten der Wohngeldempfänger nur bis zu be-

Tabelle 3 Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1989 nach Ausstattung, Bezugsmöglichkeit und öffentlicher Förderung der Wohnung sowie Höhe der monatlichen Miete bzw. Belastung je m² Wohnfläche

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Davon mit monatlicher Miete bzw. Belastung je m ² Wohnfläche			Durchschnittliche monatliche Miete bzw. Belastung je m ² Wohnfläche	Überschreitung der Höchstbeträge für Miete bzw. Belastung	
		unter 5	5-8	8 und mehr		1 000	% von Sp. 1
	1 000	%			DM	1 000	% von Sp. 1
Empfänger von Wohngeld	1 792,5	14,4	54,2	31,4	7,06	795,6	44,4
Lastenzuschuß	124,4	26,3	31,7	42,1	7,36	88,3	71,0
Mietzuschuß	1 668,1	13,6	55,9	30,6	7,02	707,4	42,4
Zusammen	1 589,8	13,9	57,4	28,7	6,95	689,5	43,4
dar Hauptmieter							
nach der Ausstattung der Wohnung							
mit Sammelheizung und mit Bad/Duschraum	1 280,6	8,5	58,7	32,8	7,25	546,2	42,6
mit sonstiger Ausstattung	309,1	36,2	52,1	11,7	5,54	143,4	46,4
nach der Bezugsmöglichkeit von Wohnraum							
bis 1948	346,7	24,0	52,4	23,6	6,31	165,4	47,7
1948-1965	590,5	15,1	63,9	21,0	6,64	272,4	46,1
1966-1971	217,5	8,2	59,4	32,4	7,26	88,5	40,7
1972-1977	220,6	7,2	52,2	40,6	7,60	89,9	40,7
1978 und später	214,4	6,9	51,1	42,0	7,65	73,4	34,2
nach der öffentlichen Forderung der Wohnung							
nicht öffentlich gefördert	972,8	17,2	49,9	32,9	6,90	466,7	48,0
öffentlich gefördert	616,9	8,7	69,2	22,1	7,02	222,8	36,1

Tabelle 4. Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1989 nach Mietenstufe der Gemeinde, Art des Zuschusses, durchschnittlicher monatlicher Miete und Überschreitungsquote der Mietobergrenzen

Mietenstufe	Abweichung des Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt in %	Empfänger von Wohngeld						Durchschnittliche monatliche Miete der Hauptmieter je m ² Wohnfläche DM	Überschreitungsquote der Mietobergrenzen bei den Mietzuschußempfängern %
		insgesamt		Mietzuschuß		Lastenzuschuß			
		1000	%	1000	%	1000	%		
I	unter — 15	206,0	11,5	162,6	9,7	43,4	34,9	5,40	40,7
II	— 15 bis unter — 5	363,8	20,3	327,6	19,6	36,2	29,1	6,15	42,7
III	— 5 bis unter 5	536,0	29,9	509,7	30,6	26,2	21,1	6,92	42,6
IV	5 bis unter 15	437,4	24,4	423,2	25,4	14,1	11,4	7,55	42,0
V	15 und mehr	249,3	13,9	245,0	14,7	4,4	3,5	8,41	43,4
	Insgesamt	1 792,5	100	1 668,1	100	124,4	100	6,95	42,4

stimmten Obergrenzen berücksichtigt, die von mehreren Faktoren abhängig sind. Neben der Haushaltsgröße sowie der Bezugstauglichkeit und Ausstattung der Wohnung sind hierfür die im Zuge der 6. Wohngeldnovelle neu eingeführten Mietenstufen der Gemeinden maßgebend. Entsprechend dem 1984 festgestellten regionalen Mietenniveau wurden die Gemeinden in fünf Mietenstufen eingeteilt.¹⁾

Durch die Staffelung der zuschufähigen Höchstbeträge nach diesen Mietenstufen können die örtlichen Wohnkostenunterschiede bei der Wohngeldgewährung besser berücksichtigt werden. Die Wohnkostenunterschiede in den einzelnen Mietenstufen spiegeln sich auch in den von den Wohngeldempfängern gezahlten Mieten wider. In den Gemeinden der Mietenstufe III, in denen die meisten Empfängerhaushalte wohnten, zahlten die Hauptmieter im Schnitt 6,92 DM je m² Wohnfläche. Dies entspricht in etwa dem Durchschnittswert aller Wohngeldbeziehenden Hauptmieter (6,95 DM je m²). Die Quadratmetermieten in den beiden obersten Mietenstufen IV und V lagen dagegen um 8,6 bzw. 21 % deutlich über diesem Durchschnitt. Unterdurchschnittliche Werte in fast derselben Größenordnung ergaben sich für die Gemeinden der Mietenstufe II und I (— 11,5 bzw. — 22,3 %).

Die zuschufähigen Höchstbeträge für Miete und Belastung sollen die Anmietung von angemessenem und familiengerechtem Wohnraum ermöglichen. Andererseits verhindern sie aber auch, daß darüber hinausgehende Kosten für besonders teure oder große Wohnungen zu entsprechend höheren Wohngeldleistungen führen. Mieterhöhungen bewirken für sich genommen nur dann Wohngeldmehrleistungen, solange die zuschufähigen Höchstbeträge nicht überschritten sind. Sobald die Wohnkosten über den Höchstbeträgen liegen, müssen die Mietsteigerungen vollständig vom Wohngeldempfänger getragen werden. Bei jeder Novellierung des Wohngeldgesetzes werden die Höchstbeträge für Miete und Belastung an die Mietentwicklung angepaßt. Im ersten Jahr nach einer Novellierung des Wohngeldgesetzes ergibt sich deshalb für den Anteil der Wohngeldempfänger mit einer Miete über dem jeweils maßgebenden Höchstbetrag ein relativ niedriger Wert, der dann in den darauffolgenden Jahren, bis zur nächsten Novelle, kontinuierlich ansteigt. Nach der 6. Wohngeldnovelle im Jahr 1986 belief sich diese sogenannte Überschreitungsquote auf 33,4 % Infolge des An-

stiegs der Quadratmetermieten der Wohngeldempfänger zwischen 1986 und 1989 um 9 % erhöhte sich diese Quote bis zum Dezember 1989 auf 44,4 %. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 4,5 Prozentpunkte. Überdurchschnittliche Höchstbetragsüberschreitungen ergaben sich insbesondere für die Gruppe der Lastenzuschufempfänger (71 %) sowie für die Hauptmieter in freifinanzierten Wohnungen oder Altbauten (48 bzw. 47,7 %). Betrachtet man die Überschreitungsquoten innerhalb der einzelnen Mietenstufen, dann zeigen sich nur relativ geringe Unterschiede (siehe Tabelle 4). Die Quote in der Mietenstufe V ist trotz der dort erheblich teureren Quadratmetermieten nur wenig höher als in der Mietenstufe I. Dies ist auf die höheren Höchstbeträge sowie auf die erheblich geringeren Wohnflächen zurückzuführen.

Einkommen der Wohngeldempfänger gestiegen

Das Wohngeld bemißt sich im Einzelfall nach der Haushaltsgröße und dem Verhältnis der Wohnkosten zum Familieneinkommen. Das Familieneinkommen berechnet sich aus den gesamten Einnahmen des Haushaltes, von denen bestimmte Einkommensbestandteile einschließlich des Kindergeldes sowie Freibeträge für besondere Personengruppen und Pauschalen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgezogen werden. Diese Freibeträge sollen besonderen finanziellen Belastungen bei bestimmten Personengruppen, wie beispielsweise Schwerbehinderten oder Alleinerziehenden, Rechnung tragen.

Tabelle 5. Durchschnittliche monatliche Bruttoeinnahmen, Familieneinkommen und Wohnkostenbelastung der Wohngeldempfänger am 31. Dezember 1989 nach der Haushaltsgröße

Haushalte mit Familienmitgliedern	Durchschnittliche monatliche						
	Bruttoeinnahmen ¹⁾	Familieneinkommen ²⁾	Wohnkostenbelastung				
			vor		nach		
	Gewährung des Wohngeldes						
	DM	% v Sp 1	DM	% v Sp 1			
Insgesamt	1 592	1 052	66,1	445	295	27,9	18,5
1	987	694	70,3	326	211	33,1	21,4
2	1 392	963	69,2	440	280	31,6	20,1
3	1 816	1 196	65,9	529	339	29,1	18,7
4	2 733	1 767	64,7	648	467	23,7	17,1
5	3 246	1 980	61,0	718	517	22,1	15,9
6 und mehr	3 788	2 140	56,5	736	466	19,4	12,3

¹⁾ Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen (§ 12 Wohngeldgesetz) sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung (§ 13 Wohngeldgesetz) — ²⁾ Alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder abzüglich der Beträge, die nach den §§ 12 bis 17 Wohngeldgesetz abzusetzen sind

¹⁾ Eine ausführliche Darstellung des Systems der Mietenstufen enthält WiSta 10/1987, S. 782 ff

Die aussagefähigste Größe zur Beurteilung der Einkommenssituation der Wohngeldempfänger wäre zweifellos deren verfügbares Einkommen. Aus erhebungstechnischen Gründen ist es jedoch in der Wohngeldstatistik nicht möglich, zuverlässige Angaben darüber zu ermitteln. Aus diesem Grund ist die Darstellung der Einkommenssituation der Wohngeldbezieher nur anhand des Familieneinkommens möglich, das der Wohngeldberechnung zugrunde liegt, oder aufgrund der Bruttoeinnahmen (alle Einnahmen der zum Haushalt rechnenden Familienmitglieder, jedoch ohne die Werbungskosten sowie die Einnahmen zur Verringerung der Miete oder Belastung nach § 13 WoGG). Das verfügbare Einkommen ist in der Regel höher als das wohngeldrechtliche Familieneinkommen, jedoch niedriger als die Bruttoeinnahmen.

Die durchschnittlichen Bruttoeinnahmen und Familieneinkommen der Wohngeldbezieher erhöhten sich 1989 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 bzw. 1,5 %. Das durchschnittliche monatliche Familieneinkommen aller Wohngeldbezieher lag im Dezember 1989 bei 1 052 DM. Gemessen an den Bruttoeinnahmen in Höhe von 1 592 DM waren dies 66 %. Dieser Anteil reicht von 70 % bei den Einpersonenhaushalten bis zu knapp 57 % bei den Familien mit sechs und mehr Personen. Dies bedeutet, daß mit zunehmender Haushaltsgröße relativ höhere Beträge abgesetzt werden konnten.

Monatliches Wohngeld durchschnittlich 150 DM

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch ist gegenüber dem Vorjahr um 2 DM gestiegen; er betrug im Dezember 1989 150 DM, und zwar gleichermaßen für die

Mietzuschußempfänger als auch für die Bezieher von Lastenzuschuß. Dies ist insofern bemerkenswert, da seit Bestehen des Wohngeldgesetzes die Lastenzuschuß-

Tabelle 6 Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1989 nach Haushaltsgröße und Höhe des monatlichen Wohngeldes

Art des Zuschusses Haushaltsgröße	Insgesamt	Davon mit monatlichem Wohngeld von unter . bis DM			Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch		
		unter 100	100 bis 300	300 und mehr	insgesamt	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		1000	%		DM	%	
Empfänger von Wohngeld	1 792,5	100	35,5	57,0	7,5	150	+ 1,4
Mietzuschuß	1 668,1	93,1	35,4	57,2	7,4	150	+ 2,0
Lastenzuschuß	124,4	6,9	36,9	55,2	7,9	150	- 2,0
nach der Haushaltsgröße							
Haushalte von Alleinstehenden	901,2	50,3	45,4	54,1	0,5	116	+ 1,8
mit 2 Familienmitgliedern	313,3	17,5	28,6	65,8	5,7	159	+ 0,6
mit 3 Familienmitgliedern	190,8	10,6	22,9	61,4	15,7	190	+ 1,1
mit 4 Familienmitgliedern	216,0	12,1	28,8	54,4	16,9	182	+ 1,7
mit 5 Familienmitgliedern	103,9	5,8	22,5	57,3	20,2	202	+ 1,0
mit 6 Familienmitgliedern und mehr	67,3	3,8	13,0	51,0	36,0	270	+ 2,7

empfänger stets höhere Wohngeldleistungen erhielten als die Mietzuschußempfänger.

Der Wohngeldanspruch steigt mit zunehmender Haushaltsgröße: Einpersonenhaushalten wurde ein durchschnittliches Wohngeld von 116 DM gezahlt, Haushalte

Schaubild 4

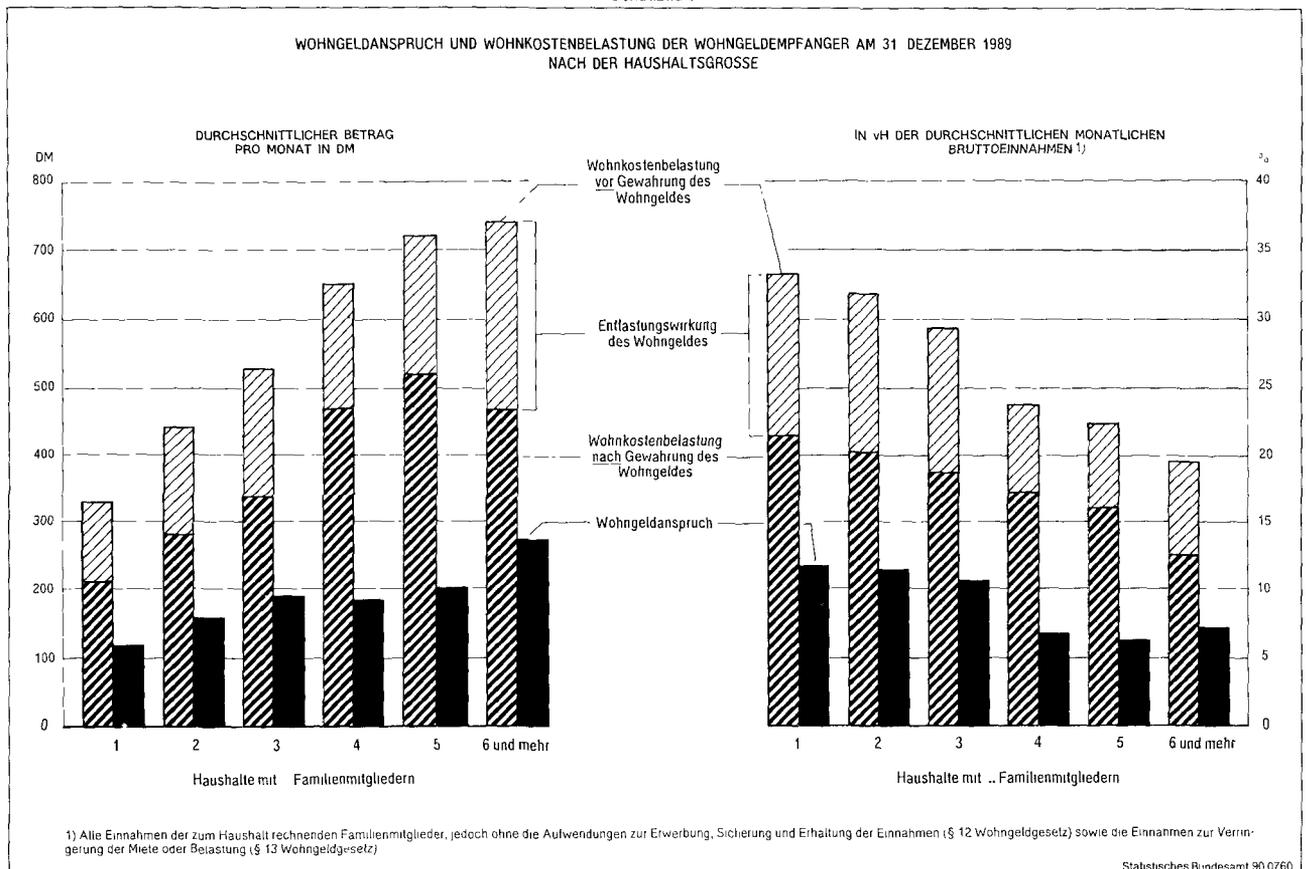


Tabelle 7 Empfänger von Wohngeld am 31. Dezember 1989 nach der Höhe des monatlichen Wohngeldes und der Miete bzw. Belastung je m² Wohnfläche sowie gezahltes Wohngeld

Land	Wohngeldempfänger		Im Jahr 1989 gezahlte Wohngeldbeträge ¹⁾			Durchschnittliche(r) monatliche(r)	
	insgesamt	Anteil an den Privathaushalten	insgesamt	Veränderung gegenüber 1988	je Einwohner ²⁾	Wohngeldanspruch	Miete/Belastung je m ²
	1 000	%	Mill. DM	%	DM		
Schleswig-Holstein	110,0	9,6	239,8	+ 0,9	94	162	7,71
Hamburg	84,4	9,5	192,4	+ 4,3	120	171	8,26
Niedersachsen	230,4	7,3	511,6	+ 1,5	71	154	6,79
Bremen	44,4	13,5	93,1	+ 0,4	141	164	7,54
Nordrhein-Westfalen	626,0	8,3	1 354,5	- 0,1	80	155	7,14
Hessen	126,8	5,2	264,5	- 1,6	47	152	7,14
Rheinland-Pfalz	83,4	5,3	161,2	+ 1,3	44	142	6,37
Baden-Württemberg	175,7	4,2	329,3	+ 0,1	35	143	7,15
Bayern	204,7	4,1	362,6	- 2,7	33	134	7,03
Saarland	27,6	5,8	61,8	- 4,8	59	157	6,55
Berlin (West)	79,3	7,1	119,1	- 7,6	58	111	5,70
Bundesgebiet	1 792,5	6,4	3 689,8	- 0,2	60	150	7,06

¹⁾ Kassenbuchungen der Bewilligungsstellen — ²⁾ Einwohner am 31. 12. 1988

mit sechs und mehr Personen erhielten hingegen Wohngeld in Höhe von 270 DM. Umgekehrt sinken die Wohngeldzahlungen mit steigendem Familieneinkommen.

Wohngeld deckt knapp 34 % der Wohnkosten

Das Wohngeld stellt immer nur einen Zuschuß zur Miete oder Belastung dar. Ein Teil der Wohnkosten muß in jedem Fall vom Antragsteller selbst getragen werden. Im Mittel erhielten die Wohngeldempfänger Leistungen in Höhe von 33,7 % ihrer Wohnkosten, gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser Wert um knapp einen Prozentpunkt. Durch den Bezug von Wohngeld sanken 1989 im Durchschnitt die monatlichen Wohnkosten der Wohngeldempfänger von 445 auf 295 DM. Unter Berücksichtigung des Wohngeldes betragen demnach bei den Wohngeldempfängern die selbst zu tragenden Wohnkosten einschließlich der Umlagen, aber ohne Heizung, durchschnittlich 18,5 % der Bruttoeinnahmen²⁾. Im Vorjahr belief sich dieser „Belastungssatz“ auf 18,1 %.

Die Wohnkostenbelastung nach Wohngeldgewährung streut relativ breit. Im allgemeinen ist sie bei kleinen Haushalten sowie bei geringen Einkommen höher. So betrug der Anteil der selbst zu tragenden Wohnkosten an den Bruttoeinnahmen der Haushalte mit ein bis drei Personen durchschnittlich 19 bis 21 %, bei Haushalten mit vier und mehr Personen dagegen durchschnittlich 12 bis 17 %.

Deutliches Nord-Süd-Gefälle beim Wohngeld

Das häufig konstatierte Nord-Süd-Gefälle ist auch im Bereich der Wohngeldförderung erkennbar: Gemessen an der Gesamtzahl der privaten Haushalte, bezogen in den drei Stadtstaaten sowie in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich viele Haushalte Wohngeld. In diesen Ländern wurden auch die höchsten Wohngeldausgaben je Einwohner festgestellt. Die Spitzenposition nimmt dabei Bremen ein. Hier bezogen fast 14 % aller Haushalte Wohngeld. Die Wohngeldausgaben je Einwohner beliefen sich in Bremen auf 141 DM und waren damit etwa viermal so hoch wie in Bayern oder Baden-Württemberg (33 bzw. 35 DM je Ein-

wohner), wo jeweils nur 4 % der Haushalte Wohngeld erhielten. Die teuersten durchschnittlichen Quadratmetermieten mußten die Wohngeldempfänger in Hamburg bezahlen (8,26 DM je m²), sie hatten jedoch mit 171 DM je Haushalt auch den höchsten monatlichen Wohngeldanspruch. Die niedrigsten Werte hierfür wurden in Berlin (West) festgestellt (5,70 DM je m²; 111 DM monatlicher Wohngeldanspruch).

Ausblick

Die im Berichtsjahr insgesamt festgestellte rückläufige Entwicklung wird sich 1990 nicht mehr fortsetzen. Aufgrund der Leistungsverbesserungen der zum 1. Januar bzw. 1. Oktober 1990 in Kraft getretenen 7. und 8. Wohngeldnovelle muß ab 1990 wieder mit wachsenden Empfängerzahlen sowie mit einem Anstieg der Wohngeldausgaben gerechnet werden.

Dipl.-Kaufmann Hermann Seewald

²⁾ In den Bruttoeinnahmen sind — wie bereits erwähnt — insbesondere noch die Steuern sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung enthalten.

Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988

Vorbemerkung

Seit 1959 werden in Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften Arbeitskostenerhebungen durchgeführt, um aufgrund einheitlicher Kriterien vergleichbare nationale Angaben über die Arbeitskosten und Arbeitseinkommen in der Wirtschaft zu gewinnen. Ihrer Bedeutung entsprechend sind diese Informationen insbesondere auch in den Mitgliedsländern selbst Gegenstand eingehender Analysen. Das Interesse an einer umfassenden Datengrundlage führte im Zeitablauf zu einer Ausweitung des Erfassungsbereichs. Während in den Jahren 1959 bis 1964 sich der Erhebungsbereich nur auf Unternehmen mit mindestens 50 Arbeitnehmern in ausgewählten Zweigen des Verarbeitenden Gewerbes erstreckte, umfaßte er im Jahr 1978 im gesamten Produzierenden Gewerbe und außerdem im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe Unternehmen mit mindestens 10 Arbeitnehmern. Im Jahrzehnt zwischen 1978 und 1988 blieb der in den Rechtsgrundlagen vorgeschriebene Erfassungsbereich unverändert. Ein wachsendes Interesse an einer Ausdehnung des Erhebungsbereichs auf weitere Dienstleistungszweige war gleichwohl zu beobachten, das bereits 1988 in der Einbeziehung verschiedener Dienstleistungsbereiche, wie das Verkehrs- und Beherbergungsgewerbe, in die nationalen Erhebungen einiger Mitgliedsländer seinen Niederschlag fand. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Erfassung zusätzlicher Dienstleistungsbereiche in der Rechtsgrundlage der für 1992 geplanten Erhebung für alle Mitgliedsländer der Gemeinschaft verbindlich vorgeschrieben werden wird.

Die Ausdehnung des Erhebungsbereichs in den Jahren 1959 bis 1978 erfolgte in relativ kleinen Schritten, diese Entwicklung resultiert einerseits aus dem zunehmenden Bedürfnis nach Arbeitskostendaten für einen immer größeren Erhebungsbereich und andererseits aus dem Bestreben, den Aufwand für schwierige und daher aufwendige Erhebungen in den Unternehmen und Statistischen Ämtern möglichst einzuschränken. Deswegen wurde für die Unternehmen der zusätzlich erfaßten Wirtschaftsbereiche der Merkmalskatalog zum Teil reduziert. So wird in den erfaßten Dienstleistungsbereichen auf eine getrennte Angabe der Aufwendungen für Arbeiter und Angestellte verzichtet. Diese Einschränkung hat für das Bank- und Versicherungsgewerbe eine relativ geringe Bedeutung, da hier der Anteil der Arbeiter an der gesamten Arbeitnehmerzahl

im Jahr 1988 nur knapp 3% ausmachte. Eine etwas größere Bedeutung hat diese Einschränkung des Merkmalskatalogs im Groß- und Einzelhandel, in dem der Arbeiteranteil knapp ein Viertel (23%) betrug, und insbesondere im Großhandel mit seinem Arbeiteranteil von 31%.

Im Einzelhandel kann der Verzicht auf den gesonderten Nachweis von Arbeiter- und Angestelltendaten auch mit der relativ geringen Differenzierung der Verdienste zwischen den beiden Arbeitnehmergruppen begründet werden. Die Differenz der Jahresverdienste zwischen Arbeitern und Angestellten betrug 1978 im Einzelhandel, in dem die Verdienste noch acht Zehntel der gesamten Arbeitskosten ausmachten, knapp 9%, während damals die Angestellten im Produzierenden Gewerbe 44% mehr als die Arbeiter verdienten. Außerdem kommt im Einzelhandel Kostenarten, bei denen im Produzierenden Gewerbe zwischen Arbeitern und Angestellten größere Unterschiede zu beobachten sind, wie zum Beispiel den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie den Beiträgen zur Unfallversicherung, eine geringere Bedeutung zu. Für den Großhandel dagegen bedeutet der Verzicht auf den Nachweis gesonderter Angaben für Arbeiter und Angestellte auch unter diesem Gesichtspunkt einen spürbaren Informationsverlust; die Jahresverdienste der Angestellten liegen hier um etwa drei Zehntel über den für Arbeiter angegebenen, und auch die Aufwendungen für Kostenarten mit besonderem Gewicht bei Arbeitern und Angestellten haben hier eine größere Bedeutung als im Einzelhandel.

In Heft 7/1990 dieser Zeitschrift wurde schon ausführlich über die Arbeitskosten 1988 im Produzierenden Gewerbe berichtet. Gleichfalls erfolgte bereits eine Darlegung der wesentlichen Erhebungsmodalitäten, die im folgenden vertieft wird, bevor die Ergebnisse für die erfaßten Dienstleistungsbereiche kommentiert werden.

Grundzüge des Stichprobenplanes

Zur Entlastung der Unternehmen und der Statistischen Ämter der Länder wurde die Erhebung für 1988 wiederum als Stichprobe durchgeführt. Auswahlgrundlagen für den Groß- und Einzelhandel bildeten die Handels- und Gaststättenzählung 1985, für das Bank- und Versicherungsgewerbe Adressenmaterial der Deutschen Bundesbank und des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen und für die im Einzelhandel nachgewiesenen Fleischereien die Kartei des Produzierenden Gewerbes. Von den aus diesen Unterlagen ermittelten 43 953 Unternehmen mit 10 und mehr tätigen Personen bei Kapitalgesellschaften und 11 und mehr tätigen Personen bei Personengesellschaften wurden 8 978 Unternehmen in die Stichprobe einbezogen.

Um Unterschiede der Personal- und Personalnebenkosten zwischen den Bundesländern mit hinreichender Präzision erfassen zu können, wurden bei der Berechnung des Stichprobenplans unterschiedliche Auswahlätze für die Länder angewandt: Kleinere Länder wurden mit einem im Mittel höheren und größere Länder mit einem im Mittel niedrigeren Auswahlatz beteiligt. Der vom Gesetzgeber vorgegebene, aus der Forderung nach bestimmten Gren-

zen für die Fehlerwerte ermittelte Gesamtstichprobenumfang wurde nur unter Berücksichtigung der Besetzungszahlen nach einer vorgegebenen Genauigkeitsabstufung — der Fehler sollte für kleinere Länder höchstens doppelt so groß sein wie für größere Länder — auf die Länder aufgeteilt. Die gemeinsam für den Dienstleistungsbereich und das Produzierende Gewerbe durchgeführte Aufteilung ergab für die Länder durchschnittliche Auswahlätze im Dienstleistungsbereich zwischen 15,6 und 41,0% und für den Bund einen durchschnittlichen Auswahlatz von 20,4%.

Zur Berechnung der Auswahlpläne wurden die Unternehmen in jedem Land für den Dienstleistungsbereich nach 26 nachzuweisenden Wirtschaftszweigen und innerhalb der Wirtschaftszweige nach sieben Beschäftigtengrößenklassen geschichtet. Unter Berücksichtigung der Variabilität des Merkmals „Personalnebenkosten insgesamt je Arbeiter eines Unternehmens“ wurden die Auswahlabstände (in den einzelnen Schichten) so bestimmt, daß für alle Schichten eines Landes relative Standardfehler gleicher Größenordnung zu erwarten waren.

Die Ziehung der Stichprobe aus der Kartei des Produzierenden Gewerbes sowie der Handels- und Gaststättenzählung 1985 erfolgte maschinell nach einem systematischen Zufallsauswahlverfahren in den Statistischen Ämtern der Länder. Die Ziehung im Bank- und Versicherungsgewerbe erfolgte manuell im Statistischen Bundesamt. Zur Entlastung des Berichtskreises wurden diejenigen Unternehmen, die für die Erhebung aus dem Jahr 1984 berichtspflichtig waren, — soweit möglich — von der Ziehung ausgeschlossen.

Die Präzision der frei hochgerechneten Ergebnisse wurde mit einer in die maschinelle Aufbereitung integrierten Fehlerrechnung überprüft, die ermittelten relativen Standardfehler werden im Quellenband zu dieser Erhebung¹⁾ für ausgewählte Merkmale nachgewiesen.

Beschäftigtenstruktur und durchschnittliche Arbeitskosten

Der hier dargestellte Dienstleistungsbereich umfaßt Wirtschaftszweige mit sehr unterschiedlichen Beschäftigungsstrukturen und entsprechend differenzierten Verdienst- und Arbeitskostenniveaus. In diesem Zusammenhang ist — neben den bereits oben dargestellten unterschiedlichen Arbeiteranteilen an den Beschäftigten — auch auf die unterschiedliche Verbreitung von Teilzeitbeschäftigten hinzuweisen, die in der Regel, auch bezogen auf die geringere Arbeitszeit, niedrigere Verdienste erzielen. In dieser Erhebung werden Teilzeitbeschäftigte in „Vollzeiteinheiten“ umgerechnet. Von der Gesamtzahl der Vollzeiteinheiten entfiel 1988 rund ein Viertel der im Einzelhandel beschäftigten Vollzeiteinheiten auf Teilzeitbeschäftigte, während dieser Anteil im Großhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe nur 5 bis 8% ausmachte. Darüber hinaus werden die Angestellten im Bank- und Versi-

cherungsgewerbe viel häufiger auf Arbeitsplätzen mit hohen Qualifikationsanforderungen eingesetzt als im Einzel- und auch im Großhandel, wie sich aus folgender, nach den Angaben der laufenden Verdiensterhebung erstellten Übersicht ergibt:

Wirtschaftsbereich	Von 100 Angestellten ¹⁾ verrichteten im Oktober 1988 eine Tätigkeit			
	verantwortliche	fachlich qualifizierte selbstständige	fachlich qualifizierte	einfache
	mit Dispositions-befugnis	nach allgemeiner Anweisung	ohne Entscheidungs-befugnis	nach vorgegebenem Schema
Einzelhandel	13	29	51	7
Großhandel	18	45	32	5
Bankgewerbe	24	51	20	5
Versicherungsgewerbe	34	49	13	4
nachrichtlich Produzierendes Gewerbe	35	46	17	2

¹⁾ Ohne Leitende Angestellte

Für den gesamten hier darzustellenden Wirtschaftsbereich wurden 1988 Arbeitskosten von 56540 DM je vollbeschäftigten Arbeitnehmer ermittelt; dieser Wert liegt um 9% unter dem Wert für das Produzierende Gewerbe (62060 DM). Allerdings haben sich entsprechend den starken Unterschieden in der Beschäftigtenstruktur zwischen den Wirtschaftszweigen so erhebliche Differenzen im Niveau der Arbeitskosten herausgebildet, daß dem Gesamtdurchschnitt nur eine eingeschränkte Aussagekraft zukommt; im Versicherungs- und Bankgewerbe lagen diese Angaben erheblich — um 38 bzw 28% — über dem Gesamtdurchschnitt, im Einzelhandel deutlich (um 28%) darunter (siehe Tabelle 1). Nur der Wert für den Großhandel lag mit 55840 DM in der Nähe des Gesamtdurchschnitts.

Im Versicherungsgewerbe, das den geringsten Arbeiteranteil — etwa 3% — aufweist und in dem die Angestellten Tätigkeiten mit fast der gleichen qualitativen Anforderungsstruktur wie im Produzierenden Gewerbe verrichten, lagen 1988 die Arbeitskosten je Arbeitnehmer nur geringfügig — um 5% — unter den durchschnittlichen Aufwendungen für Angestellte im Produzierenden Gewerbe; im Bankgewerbe beträgt der Abstand gegenüber den Angestelltenaufwendungen im Produzierenden Gewerbe bereits mehr als ein Zehntel (12%), während die Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel eher den für Arbeiter im Produzierenden Gewerbe ermittelten Werten entsprechen: Die Aufwendungen im Großhandel lagen um 6% über diesen Angaben und im Einzelhandel um 17% darunter.

In allen hier dargestellten Dienstleistungsbereichen schwankten die Arbeitskosten zwischen den Unternehmen unterschiedlicher Größe wesentlich weniger als im Produzierenden Gewerbe. Den stärksten Einfluß auf das Arbeitskostenniveau hatte die Unternehmensgröße im Bankgewerbe; hier ist vor allem ein erheblicher Unterschied in den Aufwendungen zwischen den „Großbanken“ („Unternehmen mit mindestens 1000 Arbeitnehmern“) und den Unternehmen mit einer geringeren Beschäftigtenzahl, die untereinander ein ziemlich gleiches Arbeitskostenniveau aufwiesen, zu beobachten. Nur für diesen Bereich lassen sich auch größere Unterschiede in der Zu-

¹⁾ Fachserie 16, Löhne und Gehälter, Arbeitskostenerhebungen, Heft 2 Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988

Tabelle 1 Arbeitskosten je Arbeitnehmer¹⁾ sowie Anteil der Personalnebenkosten im Groß- und Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe nach Unternehmensgrößenklassen und Wirtschaftszweigen 1988

Wirtschaftszweig	Unternehmen mit Arbeitnehmern ²⁾													
	10 und mehr		10 bis 49		50 bis 99		100 bis 199		200 bis 499		500 bis 999		1000 und mehr	
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
Großhandel ³⁾	55 843	39,5	53 052	37,5	56 059	38,6	56 977	39,5	56 224	41,2	57 612	40,4	61 905	44,0
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und mit Halbwaren	53 534	41,6	50 902	37,5	56 031	39,6	51 987	39,5					54 179	45,8
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	66 583	42,4	59 452	38,4	62 556	40,8	65 826	42,9					92 478	49,1
Holz- und Baustoffen	52 933	38,9	51 968	37,6	54 273	38,8	51 454	39,9	54 914	41,9				
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	61 940	39,5	55 716	38,4	59 845	38,6	62 154	38,4	64 546	40,5	66 221	40,8	80 605	43,0
Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	57 268	38,5	54 012	37,1	56 125	38,0	58 823	39,0	60 590	39,1				
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	49 171	38,0	49 496	37,5	49 554	37,6	50 564	38,5	46 509	38,8				
Nahrungs- und Genußmitteln	49 753	38,3	48 209	36,1	50 372	37,0	51 743	38,2	48 384	39,8	53 804	40,0	48 272	42,4
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln	57 790	40,5	56 947	37,3	63 104	38,4	59 688	40,2	65 919	44,0	47 117	43,4	44 233	40,8
Einzelhandel ⁴⁾	43 731	40,4	39 986	37,9	44 016	38,4	43 259	38,5	45 690	38,7	43 900	38,9	46 015	43,0
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln	39 948	38,6	35 464	37,4	40 754	38,3	37 980	38,5	41 405	38,9	42 836	38,8	42 133	39,1
medizinischen, kosmetischen und Reinigungsmitteln (einschl. Apotheken)	43 463	38,3	42 352	38,2	40 886	38,7	42 230	40,4	44 817	42,5	44 955	36,0	44 573	38,2
Bekleidung	44 034	41,2	40 389	37,9	42 886	38,9	42 812	39,2	45 198	38,7	42 437	41,0	48 346	46,4
Schuhen und Lederwaren	42 230	37,8	40 589	37,9	41 988	38,2	39 920	37,5	43 489	38,6	40 849	37,8	48 215	36,9
Heimtextilien	45 372	37,0	42 779	37,0	53 547	37,5								
Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln	47 897	38,0	45 002	38,1	50 137	37,4	51 845	37,4	50 280	38,1	51 712	37,3	50 588	38,8
Buchern, Zeitungen, Papierwaren, Bürobedarf	46 519	38,5	44 300	37,9	49 746	39,1	51 630	36,7	45 960	39,4				
Sortimentseinzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Lebensmittel	49 610	46,1	40 168	38,5	39 592	40,2	42 134	38,4	52 238	37,8	—	—	50 315	47,4
Bankgewerbe	72 591	49,7	63 066	43,6	64 536	46,6	66 319	47,6	65 870	49,2	68 262	50,0	81 761	51,9
Kreditbanken	84 072	51,2	73 263	39,5	84 450	45,3	55 816	47,8	82 829	46,8	80 193	49,7	84 658	52,3
Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	66 094	51,2	60 123	48,8	59 442	49,6	59 214	49,0	59 536	50,3	61 234	49,9	76 771	53,0
Genossenschaftliche Kreditinstitute	68 115	46,9	62 659	43,5	63 329	45,7	65 815	46,1	69 535	47,4				
Realkreditinstitute	87 076	52,8					82 189	50,5	87 464	53,6	88 875	51,9		
Bausparkassen	84 862	48,0	—	—			77 140	49,0	80 386	44,1			87 029	48,0
Versicherungsgewerbe	78 421	48,9	74 781	46,8	75 884	47,1	78 226	47,9	77 874	48,1	81 387	47,4	78 099	49,4
Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	79 905	48,7	77 657	47,6	76 891	46,5	78 075	47,6	79 478	48,2	87 892	47,1	78 966	49,2
Krankenversicherung	72 835	48,4	70 180	46,7					72 801	44,7	77 037	49,7		
Schaden- und Unfallversicherung	77 436	49,0	72 710	46,1	72 897	46,7	76 047	47,6	76 029	48,9	77 788	46,8	77 757	49,6
Rückversicherung	91 973	51,0	81 766	47,4					90 853	49,8	—	—		
nachrichtlich														
Produzierendes Gewerbe	62 058	44,6	48 985	40,1	52 601	40,6	54 148	41,5	57 403	42,3	60 004	43,1	71 917	47,5
Arbeiter	52 703	45,2	46 237	41,0	47 121	41,5	47 464	42,6	49 150	43,3	51 052	43,9	59 423	48,5
Angestellte	82 081	43,8	58 431	37,7	68 238	38,9	70 753	39,6	74 921	41,0	77 422	42,1	93 782	46,5

1) Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — 2) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — 3) Ohne Rückgewinnung — 4) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen

sammensetzung der Arbeitnehmer von Unternehmen unterschiedlicher Größe beobachten; so waren hier 1978 rund 20 % der Arbeitnehmer in Großunternehmen und nur 14 % in Kleinunternehmen mit einer leitenden oder einer weitgehend selbständigen qualifizierten Tätigkeit beschäf-

tigt. Dagegen ist im Versicherungsgewerbe über alle Größenklassen hinweg und im Groß- und Einzelhandel für Unternehmen mit 50 bis 999 Arbeitnehmern nur ein geringer Einfluß der Unternehmensgröße auf die Arbeitskosten nachzuweisen, wie aus Tabelle 2 hervorgeht.

Tabelle 2 Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ im Produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988 nach Unternehmensgrößenklassen in % der Unternehmen mit 1000 Arbeitnehmern und mehr

Unternehmen mit Arbeitnehmern ²⁾	Produzierendes Gewerbe	Großhandel ³⁾	Einzelhandel ⁴⁾	Bankgewerbe	Versicherungsgewerbe
10 — 49	68	86	87	77	96
50 — 99	73	91	96	79	97
100 — 199	75	92	94	81	100
200 — 499	80	90	99	81	100
500 — 999	83	93	95	83	104
1 000 und mehr	100	100	100	100	100

1) Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — 2) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — 3) Ohne Rückgewinnung — 4) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen

Zwischen den Zweigen des Groß- und Einzelhandels sowie des Bank- und Versicherungsgewerbes sind keine so starken Unterschiede im Niveau der Arbeitskosten zu beobachten wie zwischen den Wirtschaftszweigen des Produzierenden Gewerbes: Während in diesem Bereich 1988 der Wirtschaftszweig mit den geringsten Arbeitskosten nicht einmal 40 % der Aufwendungen des Wirtschaftszweigs mit den höchsten Arbeitskosten aufwies, hatten die Zweige mit den geringsten Werten im Großhandel und Bankgewerbe etwa 75 % und im Einzelhandel und Versicherungsgewerbe sogar über 80 % der Kosten der Sparten mit den höchsten Werten zu tragen (siehe Tabelle 3). Während im Großhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe die höchsten Arbeitskosten in Zweigen festzustellen sind,

Tabelle 3 Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ in den Zweigen des Groß- und Einzelhandels sowie des Bank- und Versicherungsgewerbes
in % des Wirtschaftszweiges mit den höchsten Arbeitskosten²⁾

Wirtschaftszweig	1988
Großhandel mit ³⁾	
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	74
Nahrungs- und Genußmitteln	75
landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und Halbwaren	80
Holz und Baustoffen	80
Mobeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	86
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln	87
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	93
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	100
Einzelhandel mit ⁴⁾	
Nahrungs- und Genußmitteln	81
Schuhen und Lederwaren	85
medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln (einschl. Apotheken)	88
Bekleidung	89
Heimtextilien	91
Büchern, Zeitungen, Papierwaren, Bürobedarf	94
Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln	97
Sortiments Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Lebensmittel	100
Bankgewerbe	
Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	76
Genossenschaftliche Kreditinstitute	78
Kreditbanken	97
Bausparkassen	97
Realkreditinstitute	100
Versicherungsgewerbe	
Krankenversicherung	79
Schaden- und Unfallversicherung	84
Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	87
Rückversicherung	100

¹⁾ Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — ²⁾ Geordnet nach der Rangfolge der Arbeitskostenerhebung 1988 — ³⁾ Ohne Rückgewinnung — ⁴⁾ Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen

in denen vom Personal besondere Fachkenntnisse gefordert werden — hierzu zählen Bereiche wie Realkreditinstitute, Rückversicherung sowie Großhandel mit Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien —, hatte im Einzelhandel mit dem „Sortiments Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Lebensmittel“ ein Handelszweig die höchsten Arbeitskosten, der vor allem durch die besondere Bedeutung von Großunternehmen geprägt ist. Hier zählten 85% der Arbeitnehmer zu Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten (vergleichsweise: 34% im übrigen Einzelhandel).

Frauen und Teilzeitbeschäftigte verdienen im Handel durchschnittlich etwas weniger als Männer und Vollzeitbeschäftigte. Die Vermutung liegt daher nahe, daß die Rangfolge der Handelszweige nach der Höhe der Arbeitskosten durch den Frauen- und Teilzeitbeschäftigtenanteil beeinflusst wird. Wie der folgenden Aufstellung zu entnehmen ist, besteht durchaus eine Beziehung zwischen dem Frauen- und Teilzeitbeschäftigtenanteil und dem Niveau der Arbeitskosten: So weisen die vier — in der Rangfolge nach der Höhe der Arbeitskosten — „unteren“ Einzelhandelszweige für diese Beschäftigtengruppen jeweils höhere Anteile auf als die vier „oberen“. Doch zeigen die Angaben für den Einzelhandel mit Büchern usw., der den dritten Rang einnimmt, daß Unternehmen auch mit relativ hohem Frauen- und Teilzeitbeschäftigtenanteil überdurchschnittliche Kosten aufwenden. Ähnliche Feststellungen sind auch bei den Großhandelszweigen zu treffen. Vermutlich konnte hier der Nachweis des Arbeiteranteils auch zur Erklärung

der Rangfolge beitragen; so dürften etwa im Großhandel mit Holz und Baustoffen sowie im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und mit Halbwaren überdurchschnittlich viele Arbeiter beschäftigt sein.

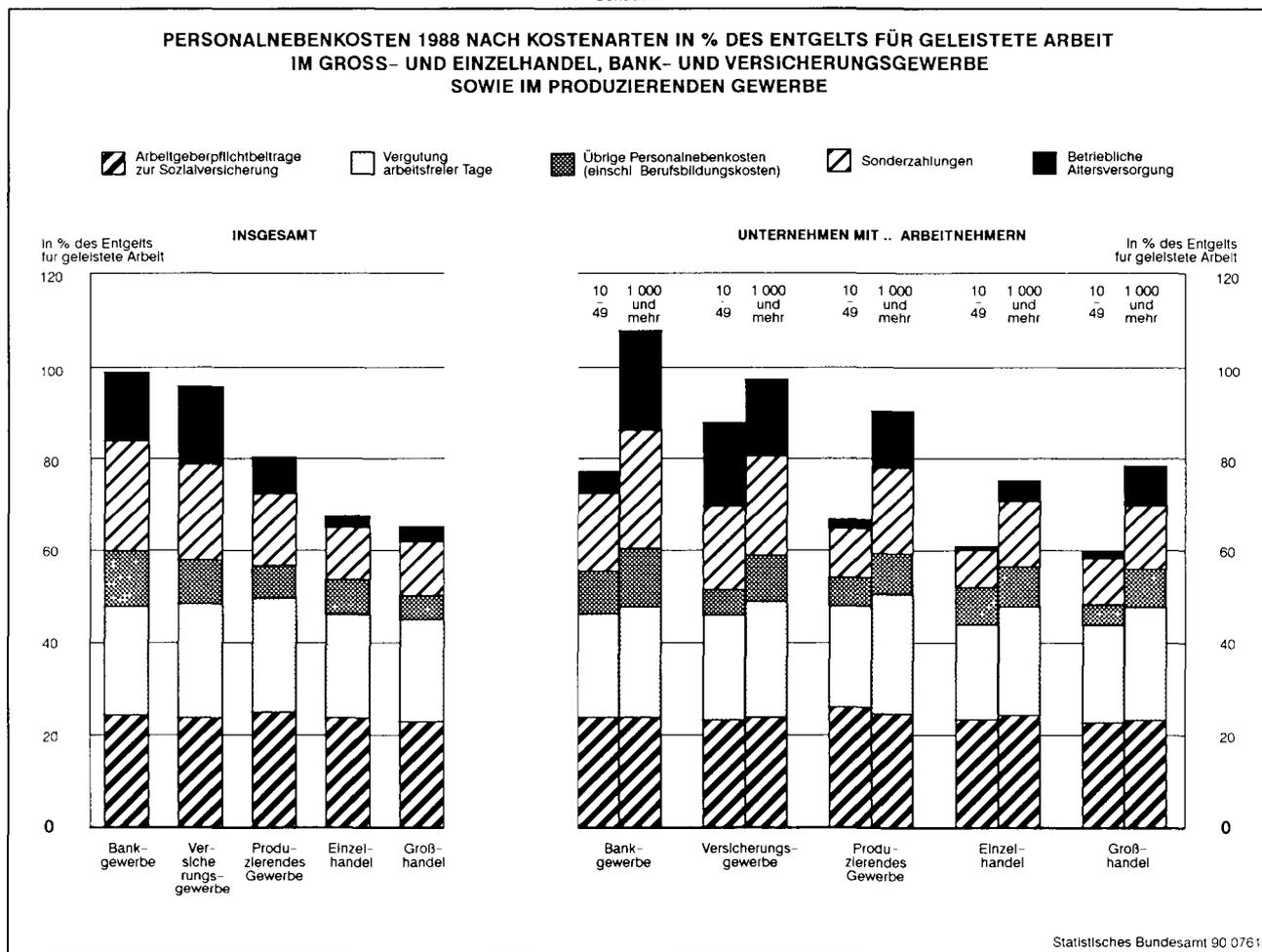
Handelszweig	Anteil an Arbeitnehmern insgesamt	
	Frauen	Teilzeitbeschäftigte %
Großhandel insgesamt	31,8	7,4
Großhandel mit		
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	53,0	11,1
Nahrungs- und Genußmitteln	31,7	8,4
landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und mit Halbwaren	23,4	7,7
Holz und Baustoffen	22,3	4,8
Mobeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	31,4	6,1
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln	53,8	16,3
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	23,8	4,3
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	27,6	4,8
Einzelhandel insgesamt	63,3	24,3
Einzelhandel mit		
Nahrungs- und Genußmitteln	67,2	27,6
Schuhen und Lederwaren	80,5	31,4
Apotheken und Einzelhandel mit medizinischen, kosmetischen und Reinigungsmitteln	77,4	25,2
Bekleidung	67,0	30,5
Heimtextilien	51,6	15,4
Büchern, Zeitungen, Papierwarenbedarf, Bürobedarf	66,8	19,7
Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln	37,9	11,6
Sortiments Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Haupttrichtung Nicht-Lebensmittel	63,4	20,4

Entgelt für geleistete Arbeit und Personalebenkosten

Von den Arbeitskosten im erfaßten Dienstleistungsbereich entfielen durchschnittlich 56,3% auf das Entgelt für geleistete Arbeit und dementsprechend 43,7% auf die Personalebenkosten. Wie die Tabelle 1 zeigt, entspricht diese Relation nahezu genau den Proportionen der Arbeitskosten von Angestellten im Produzierenden Gewerbe. Innerhalb des Dienstleistungsbereichs sind jedoch recht starke Unterschiede zu beobachten. Im Groß- und Einzelhandel beliefen sich die Personalebenkosten auf 40% der Gesamtkosten, im Bank- und Versicherungsgewerbe dagegen auf knapp 50%. Diese Angaben bestätigen die auch im Produzierenden Gewerbe zu beobachtende Tendenz, daß die Personalebenkosten bei Wirtschaftszweigen mit hohem Arbeitskostenniveau einen größeren Anteil an den Gesamtkosten in Anspruch nehmen. Allerdings nehmen die beiden Dienstleistungsbereiche im Vergleich zu den im Produzierenden Gewerbe ermittelten Angaben Extrempositionen ein: Jeweils nur ein Wirtschaftszweig des Produzierenden Gewerbes weist für die Personalebenkosten einen höheren Anteil auf als das Bank- und Versicherungsgewerbe und einen niedrigeren als der Groß- und Einzelhandel.

Eine Betrachtung der Angaben für die einzelnen Zweige innerhalb der Wirtschaftsbereiche zeigt allerdings, daß nicht in jedem Fall höhere Gesamtaufwendungen mit einem höheren Personalkostenanteil einhergehen: So weist beispielsweise der Großhandel mit Maschinen usw. trotz wesentlich höherer Arbeitskosten einen niedrigeren Anteil für die Personalebenkosten auf als der Großhandel mit

Schaubild 1



landwirtschaftlichen Grundstoffen usw. Zu einem analogen Ergebnis führt ein Vergleich der Angaben für den Einzelhandel mit Heimtextilien sowie den Einzelhandel mit Bekleidung.

Diese Sonderfälle stehen im Zusammenhang mit der aus Tabelle 1 zu entnehmenden und gleichfalls im Produzierenden Gewerbe zu beobachtenden Tendenz, daß die Personalnebenkosten in Großunternehmen meist, auch

Tabelle 4 Struktur der Arbeitskosten 1988 je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzierenden Gewerbe Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr²⁾

Kostenart	Groß-handel ³⁾		Einzel-handel ⁴⁾		Bank-gewerbe		Versicherungs-gewerbe		Produzierendes Gewerbe	
	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾	DM	% ⁵⁾
Arbeitskosten insgesamt	55 843	165,3	43 731	167,7	72 591	199,0	78 421	195,7	62 058	180,5
Löhne und Gehälter ⁶⁾	45 158	133,7	34 822	133,5	53 705	147,2	58 329	145,6	48 208	140,2
Entgelt für geleistete Arbeit ⁷⁾	33 787	100	26 083	100	36 482	100	40 066	100	34 383	100
Personalnebenkosten insgesamt	22 057	65,3	17 648	67,7	36 109	99,0	38 354	95,7	27 674	80,5
Gesetzliche Personalnebenkosten ⁸⁾	10 772	31,9	8 538	32,7	12 442	34,1	13 735	34,3	12 316	35,8
Sonderzahlungen insgesamt ⁹⁾	3 921	11,6	2 954	11,3	8 675	23,8	8 414	21,0	5 409	15,7
Gratifikationen	2 539	7,5	1 826	7,0	7 430	20,4	6 031	15,1	3 220	9,4
Urlaubsgeld	934	2,8	858	3,3	413	1,1	1 801	4,5	1 688	4,9
Vermögenswirksame Leistungen	449	1,3	269	1,0	833	2,3	582	1,5	501	1,5
Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	7 450	22,1	5 785	22,2	8 547	23,4	9 849	24,6	8 416	24,5
Urlaubsvergütung	4 552	13,5	3 591	13,8	5 122	14,0	5 773	14,4	4 893	14,2
Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 238	3,7	1 015	3,9	1 482	4,1	1 850	4,6	1 690	4,9
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 661	4,9	1 179	4,5	1 944	5,3	2 209	5,5	1 833	5,3
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	7 803	23,1	6 272	24,0	8 958	24,6	9 331	23,4	8 678	25,2
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	1 130	3,3	651	2,5	5 502	15,1	6 734	16,8	2 718	7,9
dar. Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ¹⁰⁾	358	1,1	212	0,8	1 941	5,3	2 239	5,6	1 044	3,0
Aufwendungen für die berufliche Bildung	974	2,9	1 362	5,2	2 400	6,6	1 951	4,9	999	2,9
Übrige Personalnebenkosten	778	2,3	623	2,4	2 026	5,6	1 848	4,6	1 454	4,2

1) Ohne Auszubildende — 2) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — 3) Ohne Rückgewinnung — 4) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen — 5) Bezogen auf das Entgelt für geleistete Arbeit — 6) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage — 7) Laufend gezahltes Entgelt für geleistete Arbeitszeit (Jahreslohn- und -gehaltssumme vermindert um die Sonderzahlungen, die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie soziale Bestandteile, wie z. B. Verheirateten- und Kinderzuschläge) — 8) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen — 9) Zahlungen, die im allgemeinen nicht laufend bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung geleistet werden — 10) Differenz der Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG am 31. Dezember und 1. Januar des jeweiligen Erhebungsjahres

sogar bei gleichem Arbeitskostenniveau, einen größeren Anteil an den Gesamtaufwendungen als bei kleineren Unternehmen ausmachen. Die im Verhältnis zu den Gesamtkosten relativ hohen Anteile der Personalnebenkosten im Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen usw. und im Einzelhandel mit Bekleidung erklären sich teilweise mit dem relativ hohen Anteil der in Großunternehmen beschäftigten Arbeitnehmer (38 bzw. 30 %), dagegen haben neun Zehntel der Beschäftigten des Großhandels mit Maschinen usw. und die gesamten Beschäftigten des Einzelhandels mit Heimtextilien in kleinen und mittleren Unternehmen ihren Arbeitsplatz.

Zusammensetzung der Personalnebenkosten

Im gesamten Erhebungsbereich bildeten die Verdienstbestandteile „Sonderzahlungen“ und „Vergütung arbeitsfreier Tage“ rund die Hälfte der Personalnebenkosten; die Schwankungsbreite erstreckte sich hier von 48 % (Bank- und Versicherungsgewerbe) bis zu 52 % (Großhandel). Die andere Hälfte der Personalnebenkosten umfaßte die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die übrigen, sich aus vielen Einzelpositionen zusammensetzenden übrigen Personalnebenkosten²⁾.

Einen Überblick über die Struktur der Personalnebenkosten und die Strukturunterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößenklassen vermittelt Schaubild 2 auf S. 722, in dem die Personalnebenkosten als Anteil des Entgelts für geleistete Arbeit wiedergegeben werden. In dieser Darstellungsweise erscheinen die Personalnebenkosten als der Zuschlagsatz, den der Arbeitgeber 1988 zusätzlich auf den Verdienst für eine geleistete Zeiteinheit erheben mußte, um ihre gesamten Kosten zu berücksichtigen. Aus diesem Schaubild ergibt sich unmittelbar,

- daß diese Zuschlagssätze zwischen den Wirtschaftszweigen erheblich — von 65 % bis zu 99 % — und — abgesehen vom Bankgewerbe — deutlich stärker als zwischen den Groß- und Kleinunternehmen desselben Wirtschaftsbereichs schwanken,
- daß die Streuung dieser Werte nach Wirtschaftszweigen und Unternehmensgrößen überwiegend auf die Sonderzahlungen, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung sowie die übrigen Personalnebenkosten zurückzuführen sind, während erwartungsgemäß die Arbeitgeberpflichtbeiträge und die Vergütung arbeitsfreier Tage gegenüber dem Entgelt für geleistete Arbeit recht konstante Werte darstellen.

Die Vergütung arbeitsfreier Tage belief sich im Vergleich der Wirtschaftszweige auf 22 % (Groß- und Einzelhandel) bis zu 25 % (Versicherungsgewerbe) des Entgelts für geleistete Arbeit, die Zahlungen entsprachen etwa dem Verdienst von 47 bis 52 Arbeitstagen. Diese Angaben unter-

gliedern sich folgendermaßen auf Urlaub, gesetzliche Feiertage und bezahlte Krankheitstage:

Art der arbeitsfreien Tage	Großhandel	Einzelhandel	Bankgewerbe	Versicherungsgewerbe	Produzierendes Gewerbe
Urlaub	29	29	30	30	30
Krankheit	8	8	9	10	10
Feiertage und sonstige Ausfallzeiten	11	10	11	12	11
insgesamt	48	47	50	52	51

Mit 23 % (Großhandel) und 25 % (Bankgewerbe) des Entgelts für geleistete Arbeit ergaben sich für die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung Aufwendungen von gleicher Größenordnung wie für die Vergütung arbeitsfreier Tage. Der relativ hohe Wert für das Bankgewerbe resultiert aus dem Sachverhalt, daß die Sozialversicherungsbeiträge nicht vom Entgelt für geleistete Arbeit, sondern vom gesamten Verdienst bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhoben werden und das Bankgewerbe einen relativ großen Verdiensteil aufweist, der nicht zum Entgelt für geleistete Arbeit zählt. Auf die gesamten Löhne und Gehälter bezogen machten die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung zwischen 18 % (Einzelhandel) und 16 % (Versicherungsgewerbe) aus; das Bankgewerbe lag hier mit knapp 17 % etwa in der Mitte des Schwankungsbereichs.

Die beiden Positionen „Vergütung arbeitsfreier Tage“ sowie „Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung“ machten im Groß- und Einzelhandel knapp sieben Zehntel, im Bank- und Versicherungsgewerbe dagegen nicht einmal die Hälfte der gesamten Personalnebenkosten aus.

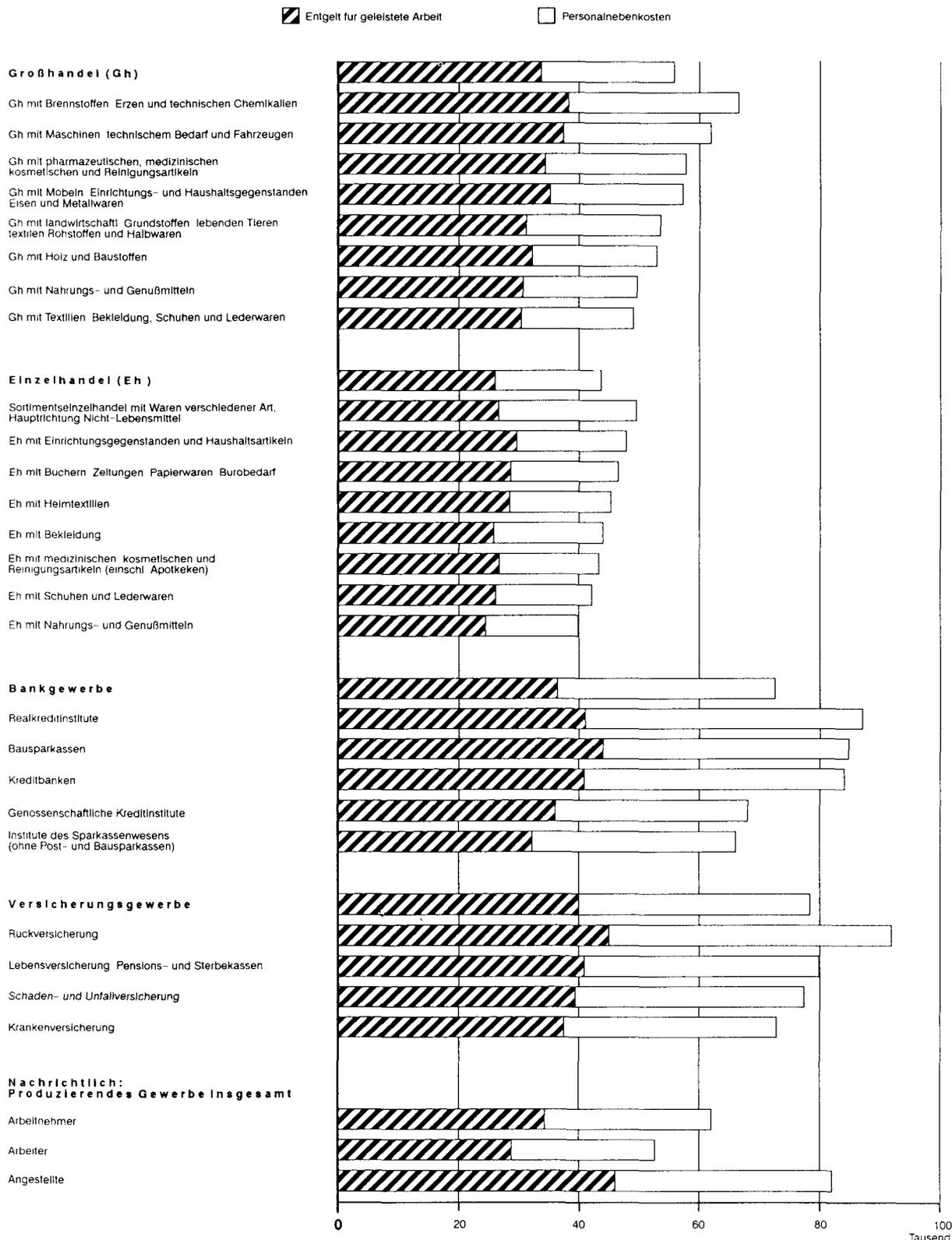
Die Sonderzahlungen betragen zwischen 11 % (Einzelhandel) und 24 % (Bankgewerbe) des Entgelts für geleistete Arbeit. Der für das Bankgewerbe ermittelte Wert ist im gesamten Erhebungsbereich einmalig; im Produzierenden Gewerbe kommt ihm die Chemische Industrie mit knapp 22 % noch am nächsten. Auf den laufenden Verdienst bezogen entsprachen die Sonderzahlungen im Bankgewerbe 2,3 Monatsgehältern, im Versicherungsgewerbe 2,0 und im Groß- sowie im Einzelhandel 1,1 Gehältern.

Die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung streuten mit 2 % (Einzelhandel) bis 17 % (Versicherungsgewerbe) am stärksten von allen Kostenarten. Ein ähnlich niedriger Wert wie im Einzelhandel ist im Produzierenden Gewerbe nur in der Bekleidungsindustrie und in Kleinunternehmen festzustellen; größere Werte als im Versicherungsgewerbe sind in der Mineralölverarbeitung und der Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser, den beiden Wirtschaftszweigen mit den höchsten Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe, ermittelt worden. In gewissem Umfang erklärt sich diese Relation zwischen Einzelhandel und Versicherungsgewerbe aus der Interessenlage der Arbeitnehmer und Unternehmen: Die meist weiblichen, häufig teilzeitbeschäftigten Angestellten des Einzelhandels mit einer hohen Fluktuationsrate und relativ niedrigen Gehältern durften wohl Gehaltserhöhungen den Leistungen für die betriebliche Altersversorgung vorziehen, während die relativ gut verdienenden Angestellten im Versicherungsgewerbe vermutlich eher bereit sind, auf relativ hoch besteuerte Einkom-

²⁾ Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen, Belegschaftseinrichtungen, berufliche Bildung, Entlassungsschadigungen, Unterstützungsaufwendungen, Verpflichtungszuschüsse, Auslosungen, Naturalleistungen, Ausbildungsvergütungen sowie sonstige Zuwendungen

Schaubild 2

**ARBEITSKOSTEN, ENTGELT FÜR GELEISTETE ARBEIT UND PERSONALNEBENKOSTEN JE ARBEITNEHMER
IM GROSS- UND EINZELHANDEL, BANK- UND VERSICHERUNGSGEWERBE 1988
NACH WIRTSCHAFTSZWEIGEN ¹⁾**



Gh = Großhandel
Eh = Einzelhandel

1) Die Wirtschaftszweige wurden jeweils nach der Höhe der Arbeitskosten insgesamt geordnet

menszuwächse zu verzichten und dafür Leistungen aus der betrieblichen Altersversorgung zugesagt zu erhalten. Außerdem können die — von den Warenhäusern abgesehen — eher kleinen und mittleren Unternehmen des Einzelhandels die betrieblichen Vorteile einer zusätzlichen Altersversorgung kaum nutzen, während das durch Großunternehmen gekennzeichnete Versicherungsgewerbe diese Möglichkeiten weitgehend ausschöpfen kann

Unter den sonstigen Personalnebenkosten haben die Aufwendungen für die berufliche Bildung mit 3 % (Großhandel) bis 7 % (Bankgewerbe) des Entgelts für geleistete Arbeit die größte Bedeutung. In diesen Aufwendungen werden auch die Ausbildungsvergütungen erfaßt. Da auch die Auszubildenden erfragt werden, können hier durchschnittliche Ausbildungsvergütungen bekanntgegeben werden

Durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Jahr 1988

DM			
Großhandel	Einzelhandel	Bankgewerbe	Versicherungsgewerbe
9 134	8 940	13 491	15 564

Eine in der Öffentlichkeit stark beachtete Aufteilung der Personalnebenkosten ist ihre Untergliederung in gesetzliche und tariflich/betriebliche Aufwendungen. Im Erhebungs-

bogen werden jedoch die Aufwendungen für die einzelnen Kostenarten ohne eine solche Unterscheidung erfragt. Der Nachweis der gesetzlichen und nichtgesetzlichen Personalnebenkosten kann sich also nicht auf Angaben der Auskunftspflichtigen stützen, sondern beruht auf Zuordnung der Kostenarten nach dem Schwerpunkt in der Aufbereitung. Hiernach werden folgende Aufwendungen zu den gesetzlichen gerechnet: Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, gesetzliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen, auf diese Weise ergab sich 1988 folgender Anteil der gesetzlichen Personalnebenkosten in % der gesamten Personalnebenkosten:

Großhandel	Einzelhandel	Bankgewerbe	Versicherungsgewerbe	Produzierendes Gewerbe
49	48	34	36	45

Entwicklung der Arbeitskosten 1984 bis 1988

In den Wirtschaftszweigen des erfaßten Dienstleistungsbereichs entwickelten sich die Aufwendungen je Arbeitnehmer von 1984 bis 1988 recht unterschiedlich (siehe Tabelle 5); während die Zuwachsraten der Arbeitskosten

Tabelle 5 Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzierenden Gewerbe (Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr²⁾)

Kostenart	Großhandel ³⁾			Einzelhandel ⁴⁾			Bankgewerbe			Versicherungsgewerbe			Produzierendes Gewerbe		
	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1984	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1984	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1984	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1984	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber 1984
Arbeitskosten insgesamt	49 294	55 843	+ 13,3	39 422	43 731	+ 10,9	61 715	72 591	+ 17,6	66 847	78 421	+ 17,3	53 987	62 058	+ 14,9
Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	30 092	33 787	+ 12,3	23 495	26 083	+ 11,0	31 413	36 482	+ 16,1	34 410	40 066	+ 16,4	30 131	34 383	+ 14,1
Personalnebenkosten insgesamt	19 202	22 057	+ 14,9	15 927	17 648	+ 10,8	30 301	36 109	+ 19,2	32 437	38 354	+ 18,2	23 857	27 674	+ 16,0
Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	9 055	10 772	+ 19,0	7 395	8 538	+ 15,5	10 366	12 442	+ 20,0	11 447	13 735	+ 20,0	10 436	12 316	+ 18,0
Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	3 516	3 921	+ 11,5	2 731	2 954	+ 8,2	7 273	8 675	+ 19,3	7 569	8 414	+ 11,2	4 643	5 409	+ 16,5
Gratifikationen	2 262	2 539	+ 12,2	1 661	1 826	+ 9,9	6 433	7 430	+ 15,5	5 254	6 031	+ 14,8	2 696	3 220	+ 19,4
Urlaubsgeld	805	934	+ 16,0	786	858	+ 9,2	332	413	+ 24,4	1 730	1 801	+ 4,1	1 450	1 688	+ 16,4
Vermögenswirksame Leistungen	449	449	0,0	285	269	- 5,6	507	833	+ 64,3	584	582	- 0,3	496	501	+ 1,0
Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	6 395	7 450	+ 16,5	5 323	5 785	+ 8,7	7 489	8 547	+ 14,1	8 503	9 849	+ 15,8	7 247	8 416	+ 16,1
Urlaubsvergütung	3 909	4 552	+ 16,4	3 291	3 591	+ 9,1	4 436	5 122	+ 15,5	4 876	5 773	+ 18,4	4 229	4 893	+ 15,7
Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	998	1 238	+ 24,0	942	1 015	+ 7,7	1 279	1 482	+ 15,9	1 492	1 867	+ 25,1	1 433	1 690	+ 17,9
Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 487	1 661	+ 11,7	1 091	1 179	+ 8,1	1 774	1 944	+ 9,6	2 135	2 209	+ 3,5	1 585	1 833	+ 15,6
Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	6 524	7 803	+ 19,6	5 312	6 272	+ 18,1	7 259	8 958	+ 23,4	7 752	9 558	+ 23,3	7 299	8 678	+ 18,9
Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	1 210	1 130	- 6,6	688	651	- 5,4	4 550	5 502	+ 20,9	5 798	6 734	+ 16,1	2 357	2 718	+ 15,3
darunter Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	545	358	- 34,3	287	212	- 26,1	1 774	1 941	+ 9,4	2 839	2 239	- 21,1	1 197	1 044	- 12,8
Aufwendungen für die berufliche Bildung	804	974	+ 21,1	1 311	1 362	+ 3,9	1 890	2 400	+ 27,0	1 177	1 951	+ 65,8	854	999	+ 17,0
Ubrige Personalnebenkosten	753	778	+ 3,3	560	623	+ 11,3	1 840	2 026	+ 10,1	1 639	1 848	+ 12,8	1 457	1 454	- 0,2
Löhne und Gehälter ⁹⁾	40 003	45 158	+ 12,9	31 550	34 822	+ 10,4	46 175	53 705	+ 16,3	50 481	58 329	+ 15,5	42 020	48 208	+ 14,7

1) Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurde im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — 2) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende — 3) Ohne Rückgewinnung — 4) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen — 5) Laufend gezahltes Entgelt für die geleistete Arbeitszeit (Jahreslohn- und -gehaltssumme vermindert um die Sonderzahlungen, die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie soziale Bestandteile, wie z. B. Verheirateten- und Kinderzuschläge) — 6) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen — 7) Zahlungen, die im allgemeinen nicht laufend bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung geleistet werden — 8) Differenz der Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG am 31. 12. und 1. 1. des jeweiligen Erhebungsjahres — 9) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage

im Einzelhandel (+ 11 %) und Großhandel (+ 13 %) erheblich unter dem Vergleichswert für das Produzierende Gewerbe (+ 15 %) lagen, sind im Bankgewerbe (+ 18 %) und Versicherungsgewerbe (+ 17 %) deutlich höhere Wachstumsraten ermittelt worden. Die relativ geringe Wachstumsrate im Einzelhandel ist zum Teil auf eine Untererfassung der kleineren Unternehmen im Jahr 1984 zurückzuführen; so wurden 1984 nur 19 500 Kleinunternehmen, 1988 dagegen 22 200 nachgewiesen. Als Auswahlgrundlage der Stichprobe diente die damals wertgehend veraltete Handels- und Gaststättenzählung 1979.

Die Personalnebenkosten waren von 1984 bis 1988 im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Großhandel deutlich stärker als das Entgelt für geleistete Arbeit gestiegen. Die im Produzierenden Gewerbe zu beobachtende Tendenz zur Angleichung der Zuwachsraten dieser beiden Größen war vor allem im Handel, insbesondere im Einzelhandel, in dem sich diese Werte von 1984 bis 1988 nahezu gleich entwickelt haben, festzustellen, während sie im Bank- und Versicherungsgewerbe allenfalls sehr schwach ausgeprägt war, wie folgende Aufstellung zeigt:

Wirtschaftsbereich	Zeitraum	Entgelt für geleistete Arbeit	Personalnebenkosten	Zunahme in %	
Großhandel	1978 bis 1981	20,1	28,9		
	1981 bis 1984	13,0	16,3		
	1984 bis 1988	12,3	14,9		
Einzelhandel	1978 bis 1981	11,4	18,2		
	1981 bis 1984	16,1	19,4		
	1984 bis 1988	11,0	10,8		
Bankgewerbe	1978 bis 1981	16,5	19,4		
	1981 bis 1984	14,8	16,3		
	1984 bis 1988	16,1	19,2		
Versicherungsgewerbe	1978 bis 1981	14,5	25,8		
	1981 bis 1984	15,8	18,0		
	1984 bis 1988	15,7	18,2		
Produzierendes Gewerbe	1978 bis 1981	17,8	26,9		
	1981 bis 1984	13,1	18,7		
	1984 bis 1988	14,1	16,0		

In allen Wirtschaftszweigen stiegen die gesetzlichen Personalnebenkosten stärker als der Gesamtwert; hierzu trug insbesondere die besondere Erhöhung der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung bei, die auf die vollständigere Erfassung der Sonderzahlungen durch die Sozialversicherung sowie höhere Krankenversicherungsbeiträge zurückzuführen ist, sowie im Großhandel und Versicherungsgewerbe noch zusätzlich die ungewöhnlich großen Zunahmen der Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall; demgegenüber hatten diese Zahlungen im Einzelhandel deutlich geringere Zuwachsraten als die Löhne und Gehälter insgesamt. Dies ist teilweise eine Folge der stärkeren Einbeziehung von Kleinunternehmen, die im allgemeinen einen geringeren Krankenstand aufweisen, teils auch einer Reduktion des Krankenstandes in Großunternehmen.

Unter den tariflichen und freiwilligen Personalnebenkosten stiegen die Sonderzahlungen — im Gegensatz zum Produzierenden Gewerbe — etwas weniger als die Löhne und Gehälter. Die Entwicklung dieser Kostenart wurde vor allem durch die Stagnation der vermögenswirksamen Leistungen der Arbeitgeber verlangsamt. Eine Ausnahme macht allerdings das Bankgewerbe, in dem als einzigem Wirtschaftszweig die vom 4. Vermögensbildungsgesetz

angebotenen Möglichkeiten ausgenutzt worden sind. Hierdurch ergab sich in diesem Wirtschaftszweig auch insgesamt für die Sonderzahlungen eine etwas höhere Zuwachsrate als bei den Löhnen und Gehältern.

Eine auffällige Entwicklung ist bei der wichtigsten freiwilligen Kostenart in diesem Wirtschaftsbereich, den Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung, zu beobachten. Im Handel ist hier allgemein ein Rückgang zu beobachten, während im Bankgewerbe 1988 mit 21 % (20,9 %) eine relativ hohe Zunahme gegenüber 1984 festzustellen ist. Wird jedoch berücksichtigt, daß in dieser Position 1988 auch die Aufwendungen für den Vorruhestand, der nicht als betriebliche Altersversorgung im engeren Sinn anzusprechen ist, enthalten sind, und werden diese Zahlungen aus dieser Position eliminiert, so ergibt sich auch für das Bankgewerbe nur eine Zunahme von 16 % (im Versicherungsgewerbe sogar nur von 2 %). Ausschlaggebend für den Rückgang oder die geringe Zunahme der Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung waren 1988 vor allem die auch im Produzierenden Gewerbe beobachteten relativ geringen Nettorückstellungen für Pensionsverpflichtungen, wie Tabelle 6 zeigt

Tabelle 6 Aufwendungen je Arbeitnehmer¹⁾ für die Alterssicherung 1988 nach Formen

Art der Aufwendungen für die Alterssicherung	Großhandel ²⁾		Einzelhandel ³⁾		Bankgewerbe		Versicherungsgewerbe					
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%				
Rentenzahlungen aufgrund betrieblicher Ruhegeldzusagen	361	+	1,4	232	+	35,7	1360	+	15,4	2017	+	18,5
Nettozuführung zu Pensionsrückstellungen	358	-	34,2	211	-	26,5	1941	+	9,4	2238	-	21,1
Zuweisungen an Pensionskassen	42	-	39,1	37	-	9,8	968	+	28,6	673	+	49,2
Unterstützungskassen	98	+	206,3	43	-	57,4	106	+	120,8	45	+	80,0
Pramien für Direktversicherungen	190	+	21,8	92	+	46,0	179	+	79,0	441	+	24,2
Sonstige Aufwendungen	81	+	50,0	36	+	44,0	952	+	37,0	1322	+	208,9

¹⁾ Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet — ²⁾ Ohne Rückgewinnung — ³⁾ Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen

Hervorzuheben sind schließlich die relativ starken Zunahmen bei den Aufwendungen für die berufliche Bildung im Großhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe. Werden von dieser Position die Ausbildungsvergütungen subtrahiert, so ergaben sich für diese bereinigte Position, die als Weiterbildungsaufwendungen im engeren Sinne anzusprechen ist, Zuwachsraten zwischen 80 % (Versicherungsgewerbe) und 36 % (Großhandel) — allerdings auf einer noch recht schmalen Basis (204 bis 660 DM).

Dipl.-Mathematiker Horst Söll/
Dipl.-Volkswirt Peter Kaukewitsch

Auszubildende 1989

Im folgenden Beitrag werden die wichtigsten Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik für das Jahr 1989 dargestellt. Diese Statistik liefert insbesondere Angaben über Größe und Struktur des Bestandes an Auszubildenden am Jahresende, über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Teilnehmer an Abschlußprüfungen¹⁾.

Überblick

Ende 1989 standen 1 552 000 Jugendliche²⁾ in einer betrieblichen Berufsausbildung. Davon waren 883 000 (56,9 %) junge Männer und 669 000 (43,1 %) junge Frauen. Die Gesamtzahl der Auszubildenden lag 1989 um 6,4 % (oder 105 000) unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis.

Von den Auszubildenden hatten 567 000 ihre Lehre im Berichtsjahr begonnen. Damit wurden 1989 7 % (43 000) weniger Neuabschlüsse von Ausbildungsverträgen registriert als 1988. Der anhaltende Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist in erster Linie demographisch begründet und im Zusammenhang mit dem Rückgang der Zahl der Schulabgänger zu sehen, der nach 1984 einsetzte. Am Ende des Schuljahres 1988/89 wurden nur noch 705 000 Schüler aus allgemeinbildenden Schulen entlassen; das waren 8 % weniger als im Jahr zuvor.

Die Zahl der Teilnehmer an Abschlußprüfungen folgt mit zeitlicher Verzögerung dem Trend der Zugangsstatistik. Sie lag 1989 mit 676 000 um 6 % (43 000) unter dem Vorjahreswert.

Ausbildungsbereiche

Die Gliederung der Auszubildenden nach Ausbildungsbereichen ist nicht deckungsgleich mit der Gliederung der

Tabelle 1 Auszubildende, neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Teilnehmer an Abschlußprüfungen
Stand jeweils 31. Dezember

Jahr	Auszubildende		Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge		Teilnehmer an Abschlußprüfungen	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1978	1 517 373	+ 8,6	621 016	+ 8,6	539 031	+ 1,0
1979	1 644 619	+ 8,4	656 389	+ 5,7	555 090	+ 3,0
1980	1 715 481	+ 4,3	669 901	+ 2,1	624 681	+ 12,5
1981	1 676 877	- 2,3	620 788	- 7,3	666 990	+ 6,8
1982	1 675 864	- 0,1	649 367	+ 4,6	693 817	+ 4,0
1983	1 722 416	+ 2,8	701 183	+ 8,0	692 106	- 0,2
1984	1 800 141	+ 4,5	723 464	+ 3,2	677 458	- 2,1
1985	1 831 501	+ 1,7	709 322	- 2,0	705 495	+ 4,1
1986	1 805 247	- 1,4	696 403	- 1,8	750 946	+ 6,4
1987	1 738 687	- 4,1	659 112	- 5,9	757 959	+ 0,6
1988	1 657 960	- 4,6	610 264	- 7,4	719 513	- 5,1
1989	1 552 534	- 6,4	567 389	- 7,0	676 241	- 6,0

Ausbildungsbetriebe nach Wirtschaftszweigen. Maßgeblich für die Zuordnung der Auszubildenden zu Ausbildungsbereichen ist die für die Berufsausbildung gesetzlich zuständige Stelle³⁾. Das ist in der Regel die berufsständische Kammer, die das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse führt. So wird zum Beispiel ein bei einer Stadtverwaltung auszubildender Gärtner nicht dem Ausbildungsbereich Öffentlicher Dienst zugeordnet, sondern dem Bereich Landwirtschaft, weil die Landwirtschaftskammer die für die Ausbildung zuständige Stelle ist. Die Ausbildungsbereiche der Berufsbildungsstatistik geben also die tatsächliche Ausbildungsleistung der gleichlautenden Wirtschaftszweige nicht ganz exakt wieder. Insbesondere wird der Anteil des Öffentlichen Dienstes an der Berufsausbildung zu gering dargestellt, weil seine Ausbildungsleistung in Berufen der gewerblichen Wirtschaft den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk zugerechnet wird. Ebenfalls zu gering wird in der Berufsbildungsstatistik der Berufsnachwuchs der Freien Berufe wiedergegeben, weil einige der dort angebotenen Ausbildungsberufe in den Zuständigkeitsbereich der Industrie-

¹⁾ Ausführliche Ergebnisse enthält der jährliche Berichtsband der Fachserie 11, Reihe 3 „Berufliche Bildung“, in dem auch Angaben über Ausbilder und Ausbildungsberater ausgewiesen sind.

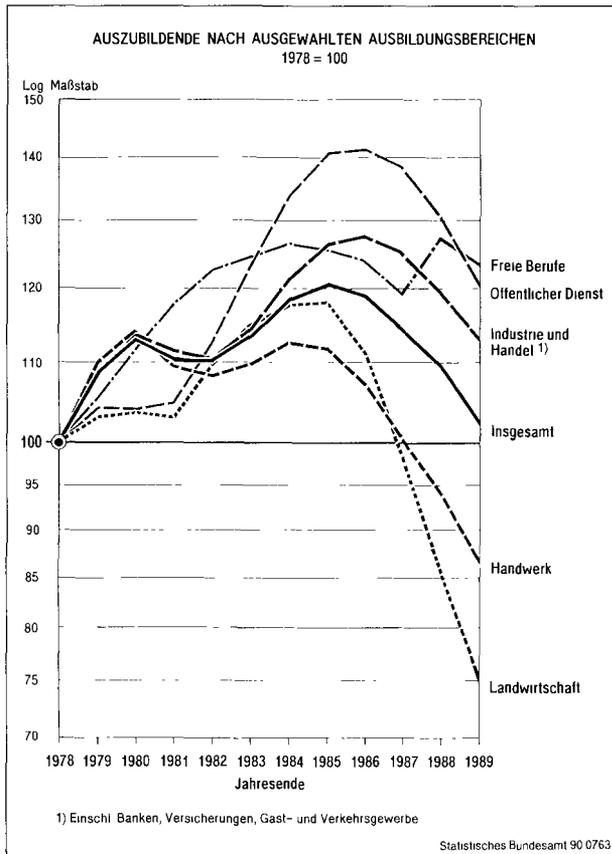
²⁾ Der Begriff „Jugendliche“ bezieht sich hier und im folgenden auf alle Auszubildenden, die auch auf solche, die das 18. Lebensjahr bereits vollendet haben.

³⁾ Nähere Erläuterungen zur Abgrenzung der Ausbildungsbereiche enthält der jährliche Berichtsband der Fachserie 11, Reihe 3 „Berufliche Bildung“.

Tabelle 2 Auszubildende und neu abgeschlossene Ausbildungsverträge am 31. Dezember 1989 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Auszubildende			Darunter neu abgeschlossene Ausbildungsverträge	1989 gegenüber 1988			
	insgesamt	Männer	Frauen		insgesamt	Männer	Frauen	neu abgeschlossene Ausbildungsverträge
	Anzahl				%			
Industrie und Handel ¹⁾	783 274	439 824	343 450	294 108	- 5,3	- 5,1	- 5,5	- 7,6
Gewerbliche Berufe	315 676	268 497	47 179	103 178	- 5,2	- 5,7	- 2,6	- 9,1
Kaufmännische Berufe	467 598	171 327	296 271	190 930	- 5,4	- 4,3	- 6,0	- 6,8
Handwerk	532 546	383 465	149 081	184 207	- 7,8	- 7,4	- 8,9	- 8,3
Gewerbliche Berufe	469 481	374 675	94 806	162 599	- 7,5	- 7,6	- 7,2	- 7,5
Kaufmännische Berufe ²⁾	63 065	8 790	54 275	21 608	- 10,2	- 0,5	- 11,6	- 14,0
Landwirtschaft	33 810	22 519	11 291	13 645	- 12,2	- 12,3	- 12,1	- 9,6
Öffentlicher Dienst	62 213	32 040	30 173	21 781	- 7,6	- 7,9	- 7,3	- 7,2
Freie Berufe	129 253	4 911	124 342	49 133	- 3,2	- 0,2	- 3,3	+ 3,9
Hauswirtschaft ³⁾	10 955	211	10 744	4 335	- 14,8	- 2,8	- 15,0	- 10,7
Seeschifffahrt	483	469	14	180	- 22,6	- 22,6	- 22,2	- 15,9
Insgesamt	1 552 534	883 439	669 095	567 389	- 6,4	- 6,4	- 6,3	- 7,0

¹⁾ Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe — ²⁾ Einschl. sonstiger Berufe im Handwerk — ³⁾ Hauswirtschaft im städtischen Bereich



und Handelskammern fallen (z. B. Technischer Zeichner, Bürogehilfe).

In Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe) war 1989 die Hälfte aller Auszubildenden (50,4 %) beschäftigt, im Handwerk wurden 34,3 % der Jugendlichen ausgebildet, in der Landwirtschaft 2,2 %, im Öffentlichen Dienst 4 %, in den Freien Berufen 8,3 %, in der Hauswirtschaft und der Seeschifffahrt zusammen 0,7 %.

Der seit 1986 anhaltende Rückgang der Nachfrage nach betrieblichen Ausbildungsplätzen traf die sieben Ausbildungsbereiche in unterschiedlichem Maße. Wie schon im Vorjahr, haben auch 1989 die handwerklichen Ausbildungsberufe überdurchschnittlich an Nachwuchskräften verloren. Hier wurden rund 733 000 und damit 7,8 % oder 45 000 Auszubildende weniger gezählt. Die Zahl der im Handwerk ausgebildeten Jugendlichen lag 1989 um fast

ein Viertel niedriger (24,2 %) als im Jahr 1980, in dem ein Höchstwert erreicht worden war. Auch der Rückgang der 1989 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf 184 000 lag im Handwerk mit 8,3 % über dem Durchschnitt⁴⁾.

Mit 783 000 hat sich die Zahl der Auszubildenden in Industrie und Handel im Vergleich zum Vorjahr um 5,3 % oder 44 000 vermindert. In diesem Bereich ist der Bestand an Auszubildenden jetzt wieder auf das Niveau des Jahres 1980 zurückgegangen. Mit 294 000 Neuabschlüssen lag das Ergebnis 1989 um 7,6 % unter dem des Vorjahres

Die Ausbildungsbereiche Öffentlicher Dienst mit 62 000 (— 7,6 %), Landwirtschaft mit 34 000 (— 12,2 %), Hauswirtschaft mit 11 000 (— 14,8 %) und Seeschifffahrt mit weniger als 500 Auszubildenden (— 22,6 %) mußten ebenfalls einen überdurchschnittlichen Rückgang verzeichnen. Sie haben 1989 insgesamt 12 000 Jugendliche weniger als im Vorjahr ausgebildet.

Bei den Freien Berufen sank die Zahl der Auszubildenden dagegen nur um 3,2 % oder 4 300 auf 129 000, weil hier die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr um 3,9 % oder 1 800 auf 49 000 anstieg. Dieser Anstieg kam dadurch zustande, daß 1988 bei den Arzthelfer/innen infolge einer Verlängerung der Ausbildungsdauer auf drei Jahre vorübergehend weniger Ausbildungsplätze neu besetzt werden konnten (12 200 gegenüber 16 200 im Jahr 1987). Im Berichtsjahr 1989 waren es dann wieder 15 700. Die „Arzthelferin“ zählt zu einem der beliebtesten Ausbildungsberufe junger Frauen; in der Rangfolge der am stärksten besetzten Ausbildungsberufe stand er auch 1989 an vierter Stelle⁵⁾.

Weibliche Auszubildende

In den letzten zehn Jahren sind hinsichtlich der Berufswahl junger Frauen keine größeren Veränderungen eingetreten. Die Nachfrage der Mädchen nach gewerblich-technischen Berufen ist insgesamt noch sehr gering. In einzelnen Ausbildungsberufen lassen sich aber Steigerungen feststellen, die zumindest tendenziell Veränderungen in der Berufswahl erkennen lassen⁶⁾. In den gewerblichen Ausbildungsberufen von Industrie und Handel sowie Handwerk

⁴⁾ Zur Entwicklung der Neuabschlüsse siehe auch Tabelle auf Seite 401*

⁵⁾ Siehe „Zur Struktur der Ausbildungsberufe“ in WiSta 3/1990, S. 212 ff.

⁶⁾ Siehe „Auszubildende 1987“ in WiSta 10/1988, S. 728 ff.

Tabelle 3 Ausländische Auszubildende nach Ausbildungsbereichen
Stand jeweils 31. Dezember

Jahr	Ausländische Auszubildende		Davon im Ausbildungsbereich					
	insgesamt	Veränderung gegenüber 1982	Industrie und Handel ¹⁾	Handwerk	Landwirtschaft	Öffentlicher Dienst	Freie Berufe	Übrige Bereiche ²⁾
1982	42 239	—	16 536	24 370	—	261	1 010	62
1983	45 194	+ 7,0	18 780	24 624	172	304	1 191	123
1984	49 175	+ 16,4	20 102	26 978	181	383	1 397	134
1985	51 396	+ 21,7	21 394	27 455	160	432	1 783	172
1986	57 319	+ 35,7	23 569	30 524	172	554	2 350	150
1987	63 625	+ 50,6	25 446	34 548	143	577	2 709	202
1988	73 198	+ 73,3	29 353	38 987	163	669	3 811	215
1989	83 646	+ 98,0	34 890	42 350	196	834	5 120	256

¹⁾ Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe — ²⁾ Hauswirtschaft im städtischen Bereich und Seeschifffahrt

Tabelle 4: Ausländische Auszubildende am 31. Dezember 1989 nach Ausbildungsbereichen und Staatsangehörigkeit

Ausbildungsbereich	Ausländische Auszubildende		Land der Staatsangehörigkeit						
	insgesamt	Anteil an den Auszubildenden insgesamt	Italien	Griechenland	Spanien	Portugal	Turkei	Jugoslawien	sonstige Staatsangehörigkeit ¹⁾
	Anzahl	%	Anzahl						
Industrie und Handel ²⁾	34 890	4,5	3 711	1 611	1 476	890	15 869	6 098	5 235
Gewerbliche Berufe	20 895	6,6	1 702	846	695	456	11 642	3 035	2 519
Kaufmännische Berufe	13 995	3,0	2 009	765	781	434	4 227	3 063	2 716
Handwerk	42 350	8,0	5 427	2 637	1 408	1 023	19 025	5 977	6 853
Gewerbliche Berufe	40 018	8,5	5 060	2 552	1 312	962	18 256	5 472	6 404
Kaufmännische Berufe ³⁾	2 332	3,7	367	85	96	61	769	505	449
Landwirtschaft	196	0,6	14	—	4	5	11	14	148
Öffentlicher Dienst	834	1,3	116	50	42	28	265	186	147
Freie Berufe	5 120	4,0	380	270	178	84	2 471	806	931
Hauswirtschaft ⁴⁾	253	2,3	37	18	11	8	68	39	72
Seeschifffahrt	3	0,6	—	—	—	—	—	—	3
Insgesamt	83 646	5,4	9 685	4 586	3 119	2 038	37 709	13 120	13 389

¹⁾ Einschl. staatenlos, ungeklärte Staatsangehörigkeit und ohne Angabe — ²⁾ Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe — ³⁾ Einschl. sonstiger Berufe im Handwerk — ⁴⁾ Hauswirtschaft im städtischen Bereich

zusammen wurden 1989 142 000 weibliche Lehrlinge ausgebildet; das entspricht einem Frauenanteil von 18,1 %. In den kaufmännischen Berufen dagegen liegt der Frauenanteil traditionell sehr hoch; er machte 1989 in Industrie und Handel 63,4 %, im Handwerk 86,1 % aus.

Eine ausgesprochene Frauendomäne ist die Ausbildung im Bereich der Freien Berufe und der Hauswirtschaft, wo der Frauenanteil 1989 bei 96,2 bzw. 98,1 % lag.

Von den Auszubildenden im Öffentlichen Dienst war fast die Hälfte (48,5 %) und in der Landwirtschaft ein Drittel (33,4 %) weiblichen Geschlechts.

Ausländische Auszubildende

Die Zahl der ausländischen Auszubildenden stieg 1989 gegenüber dem Vorjahr um 14,3 % auf 84 000, so daß sich ihr Anteil an den Auszubildenden insgesamt auf 5,4 % erhöhte. Damit hat sich ihre Zahl gegenüber 1982, als sie im Rahmen der Berufsbildungsstatistik erstmals gesondert erfaßt wurden, nahezu verdoppelt (+ 98 %)⁷⁾.

Bei den ausländischen Jugendlichen ist die Konzentration auf die beiden größten Ausbildungsbereiche noch auffälliger als bei den Deutschen. Über die Hälfte (51 %) der ausländischen Auszubildenden erlernte einen handwerklichen Beruf und 42 % von ihnen wurden in Industrie und Handel ausgebildet.

Die Gliederung der ausländischen Auszubildenden nach der Staatsangehörigkeit entspricht weitgehend dem bei den ausländischen Arbeitnehmern gewohnten Bild. Die rund 38 000 türkischen Auszubildenden machten mit 45 % die weitaus größte Gruppe aller Ausländer aus. Mit großem Abstand folgten die jugoslawischen und italienischen Auszubildenden, die Anteile von 16 bzw. 12 % erreichten. Von den übrigen ausländischen Auszubildenden stammten 5,5 % aus Griechenland, 4 % aus Spanien und 2 % aus Portugal. Der Anteil der Nationalitäten am Zuwachs der Auszubildenden seit 1982 war unterschiedlich. Neben den

türkischen Jugendlichen waren es vor allem die Kinder jugoslawischer Eltern, die sich verstärkt einer betrieblichen Berufsausbildung zuwandten.

Schulische Vorbildung

Die schulische Vorbildung der Auszubildenden wird noch nicht in allen Ausbildungsbereichen einheitlich erfaßt. Im Handwerk und in der Seeschifffahrt wird dieses Merkmal nur für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gemeldet, in den übrigen Ausbildungsbereichen dagegen für alle Auszubildenden. Auch bestehen in einzelnen Kamerbereichen noch Meldelücken, vor allem bei den Freien Berufen, wo 1989 für 21 % der Auszubildenden keine Angaben zur schulischen Vorbildung gemeldet wurden.

1989 lagen für 1 204 000 oder rund 78 % aller Auszubildenden Angaben über ihre schulische Vorbildung vor. Sie lassen erkennen, daß der anhaltende Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bei den Schulabgängern auch das Qualifikationsniveau der Auszubildenden beeinflusst. In Industrie und Handel hatten 1989 nur noch knapp 28 % der Auszubildenden eine Hauptschule (mit oder ohne Abschluß) besucht. 1983, als die schulische Vorbildung erstmals erfaßt wurde, betrug dieser Anteil noch 36 %. Über einen Realschul- oder einen gleichwertigen Abschluß verfügten im letzten Berichtsjahr 35 %, über die Hochschul- oder Fachhochschulreife 19 % der Auszubildenden. In den gewerblichen Industrie- und Handelsberufen sind Abiturienten weniger vertreten als bei den kaufmännischen Berufen; die Hauptschul- und Realschulabgänger wurden im kaufmännischen Bereich am deutlichsten von Abiturienten verdrängt, deren Anteil hier 27 % erreicht hat. Der Anteil der Absolventen einer Berufsfachschule lag 1989 in Industrie und Handel bei 12 %. Für die Ausbildung in der Landwirtschaft wird in einigen Bundesländern der Abschluß eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres vorausgesetzt. Deshalb ist hier der Anteil dieser Absolventen relativ hoch (27 %). In den Ausbildungsgängen des Öffentlichen Dienstes dominieren Auszubildende mit mittleren und höheren Bildungsabschlüssen (70 %). Auch von den Angehörigen der Freien Berufe werden Schulabgänger mit mittleren Abschlüssen oder dem Abitur bevorzugt als Auszubildende eingestellt (58 %). Im letzten Berichtsjahr konnten in

⁷⁾ Die über ausländische Auszubildende verfügbaren statistischen Angaben sind in einer Arbeitsunterlage zusammengestellt. Diese kann vom Statistischen Bundesamt, Gruppe VII C, kostenlos bezogen werden.

Tabelle 5 Auszubildende am 31. Dezember 1989 nach Ausbildungsbereichen und schulischer Vorbildung¹⁾

Ausbildungsbereich	Auszubildende insgesamt	Schulische Vorbildung ²⁾							
		ohne Hauptschulabschluß ⁶⁾	Hauptschulabschluß	Realschul- oder gleichwertiger Abschluß ⁷⁾	Hochschul-/ Fachhochschulreife ⁸⁾	Besuch eines (einer)			Sonstige und ohne Angabe
						schulischen Berufsgrundbildungsjahres	Berufsfachschule	Berufsvorbereitungsjahres	
		%							
Auszubildende insgesamt									
Industrie und Handel ³⁾	783 274	0,7	27,0	35,1	19,2	3,4	12,3	0,5	1,8
Gewerbliche Berufe	315 676	1,3	37,5	40,4	7,5	4,9	5,9	0,7	1,9
Kaufmännische Berufe	467 598	0,4	19,9	31,6	27,0	2,4	16,6	0,3	1,7
Landwirtschaft	33 810	3,2	22,9	24,5	13,6	26,5	4,6	0,6	4,1
Öffentlicher Dienst	62 213	0,0	9,9	53,2	17,0	11,6	7,7	0,1	0,4
Freie Berufe	129 253	0,3	11,9	46,1	12,1	0,5	8,2	0,2	20,8
Hauswirtschaft ⁴⁾	10 955	20,3	34,5	7,5	0,7	7,0	15,3	6,3	8,5
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge									
Handwerk	184 207	5,3	53,1	18,1	5,2	7,1	6,5	1,4	3,3
Gewerbliche Berufe	162 599	5,2	53,3	17,9	5,4	7,6	6,1	1,5	3,0
Kaufmännische Berufe ⁵⁾	21 608	5,6	52,1	19,8	3,5	2,9	9,3	1,3	5,5
Seeschifffahrt	180	5,0	36,7	21,7	32,8	3,9	—	—	—

1) In den Bereichen Handwerk und Seeschifffahrt sind nur die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nach schulischer Vorbildung erfaßt worden — 2) Jeder Auszubildende ist nur einmal berücksichtigt, wobei er entweder nach dem zuletzt erreichten Abschluß oder nach der zuletzt besuchten Schule zugeordnet worden ist — 3) Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe — 4) Hauswirtschaft im städtischen Bereich — 5) Einschl. sonstiger Berufe im Handwerk — 6) Einschl. Abgänger von Sonderschulen — 7) Einschl. Abgänger von Fachoberschulen ohne Fachhochschulreife — 8) Einschl. Abgänger von Hoch- und Fachhochschulen

diesem Bereich allerdings wieder vermehrt auch Hauptschulabgängerinnen unterkommen (12 %). In der Hauswirtschaft stellten Hauptschüler und Absolventen einer Berufsfachschule über zwei Drittel (70 %) der Auszubildenden. Der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß war in diesem Bereich am größten.

Gemessen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wurden Berufe im Handwerk hauptsächlich von Hauptschulabsolventen angestrebt (58,4 %). 18 % der Lehrlinge im Handwerk konnten 1989 bei Beginn ihrer Ausbildung einen Realschul- oder einen gleichwertigen Abschluß vorweisen. Anders als im Bereich Industrie und Handel unterschied sich die schulische Vorbildung der Auszubildenden im Handwerk in den gewerblichen und den kaufmännischen Berufen kaum. Abiturienten waren im Handwerk mit 5 % vergleichsweise selten vertreten.

Prüfungsteilnehmer

Am Ende der Berufsausbildung steht im Regelfall eine Abschlußprüfung, mit der die für den Ausbildungsberuf vorgeschriebenen Fertigkeiten und Kenntnisse nachzuweisen sind. Zur Abschlußprüfung wird zugelassen, wer

eine der Ausbildungsordnung entsprechende Berufsausbildung durchlaufen hat. Außerdem können unter bestimmten Voraussetzungen auch Berufstätige ohne ordnungsmaße Berufsausbildung, jedoch mit langjähriger Praxis, sowie Personen, die an beruflichen Schulen oder sonstigen Einrichtungen ausgebildet wurden, an den Abschlußprüfungen teilnehmen.

Auch diese sogenannten „externen“ Prüfungsteilnehmer sind in den folgenden Prüfungsergebnissen enthalten; ihr Anteil ist sehr gering. Ferner wurden die Teilnehmer an Wiederholungsprüfungen miteinbezogen.

Im Berichtsjahr 1989 haben 368 000 (54 %) junge Männer und 308 000 (46 %) junge Frauen vor den Prüfungsausschüssen der Kammern und entsprechender Stellen eine Prüfung abgelegt. 88 % der männlichen und 90 % der weiblichen Prüfungsteilnehmer waren erfolgreich. Die besten Prüfungsergebnisse wurden im Ausbildungsbereich Öffentlicher Dienst und in den gewerblichen Ausbildungsberufen der Industrie und des Handels (jeweils 95 % bzw. 94 % erfolgreich) erreicht.

Die Verteilung der Prüfungsteilnehmer insgesamt auf die einzelnen Ausbildungsbereiche zeigt, daß 1989 mehr als

Tabelle 6 Teilnehmer an Abschlußprüfungen 1989 nach Ausbildungsbereichen und Prüfungserfolg

Ausbildungsbereich	Teilnehmer			Darunter mit bestandener Prüfung			
	insgesamt	Männer	Frauen	Männer		Frauen	
				Anzahl	%	Anzahl	%
Industrie und Handel ¹⁾	364 298	189 623	174 675	173 735	91,6	155 890	89,2
Gewerbliche Berufe	127 865	103 430	24 435	96 376	93,2	22 983	94,1
Kaufmännische Berufe	236 433	86 193	150 240	77 359	89,8	132 907	88,5
Handwerk	205 369	148 683	56 686	122 897	82,7	50 054	88,3
Gewerbliche Berufe	180 800	145 463	35 337	119 981	82,5	30 342	85,9
Kaufmännische Berufe ²⁾	24 569	3 220	21 349	2 916	90,6	19 712	92,3
Landwirtschaft	19 134	13 058	6 076	11 507	88,1	5 656	93,1
Öffentlicher Dienst	27 533	14 359	13 174	13 559	94,4	12 653	96,0
Freie Berufe	49 941	2 006	47 935	1 782	88,8	44 796	93,5
Hauswirtschaft ³⁾	9 510	115	9 395	100	87,0	8 548	91,0
Seeschifffahrt	456	449	7	384	85,5	7	100
insgesamt	676 241	368 293	307 948	323 964	88,0	277 604	90,1

1) Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe — 2) Einschl. sonstiger Berufe im Handwerk — 3) Hauswirtschaft im städtischen Bereich

die Hälfte (54 %) auf Industrie und Handel entfiel und nur knapp ein Drittel (30 %) aller Prüfungen im Handwerk abgelegt wurde. Das bedeutet, daß in Industrie und Handel wegen der großen Zahl kürzerer Ausbildungsgänge relativ mehr Ausbildungsverhältnisse beendet wurden als im Handwerk. Neben dem größeren Angebot an zweijährigen Ausbildungsgängen und den einjährigen Ausbildungsgängen in der Stufenausbildung wirkt sich im Bereich Industrie und Handel auch das höhere Bildungsniveau auf die Ausbildungszeiten aus. Studienberechtigten und Absolventen einer Berufsfachschule wird die Ausbildungszeit in der Regel um ein Jahr verkürzt.

Dipl.-Volkswirtin Doris Stärk-Rötters

Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989

Die Personalstandstatistik des öffentlichen Dienstes erfaßt jährlich zum 30. Juni die Beschäftigten bei Dienststellen des unmittelbaren (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände [Gv.], kommunale Zweckverbände, Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost) und des mittelbaren¹⁾ öffentlichen Dienstes (Bundesanstalt für Arbeit, Sozialversicherungsträger, Träger der Zusatzversorgung).

Für diese Mitarbeiter werden Angaben über Art, Dauer und Umfang des Dienstverhältnisses, Aufgabenbereich, Laufbahngruppe, Einstufung, Geschlecht und Alter erhoben. Die Daten werden überwiegend auf Datenträgern aus automatisierten Verwaltungsdateien geliefert. Gegenwartig können für rund 90 % der Beschäftigten die Fortschritte der Verwaltungsautomation genutzt werden. Im Bereich der Kommunen und der Sozialversicherungsträger wird teilweise noch das herkömmliche Erhebungsverfahren mit Erhebungsvordrucken angewandt. Für diese Dienststellen gibt es ein vereinfachtes Merkmalsprogramm, das bei der Erhebung 1989 nur Art, Dauer und Umfang des Dienstverhältnisses der Beschäftigten umfaßte. Die übrigen Merkmale wurden durch Schätzung ermittelt. Da einer der Stadtstaaten keine Angaben für seine Beschäftigten machen konnte, entstand eine zusätzliche Datenlücke, die auf Basis der Vorjahresergebnisse gefüllt werden mußte. Der militärische Bereich der Bundeswehr wurde wie in den Vorjahren nicht in die Erhebung einbezogen. Für die Soldaten liegen nur die im Bundeshaushalt veröffentlichten Sollzahlen vor.

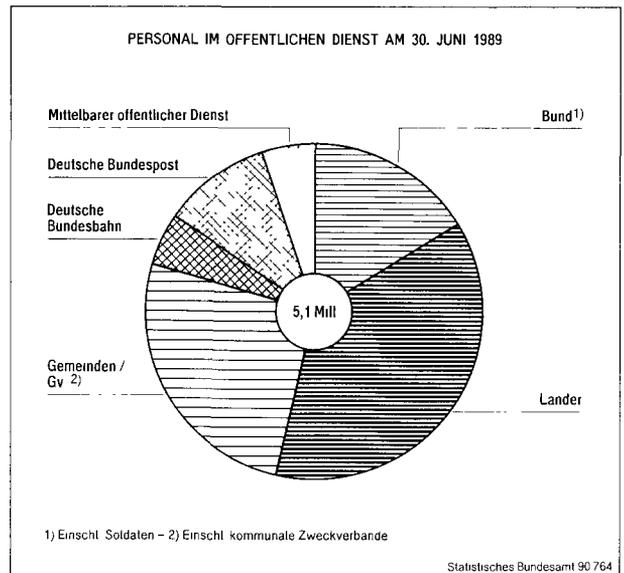
Leicht rückläufige Personalzahlen

Am 30. Juni 1989 umfaßte der Mitarbeiterstab des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland 4,62 Mill. Beschäftigte; das waren 8 300 oder 0,2 % weniger als im Vorjahr. Nachdem die Zahl der Bediensteten bis zum Jahr 1987 kontinuierlich angestiegen war, scheint im Gesamtbereich des öffentlichen Dienstes nunmehr eine Sättigungsgrenze erreicht zu sein. Inwieweit die in zwei Stufen vorgenommene Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksame Impulse auslöst, können allenfalls die nächsten Erhebungen zeigen.

Einschließlich der in der Personalstandstatistik nicht erfaßten Soldaten der Bundeswehr gehören rund 5,1 Mill. Beschäftigte zum öffentlichen Dienst; das waren gut 20 % aller abhängig Erwerbstätigen.

Von den erfaßten 4,62 Mill. Mitarbeitern standen knapp 4,09 Mill. in einem auf Dauer angelegten Dienst- bzw. Beschäftigungsverhältnis, 262 000 befanden sich in Ausbildung und 267 000 hatten einen befristeten Arbeitsvertrag. Diese Aufgliederung zeigt, daß die rückläufige Perso-

¹⁾ Soweit nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Finanzstatistik auskunftspflichtig



alentwicklung ausschließlich auf weniger Personal in Ausbildung zurückgeht. Die Zahl der Auszubildenden ist nämlich um 11 000 niedriger als im Jahr zuvor. Demgegenüber erhöhte sich das Stammpersonal um 1 000 Kräfte, und auch bei den befristeten Arbeitsverhältnissen trat ein leichter Anstieg (+ 2 000) ein.

Tabelle 1: Personal im öffentlichen Dienst

Stichtag 30 Juni Beschäftigungsbereich	Vollzeit- beschäftigte ¹⁾	Teilzeit- beschäftigte	Insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	1 000			%	
1980	3 801,5	618,4	4 419,9	+ 52,0	+ 1,2
1981	3 846,6	651,5	4 498,1	+ 78,2	+ 1,8
1982	3 850,8	681,2	4 532,0	+ 33,9	+ 0,8
1983	3 837,9	701,9	4 539,9	+ 7,9	+ 0,2
1984	3 821,2	732,6	4 553,8	+ 13,9	+ 0,3
1985	3 824,5	769,7	4 594,2	+ 40,5	+ 0,9
1986	3 826,4	798,2	4 624,6	+ 30,4	+ 0,7
1987	3 838,1	795,6	4 633,7	+ 9,1	+ 0,2
1988	3 809,1	816,6	4 625,7	- 8,0	- 0,2
1989	3 774,2	843,1	4 617,4	- 8,3	- 0,2
davon (1989)					
Unmittelbarer öffentlicher Dienst	3 548,2	811,6	4 359,8	- 10,8	- 0,2
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	2 818,6	701,3	3 519,9	- 4,0	- 0,1
Kommunale Zweckverbände	38,1	12,6	50,6	+ 0,5	+ 1,0
Deutsche Bundesbahn	254,7	3,1	257,8	- 11,0	- 4,1
Deutsche Bundespost	436,8	94,6	531,4	+ 3,6	+ 0,7
Mittelbarer öffentlicher Dienst	226,0	31,6	257,6	+ 2,5	+ 1,0

¹⁾ Ohne Soldaten

Mehr Teilzeitarbeit

Von den 4,62 Mill. Bediensteten übten 3,77 Mill. ihren Beruf als Vollzeit- und 843 000 als Teilzeitbeschäftigte aus. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist gegenüber dem Vorjahr um knapp 35 000 oder 0,9 % zurückgegangen, während im Teilzeitbereich 26 500 neue Arbeitsplätze eingerichtet wurden. Neben dem Abbau von Vollzeitarbeitsplätzen aus Rationalisierungsgründen, wie zum Beispiel bei der Deutschen Bundesbahn, haben zu dieser Entwicklung sicher auch der verstärkte Wechsel von einer Vollzeit- in eine Teilzeitbeschäftigung sowie die Besetzung freigewordener Vollzeitstellen mit Teilzeitkräften beigetragen. Der Trend zu mehr Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst hält damit weiter an. Ein verstärkter Personalbedarf aufgrund der am 1. April 1989 in Kraft getretenen Arbeitszeitverkür-

zung von 40 auf 39 Wochenarbeitsstunden ist anhand der Ergebnisse der Personalstandstatistik vorläufig nicht erkennbar.

Kaum Personalverstärkungen in den einzelnen Beschäftigungsbereichen

Bei den Dienststellen des unmittelbaren öffentlichen Dienstes waren am 30. Juni 1989 3,55 Mill. Vollzeit- und 812 000 Teilzeitkräfte tätig. Gegenüber dem Vorjahr wurden 36 000 Vollzeitbeschäftigte (— 1,0 %) weniger gezählt, während bei den Teilzeitbeschäftigten eine Zunahme (+ 25 000 oder 3,2 %) zu verzeichnen war. Die Zahl der Vollzeiterkräfte ist damit wieder auf das Niveau von 1979 gesunken. Gegenüber dem höchsten Beschäftigungsstand, der 1982 erreicht worden war, sind derzeit knapp 93 000 Vollzeitar-

beitsplätze weniger besetzt. Bei den Teilzeitbeschäftigten wurden dagegen seit 1980 266 000 Arbeitsplätze zusätzlich ausgewiesen. Die erweiterten Möglichkeiten, die berufliche Tätigkeit mit verkürzter Arbeitszeit auszuüben, sind folglich in starkem Umfang angenommen worden. Die geschilderte Gesamtentwicklung spiegelt sich im wesentlichen auch in der Personalwirtschaft der einzelnen öffentlichen Arbeitgeber wider.

Bei den Bundesbehörden (einschl. rechtlich unselbständiger Wirtschaftsunternehmen) waren Mitte 1989 310 800 vollzeit- und 21 100 teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter eingesetzt, das waren 1 500 Vollzeitbeschäftigte weniger und 900 Teilzeitbeschäftigte mehr als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Gegenüber 1980 wurden 5 400 weniger Vollzeit-, aber 7 600 Teilzeitkräfte mehr beschäftigt. Rechnet man die Teilzeitkräfte auf Vollzeitäquivalent um, so hat sich insgesamt gesehen der Mitarbeiterstab des Bundes im Verlauf der achtziger Jahre leicht verringert. Die rückläufige Entwicklung bei den Vollzeitbeschäftigten ist in erster Linie auf den größten Aufgabenbereich in der Zuständigkeit des Bundes, die zivile Verwaltung der Bundeswehr, mit einer Personalreduzierung um 5 200 Vollzeiterkräfte zurückzuführen.

Im Landesdienst waren 1,91 Mill. Beschäftigte tätig; davon übten 1,52 Mill. eine Vollzeit- und 391 000 eine Teilzeitbeschäftigung aus. Damit wurden geringfügig weniger Landesbedienstete (— 3 100) erfaßt als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ging zurück (— 17 500), während in Teilzeitarbeit mehr Mitarbeiter (+ 14 400) gezählt wurden. Gegenüber 1980 waren bei den Ländern 47 000 Vollzeitarbeitsplätze weniger besetzt. Andererseits wurde in diesem Zeitraum die Teilzeitbeschäftigung kräftig ausgeweitet. Durch 136 000 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse haben damit die Länder die besondere berufliche Situation von Frauen, die aufgrund ihrer Doppelbelastung in Beruf und Familie auf Teilzeitarbeitsplätze angewiesen sind, in ihrer Personalpolitik berücksichtigt. Durch den verstärkten Wechsel von Voll- in Teilzeitarbeit wurden auch zahlreiche Vollzeitarbeitsplätze frei, so daß trotz knapper Personalmittel viele Berufsanfänger eine Anstellung im Landesdienst gefunden haben.

Bei den kommunalen Arbeitgebern hat sich die Beschäftigungssituation gegenüber dem Vorjahr kaum geändert. Mitte 1989 waren 1,33 Mill. Beschäftigte im Dienst der Gemeinden/Gv. und der kommunalen Zweckverbände eingesetzt. Über 1 Mill. waren Vollzeiterkräfte, während knapp 300 000 als Teilzeitkräfte arbeiteten. Binnen Jahresfrist wurden 4 500 Vollzeiterkräfte weniger gezählt, während bei den Teilzeitbeschäftigten ein weiterer Anstieg um 4 700 eingetreten ist. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß die Kommunen ihr Stammpersonal sogar um 7 000 Vollzeitbeschäftigte erhöht haben, während sie beim Personal in Ausbildung (— 4 200) und bei den Beschäftigten mit befristetem Arbeitsvertrag (— 7 200) Kürzungen vornahmen. Seit 1980 haben die kommunalen Arbeitgeber insgesamt ihr Personal um 75 000 Vollzeit- und 55 000 Teilzeitbeschäftigte aufgestockt und somit auf lokaler Ebene zu einer gewissen Entlastung des Arbeitsmarktes, insbesondere auch im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, beigetragen.

Tabelle 2: Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis¹⁾
1 000

Beschäftigungsbereich	30 Juni 1989			30 Juni 1988	30 Juni 1980	
	Beamte und Richter	Ange-stellte	Arbeiter	Insgesamt		
Vollzeitbeschäftigte						
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	1 176,4	1 092,8	549,3	2 818,6	2 842,1	2 804,5
dar Frauen	268,6	608,5	102,3	979,4	987,6	978,5
Bund ²⁾	114,8	88,8	107,3	310,8	312,3	316,2
dar Frauen	9,5	44,1	16,5	70,0	69,3	65,7
Länder	908,7	454,1	157,7	1 520,5	1 538,1	1 567,9
dar Frauen	224,7	253,1	34,2	511,9	521,0	549,3
Gemeinden/Gv	152,9	549,9	284,3	987,2	991,8	920,4
dar Frauen	34,5	311,3	51,6	397,4	397,3	363,5
Kommunale Zweckverbände	2,3	24,3	11,5	38,1	38,0	29,7
dar Frauen	0,2	12,6	2,3	15,2	15,1	11,4
Deutsche Bundesbahn	147,8	5,5	101,4	254,7	265,7	338,0
dar Frauen	5,5	3,1	5,8	14,4	14,7	17,5
Deutsche Bundespost	304,7	30,5	101,6	436,8	438,4	425,7
dar Frauen	64,3	21,2	15,7	101,2	99,3	91,6
Insgesamt	1 631,2	1 153,1	763,8	3 548,2	3 584,3	3 597,9
dar Frauen	338,6	645,4	126,2	1 110,2	1 116,6	1 098,9
dagegen am						
30 Juni 1988	1 647,3	1 157,4	779,6	3 584,3	x	x
dar Frauen	341,3	647,3	128,1	1 116,6	x	x
30 Juni 1980	1 672,5	1 125,5	799,9	3 597,9	x	x
dar Frauen	340,6	617,1	141,2	1 098,9	x	x
Teilzeitbeschäftigte						
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	160,3	352,1	188,9	701,3	681,7	505,3
dar Frauen	145,2	271,3	173,5	590,0	574,3	431,8
Bund	1,3	14,7	5,1	21,1	20,2	13,5
dar Frauen	1,1	14,1	4,9	20,2	19,4	12,9
Länder	153,0	196,3	41,6	391,0	376,5	255,5
dar Frauen	138,6	129,1	38,0	305,8	295,3	204,9
Gemeinden/Gv	6,0	141,1	142,2	289,3	285,0	236,3
dar Frauen	5,5	128,0	130,6	264,1	259,6	213,9
Kommunale Zweckverbände	0,1	6,1	6,4	12,6	12,2	10,4
dar Frauen	0,0	5,6	5,9	11,5	11,0	8,9
Deutsche Bundesbahn	1,0	0,7	1,4	3,1	3,0	3,5
dar Frauen	0,8	0,7	1,3	2,8	2,8	3,4
Deutsche Bundespost	13,0	22,3	59,3	94,6	89,4	76,1
dar Frauen	12,7	21,4	54,1	88,2	83,9	73,0
Insgesamt	174,3	381,3	255,9	811,6	786,3	595,4
dar Frauen	158,8	299,0	234,8	692,6	672,0	517,1
dagegen am						
30 Juni 1988	166,4	366,9	253,0	786,3	x	x
dar Frauen	150,4	288,8	232,8	672,0	x	x
30 Juni 1980	62,7	276,4	256,3	595,4	x	x
dar Frauen	60,6	219,7	236,9	517,1	x	x

¹⁾ Teilweise geschätzt — ²⁾ Ohne Soldaten

Bei der Deutschen Bundesbahn waren mit 258 000 Arbeitskräften am Erhebungsstichtag erneut weniger Bedienstete tätig als im Vorjahr. Somit hat sich der bereits Anfang der siebziger Jahre einsetzende Stellenabbau weiter fortgesetzt. Auffallend ist hierbei die Konstanz, mit der jährlich rund 10 000 Arbeitsplätze durch Rationalisierungsmaßnahmen weggefallen sind. Bei der Deutschen Bundespost hat sich dagegen der Beschäftigtenstand leicht erhöht. Am 30. Juni 1989 arbeiteten 531 000 Beschäftigte in den Dienststellen der Deutschen Bundespost; das waren 3 600 mehr als im Vorjahr. Hierbei war die Zahl der Vollzeitbeschäftigten leicht rückläufig (— 1 600), während im Teilzeitbereich noch zusätzlicher Bedarf vorhanden war (+ 5 200). Inwieweit sich die neue Struktur der Deutschen Bundespost ab 1. Juli 1989 mit der Aufteilung in die drei Unternehmensbereiche Postdienst, Postbank und Telekom auf die Beschäftigtenzahlen auswirken wird, kann erst anhand der Ergebnisse der künftigen Personalstandstatistiken beurteilt werden.

Erneut mehr Angestellte

Die öffentlichen Arbeitgeber setzen ihre Mitarbeiter in verschiedenen Dienstverhältnissen ein. Die Art des Dienstverhältnisses wird wesentlich von den Aufgaben bestimmt, die den Beschäftigten übertragen werden. Das Beamtenverhältnis ist ebenso wie das der Richter öffentlich-rechtlich organisiert und zur Erfüllung von Aufgaben im Bereich der Hoheitsverwaltung zwingend erforderlich. Nach den gesetzlichen Vorschriften ist die Berufung in das Beamtenverhältnis aber auch für Aufgaben möglich, die der Sicherung des Staates oder des öffentlichen Lebens dienen²⁾. In dieser Formulierung kommt ein wesentliches Element des öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnisses, das strikte Streikverbot, zum Ausdruck. Die öffentlichen Arbeitgeber setzen deshalb auch für Aufgaben außerhalb der Hoheitsverwaltung, wenn sie diese für besonders wichtig halten, verstärkt Beamte ein.

²⁾ Siehe § 4 Nr. 2 des Bundesbeamtengesetzes (BBG) in der Fassung vom 27. 2. 1985 (BGBl. I S. 479).

Im unmittelbaren öffentlichen Dienst stellen deshalb die Beamten (einschl. Richter) mit 1,81 Mill. traditionell die zahlenmäßig stärkste Gruppe, während auf der Grundlage von Tarifverträgen 1,53 Mill. Angestellte und 1,02 Mill. Arbeiter beschäftigt werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 10 000 Angestellte mehr gezählt, während bei den Beamten (— 8 000) und Arbeitern (— 13 000) ein Rückgang festzustellen war.

Die Personalstruktur der einzelnen Beschäftigungsbereiche ist zum Teil unterschiedlich. Während bei den Bundesbehörden alle drei Dienstverhältnisse ungefähr mit dem gleichen Anteil vertreten sind, dominiert bei der Deutschen Bundespost (60 %), der Deutschen Bundesbahn (58 %) und den Ländern (56 %) der Beamtenstatus. Die Kommunen setzen für die von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben dagegen überwiegend Angestellte (54 %) ein.

In allen drei Dienstverhältnissen ergab sich ein Rückgang der vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter. Dieser fiel aber bei den Angestellten (— 4 000) wesentlich geringer aus als bei den Beamten und Arbeitern (jeweils — 16 000). Trotz der insgesamt rückläufigen Personalentwicklung gab es vereinzelt Personalzunahmen. So wiesen der Bund und die Kommunen geringfügig mehr Beamte nach. Bei den Angestellten wurden zusätzliche Vollzeitbeschäftigte von den kommunalen Arbeitgebern sowie der Deutschen Bundespost eingestellt, und auch bei den Arbeitern ergab sich bei der Deutschen Bundespost eine geringfügige Personalverstärkung. Bei den Teilzeitbeschäftigten wurden in sämtlichen Dienstverhältnissen mehr Arbeitskräfte erfaßt. Hierbei zeigte sich, daß die einzelnen öffentlichen Arbeitgeber in fast allen Dienstverhältnissen mehr Teilzeitkräfte beschäftigten.

Mehr Personal für öffentliche Sicherheit und Ordnung, soziale Sicherung und Krankenhäuser

Die Gliederung des Personals des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gv. nach Aufgabenbereichen gibt Hinweise, für welche Aufgaben die öffentlichen Arbeitgeber ihre Mitarbeiter einsetzen. Im Bereich des Bundes

Tabelle 3 Vollzeitbeschäftigtes Personal des Bundes, der Länder und Gemeinden/Gv. nach Aufgabenbereichen¹⁾
1000

Aufgabenbereich	30 Juni 1989			30 Juni 1988	30 Juni 1980 ¹⁾	
	Bund ²⁾	Länder	Gemeinden/Gv	Insgesamt		
Verwaltung	306,6	1 312,4	699,8	2 318,8	2 342,7	2 396,3
Allgemeine Dienste	267,9	568,3	256,7	1 092,9	1 097,4	1 067,5
Politische Führung und zentrale Verwaltung ³⁾	70,9	216,1	190,3	477,3	482,4	479,0
dar. Steuer- und Finanzverwaltung	40,6	111,0	38,3	189,9	192,4	201,1
Verteidigung	167,0	—	—	167,0	169,1	172,2
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	27,9	212,6	66,4	306,9	304,6	290,9
Rechtsschutz	2,1	139,6	—	141,7	141,5	125,4
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung ⁴⁾	10,2	576,5	109,9	696,6	710,3	819,3
dar. Schulen und vorschulische Bildung ⁵⁾	—	419,3	71,1	490,4	502,1	574,0
Soziale Sicherung	1,6	49,8	86,8	138,2	136,4	124,1
Gesundheit, Sport und Erholung	0,7	18,9	64,6	84,2	84,7	85,5
dar. Krankenhäuser	—	0,1	0,6	0,7	0,7	8,1
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	—	28,0	133,8	161,8	164,8	150,2
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	0,6	20,4	1,7	22,7	23,7	25,4
Energie- und Wasserwirtschaft ⁶⁾	3,2	12,6	5,4	21,3	21,8	20,6
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	22,4	37,9	40,8	101,1	103,0	103,7
Rechtlich unselbständige Wirtschaftsunternehmen	4,2	58,1	70,1	132,4	134,1	130,3
Krankenhäuser ⁷⁾	—	150,0	217,4	367,4	365,3	277,9
Insgesamt	310,8	1 520,5	987,2	2 818,6	2 842,1	2 804,5

¹⁾ Teilweise geschätzt, für 1980 berichtete Zahlen — ²⁾ Ohne Soldaten — ³⁾ Einschl. auswärtige Angelegenheiten — ⁴⁾ Einschl. kulturelle Angelegenheiten — ⁵⁾ Einschl. Unterrichtsverwaltung — ⁶⁾ Einschl. Gewerbe, Dienstleistungen — ⁷⁾ Mit kaufmännischem Rechnungswesen

werden die meisten Beschäftigten für die äußere Sicherheit im Aufgabenbereich Verteidigung eingesetzt. Mitte 1989 umfaßte die Verwaltung der Bundeswehr 167 000 vollzeitbeschäftigte Mitarbeiter. Nimmt man die in der Personalstandstatistik nicht erfaßten Soldaten hinzu, so ergibt sich, daß rund 80 % der Bundesbediensteten diesem Aufgabenbereich zuzurechnen sind. Ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld im Bundesdienst ist die politische Führung und zentrale Verwaltung mit 71 000 Vollzeitbeschäftigten. Diesem Aufgabengebiet sind neben den Bundesministerien insbesondere die Dienststellen der Steuer- und Finanzverwaltung, die zum Teil in der Zuständigkeit des Bundes liegen, zugeordnet.

Bei den Ländern ist ein Schwerpunkt des Personaleinsatzes mit 577 000 Vollzeitbeschäftigten das Bildungswesen; daneben sind die Landesbediensteten vor allem für Aufgaben der politischen Führung und zentralen Verwaltung (216 000 Vollzeitbeschäftigte), der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (213 000), in den staatlichen Krankenhäu-

sern (150 000) und im Rechtsschutz (140 000) tätig. Bei den Kommunen arbeitet jeweils rund ein Fünftel der Bediensteten in den kommunalen Krankenhäusern (217 000) und im Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung (190 000). Daneben haben die kommunalen Bediensteten noch ein breites Spektrum an Dienstleistungen für die Allgemeinheit abzudecken (siehe Tabelle 3).

Die im Vergleich zum Vorjahr rückläufige Entwicklung bei den Vollzeitbeschäftigten insgesamt zeigt sich in fast allen Aufgabenbereichen. Lediglich für Aufgaben der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der sozialen Sicherung und der Krankenversorgung wurden nennenswert mehr Vollzeitbeschäftigte eingestellt.

Mehr Teilzeitarbeitsplätze für Frauen

Besonderes Augenmerk der öffentlichen Arbeitgeber gilt in den letzten Jahren der beruflichen Förderung von Frauen. Durch unterschiedliche Maßnahmen wird versucht, Frauen bei Neueinstellungen und Beförderungen ange-

Tabelle 4: Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989 nach Laufbahngruppen¹⁾
1000

Beschäftigungsbereich	Insgesamt	Beamte, Richter und Angestellte					Arbeiter
		zusammen	höherer	gehobener	mittlerer	einfacher	
Dienst							
Vollzeitbeschäftigte							
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	2 818,6	2 269,2	410,6	711,5	1 089,5	57,5	549,3
dar Frauen	979,4	877,1	76,4	237,3	533,8	29,5	102,3
Bund ²⁾	310,8	203,6	20,0	48,0	129,0	6,6	107,3
dar Frauen	70,0	53,5	1,8	7,7	42,1	1,9	16,5
Länder	1 520,5	1 362,8	331,0	481,0	525,6	25,2	157,7
dar Frauen	511,9	477,8	63,7	177,0	227,7	9,5	34,2
Gemeinden/Gv	987,2	702,9	59,6	182,5	434,9	25,8	284,3
dar Frauen	397,4	345,8	11,0	52,6	264,1	18,1	51,6
Kommunale Zweckverbände	38,1	26,6	3,2	5,2	16,8	1,4	11,5
dar Frauen	15,2	12,8	0,5	1,1	10,5	0,8	2,3
Deutsche Bundesbahn	254,7	153,3	1,9	21,0	113,1	17,4	101,4
dar Frauen	14,4	8,6	0,1	1,1	7,2	0,2	5,8
Deutsche Bundespost	436,8	335,2	3,7	47,6	170,2	113,7	101,6
dar Frauen	101,2	85,5	0,3	7,0	64,0	14,2	15,7
Insgesamt	3 548,2	2 784,4	419,4	785,3	1 389,6	190,0	763,8
dar Frauen	1 110,2	984,0	77,3	246,5	615,5	44,7	126,2
dagegen am							
30. Juni 1988	3 584,3	2 804,7	416,6	789,6	1 403,5	194,9	779,6
dar Frauen	1 116,6	988,5	76,5	248,5	618,9	44,7	128,1
30. Juni 1980	3 597,9	2 798,0	399,5	805,8	1 364,4	228,3	799,9
dar Frauen	1 098,9	957,8	73,7	263,5	572,3	48,3	141,2
Teilzeitbeschäftigte ³⁾							
Bund, Länder und Gemeinden/Gv	557,1	419,2	58,8	148,0	199,4	13,0	137,9
dar Frauen	509,6	379,9	38,4	134,8	194,9	11,8	129,7
Bund	20,1	15,8	0,6	1,2	13,1	1,0	4,3
dar Frauen	19,3	15,2	0,3	1,1	12,9	0,9	4,1
Länder	315,3	280,4	53,9	132,5	89,3	4,8	34,9
dar Frauen	280,8	248,1	34,9	121,7	87,1	4,3	32,7
Gemeinden/Gv	221,7	123,0	4,4	14,3	97,0	7,3	98,7
dar Frauen	209,5	116,6	3,1	12,0	94,9	6,6	92,9
Kommunale Zweckverbände	9,0	5,2	0,1	0,4	4,3	0,3	3,8
dar Frauen	8,5	4,9	0,1	0,3	4,2	0,3	3,6
Deutsche Bundesbahn	2,8	1,7	0,0	0,2	1,5	0,0	1,1
dar Frauen	2,6	1,6	0,0	0,1	1,4	0,0	1,0
Deutsche Bundespost	75,7	29,1	0,0	0,7	27,4	1,0	46,5
dar Frauen	70,7	28,3	0,0	0,6	26,8	0,9	42,4
Insgesamt	644,4	455,2	59,0	149,2	232,6	14,4	189,3
dar Frauen	591,4	414,7	38,5	135,9	227,2	13,0	176,7
dagegen am							
30. Juni 1988	627,3	441,2	58,3	143,2	226,2	13,5	186,1
dar Frauen	574,7	399,8	37,1	129,9	220,5	12,4	174,8
30. Juni 1980	435,7	259,9	26,4	78,7	142,4	12,4	175,8
dar Frauen	407,4	240,1	19,9	69,8	139,1	11,3	167,2

¹⁾ Teilweise geschätzt — ²⁾ Ohne Soldaten — ³⁾ Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit

messen zu berücksichtigen sowie der besonderen Situation von Frauen in Beruf und Familie Rechnung zu tragen.

Nach den Ergebnissen der Personalstandstatistik waren von den 4,36 Mill. Mitarbeitern des unmittelbaren öffentlichen Dienstes 1,80 Mill. Frauen. Dies ergibt einen Frauenanteil von 41,4 % (1980: 38,5 %). Rund drei Fünftel (1,11 Mill.) der Frauen gingen einer Vollzeitbeschäftigung nach, und knapp zwei Fünftel (0,69 Mill.) übten eine Teilzeitbeschäftigung aus. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen leicht zurück (— 6 400), während bei den Teilzeitbeschäftigten 20 600 zusätzliche Arbeitsplätze für Frauen nachgewiesen wurden. Neben Neueinstellungen von teilzeitbeschäftigten Frauen dürfte auch weiterhin der Wechsel von Vollzeit- in Teilzeitarbeit eine wesentliche Rolle für diese Personalentwicklung spielen.

Betrachtet man die Entwicklung in den letzten neun Jahren, so zeigt sich, daß insgesamt 167 000 Beschäftigte zusätzlich von den Arbeitgebern des unmittelbaren öffentlichen Dienstes eingestellt wurden. Zwar ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 50 000 zurück, im Teilzeitbereich wurden aber 216 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Obwohl davon auszugehen ist, daß in größerem Umfang vollzeitbeschäftigte Frauen in eine Teilzeitbeschäftigung übergewechselt sind, liegt die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen Mitte 1989 um rund 11 000 höher als 1980. Von den zusätzlichen Arbeitsplätzen für Teilzeitbeschäftigte wurden 176 000 mit Frauen besetzt, so daß in diesem Zeitraum insgesamt 187 000 Frauen einen Arbeitsplatz im unmittelbaren öffentlichen Dienst gefunden haben. In der gleichen Zeit ist die Zahl der männlichen Kollegen um 20 000 zurückgegangen.

Leichte Personalverstärkungen im höheren und gehobenen Dienst

Die Gliederung nach Laufbahngruppen gibt Auskunft über die berufliche Qualifikation der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Aufgrund des für die Beamten geltenden Laufbahnprinzips ist die Aus- und Vorbildung der Beschäftigten weitgehend bekannt. So wird für eine Beschäftigung im höheren Dienst in der Regel ein Hochschulabschluß, im gehobenen Dienst ein zum Hochschulstudium berechtigender Schulabschluß, im mittleren Dienst ein Realschulabschluß und im einfachen Dienst ein Hauptschulabschluß vorausgesetzt. Nach dem gleichen Anforderungsprofil können die Vergütungsgruppen der Angestellten ebenfalls zu vergleichbaren Laufbahngruppen zusammengefaßt werden, und auch bei den Arbeitern ist eine Zuordnung entsprechend der ausgeübten Tätigkeit und der Entlohnung möglich.

Die Erfassung von Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen und damit auch der Laufbahngruppen wird nur für die Vollzeit- und die Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten durchgeführt. Von diesen 4,19 Mill. Beschäftigten gehörten 478 000 oder 11,4 % dem höheren, 934 000 oder 22,3 % dem gehobenen, 1,6 Mill. oder 38,7 % dem mittleren und 204 000 oder 4,9 % dem einfachen Dienst an; 953 000 oder 22,7 % waren Lohnempfänger und somit dem mittleren bzw. einfachen Dienst zuzuordnen. Dieser Stel-

lenkegel weist aus, daß ein Drittel der Beschäftigten mit überwiegend leitenden Funktionen in den beiden oberen Laufbahngruppen eingestuft ist, während zwei Drittel mit mehr ausführenden Tätigkeiten den beiden unteren Laufbahngruppen angehören.

Bei zurückgehenden Gesamtzahlen ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr noch leichte Personalzunahmen im höheren (+ 3 500) und im gehobenen Dienst (+ 1 700). Diese Personalverstärkungen sind insbesondere Frauen zugute gekommen. Aufgrund eines unterschiedlichen Frauenanteils bei den Personalab- und -zugängen wurden im höheren Dienst 2 200 und im gehobenen Dienst 4 000 Frauen mehr gezählt. Auch im mittleren Dienst und im einfachen Dienst wurden mehr Frauen beschäftigt.

Mehr ältere Beschäftigte

Die Altersgliederung der Beschäftigten liegt nur für den Bund und die Länder vollständig vor. Für die kommunalen Bediensteten müssen die Altersangaben noch teilweise geschätzt werden. Die folgenden Ausführungen beziehen sich folglich nur auf den staatlichen Bereich.

Bei den Dienststellen des Bundes (einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost) und bei den Ländern waren Mitte 1989 von den 2,52 Mill. Vollzeitbeschäftigten 60,4 % jünger als 45 Jahre. Im Jahr zuvor hatte ihr Anteil noch 61,3 % und im Jahr 1986 63,2 % betragen. Im öffentlichen Dienst hat damit der Anteil der älteren Mitarbeiter weiter zugenommen. Insbesondere die Altersgruppe der 45- bis unter 55jährigen hat weiter an Gewicht gewonnen. Die Zahl der Beschäftigten in dieser 10-Jahres-Altersgruppe hat sich sowohl absolut als auch relativ gegenüber dem Vorjahr nochmals erhöht. Die Zahl der über 55jährigen ist dagegen leicht zurückgegangen, wobei die Altersgruppen der 57- bis 61jährigen merklich weniger Beschäftigte aufwiesen. Hier dürften sich in verstärktem Maße Fälle von Dienst-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit ausgewirkt haben. Die Besetzungszahlen in den Altersgruppen der unter 45jährigen haben sich allgemein vermindert. Dabei fiel der Rückgang bei den unter 25jährigen am stärksten aus. Diese Entwicklung ist einerseits darauf zurückzuführen, daß aus der Altersgruppe der 35- bis unter 45jährigen noch stark besetzte Altersjahrgänge in die Altersgruppe der 45- bis unter 55jährigen aufgerückt sind, auf der anderen Seite aber schwächer besetzte Altersjahrgänge nachfolgen. Hier zeigt sich deutlich die Zurückhaltung der öffentlichen Arbeitgeber bei Neueinstellungen in den letzten Jahren. Dies kommt auch in der rückläufigen Gesamtentwicklung zum Ausdruck, derzufolge freiwerdende Dienstposten nicht bzw. nicht sofort wieder besetzt worden sind. Daneben konnte auch der Wechsel von Vollzeit- in Teilzeitarbeit eine Rolle spielen. Insgesamt bestätigt sich damit, daß gegen Ende des Jahrhunderts mit einem erheblichen Anwachsen der altersbedingten Personalabgänge zu rechnen ist und die öffentlichen Arbeitgeber gegebenenfalls in den nächsten Jahren zunehmend Schwierigkeiten bekommen werden, ausreichend qualifizierte Nachwuchskräfte am Arbeitsmarkt anzuwerben.

Die Altersgliederung der bei Bund und Ländern beschäftigten Frauen weist merkliche Unterschiede zur Gesamt-

Tabelle 5: Vollzeitbeschäftigtes Personal des Bundes und der Länder nach Alters- und Laufbahngruppen¹⁾

Im Alter von unter bis Jahren	30 Juni 1989							30 Juni 1988			
	Beamte, Richter und Angestellte					Arbeiter	Insgesamt				
	einfacher	mittlerer	gehobener	hoherer	zusammen						
	Dienst										
1 000							% ²⁾	1 000	% ²⁾		
unter 25	23,5	141,2	22,2	0,8	187,7	88,4	276,2	10,9	292,5	11,4	
dar Frauen	11,3	92,5	13,9	0,5	118,3	15,4	133,6	19,1	139,0	19,7	
25-35	35,7	275,0	118,6	82,0	511,3	84,8	596,1	23,6	609,2	23,8	
dar Frauen	5,7	109,2	52,0	28,3	193,3	9,5	202,8	29,1	206,5	29,3	
35-45	34,4	211,5	202,0	113,0	561,0	92,0	653,0	25,9	666,3	26,1	
dar Frauen	2,8	59,6	65,8	19,1	147,2	13,9	161,2	23,1	162,3	23,0	
45-55	49,5	223,2	187,8	111,2	571,7	140,7	712,5	28,2	695,8	27,2	
dar Frauen	4,3	60,7	47,2	12,9	125,1	23,0	148,1	21,2	142,0	20,2	
55-57	6,7	27,4	18,0	12,3	64,4	22,4	86,8	3,4	83,4	3,3	
dar Frauen	0,6	6,8	3,9	1,4	12,7	4,0	16,6	2,4	16,3	2,3	
57-59	5,8	24,4	16,4	11,8	58,4	19,1	77,5	3,1	84,0	3,3	
dar Frauen	0,6	6,3	3,7	1,2	11,7	3,5	15,2	2,2	16,8	2,4	
59-61	4,5	21,7	15,9	11,7	53,7	13,2	66,9	2,7	69,6	2,7	
dar Frauen	0,4	5,2	3,3	1,2	10,0	2,2	12,2	1,7	13,0	1,8	
61-63	2,2	10,7	12,0	8,5	33,4	6,1	39,4	1,6	39,2	1,5	
dar Frauen	0,2	2,0	2,1	0,8	5,0	0,5	5,6	0,8	6,0	0,8	
63 und mehr	0,6	2,9	4,6	5,2	13,3	1,2	14,5	0,6	14,7	0,6	
dar Frauen	0,1	0,8	0,9	0,4	2,1	0,2	2,3	0,3	2,5	0,4	
Insgesamt	162,8	937,9	597,6	356,6	2 054,9	468,0	2 522,9	100	2 554,6	100	
dar Frauen	25,8	341,0	192,8	65,8	625,4	72,2	697,7	100	704,3	100	

1) Einschl. Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, ohne Soldaten — 2) Anteil an Gesamt

struktur auf. Rund 71 % der vollzeitbeschäftigten Frauen waren Mitte 1989 jünger als 45 Jahre. Sie haben damit ein deutlich niedrigeres Durchschnittsalter als ihre männlichen Kollegen. Dies kommt auch in den Besetzungszahlen der einzelnen Altersgruppen zum Ausdruck. Bei einer durchschnittlichen Frauenquote von 27,7 % lag ihr Anteil bei den unter 25jährigen bei knapp 50 %. In den folgenden Altersgruppen fällt er dann bis auf 16 % bei den über 60jährigen. Neben der in den letzten Jahren zu beobachtenden besonderen Berücksichtigung von weiblichen Bewerbern bei Neueinstellungen dürfte zu diesem Sachverhalt auch die wesentlich höhere Fluktuationsrate von Frauen beigetragen haben.

Tabelle 6. Personal im mittelbaren öffentlichen Dienst nach dem Dienstverhältnis¹⁾
1000

Beschäftigungsbereich	30 Juni 1989				30 Juni 1988	30 Juni 1980
	Beamte	Ange-stellte ²⁾	Arbeiter	Insgesamt		
Vollzeitbeschäftigte	28,8	187,3	10,0	226,0	224,8	203,5
dar Frauen	8,3	99,2	5,7	113,3	112,1	98,2
Sozialversicherungsträger						
unter Bundesaufsicht	5,3	70,8	3,9	80,0	78,3	69,2
dar Frauen	1,9	37,5	2,3	41,8	40,8	35,4
unter Länderaufsicht	7,8	76,0	5,7	88,8	88,2	82,4
dar Frauen	2,1	40,1	3,3	45,5	44,7	39,7
Bundesanstalt für Arbeit	15,4	39,3	1,0	55,7	56,9	50,8
dar Frauen	4,3	21,0	0,1	25,4	26,0	22,6
Träger der Zusatzversorgung	0,3	1,2	0,0	1,5	1,3	1,2
dar Frauen	0,1	0,6	0,0	0,7	0,5	0,5
Teilzeitbeschäftigte	1,2	21,2	9,2	31,6	30,3	23,1
dar Frauen	1,1	20,8	9,1	31,0	29,8	22,9
Sozialversicherungsträger						
unter Bundesaufsicht	0,2	6,2	2,8	9,3	9,0	7,8
dar Frauen	0,2	6,1	2,8	9,1	8,8	7,7
unter Länderaufsicht	0,3	8,6	4,3	13,2	12,5	9,5
dar Frauen	0,3	8,4	4,2	12,9	12,3	9,5
Bundesanstalt für Arbeit	0,7	6,3	2,1	9,0	8,7	5,7
dar Frauen	0,6	6,2	2,0	8,8	8,5	5,6
Träger der Zusatzversorgung	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1
dar Frauen	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1

1) Teilweise geschätzt — 2) Einschl. DO-Angestellte bei den Sozialversicherungsträgern

Personalanstieg im mittelbaren öffentlichen Dienst

Bei den erfaßten Einrichtungen des mittelbaren öffentlichen Dienstes waren Mitte 1989 226 000 Vollzeit- und 31 600 Teilzeitbeschäftigte tätig, das waren 1 200 Vollzeit- und 1 300 Teilzeitbeschäftigte mehr als im Vorjahr. Während die Sozialversicherungsträger unter Bundes- und Landesaufsicht sowohl bei den Vollzeit- als auch bei den Teilzeitbeschäftigten noch zusätzlichen Personalbedarf hatten, setzte die Bundesanstalt für Arbeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben 900 Beschäftigte weniger ein. Die Arbeitgeber des mittelbaren öffentlichen Dienstes beschäftigten in ihren Verwaltungen besonders viele Frauen. Mit 56 % ist in diesem Bereich der höchste Frauenanteil im öffentlichen Dienst festzustellen. Selbst bei den Vollzeitbeschäftigten sind nun mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen. Allerdings sind die Tätigkeiten, mit denen die Frauen betraut sind, überwiegend nach Vergütungsgruppen des mittleren Dienstes bewertet.

Dr. Werner Breidenstein

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 1990

Ergebnisse der Kassenstatistik

Die Finanzstatistik bietet vierteljährlich einen aktuellen Überblick über die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen des Bundes, des Lastenausgleichsfonds, des ERP-Sondervermögens, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) nach einzelnen Ausgabe- und Einnahmearten sowie über den Schuldenstand dieser Haushalte zum Ende eines jeden Quartals.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1990 wurde maßgeblich durch die sich abzeichnende deutsche Einheit geprägt. Einen wichtigen Schritt auf diesem Weg stellte die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 dar. Mitte Mai 1990 beschlossen Bund und Länder die Errichtung eines gemeinsam getragenen Sonderfonds „Deutsche Einheit“. Er umfaßt ein Volumen von 115 Mrd. DM und wird hauptsächlich durch Kredite auf dem Kapitalmarkt finanziert. Im Bundeshaushaltsplan selbst ist über einen zweiten Nachtrag vom 26. Juni dieses Jahres bereits für 1990 ein Zuschuß an den Fonds in Höhe von 2 Mrd. DM eingeplant. Bei den übrigen Haushalten werden sich Auswirkungen

erst für das Jahr 1991 in Form der aufzubringenden Zins- und Tilgungsleistungen zeigen. In erheblichem Umfang enthält der dritte Nachtragshaushalt des Bundes für 1990 Ansätze für weitere Leistungen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung. Im Rahmen dieses Nachtragshaushalts ist außerdem der bisherige noch getrennte Haushaltsplan für die DDR in einen gesamtdeutschen Bundeshaushalt integriert worden.

Die hier kommentierten Ergebnisse der Kassen- und der Schuldenstatistik für das erste Halbjahr 1990 lassen zwar noch einen Vergleich mit der Entwicklung im ersten Halbjahr 1989 zu; Schlüsse auf die weitere Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 1990 sind wegen der gravierenden Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte jedoch nicht möglich

Gesamtüberblick

Im ersten Halbjahr 1990 wurden von den öffentlichen Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland 328,5 Mrd. DM ausgegeben, 5,2% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Trotz der Leistungen an die DDR nahmen die Ausgaben des Bundes nur unterdurchschnittlich um 4,6% auf 154,3 Mrd. DM zu. Deutlich stärker stiegen die Ausgaben der Länder (+ 5,2% auf 134,5 Mrd. DM) und der Gemeinden/Gv. (+ 7,5% auf 83,1 Mrd. DM).

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte entwickelten sich dagegen im ersten Halbjahr 1990 deutlich schwächer (+ 2,4%) als die Ausgaben und erreichten ein Volumen von 292,7 Mrd. DM. Den stärksten Einnahmewachstum

Tabelle 1 · Finanzierungsübersicht
Mill. DM

Ausgabe-/Einnahmeart	1 Halbjahr	Insgesamt	Bund	Lastenausgleichsfonds	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden/Gv
Bereinigte Ausgaben	1990	328 464	154 266	680	2 687	134 536	83 129
	1989	312 206	147 433	650	2 649	127 845	77 327
Bereinigte Einnahmen	1990	292 730	131 989	601	1 549	123 707	81 716
	1989	285 844	128 432	578	1 130	122 536	76 867
Finanzierungssaldo ¹⁾	1990	-35 694	-22 221	-79	-1 138	-10 850	-1 407
	1989	-26 330	-18 957	-72	-1 519	-5 328	-455
Besondere Finanzierungsvorgänge							
Ausgaben	1990	x	46 200	—	651	20 962	x
	1989	x	27 949	—	613	19 405	x
Schuldentilgung am Kreditmarkt	1990	70 673	46 200	—	651	20 338	3 483
	1989	50 481	27 949	—	613	18 765	3 154
Rückzahlung innerer Darlehen	1990	x	—	—	—	—	x
	1989	x	—	—	—	—	x
Zuführungen an Rücklagen	1990	x	—	—	—	18	x
	1989	x	—	—	—	75	x
Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	1990	x	—	—	—	605	x
	1989	x	—	—	—	565	x
Einnahmen	1990	x	67 330	—	1 105	16 493	x
	1989	x	47 306	—	830	13 525	x
Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	1990	85 079	63 849	—	1 105	16 219	3 906
	1989	60 156	41 958	—	830	13 426	3 942
Innere Darlehen	1990	x	—	—	—	—	x
	1989	x	—	—	—	—	x
Entnahmen aus Rücklagen/Gewinnabfuhrung ²⁾	1990	x	2 964	—	—	193	x
	1989	x	5 041	—	—	28	x
Überschüsse aus Vorjahren	1990	x	—	—	—	80	x
	1989	x	—	—	—	71	x
Munzeinnahmen	1990	x	517	—	—	—	x
	1989	x	308	—	—	—	x
Kassenmäßiger Überschuß (+)/Fehlbetrag (-)	1990	x	-1 091	-79	-684	-15 319	x
	1989	x	+ 400	-72	-1 302	-11 208	x

¹⁾ Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen — ²⁾ Gewinnabfuhrung der Deutschen Bundesbank, soweit unmittelbar zur Schuldentilgung gebunden (1. Hj 1990 2,96 Mrd. DM, 1. Hj 1989 5,04 Mrd. DM)

(+ 6,3%) hatten die Gemeinden/Gv. zu verzeichnen. Die Einnahmen der Länder erhöhten sich trotz des anhaltenden Wirtschaftswachstums demgegenüber nur um 1,0% auf 123,7 Mrd. DM. Der Bund erzielte wegen seiner kräftig gestiegenen Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit, die fast ausschließlich auf der höheren Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank beruhten, trotz der schwachen Zunahme seiner Steuereinnahmen (+ 1,4%) noch Mehreinnahmen von 2,8%. Seine Einnahmen im ersten Halbjahr 1990 beliefen sich damit auf rund 132,0 Mrd. DM.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte, das im ersten Halbjahr 1989 noch auf 26,3 Mrd. DM zurückgegangen war, erhöhte sich im ersten Halbjahr 1990 wegen der stärkeren Zunahme der Ausgaben um 9,4 Mrd. DM auf 35,7 Mrd. DM. Beim Bund vergrößerte sich die Lücke zwischen den Ausgaben und Einnahmen von 19,0 Mrd. DM im ersten Halbjahr 1989 auf 22,2 Mrd. DM, bei den Ländern von 5,3 auf 10,9 Mrd. DM und bei den Gemeinden/Gv. von 0,5 auf 1,4 Mrd. DM. Zur Deckung des Finanzierungsdefizits setzten die öffentlichen Haushalte Kreditmarktmittel in Höhe von 14,4 Mrd. DM (1. Halbjahr 1989: 9,7 Mrd. DM) ein. Den restlichen Betrag finanzierten sie hauptsächlich mit Hilfe der vorhandenen Rücklage- und Kassenbestände sowie durch kurzfristige Kassenverstärkungskredite.

Ausgaben nach Arten

Die Personalausgaben der öffentlichen Haushalte (Löhne und Gehälter, Versorgungsbezüge sowie Beihilfen und Unterstützungen) erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 5,3% auf 101,1 Mrd. DM. Zu der kräftigen Zunahme hat besonders beigetragen, daß im Januar 1990 durch Vereinbarungen der Tarifpartner über die Erhöhung der Angestellten- und Arbeiterbezüge, die auch auf die Beamtenbeholdung übertragen wurden, die allgemeinen Zulagen angehoben wurden. Die turnusmäßige Anhebung der Bezüge zum Jahresbeginn 1990 hatte demgegenüber nur 1,7% betragen. Die Erhöhung der Personalausgaben war am stärksten bei den Gemeinden/Gv. (+ 6,8%). Die Personalausgaben der Länder und des Bundes stiegen etwas schwächer (+ 5,3 bzw. + 3,6%)

Ebenfalls überdurchschnittlich erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für den laufenden Sachaufwand (+ 7,0% auf 47,8 Mrd. DM), wobei die Ausgaben der Länder (+ 10,0%) und Gemeinden/Gv. (+ 8,8%) wesentlich stärker zunahmen als die des Bundes (+ 3,8%) Dies dürfte hauptsächlich damit zusammenhängen, daß sich die Zahl der Aus- und Übersiedler in den ersten Monaten dieses Jahres stark erhöht hat und die Länder und Kommunen die Hauptlast der Verwaltungs- und Betriebsausgaben zu tragen haben, die durch deren Aufnahme und Unterbringung entstehen 10,4 Mrd. DM entfielen auf militärische Beschaffungen und Anlagen des Bundes (+ 1,8%)

Für Zinsen wandten die öffentlichen Haushalte im Berichtszeitraum 33,8 Mrd. DM auf, 4,2% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Entwicklung verlief bei den einzelnen Gebietskörperschaften allerdings unterschiedlich. Während sich die Zinsausgaben der Gemeinden/Gv.

um 4,9% und die des Bundes sogar um 7,4% erhöhten, hatten die Länder — besonders Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg — insgesamt weniger (— 0,3%) für Zinsen aufzubringen als im Vorjahr. Die höheren Zinsausgaben des Bundes ergeben sich hauptsächlich durch das gestiegene Zinsniveau.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Haushalte erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 5,4% auf 152,5 Mrd. DM. Den stärksten Ausgabenzuwachs verzeichneten die Gemeinden/Gv. (+ 8,9% auf 37,5 Mrd. DM), wobei die Sozialaufwendungen eine besonders hohe Zuwachsrate aufwiesen (+ 9,5% auf 18,3 Mrd. DM). Als einer der Gründe für die deutliche Zunahme der Sozialhilfeausgaben bei den Kommunen wird vom Deutschen Städtetag angesehen, daß durch die zwischen den Tarifvertragsparteien im vergangenen Jahr vereinbarten Einkommensverbesserungen im Bereich des Pflegepersonals die Pflegesätze in Einrichtungen der Altenhilfe stark angestiegen sind. Zusätzliche Sozialhilfeausgaben verursachte der vor allem in den ersten Monaten dieses Jahres noch sehr starke Zustrom von Aus- und Übersiedlern. Auch haben die Kommunen Besuchern aus der DDR zum Teil erhebliche freiwillige Zuwendungen zukommen lassen.

Die Zuweisungen der Kommunen an den öffentlichen Bereich — in erster Linie Umlagen an die Gemeindeverbände — erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 ebenfalls kräftig um 8,3% auf 19,3 Mrd. DM.

Der Bund gab im Berichtszeitraum 76,0 Mrd. DM für laufende Zuweisungen und Zuschüsse aus. Seine Zuweisungen an den öffentlichen Bereich erhöhten sich um 4,7% auf 44,1 Mrd. DM, wobei insbesondere die Finanzhilfen an die Träger der Sozialversicherung kräftig um 1,6 Mrd. DM auf 25,8 Mrd. DM stiegen (+ 6,6%). Von den Mehrausgaben entfielen 0,7 Mrd. DM auf den regulären jährlichen Bundeszuschuß; ebenfalls 0,7 Mrd. DM an Mehrleistungen hatte der Bund durch die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung für weitere Jahrgänge älterer Mutter (Geburtsjahrgänge vor 1921) zu erbringen. Demgegenüber waren die sozialen Aufwendungen des Bundes für die Landwirtschaft (insbesondere Altershilfe für Landwirte, landwirtschaftliche Kranken- und Unfallversicherung) insgesamt leicht ruckläufig (— 2,0% auf 2,5 Mrd. DM).

Die laufenden Zuweisungen des Bundes an die Länder stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 1989 um 2,7% auf 13,6 Mrd. DM. Der Zuschuß des Bundes zum Berliner Haushalt erhöhte sich um 0,3 Mrd. DM oder 3,9% auf 7,0 Mrd. DM.

Die Zuschüsse des Bundes an andere Bereiche erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 4,2% und erreichten ein Volumen von 31,9 Mrd. DM. Zu einem großen Teil handelt es sich hierbei um Sozialleistungen in Form von Renten, Unterstützungen und vergleichbaren Zahlungen. Im ersten Halbjahr 1990 gab der Bund hierfür insgesamt 18,4 Mrd. DM aus, 1,1% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zum einen gingen infolge der guten Beschäftigungslage seine Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe

um 6,7% auf 3,9 Mrd. DM zurück, zum anderen sanken auch die Aufwendungen des Bundes für Kriegsoferversorgung und Kriegsopferversorgung infolge der geringeren Zahl der Anspruchsberechtigten. Die Ausgaben für die übrigen zu Buche schlagenden Sozialleistungen des Bundes lagen demgegenüber weitgehend auf dem Niveau des Vorjahres. So gab der Bund für Kindergeld 7,0 Mrd. DM aus (+ 0,3%), für Wohngeld 1,1 Mrd. DM (+ 0,7%) und für Erziehungsgeld (einschl. Mutterschutz) 2,2 Mrd. DM (+ 2,2%). Erwähnenswert ist noch die kräftige Erhöhung der Leistungen des Bundes für die Schul- und Berufsausbildung von jungen Zuwanderern (+ 70,6% auf 0,2 Mrd. DM).

An Unternehmen flossen im ersten Halbjahr 1990 Zuschüsse des Bundes (einschl. Schuldendiensthilfen) in Höhe von 8,3 Mrd. DM, das waren 6,9% weniger als im ersten Halbjahr 1989. Hiervon erhielt die Deutsche Bundesbahn 5,9 Mrd. DM (+ 1,5%) zur Abgeltung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben sowie zum Ausgleich ihrer überhöhten Versorgungslasten. 0,2 Mrd. DM Zuschüsse ließ der Bund Unternehmen im Rahmen der Aktion „Beschäftigungshilfe für Langzeitarbeitslose“ vom Mai 1989 zukommen, nach der bis zum 31. Dezember 1991 begonnene Beschäftigungsverhältnisse gefordert werden.

Die Entwicklung der Zuschüsse des Bundes an andere Bereiche wurde stark durch die finanziellen Hilfen beeinflusst, die durch die politische Entwicklung in Deutschland notwendig geworden waren. Den größten Teil dieser Ausgaben beanspruchte der Anfang Dezember 1989 mit Wirkung 1. Januar 1990 vereinbarte gemeinsame Reisedevisenfonds. Durch diesen Fonds, der an die Stelle des früher vom Bund und teilweise zusätzlich von den Kommunen gezahlten „Begrüßungsgeldes“ trat, sollten die Reiseausgaben von DDR-Bewohnern im Bundesgebiet finanziert werden. Besucher konnten zu Lasten des Fonds bei Geldinstituten bis zu 200 DM (Kinder bis 14 Jahre 100 DM) empfangen. Der Höchstbetrag des Reisedevisenfonds wurde auf 2,9 Mrd. DM festgelegt. Mit der schnellen Einführung der Deutschen Mark in der DDR am 1. Juli 1990 wurde der Reisedevisenfonds gegenstandslos. Bis zu diesem Zeitpunkt waren insgesamt 2,17 Mrd. DM zu Lasten des Fonds umgetauscht worden, davon brachte der Bund 1,6 Mrd. DM auf. Der Umtausch konzentrierte sich dabei auf die ersten beiden Monate des Jahres, da sich ab März die Möglichkeit einer baldigen Währungsunion mit günstigeren Umstellungssätzen abzeichnete.

Zu der Zunahme der Leistungen des Bundes an andere Bereiche hat auch beigetragen, daß die Transitpauschale

Tabelle 2 Ausgaben nach Arten
Mill. DM

Ausgabeart	1 Halbjahr	Insgesamt	Bund	Lastenausgleichsfonds	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden/Gv
Personalausgaben	1990	101 054	21 793	—	—	56 229	23 032
	1989	96 005	21 026	—	—	53 406	21 573
Laufender Sachaufwand	1990	47 752	19 186	2	1	12 662	15 901
	1989	44 617	18 485	3	1	11 514	14 614
Zinsausgaben an öffentlichen Bereich	1990	318	—	—	—	170	148
	1989	290	—	—	—	153	137
an andere Bereiche	1990	33 487	17 664	—	213	12 264	3 345
	1989	32 157	16 448	—	202	12 315	3 193
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an öffentlichen Bereich	1990	86 407	44 056 ¹⁾	13	—	23 084	19 254
	1989	81 644	42 078 ¹⁾	13	—	21 779	17 774
an andere Bereiche	1990	66 103	31 948	474	10	15 410	18 261
	1989	63 049	30 666	516	10	15 188	16 670
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	1990	54 854	—	—	—	2 144	15 820
	1989	51 377	—	—	—	1 995	14 279
Ausgaben der laufenden Rechnung	1990	280 268	134 648	489	224	117 675	64 121
	1989	266 385	128 701	532	213	112 360	59 681
Baumaßnahmen	1990	17 328	2 264	—	—	2 776	12 288
	1989	16 041	2 105	—	—	2 488	11 449
Erwerb von Sachvermögen	1990	5 650	572	—	—	1 095	3 984
	1989	5 166	556	—	—	917	3 693
Vermögensübertragungen an öffentlichen Bereich	1990	9 225	4 136	—	—	4 379	710
	1989	8 211	3 737	—	—	3 832	643
an andere Bereiche	1990	11 500	4 928	167	—	5 184	1 221
	1989	10 429	4 552	100	—	4 698	1 079
Darlehen an öffentlichen Bereich	1990	4 820	4 615	—	16	190	—
	1989	5 550	4 845	—	506	198	—
an andere Bereiche	1990	7 808	2 408	24	2 447	2 460	470
	1989	7 029	2 161	18	1 929	2 584	338
Erwerb von Beteiligungen	1990	1 397	696	—	—	375	325
	1989	1 537	776	—	1	374	386
Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich	1990	777	—	—	—	403	374
	1989	775	—	—	—	395	380
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	1990	10 307	—	—	—	—	363
	1989	8 917	—	—	—	1	320
Ausgaben der Kapitalrechnung	1990	48 196	19 618	191	2 463	16 860	19 008
	1989	45 821	18 732	118	2 436	15 485	17 646
Bereinigte Ausgaben	1990	328 464	154 266	680	2 687	134 536	83 129
	1989	312 206	147 433	650	2 649	127 845	77 327

¹⁾ Einschl. Ergänzungszuweisungen des Bundes an finanzschwache Länder im Rahmen des Finanzausgleichs (1. Halbjahr 1989: 1 443 Mill. DM, 1. Halbjahr 1990: 1 518 Mill. DM)

fur die Jahre 1990 bis 1999 von 525 Mill. DM auf 860 Mill. DM heraufgesetzt worden war. Dieser Betrag wurde bereits im März 1990 überwiesen.

Die Länder wandten im ersten Halbjahr 1990 für Zuweisungen an den öffentlichen Bereich 23,1 Mrd. DM (+ 6,0%) und für Zuschüsse an andere Bereiche 15,4 Mrd. DM auf (+ 1,5%). Von den Zuweisungen an andere öffentliche Verwaltungen kamen allein 20,6 Mrd. DM den Gemeinden/Gv. zugute (+ 6,2%), überwiegend (15,5 Mrd. DM) in Form von allgemeinen Finanzzuweisungen, die in erster Linie die unterschiedliche Finanzkraft der Gemeinden/Gv. ausgleichen sollen. Diese Leistungen nahmen im ersten Halbjahr 1990 um 0,8 Mrd. DM oder 5,1% zu. Vor allem wegen der finanziellen Hilfen an die Gemeinden/Gv. im Zusammenhang mit der Unterbringung von Aus- und Übersiedlern erhöhten sich die sonstigen Zuweisungen der Länder an die Kommunen um 10,0% auf 5,1 Mrd. DM

Im Rahmen des horizontalen Finanzausgleichs wandten die Länder im ersten Halbjahr 1990 1,9 Mrd. DM auf (+ 7,2%). Dieser Betrag wurde ausschließlich von den Ländern Baden-Württemberg (1,1 Mrd. DM) und Hessen (0,8 Mrd. DM) aufgebracht. Während Hessen im ersten Halbjahr dieses Jahres 0,2 Mrd. DM weniger an Ausgleichsleistungen als im Vorjahr beizusteuern hatte, erhöhte sich die anteilige Leistung Baden-Württembergs im Vergleich zum ersten Halbjahr 1989 um 0,3 Mrd. DM.

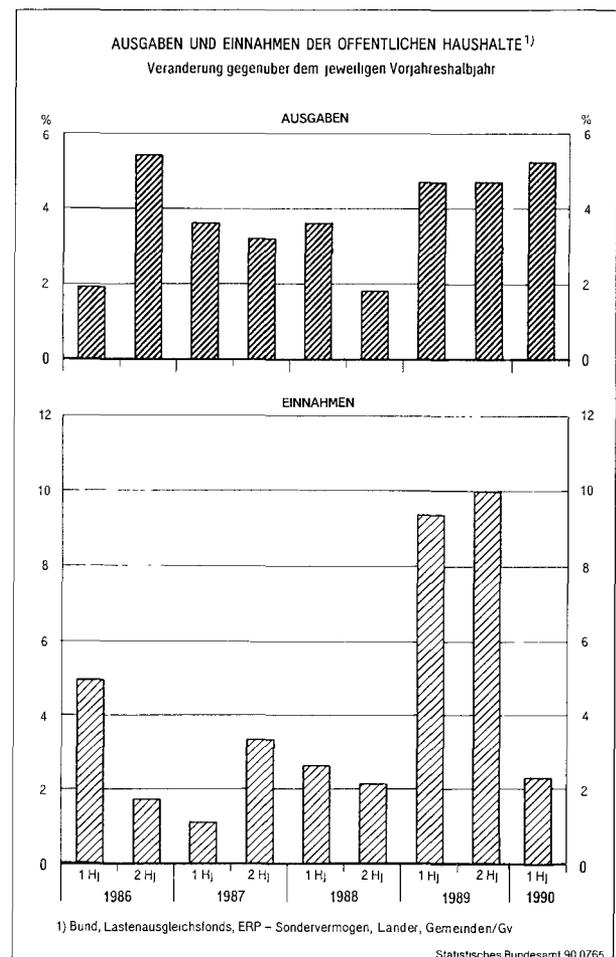
Die im Rahmen der Kapitalrechnung erfaßten Ausgaben der öffentlichen Haushalte stiegen im ersten Halbjahr 1990 um 5,2% auf 48,2 Mrd. DM; sie nahmen damit um den gleichen Prozentsatz zu wie die Ausgaben der laufenden Rechnung. Die als Vermögensübertragungen in der Statistik nachgewiesenen Investitionshilfen der öffentlichen Haushalte erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 10,8% auf 20,7 Mrd. DM und erreichten damit einen Anteil von 43% der gesamten Ausgaben der Kapitalrechnung (1. Halbjahr 1989: 41%). Der Bund wies dem öffentlichen Bereich für Investitionen 4,1 Mrd. DM zu (+ 12,5%); davon flossen 3,5 Mrd. DM an die Länder und 0,1 Mrd. DM an die Kommunen. Mit weiteren 0,4 Mrd. DM stockte der Bund das ERP-Sondervermögen auf, das diesen Betrag als zusätzliche Finanzierungshilfe für Unternehmen in den neuen Bundesländern verwenden soll. Von den 4,9 Mrd. DM Investitionszuschüssen des Bundes an andere Bereiche (+ 8,0%) flossen 1,2 Mrd. DM als allgemeiner Investitionszuschuß an die Deutsche Bundesbahn.

Die Investitionszuweisungen der Länder an die Gemeinden/Gv. erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 15,8% auf 4,2 Mrd. DM. Diese starke Zunahme ist darauf zurückzuführen, daß die Länder im ersten Halbjahr 1990 aus den Mitteln, die ihnen der Bund nach dem „Gesetz zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern“ (Strukturhilfegesetz 1989) zur Verfügung gestellt hat, größere Beträge für investive Zwecke an die Kommunen weitergeleitet haben als im Vorjahr. Die Mittel aus dem Strukturhilfefonds trugen mit dazu bei, daß die Länder ihre Sachinvestitionen im ersten Halbjahr 1990 um 13,7% auf 3,9 Mrd. DM erhöhen konnten. Auch die Gemeinden/Gv. konnten aufgrund der ihnen im ersten Halbjahr 1990 von den Ländern für investive Zwecke zugewiesenen Mittel

Tabelle 3: Bauausgaben nach Aufgabenbereichen
Mill. DM

Aufgabenbereich	1 Halbjahr	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/Gv
Bauausgaben insgesamt	1990	17 328	2 264	2 776	12 288
	1989	16 043	2 105	2 489	11 449
Schulen	1990	1 302	—	191	1 111
	1989	1 165	—	119	1 046
Hochschulen	1990	516	1	515	—
	1989	465	1	464	—
Einrichtungen des Gesundheitswesens	1990	37	—	37	—
	1989	33	—	33	—
Abwasserbeseitigung	1990	2 733	—	—	2 733
	1989	2 340	—	—	2 340
Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	1990	106	—	106	—
	1989	119	—	119	—
Straßen	1990	4 973	1 663	491	2 819
	1989	4 925	1 580	479	2 866
Übrige Aufgabenbereiche	1990	7 661	600	1 436	5 625
	1989	6 996	525	1 274	5 197

ihre Ausgaben für Sachinvestitionen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres kräftig um 7,5% auf 16,3 Mrd. DM erhöhen. Besonders stark stiegen die kommunalen Ausgaben für die Erweiterung und Erneuerung von Anlagen im Bereich der Abwasserbeseitigung (+ 16,8% auf 2,7 Mrd. DM). Demgegenüber blieben die Ausgaben für den Ausbau und die Erneuerung von Gemeindestraßen mit 2,8 Mrd. DM im Vergleich zum Vorjahreszeitraum unverändert. Für Darlehen gaben die öffentlichen Haushalte



im ersten Halbjahr 1990 etwa den gleichen Betrag wie im Vorjahr aus (12,6 Mrd. DM). Bemerkenswert ist die starke Zunahme der Ausgaben des Bundes für Darlehen an andere Bereiche um 11,4% auf 2,4 Mrd. DM.

Einnahmen nach Arten

Die wichtigste Einnahmequelle der öffentlichen Haushalte, die Steuern und steuerähnlichen Abgaben, blieb im ersten Halbjahr 1990 mit einer Zunahme um 1,2% auf 238,0 Mrd. DM deutlich hinter dem Wachstum der Gesamtwirtschaft zurück. Der geringe Zuwachs ist hauptsächlich bedingt durch die Mindereinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer (— 1,0% auf 97,3 Mrd. DM) aufgrund der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen dritten Stufe der Steuerreform 1986/88/90. Sie brachte mit einem neuen linearprogressiven Einkommensteuertarif, einem erhöhten Grundfreibetrag und höheren Kinderfreibeträgen erhebliche Steuerentlastungen. Ein noch stärkerer Aufkommensrückgang ergab sich bei den Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (— 0,6 Mrd. DM oder — 7,3% auf 14,9 Mrd. DM) infolge geringerer Abschlußzahlungen für frühere Jahre. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer gingen sogar um 37,2% auf 4,8 Mrd. DM gegenüber dem ersten Halbjahr 1989 zurück, weil die im ersten Halbjahr 1989 noch erhobene sogenannte „kleine Kapitalertragsteuer“

(Quellensteuer) von 10% auf inländische Zinserträge zur Jahresmitte 1989 wieder abgeschafft wurde. Vor allem infolge des starken Wachstums des privaten Verbrauchs sowie der kräftigen Ausweitung der Umsätze im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau stiegen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer (einschl. Einfuhrumsatzsteuer) überdurchschnittlich um 5,1% auf 68,9 Mrd. DM. Besonders stark nahmen auch die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (+ 7,0% auf 13,9 Mrd. DM) und der Tabaksteuer (+ 5,3% auf 6,3 Mrd. DM) zu. Bei den Verbrauchsteuern dürfte sich auch der Zuzug von Aus- und Übersiedlern positiv auf das Aufkommen ausgewirkt haben.

Der Bund konnte vor allem aufgrund des überdurchschnittlich gestiegenen Aufkommens aus der Umsatzsteuer, der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer und den Kapitalverkehrssteuern seine Mindereinnahmen bei der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer und der Kapitalertrag- und Körperschaftsteuer in Höhe von 2,4 Mrd. DM wieder ausgleichen und insgesamt sogar Steuernehreinnahmen von 1,7 Mrd. DM erzielen (+ 1,4%). Die Einnahmen der Länder aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben verharren demgegenüber im ersten Halbjahr 1990 mit 92,8 Mrd. DM auf dem Niveau des Vorjahres. Die Einnahmenverluste aus der Steuerreform 1990 konnten durch die höheren Einnahmen aus der Umsatzsteuer (+ 5,1% auf 24,1 Mrd. DM)

Tabelle 4 Einnahmen nach Arten
Mill. DM

Einnahmeart	1 Halbjahr	Insgesamt	Bund	Lastenausgleichsfonds	ERP-Sondervermögen	Länder	Gemeinden/ Gv
Steuern und steuerähnliche Abgaben	1990	237 986	116 169 ¹⁾	1	—	92 810	29 006
	1989	235 103	114 510 ¹⁾	—	—	92 765	27 829
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	1990	21 613	10 304	—	3	2 633	8 673 ²⁾
	1989	19 076	8 202	—	3	2 616	8 254 ²⁾
Zinseinnahmen vom öffentlichen Bereich	1990	157	140	—	13	4	—
	1989	127	109	—	13	4	—
von anderen Bereichen	1990	977	548	1	178	249	—
	1989	939	517	1	170	251	—
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse vom öffentlichen Bereich	1990	56 037	130	550	—	18 090	37 268
	1989	52 801	161	514	—	17 792	34 333
von anderen Bereichen	1990	4 857	786	1	—	2 530	1 540
	1989	4 621	1 081	1	—	2 364	1 175
Sonstige laufende Einnahmen	1990	17 460	2 013	1	—	4 390	11 055
	1989	16 346	2 122	1	—	3 954	10 269
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	1990	54 854	—	—	—	2 144	15 820
	1989	51 377	—	—	—	1 995	14 279
Einnahmen der laufenden Rechnung	1990	284 233	130 091	554	194	118 562	71 721
	1989	277 636	126 703	517	186	117 752	67 581
Veräußerung von Vermögen	1990	3 465	190	—	100	214	2 960
	1989	3 090	93	—	75	340	2 582
Vermögensübertragungen vom öffentlichen Bereich	1990	8 556	—	—	400	3 543	4 613
	1989	7 066	—	—	—	3 006	4 060
von anderen Bereichen	1990	1 915	4	—	—	180	1 731
	1989	1 798	10	—	—	113	1 675
Darlehensrückflüsse vom öffentlichen Bereich	1990	598	483	—	46	69	—
	1989	430	308	—	51	71	—
von anderen Bereichen	1990	3 046	1 222	47	810	670	297
	1989	3 236	1 318	61	819	724	315
Schuldenaufnahmen beim öffentlichen Bereich	1990	1 226	—	—	—	469	757
	1989	1 505	—	—	—	531	974
abzüglich Zahlungen von gleicher Ebene	1990	10 307	—	—	—	—	363
	1989	8 917	—	—	—	1	320
Einnahmen der Kapitalrechnung	1990	8 497	1 898	47	1 356	5 145	9 994
	1989	8 208	1 729	61	944	4 784	9 286
Bereinigte Einnahmen	1990	292 730	131 989	601	1 549	123 707	81 716
	1989	285 844	128 432	578	1 130	122 536	76 867

¹⁾ Einschl. Umsatzsteueranteil für Ergänzungszuweisungen — ²⁾ Einschl. Ersatz von sozialen Leistungen

sowie aus Landessteuern (+ 8,3% auf 13,3 Mrd. DM) gerade ausgeglichen werden. Starke Aufkommenszuwächse ergaben sich besonders bei der Erbschaftsteuer (+ 54,3% auf 1,6 Mrd. DM), der Grunderwerbsteuer (+ 21,2% auf 2,1 Mrd. DM) sowie der Vermögensteuer (+ 5,5% auf 3,0 Mrd. DM). Demgegenüber haben sich die Einnahmen der Länder aus der Kraftfahrzeugsteuer, der ertragreichsten Landessteuer, im ersten Halbjahr 1990 infolge einer Senkung der Kraftfahrzeugsteuer für Lkw im Zusammenhang mit der geplanten, jedoch nicht realisierten Einführung einer Straßenbenutzungsgebühr um 2,4% auf 4,8 Mrd. DM verringert.

Die kräftige Zunahme der Gewerbesteuereinnahmen hat im ersten Halbjahr 1990 bei den Gemeinden/Gv die Auswirkungen der Steuerreform kompensiert. Insgesamt sind die Einnahmen der Gemeinden/Gv. aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres um 4,2% gewachsen und haben ein Volumen von 29,0 Mrd. DM erreicht.

Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus wirtschaftlicher Tätigkeit stiegen insbesondere wegen der hohen Gewinnabführung der Deutschen Bundesbank an den

Bund im Berichtszeitraum kräftig um 13,3% auf 21,6 Mrd. DM. Bei den Gemeinden/Gv. nahmen die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit deutlich um 5,1% auf 8,7 Mrd. DM zu. Allerdings enthält diese Einnahmeposition auch die Rückerstattungen von Aufwendungen der Sozialhilfe. Die Einnahmen der Länder aus wirtschaftlicher Tätigkeit blieben gegenüber dem ersten Halbjahr 1989 nahezu unverändert (+ 0,6% auf 2,6 Mrd. DM)

Aus laufenden Zuweisungen nahmen die öffentlichen Haushalte im ersten Halbjahr 1990 56,0 Mrd. DM ein, 6,1% mehr als im ersten Halbjahr 1989. Eine kräftige Zunahme hatten die sonstigen laufenden Einnahmen der Gemeinden/Gv. zu verzeichnen (+ 7,7% auf 11,1 Mrd. DM), wobei es sich hauptsächlich um das Aufkommen aus Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sowie aus zweckgebundenen Abgaben handelt.

Den Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus der Kapitalrechnung kommt lediglich bei den Gemeinden/Gv. größere Bedeutung zu. Sie erhöhten sich im ersten Halbjahr 1990 um 7,6% auf 10,0 Mrd. DM. Besonders kräftig fiel die Zunahme bei den Investitionszuweisungen vom öffentlichen Bereich (+ 13,6% auf 4,6 Mrd. DM) und den Einnah-

Tabelle 5 Ausgaben und Einnahmen nach Arten
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahreszeitraum

Prozent

Halbjahr	Ausgaben						Einnahmen	
	insgesamt ¹⁾	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	Baumaß- nahmen	insgesamt ²⁾	darunter Steuern und steuerähn- liche Abgaben
	Insgesamt ³⁾							
1986 1 Hj	+ 1,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 6,5	- 0,5	+ 5,5	+ 4,9	+ 3,7
2 Hj	+ 5,4	+ 5,0	+ 2,0	- 0,4	+ 8,8	+ 8,1	+ 1,7	+ 2,5
1987 1 Hj	+ 3,6	+ 4,3	+ 3,6	- 0,3	+ 5,1	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,6
2 Hj	+ 3,2	+ 4,1	+ 2,0	+ 3,5	+ 5,5	+ 1,5	+ 3,3	+ 5,2
1988 1 Hj	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,3	+ 0,7	+ 4,3	+ 11,2	+ 2,6	+ 5,4
2 Hj	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,8	+ 6,0	+ 4,3	- 0,9	+ 2,1	+ 1,5
1989 1 Hj	+ 4,7	+ 2,4	+ 6,0	- 0,8	+ 4,6	+ 9,7	+ 9,3	+ 9,4
2 Hj	+ 4,7	+ 2,5	+ 4,1	+ 3,4	+ 9,3	+ 3,7	+ 10,0	+ 11,0
1990 1 Hj	+ 5,2	+ 5,3	+ 7,0	+ 4,2	+ 5,4	+ 8,0	+ 2,4	+ 1,2
	Bund							
1986 1 Hj	- 2,0	+ 2,4	+ 3,8	+ 6,2	- 5,3	- 3,0	+ 5,9	+ 1,9
2 Hj	+ 5,7	+ 4,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 11,9	+ 1,6	- 2,0	+ 0,7
1987 1 Hj	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,9	- 2,6	+ 2,5	- 4,5	- 0,1	+ 1,9
2 Hj	+ 3,7	+ 3,2	- 0,2	+ 9,6	+ 5,6	+ 3,4	+ 2,5	+ 5,6
1988 1 Hj	+ 3,5	+ 2,6	+ 1,2	- 0,1	+ 3,8	+ 12,3	- 1,3	+ 4,8
2 Hj	+ 1,6	+ 1,7	- 2,5	+ 9,0	+ 4,9	- 3,4	+ 0,3	- 0,7
1989 1 Hj	+ 5,8	+ 2,5	+ 6,0	- 3,5	+ 4,7	+ 7,2	+ 12,5	+ 10,5
2 Hj	+ 4,7	+ 3,6	+ 0,6	+ 2,7	+ 10,1	+ 2,6	+ 12,7	+ 13,6
1990 1 Hj	+ 4,6	+ 3,6	+ 3,8	+ 7,4	+ 4,5	+ 7,6	+ 2,8	+ 1,4
	Länder							
1986 1 Hj	+ 4,3	+ 3,7	+ 5,3	+ 10,2	+ 3,2	+ 9,7	+ 4,2	+ 5,9
2 Hj	+ 4,1	+ 4,5	+ 2,8	+ 0,5	+ 6,0	+ 4,3	+ 3,5	+ 4,0
1987 1 Hj	+ 5,0	+ 4,0	+ 5,2	+ 3,7	+ 7,7	+ 8,0	+ 1,8	+ 1,7
2 Hj	+ 3,0	+ 4,1	+ 4,9	- 2,6	+ 4,6	- 0,2	+ 4,7	+ 5,6
1988 1 Hj	+ 2,7	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,8	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,5	+ 5,1
2 Hj	+ 1,8	+ 2,8	+ 5,0	+ 3,8	+ 1,7	- 2,0	+ 3,1	+ 3,0
1989 1 Hj	+ 3,2	+ 2,6	+ 7,6	+ 2,9	+ 3,4	+ 6,7	+ 7,9	+ 9,5
2 Hj	+ 5,7	+ 2,3	+ 6,8	+ 4,9	+ 11,0	+ 6,8	+ 9,0	+ 8,6
1990 1 Hj	+ 5,2	+ 5,3	+ 10,0	- 0,3	+ 4,1	+ 11,6	+ 1,0	-
	Gemeinden/Gv							
1986 1 Hj	+ 6,0	+ 5,9	+ 3,5	- 2,8	+ 7,9	+ 6,5	+ 3,5	+ 4,0
2 Hj	+ 5,4	+ 6,5	+ 2,2	- 4,3	+ 6,9	+ 10,9	+ 4,2	+ 5,1
1987 1 Hj	+ 4,2	+ 5,6	+ 2,1	- 1,2	+ 8,6	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,1
2 Hj	+ 3,7	+ 5,0	+ 2,9	- 3,1	+ 6,5	+ 1,5	+ 4,1	+ 2,8
1988 1 Hj	+ 4,6	+ 2,3	+ 2,9	- 2,0	+ 6,6	+ 12,7	+ 6,8	+ 8,9
2 Hj	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,1	+ 0,4	+ 5,8	-	+ 3,6	+ 5,0
1989 1 Hj	+ 5,3	+ 1,8	+ 4,7	- 0,1	+ 5,8	+ 10,9	+ 6,2	+ 4,7
2 Hj	+ 4,9	+ 2,0	+ 6,8	+ 3,3	+ 6,7	+ 3,2	+ 6,3	+ 8,6
1990 1 Hj	+ 7,5	+ 6,8	+ 8,8	+ 4,9	+ 8,9	+ 7,3	+ 6,3	+ 4,2

¹⁾ Bereinigte Ausgaben — ²⁾ Bereinigte Einnahmen — ³⁾ Einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen

men aus Vermögensveräußerungen (+ 14,6% auf 3,0 Mrd. DM) aus.

Schulden

Die Schulden der öffentlichen Haushalte betragen am 30. Juni 1990 insgesamt 930,5 Mrd. DM (ohne 40,9 Mrd. DM Schulden der öffentlichen Haushalte untereinander). Davon waren 438,7 Mrd. DM (47%) durch Wertpapiere fundiert. Die direkten Darlehen der öffentlichen Haushalte bei Kreditinstituten und sonstigen Einrichtungen im Inland beliefen sich auf 442,9 Mrd. DM und bei ausländischen Kreditinstituten auf 32,4 Mrd. DM. Die Schulden des Staates aus Ausgleichsforderungen betragen am 30. Juni 1990 noch 13,8 Mrd. DM.

Tabelle 6 Öffentliche Schulden¹⁾ nach Arten
Mill DM

Schuldner	Stand am			
	30 6 1989	31 12 1989	31 3 1990	30 6 1990
Kreditmarktmittel, Ausgleichsforderungen, Kreditähnliche Rechtsgeschäfte				
Bund	483 053	490 539	494 549	502 585
dar Lastenausgleichsfonds	60	31	28	28
ERP-Sondervermögen	6 187	6 753	7 107	7 157
Länder	297 825	307 684	305 862	309 956
Gemeinden/Gv	108 664	110 369	110 726	110 842
Insgesamt	895 729	915 345	918 244	930 540
Schulden bei öffentlichen Haushalten				
Bund	1	1	1	1
dar Lastenausgleichsfonds	1	1	1	1
ERP-Sondervermögen	—	—	—	—
Länder	30 396	30 681	30 458	30 581
Gemeinden/Gv	10 333	10 113	10 279	10 330
Insgesamt	40 730	40 795	40 738	40 912
Kassenverstärkungskredite				
Bund	—	—	—	—
dar Lastenausgleichsfonds	—	—	—	—
ERP-Sondervermögen	260	310	346	125
Länder	1 506	2 175	2 597	2 229
Gemeinden/Gv	1 228	1 140	1 000	1 192
Insgesamt	2 994	3 625	3 943	3 546

¹⁾ Zum 31. Dezember 1989 Ergebnis der jährlichen Schuldenstatistik, sonst Ergebnisse der vierteljährlichen Schuldenstatistik, ohne Zweckverbände

Gegenüber dem 31. Dezember 1989 haben sich die Schulden der öffentlichen Haushalte um 15,2 Mrd. DM oder 1,7% erhöht. Die Mittelbeschaffung erfolgte — wie in den Vorjahren — überwiegend durch die Ausgabe von Wertpapieren. Die direkten Kreditverpflichtungen der öffentlichen Haushalte gegenüber inländischen und ausländischen Kreditinstituten gingen in diesem Zeitraum per saldo weiter zurück.

Die Schuldverpflichtungen des Bundes beliefen sich am 30. Juni 1990 auf 502,6 Mrd. DM; die Länder hatten Schulden in Höhe von 310,0 Mrd. DM und die Kommunen in Höhe von 110,8 Mrd. DM. Gegenüber Ende Dezember 1989 haben sich die Schulden des Bundes um 12,0 Mrd. (+ 2,5%) und die der Länder um 2,3 Mrd. DM (+ 0,7%) erhöht. Die Schulden der Gemeinden/Gv. stiegen seit Ende Dezember 1989 um 0,5 Mrd. DM (+ 0,4%).

Dr. Harald Schütz

Preise im September 1990

Auf den hier zu besprechenden Wirtschaftsstufen — gewerbliche Produktion, Groß- und Einzelhandel — sowie bei der Lebenshaltung privater Haushalte ließ sich im September ein weiteres leichtes Ansteigen der Preisindizes feststellen, nachdem im Juli noch Indexrückgänge zu verzeichnen gewesen waren. Am wenigsten erhöhte sich der Index der Einzelhandelspreise mit + 0,2 %. Grund für die Indexsteigerungen waren vor allem die Preiserhöhungen der letzten Wochen auf den Rohölmärkten der Welt. Hieraus ergaben sich für die Mineralölerzeugnisse Indexsteigerungen gegenüber dem Vormonat zwischen + 7,3 % bei den Großhandelsverkaufspreisen und + 7,7 % bei den Erzeugerpreisen. Heizöl und Kraftstoffe verteuerten sich auf der Einzelhandelsstufe um 7,2 % und auf der Stufe des Privaten Verbrauchs um 7,4 %.

Binnen Jahresfrist bewegten sich die Steigerungen der Gesamtindizes zwischen + 0,7 % beim Index der Großhandelsverkaufspreise und + 3,0 % beim Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. Auch hier schlugen sich die Rohstoffpreiserhöhungen in ganz erheblichem Maße nieder. Teilweise trugen auch die Saisonwaren nicht unerheblich zu dem Preisindexanstieg bei.

	Veränderungen September 1990 gegenüber	
	August 1990	September 1989
	%	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 0,4	+ 2,1
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 0,1	+ 1,5
Mineralölerzeugnisse	+ 7,7	+ 16,4
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 0,3	+ 0,7
ohne Mineralölerzeugnisse	- 0,3	- 0,6
Mineralölerzeugnisse	+ 7,3	+ 17,2
ohne Saisonwaren	+ 0,6	+ 0,3
Saisonwaren	- 4,6	+ 14,1
Index der Einzelhandelspreise		
insgesamt	+ 0,2	+ 2,4
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,1	+ 2,0
Heizöl und Kraftstoffe	+ 7,2	+ 17,2
ohne Saisonwaren	+ 0,4	+ 2,1
Saisonwaren	- 3,7	+ 7,9
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
insgesamt	+ 0,4	+ 3,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,1	+ 2,5
Heizöl und Kraftstoffe	+ 7,4	+ 16,8
ohne Saisonwaren	+ 0,5	+ 2,9
Saisonwaren	- 4,0	+ 7,6

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) stieg von August auf September 1990 um 0,4 % und lag damit um 2,1 % über dem Stand vom September 1989.

Von den monatlichen Indexveränderungen größerer Produktbereiche ist vor allem der Anstieg bei den Mineralöler-

Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾			Groß- hand- els- ver- kaufs- preise ²⁾	Einzel- hand- els- preise ³⁾	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	
	ins- ge- samt	darunter				ins- ge- samt	ohne Saison- waren ⁴⁾
		Investi- tions- güter ²⁾	Ver- brauchs- güter ²⁾				
	1985 = 100				1980 = 100	1985 = 100	
1985 D	100	100	100	100	117,5	100	100
1986 D	97,5	102,6	94,8	92,6	117,3	99,9	99,9
1987 D	95,1	104,9	95,1	89,2	117,8	100,1	100,1
1988 D	96,3	107,0	95,5	89,9	118,5	101,4	101,4
1989 D	99,3	109,7	100,1	94,5	121,1	104,2	104,2
1989 Juli	99,3	109,9	100,1	94,3	121,4	104,3	104,3
Aug	99,4	109,9	99,9	94,1	121,2	104,2	104,4
Sept.	99,6	110,1	100,5	95,1	121,2	104,4	104,6
Okt	100,1	110,5	100,9	94,9	121,5	104,7	104,9
Nov	100,0	110,5	100,4	94,6	121,7	104,9	105,0
Dez	100,0	110,5	101,1	94,9	122,2	105,2	105,3
1990 Jan	100,1	111,2	101,4	94,7	122,5	105,8	105,7
Febr	100,1	111,6	101,1	94,1	123,0	106,2	106,0
März	100,2	111,8	101,1	94,7	123,0	106,3	106,2
April	100,7	112,4	101,3	95,0	123,3	106,5	106,3
Mai	100,8	112,7	101,3	95,3	123,9	106,7	106,4
Juni	100,8	112,9	101,3	95,0	123,8	106,8	106,5
Juli	100,7	113,2	101,6	94,7	123,4	106,8	106,7
Aug	101,3	113,5	104,0	95,5	123,8	107,1	107,1
Sept	101,7	113,6	105,6	95,8	124,1	107,5	107,6
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %							
1989 Juli	+ 0,1	+ 0,2	- 0,5	- 0,9	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Aug	+ 0,1	-	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1
Sept	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	-	+ 0,2	+ 0,2
Okt	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3
Nov	- 0,1	-	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Dez	-	-	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
1990 Jan	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,3	- 0,2	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4
Febr	-	+ 0,4	- 0,3	- 0,6	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
März	+ 0,1	+ 0,2	-	+ 0,6	-	+ 0,1	+ 0,2
April	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1
Mai	+ 0,1	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1
Juni	-	+ 0,2	-	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Juli	- 0,1	+ 0,3	+ 0,3	- 0,3	- 0,3	-	+ 0,2
Aug	+ 0,6	+ 0,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Sept	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %							
1985 D	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,0	+ 9,1	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,0
1986 D	- 2,5	+ 2,6	- 5,2	- 7,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1
1987 D	- 2,5	+ 2,2	+ 0,3	- 3,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2
1988 D	+ 1,3	+ 2,0	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3
1989 D	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,8	+ 5,1	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,8
1989 Juli	+ 3,0	+ 2,6	+ 4,5	+ 4,9	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,8
Aug	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,2	+ 4,6	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,8
Sept	+ 3,0	+ 2,5	+ 4,8	+ 5,7	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,9
Okt	+ 3,4	+ 2,6	+ 5,4	+ 5,1	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,0
Nov	+ 3,1	+ 2,5	+ 4,7	+ 4,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8
Dez	+ 2,9	+ 2,4	+ 5,0	+ 3,5	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,9
1990 Jan	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,4	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,5
Febr	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,5
März	+ 1,5	+ 2,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,6
April	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,3	+ 2,2
Mai	+ 1,5	+ 2,7	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,1
Juni	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,7	- 0,2	+ 1,7	+ 2,3	+ 2,2
Juli	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,3
Aug	+ 1,9	+ 3,3	+ 4,1	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,8	+ 2,6
Sept	+ 2,1	+ 3,2	+ 5,1	+ 0,7	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,9

¹⁾ Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer — ²⁾ Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter — ³⁾ Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer — ⁴⁾ Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Frischfisch und Blumen

zeugnissen (+ 7,7 %) zu erwähnen, als Fortsetzung der bereits im August beobachteten Preissteigerungen in diesem Sektor. Einen besonders großen Indexanstieg hatte dabei das Rohbenzin (Naphtan) mit + 12,2 % gegenüber dem Vormonat und + 63,6 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zu verzeichnen.

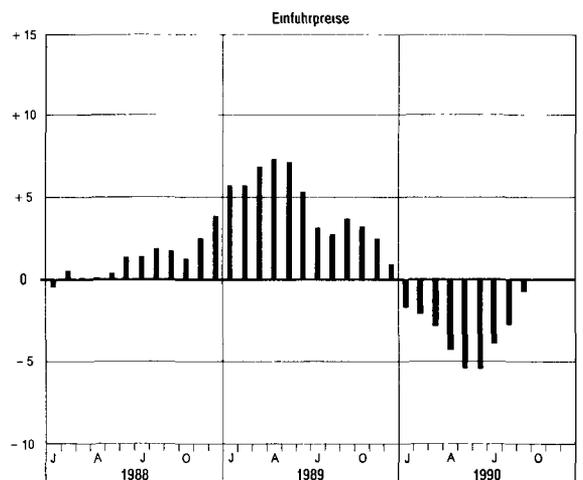
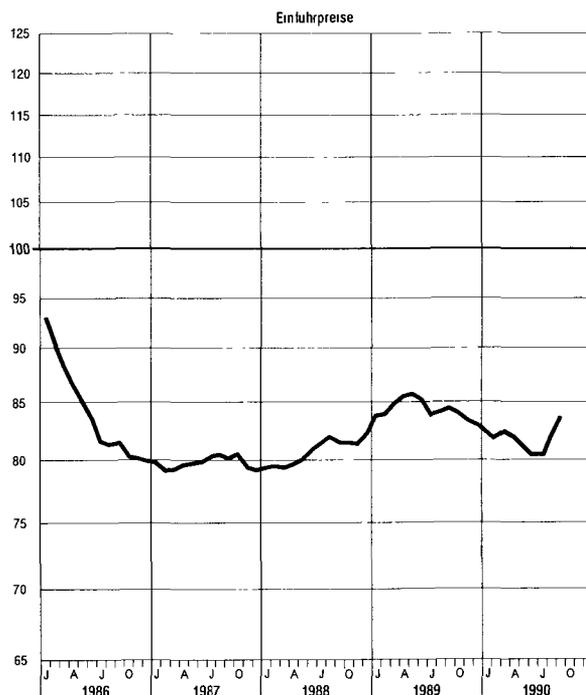
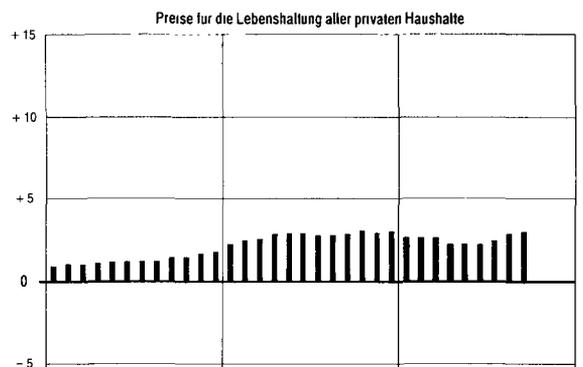
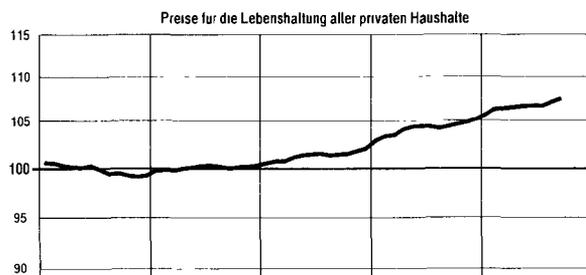
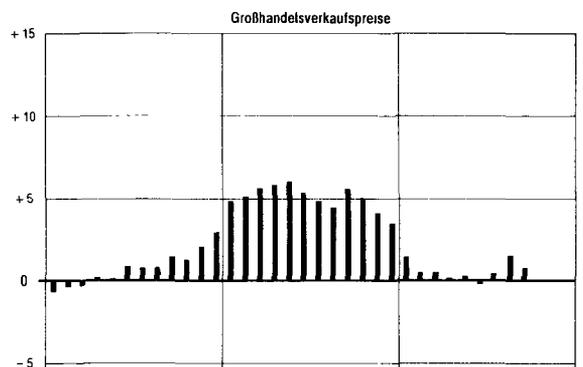
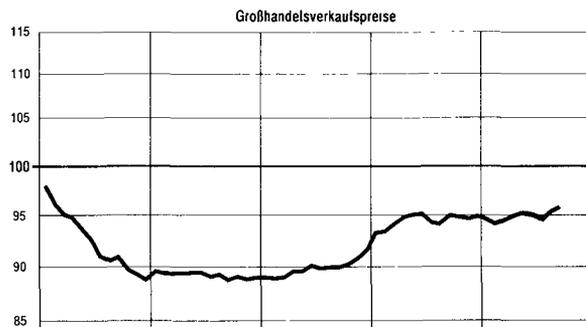
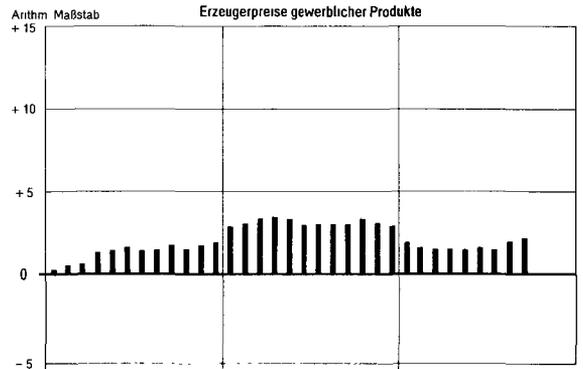
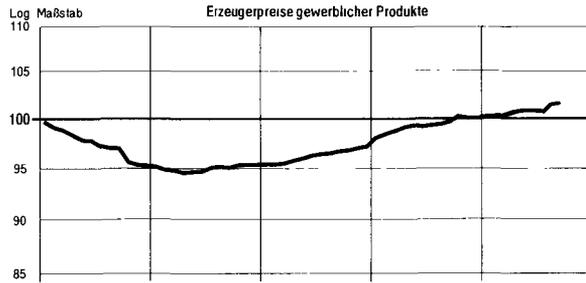
Die unsichere Situation am Weltrohölmarkt trieb in der ersten Hälfte des September 1990 den Preis für Rohöl über die Schwelle von 25 US \$ je Barrel, womit Rohöl so teuer

Schaubild 1

AUSGEWÄHLTE PREISINDIZES

PREISINDEX
1985 = 100

VERÄNDERUNG GEGENÜBER DEM VORJAHR IN %



Statistisches Bundesamt 90 0558

wurde wie schon lange nicht mehr. Die deutschen Erzeugerpreise für Mineralölprodukte erhöhten sich dadurch im Jahresvergleich um 16,4 %.

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im September gegenüber dem Vormonat nur noch um + 0,3 %, nachdem er im August noch um 0,8 % gestiegen war. Der Gesamtindex wies ohne Mineralölzeugnisse einen Rückgang von 0,3 % auf. Ohne Saisonwaren, die sich um 4,6 % verbilligten, stieg der Index andererseits um 0,6 %

Die Jahressteigerungsrate des Gesamtindex der Großhandelsverkaufspreise betrug im September nur + 0,7 %, nachdem sie im August noch bei + 1,5 % gelegen hatte. Neben den Brenn- und Treibstoffen (+ 15,7 %) trug im Jahresvergleich u. a. auch der Index der Saisonwaren mit + 14,1 % zum Anstieg des Gesamtindex bei. Dämpfend wirkte der Index für Güter der Ernährungswirtschaft, der von einem Stand von 94,9 (1985 = 100) im September 1989 auf 92,6 (September 1990) gefallen war (− 2,4 %).

Beim Index der Einzelhandelspreise ergab sich im September — nach einem Anstieg von Juli auf August von + 0,3 % — ein Anstieg gegenüber dem Vormonat von nur + 0,2 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat erhöhte sich der Index im September mit + 2,4 % dagegen stärker als im August (+ 2,1 %).

Unter den neun Wirtschaftsgruppen des Einzelhandels hat sich der Preisindex für den Einzelhandel mit Kraft- und Schmierstoffen an Tankstellen am deutlichsten erhöht, und zwar um 4,1 % gegenüber dem Vormonat (August-Index + 5,7 %) und um 9,3 % im Vergleich zum September 1989 (Indexveränderung im August 1990 gegenüber August 1989 + 6,4 %).

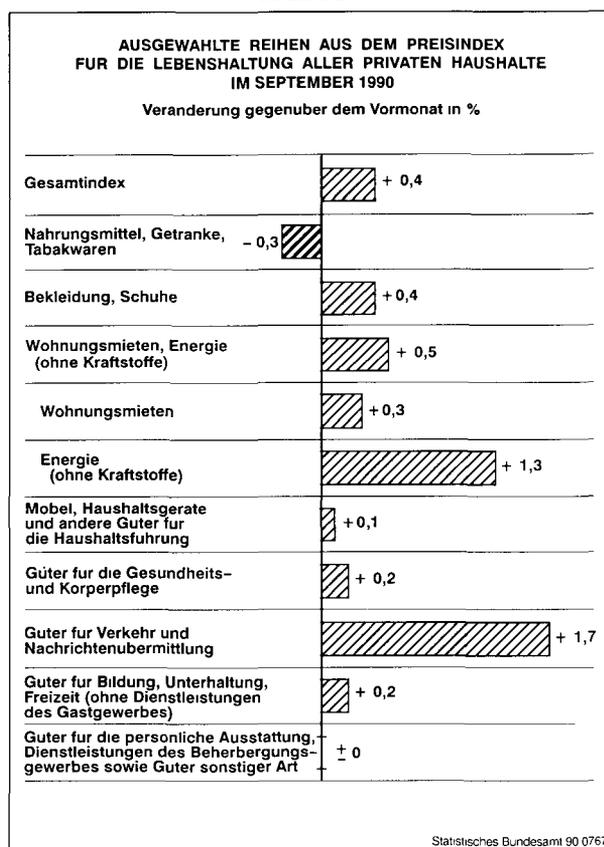
Ein Indexrückgang gegenüber dem Vormonat war mit − 0,3 % lediglich beim Einzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren zu verzeichnen, binnen Jahresfrist stieg dieser Wirtschaftsgruppenindex um + 2,7 %.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte zog im Vergleich zum Vormonat im September mit + 0,4 % stärker an als im August (+ 0,3 %), blieb damit aber noch im Rahmen eines mäßigen Preisanstiegs gegenüber dem Vorjahresmonat (+ 3,0 %).

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des Gesamtindex von August auf September war der Indexanstieg bei Heizöl und Kraftstoffen mit + 7,4 %. Andererseits verbilligten sich die Saisonwaren (einschl. Blumen) um 4,0 %.

Im Jahresvergleich zogen dagegen die Preise für Saisonwaren (einschl. Blumen) um 7,6 % (+ 10,8 % ohne Blumen) an. Heizöl und Kraftstoffe wurden binnen Jahresfrist um 16,8 % teurer. In der Gliederung nach Hauptgruppen (Verwendungszweck) des Privaten Verbrauchs ist der Index für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren im September 1990 gegenüber dem Vormonat um 0,3 % gefallen, gegenüber September 1989 aber um 2,8 % gestiegen. Bei den anderen Hauptgruppen reichen die Jahresveränderungsraten von + 1,1 % (Güter für die persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes

Schaubild 2



sowie Güter sonstiger Art) bis + 5,2 % (Energie ohne Kraftstoffe).

Von den für spezielle Haushaltstypen berechneten Indizes wiesen im Berichtsmonat sowohl der Preisindex für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen mit einer Monatsrate von + 0,1 % wie auch der Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes mit − 0,1 % einen erwähnenswerten Unterschied zur Veränderung des Gesamtindex für alle privaten Haushalte mit + 0,4 % auf. Im Jahresvergleich ergaben sich dagegen nur geringe Unterschiede.

Im einzelnen wurden folgende Veränderungen der Preisindizes für spezielle Haushaltstypen errechnet:

	Veränderungen September 1990 gegenüber August 1990	
	September 1989	September 1989
	%	
Preisindex für		
die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,4	+ 3,0
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	+ 0,4	+ 2,9
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	+ 0,5	+ 3,2
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	+ 0,1	+ 3,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes	− 0,1	+ 2,8

Auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen sind bei einzelnen Gütern bzw. Gütergruppen folgende größere Preisveränderungen im Vergleich zum Vormonat bzw. Vergleichsmonat des Vorjahres hervorzuheben, fortlaufend geordnet nach der Höhe der Veränderungen zum Vormonat:

	Veränderungen September 1990 gegenüber	
	August	September
	1990	1989
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Flussiggas	+ 50,1	+ 43,4
Leichtes Heizöl	+ 8,2	+ 19,0
Motorenbenzin	+ 8,0	+ 17,6
Kakaoerzeugnisse	+ 7,2	+ 5,3
Hüttenaluminium	+ 6,5	- 23,0
Dieselmotorenkraftstoff	+ 5,7	+ 10,9
Olkuchen und Schrote	+ 4,0	- 25,4
Schweres Heizöl	+ 3,5	+ 7,1
Beutel aus Kunststoff	+ 3,3	+ 2,7
Bereifungen	+ 3,3	+ 0,9
Sauerkonserven	+ 3,2	+ 6,8
Polyäthylen	+ 2,8	- 1,9
Elektrolytkupfer	+ 2,5	- 15,2
Mehrnährstoffdünger	+ 2,4	- 2,3
Folien aus Kunststoff	+ 1,8	+ 1,3
Betonstahlmatten	- 1,3	- 1,8
Wurstwaren	- 1,5	- 1,8
Wellpappenpapier	- 2,0	- 11,0
Betonstahl	- 2,8	- 4,9
Frisches Schweinefleisch	- 2,9	- 2,1
Packpapier aus Altpapier	- 3,3	- 10,6
Blei	- 4,2	- 7,3
Feinzink	- 4,2	- 24,7
Bitumen	- 5,1	+ 4,2
Einnährstoffdünger	- 5,3	- 2,0
Gewürze	- 7,7	- 7,0
Großhandelsverkaufspreise		
Frischgemüse	+ 16,6	+ 30,9
Frische Eier	+ 12,6	- 3,9
Birnen	+ 9,9	+ 8,1
Motorenbenzin	+ 8,2	+ 17,6
Heizöl	+ 6,8	+ 20,0
Dieselmotorenkraftstoff	+ 5,6	+ 12,7
Orangen	+ 5,0	+ 16,5
Rohkaffee	+ 3,8	- 6,7
Oberbekleidung	+ 3,4	+ 1,5
Fischereierzeugnisse	- 2,8	+ 21,9
Lebende Schlachtschweine	- 3,8	- 18,3
Maschinengußbruch	- 3,8	- 8,9
Stahlschrott	- 6,4	- 20,5
Rohe Haute und Felle	- 8,2	- 25,5
Gekühltes Schweinefleisch	- 8,3	- 21,5
Bananen	- 11,0	+ 26,9
Apfel	- 19,9	+ 28,6
Verbraucherpreise		
Kraftstoffe	+ 7,6	+ 16,1
Leichtes Heizöl	+ 6,8	+ 18,5
Fische und Fischfilets, frisch oder tiefgefroren	+ 1,1	+ 7,4
Personenkraftwagen	+ 1,0	+ 3,8
Eier	+ 1,0	+ 2,6
Obstkonserven	+ 0,8	+ 3,3
Feste Brennstoffe	+ 0,7	+ 1,4
Brot u a Backwaren aus Brotteig	+ 0,5	+ 3,8
Unterrichtsleistungen	+ 0,5	+ 2,5
Schuhe	+ 0,5	+ 2,2
Friseurleistungen	+ 0,4	+ 3,9
Reis	+ 0,4	+ 2,1
Kaffee	+ 0,1	- 8,2
Phonogeräte	- 0,1	- 3,0
Butter	- 0,1	- 3,2
Weizenmehl	- 0,2	+ 1,3
Reifen für Kraftfahrzeuge	- 0,3	- 0,1
Frischgemüse	- 0,8	+ 11,3
Frischobst	- 8,5	+ 17,4
Kartoffeln	- 9,2	- 5,9

Dr. Helmut Liely

Übersicht

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Allgemeines, Methoden, Systematiken		
Statistik — Wegweiser durch die 90er Jahre	1	5
Deutsche Statistik — Quo vadis?	3	157
Statistik der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Weg zur Einheit	8	523
Statistik der DDR im Umbruch	4 ¹⁾	
Die Statistik auf dem Weg zur deutschen Einheit	7 ¹⁾	
Erhebungen für besondere Zwecke — Ein neues Instrument der amtlichen Statistik	10	687
„Singles“ — Versuch einer Beschreibung	10	703
Zur Entwicklung einer Klassifikation von Dienstleistungen	5	315
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über „Dienstleistungen für Unternehmen“	8	529
Dienstleistungsberufe im Produzierenden Gewerbe	9	623
Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland	6	389
Kombinationen der Viehhaltung	8	550
Zur Struktur der Ausbildungsberufe	3	212
Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser	10	693
Zur Neuberechnung der Preisindizes für die Landwirtschaft auf Basis 1985	2	137
Zur Neuberechnung des Index der Großhandelsverkaufspreise auf Basis 1985	3	228
Zur Neuberechnung des Preisindex für die Lebenshaltung auf Basis 1985	1	47
Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik	6	383
Verfügbares Einkommen nach Haushaltsgruppen in erweiterter Haushaltsgliederung 1972 bis 1988	3	182
Input-Output-Rechnung 1970 bis 1986	2	69
Aufkommen und Verwendung von Energie 1978 bis 1988	9	614
Bevölkerung		
„Singles“ — Versuch einer Beschreibung	10	703
Ausländerfamilien 1988	2	80
Entwicklung der Einbürgerungen seit 1986	5	319
Ausländer 1989	8	540
Wahlen		
Grundlagen und Daten der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990	10	673
Erwerbstätigkeit/Streiks		
Dienstleistungsberufe im Produzierenden Gewerbe	9	623
Frauen im öffentlichen Dienst	5	323
Auszubildende 1989	10	725
Erwerbstätigkeit im April 1989	7	451
Erwerbstätige 1970 bis 1989	4	245
Entwicklung und Struktur der Erwerbslosigkeit	1	16
Erwerbstätigkeit von Ausländern 1988	2	85
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1988	2	130
am 30. Juni 1989	10	730
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1987 über „Dienstleistungen für Unternehmen“	8	529
Beschäftigung von Frauen, Teilzeitkräften und Auszubildenden nach der Größe der Ar- beitsstätten	2	95
Insolvenzen 1989	3	195
Insolvenzverluste 1988	8	545
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Kombinationen der Viehhaltung	8	550
Weinmosternte 1989	2	100
Tierische Erzeugung 1989	6	394
Seefischerei 1989	6	400

¹⁾ Sonderdruck als Beilage

	Heft	Seite
Produzierendes Gewerbe		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe 1988	7	466
Eisenschaffende Industrie im Jahr 1989	5	330
Bautätigkeit und Wohnungen		
Nutzung der Bodenfläche in der Bundesrepublik Deutschland	6	389
Bauwirtschaft und Bautätigkeit 1989	4	258
Wohnungsmieten privater Haushalte im Januar 1988	4	263
Wohngeld 1989	10	709
Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr		
Arbeitskosten im Groß- und Einzelhandel sowie im Bank- und Versicherungsgewerbe 1988	10	716
Inlandsreiseverkehr 1989	6	403
Warenverkehr mit der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) 1989	5	335
Außenhandel		
Außenhandel 1989	2	103
nach Ursprungs- und Bestimmungsländern	3	200
nach Waren	4	271
mit den Entwicklungsländern 1989	7	476
im vierten Vierteljahr 1989	3	207
im ersten Vierteljahr 1990	6	408
im zweiten Vierteljahr und im ersten Halbjahr 1990	9	632
Verkehr		
Eisenbahnverkehr 1989	5	341
Unternehmen, Verkehrsleistungen und Einnahmen des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs 1988	1	31
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1989	6	414
Binnenschifffahrt 1989	9	639
Luftverkehr 1989	7	482
Geld und Kredit		
Bauspargeschäft 1989	9	645
Aktienmarkt im Jahr 1989	1	35
Bildung und Kultur		
Zur Struktur der Ausbildungsberufe	3	212
Berufliche Schulen 1988/89	2	110
Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung 1987	2	123
Auszubildende 1989	10	725
Studenten im Wintersemester 1989/90	5	345
Prüfungen an Hochschulen 1988	7	486
Pressestatistik 1988	9	650
Gesundheitswesen		
Neue Bundesstatistik über Krankenhäuser	10	693
Ausgaben für Gesundheit 1988	8	556
Krankenhausstatistik von 1958 bis 1988	5	352
Versicherungen		
Sozialversicherung im Jahr 1989	4	278
Sozialleistungen		
Sozialhilfeempfänger 1988	6	421
Jugendarbeit 1988	7	493
Jugendhilfe 1988	2	116
Finanzen und Steuern		
Finanzierungssalden für den öffentlichen Bereich in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und in der Finanzstatistik	6	383
Ausgaben für Gesundheit 1988	8	556
Finanzplanung von Bund und Ländern 1989 bis 1993	1	43
Kommunale Finanzplanungen 1989 bis 1993	4	294
Öffentliche Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung 1987	2	123

Tabellenteil

Inhalt

	Seite	Periodizität
Statistische Monatszahlen		
Grundzahlen/Veränderungen	380*	monatlich
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung	392*	„
Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen	393*	„
 Ausgewählte Tabellen		
Bevölkerung		
Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht; Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen, Familienstand und monatlichem Nettoeinkommen	394*	einmalig
Erwerbstätigkeit		
Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989 nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppen	396*	„
Produzierendes Gewerbe		
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen	397*	monatlich
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe	398*	„
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe — Fachliche Unternehmensteile	399*	„
Bildung und Kultur		
Auszubildende nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht	401*	einmalig
Finanzen und Steuern		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern	402*	vierteljährlich
Löhne und Gehälter		
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk	403*	halbjährlich
Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Groß- und Einzelhandel, im Bank- und Versicherungsgewerbe sowie im Produzierenden Gewerbe; Zusammensetzung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Kostenarten und Wirtschaftszweigen des Groß- und Einzelhandels, Bank- und Versicherungsgewerbes 1988	404*	einmalig
Preise		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)	407*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	409*	„
Preisindizes für Bauwerke; Kaufwerte für Bauland	411*	vierteljährlich
Statistische Monatszahlen für das Gebiet der ehemaligen DDR	412*	monatlich

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1990						
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept
Bevölkerung¹⁾											
Erwerbstätigkeit											
Erwerbstätige ²⁾	1 000	27 157p	27 369p	27 741p	28 083p	28 217p	28 302p	28 387p	28 364p	28 520p	
dar Abhangige	1 000	24 141p	24 364p	24 757p			25 344p				
Arbeitsmarkt³⁾											
Arbeitslose ⁴⁾ und zwar	1 000	2 229	2 242	2 038	2 013	1 915	1 823	1 808	1 864	1 813p	1 728p
Männer	1 000	1 207	1 199	1 070	1 054	977	918	906	931	904p	870p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	128	106	78	72	64	58	64	72	69p	62p
Ausländer	1 000	262	270	233	216	209	199	194	191	189p	187p
Arbeitslosenquote	%	8,9	8,7	7,9	7,7	7,3	7,0	6,9	7,1	6,9p	6,6p
Zugang an Arbeitslosen	1 000	311	306	317	290	281	245	272	352	292p	266p
Offene Stellen	1 000	171	189	251	318	324	335	337	332	324p	320p
Arbeitsvermittlungen	1 000	166	176	190	217	200	205	190	215	212p	195p
Kurzarbeiter	1 000	278	208	108	99	65	44	38	30	27p	32p
Unternehmen und Arbeitsstätten											
Insolvenzen	Anzahl	17 589	15 936	14 643	1 231	1 151	1 006	1 119	1 070		
Unternehmen	Anzahl	12 098	10 562	9 590	810	765	658	732	696		
dar Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	2 065	1 817	1 645	161	131	119	112	119		
Baugewerbe	Anzahl	2 638	2 290	2 058	161	150	129	165	133		
Handel	Anzahl	3 112	2 610	2 527	210	191	163	181	169		
Dienstleistungen von Unternehmen und Freien Berufen	Anzahl	3 496	3 068	2 659	217	235	198	218	211		
Ubrige Gemeinschaftsdner ⁵⁾	Anzahl	5 491	5 374	5 053	421	386	348	387	374		
Beantragte Konkursverfahren	Anzahl	17 543	15 887	14 607	1 228	1 148	1 001	1 117	1 064		
dar mangels Masse abgelehnt	Anzahl	13 743	12 238	11 204	940	887	772	851	808		
Eröffnete Vergleichsverfahren	Anzahl	84	57	57	3	3	7	3	6		
Wechselproteste	Anzahl	104 944	83 434	68 909	5 357	5 277	5 530	5 290	5 223		
Wechselsumme	Mill DM	990	769	680	64	76	78	78	60		
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei											
Viehbestand⁶⁾											
Rinder (einschl Kalber)	1 000	14 887	14 659	14 563				14 663			
Schweine	1 000	23 670	22 589	22 165		22 040				23 723	
Gewerbliche Schlachtungen											
Rinder	1 000	5 066	4 766	4 615	428	384	409	373	415	480	
Kalber	1 000	710	622	486	41	43	41	39	39	37	
Schweine	1 000	37 942	37 551	35 183	3 048	2 925	3 026	2 853	3 156	3 264	
Schlachtmenge	1 000 t	4 873	4 800	4 609	416	390	406	378	417	442	
dar Rinder	1 000 t	1 561	1 500	1 486	142	126	134	123	135	150	
Kalber	1 000 t	87	79	62	5	5	5	5	5	5	
Schweine	1 000 t	3 205	3 201	3 040	268	257	265	249	276	286	
Geflügel											
Eingelegte Brutierer ⁷⁾	1 000	427 340	425 880	431 763	38 754	39 500	39 990	33 383	39 909	40 395	
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	t	355 355	374 455	385 563	35 113	32 015	35 524	32 958	35 856	34 776	
Hochsee- und Küstenfischerei											
Fangmenge	1 000 t	160	142	166	8	11	9	9	11		
Produzierendes Gewerbe											
Index der Nettoproduktion ⁹⁾¹⁰⁾	1985=100	102,6	106,3	111,7	123,0	113,4	116,1	116,3	112,8	108,5	
Elektrizitäts- und Gasversorgung											
Index der Nettoproduktion ⁹⁾¹⁰⁾	1985=100	103,0	105,2	108,6	119,5	108,0	100,0	94,8	92,8	93,5	
Elektrizitätserzeugung	Mill kWh	418 262	431 171	440 893	40 261						
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill kWh	393 829	400 368	408 314	37 022						
Gaserzeugung	Mill kWh	326 929	321 996	321 444	29 829	26 908	23 546	23 378	22 741		
Inlandsversorgung mit Gas	Mill kWh	669 507	656 969	685 069	65 244	54 978	43 585	41 881			
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe											
Beschäftigte ¹¹⁾	1 000	7 055	7 038	7 213	7 341	7 337	7 357	7 384	744,3	749,2	
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	1 000	2 252	2 271	2 328	2 369	2 369	2 374	2 377	2 381	2 403	
Arbeiter ¹³⁾	1 000	4 802	4 767	4 885	4 972	4 968	4 983	5 007	5 061	5 089	
Bergbau	1 000	203	194	183	176	174	174	173	172	174	
Verarbeitendes Gewerbe	1 000	6 851	6 844	7 030	7 165	7 163	7 183	7 211	7 271	7 318	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1 000	1 344	1 337	1 350	1 357	1 358	1 360	1 364	1 373	1 380	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	3 758	3 758	3 878	3 971	3 969	3 980	3 995	4 028	4 050	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1 000	1 306	1 308	1 348	1 378	1 377	1 379	1 382	1 388	1 396	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1 000	442	441	455	459	459	463	469	482	492	
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	Mill Std	7 779	7 730	7 860	7 08	650	686	645	642	644	
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	Mill DM	180 377	185 225	196 319	15 948	16 048	17 774	18 186	18 221	17 909	
Bruttogehaltsumme ¹¹⁾	Mill DM	135 654	142 076	150 308	12 719	12 551	13 895	14 465	13 218	12 790	
Kohleverbrauch ¹¹⁾¹⁴⁾	1 000 t	36 985	38 053	37 321	10 384			10 657			
Heizölverbrauch ¹¹⁾	1 000 t	13 065	12 400	11 210	3 181			2 552			
Gasverbrauch ¹¹⁾¹⁵⁾	Mill m ³	28 663	27 699	29 330	7 996			6 887			
Stromverbrauch ¹¹⁾	Mill kWh	179 746	187 154	192 533	16 830	15 886	16 429	16 061	15 864	16 077	

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 392* dargestellt - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenberechnungen (Durchschnittsberechnungen, für Abhangige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt) - Methodische Erläuterungen hierzu in „Erwerbstätige 1970 bis 1989“ WiSta 4/1990 und „Grundzüge der Schätzung monatlicher Erwerbstätigenzahlen“, WiSta 8/1986 - Revidierte Ergebnisse auf der Basis der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987 - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlass - 6) 1987 bis 1989 Viehzählung im Dezember - 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 9) Arbeitstäglich bereinigt - 10) Fachliche Unternehmensstelle - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 14) Heizwert H_u = 29,3076 GigaJoule/t = 8,1410 kWh/m³ - 15) Brennwert H_o = 35 169 kJ/m³ = 9,7692 kWh/m³

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum											
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat				
	1987	1988	1989	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Sept 90	Juni 90	Juli 90	Aug. 90	Sept 90	
	gegenüber			gegenüber				gegenüber				
	1986	1987	1988	Juni 89	Juli 89	Aug. 89	Sept 89	Mar 90	Juni 90	Juli 90	Aug. 90	
Bevölkerung¹⁾												
Erwerbstätigkeit												
Erwerbstätige²⁾	+ 0,7p	+ 0,8p	+ 1,4p	+ 2,3p	+ 2,5p	+ 2,6p		+ 0,3p	- 0,1p	+ 0,5p		
dar Abhängige	+ 1,0p	+ 0,9p	+ 1,6p									
Arbeitsmarkt³⁾												
Arbeitslose⁴⁾	+ 0,0	+ 0,6	- 9,1	- 5,6	- 5,5	- 6,6p	- 8,1p	- 0,8	+ 3,1	- 2,7p	- 4,7p	
und zwar:												
Männer	+ 0,6	- 0,7	- 10,8	- 8,0	- 7,6	- 8,1p	- 8,5p	+ 1,3	+ 2,7	- 2,8p	- 3,8p	
Jugendliche unter 20 Jahren	- 11,3	- 17,6	- 26,1	- 10,4	- 14,3	- 16,5p	- 17,6p	+ 11,8	+ 11,2	- 4,2p	- 9,9p	
Ausländer	+ 5,7	+ 2,8	- 13,7	- 11,9	- 11,3	- 10,7p	- 10,6p	- 2,8	- 1,2	- 1,1p	- 0,8p	
Arbeitslosenquote	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	X	
Zugang an Arbeitslosen	+ 2,5	- 1,6	+ 3,8	- 2,8	+ 2,9	- 3,1p	- 12,3p	+ 10,9	+ 29,3	- 17,0p	- 8,8p	
Offene Stellen	+ 10,9	+ 10,5	+ 33,3	+ 31,3	+ 29,9	+ 23,4p	+ 10,5p	+ 0,7	- 1,5	- 2,3p	- 1,4p	
Arbeitsvermittlungen	+ 1,6	+ 5,9	+ 7,9	- 5,9	+ 10,5	+ 4,4p	- 3,1p	- 7,3	+ 13,2	- 1,7p	- 8,0p	
Kurzarbeiter	+ 40,8	- 25,3	- 48,1	- 72,6	- 7,5	- 67,0p	- 30,4p	- 13,9	- 21,1	- 12,0p	+ 21,5p	
Unternehmen und Arbeitsstätten												
Insolvenzen												
Unternehmen	- 6,7	- 9,4	- 8,1	- 1,1	- 14,7			+ 11,2	- 4,4			
dar Verarbeitendes Gewerbe	- 10,4	- 12,7	- 9,2	- 1,1	- 14,6			+ 11,2	- 4,9			
Baugewerbe	- 3,9	- 12,0	- 9,5	- 8,2	- 3,3			- 5,9	+ 6,3			
Handel	- 12,3	- 13,2	- 10,1	- 0,6	- 27,7			+ 27,9	- 19,4			
Dienstleistungen von Unternehmen	- 12,3	- 16,1	- 3,2	- 7,7	- 24,9			+ 11,0	- 6,6			
und freien Berufen	- 11,4	- 12,2	- 13,3	- 5,8	- 6,2			+ 10,1	- 3,2			
Ubrige Gemeinschaftsdienstleistungen ⁵⁾	+ 2,8	- 2,1	- 6,0	- 1,3	- 14,8			+ 11,2	- 3,4			
Beantragte Konkursverfahren	- 6,7	- 9,4	- 8,1	- 1,0	- 14,7			+ 11,6	- 4,7			
dar mangels Masse abgelehnt	- 6,5	- 11,0	- 8,4	- 1,0	- 18,3			+ 10,0	- 5,1			
Eröffnete Vergleichsverfahren	+ 2,4	- 32,1	± 0,0	- 25,0	- 25,0			- 57,1	+ 100,0			
Wechselproteste	- 19,1	- 20,5	- 17,4p	- 8,5	- 8,8			- 4,3	- 1,3			
Wechselsumme	- 16,4	- 22,3	- 11,6p	+ 47,2	+ 20,0			± 0,0	- 23,1p			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei												
Viehbestand⁶⁾												
Rinder (einschl. Kalber)	- 2,7	- 1,5	- 0,7	- 1,1				+ 0,7c)			+ 3,1c)	
Schweine	- 3,4	- 4,6	- 1,9			- 0,2						
Gewerbliche Schlachtungen												
Rinder	- 0,9	- 5,9	- 3,2	+ 5,4	+ 23,4	+ 13,4		- 8,9	+ 11,3	+ 15,7		
Kalber	+ 3,3	- 12,3	- 22,0	- 12,1	+ 0,9	- 3,6		- 5,2	- 1,0	- 4,1		
Schweine	+ 0,4	- 1,0	- 6,3	- 3,3	+ 10,8	+ 12,6		- 5,7	+ 10,6	+ 3,4		
Schlachtmenge	+ 0,6	- 1,5	- 4,0	+ 1,1	+ 16,8	+ 13,5		- 6,8	+ 10,3	+ 6,0		
dar Rinder	- 1,1	- 3,9	- 1,0	+ 7,9	+ 24,3	+ 9,6		- 8,3	+ 9,5	+ 10,9		
Kalber	+ 5,5	- 9,3	- 21,3	- 12,1	- 0,8	- 5,1		- 3,2	- 1,8	- 4,5		
Schweine	+ 1,2	- 0,1	- 5,0	- 1,7	+ 13,8	+ 15,9		- 6,1	+ 11,0	+ 3,7		
Geflügel												
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	+ 4,2	- 0,3	+ 1,4	- 6,5	+ 6,0	+ 0,9		- 16,5	+ 19,6	+ 1,2		
Geschlachtetes Geflügel ⁸⁾	+ 7,4	+ 5,4	+ 3,0	- 1,3	+ 17,1	+ 6,0		- 7,2	+ 8,8	- 3,0		
Hochsee- und Küstenfischerei												
Fangmenge	- 1,0	- 10,9	+ 17,1	+ 94,0	- 17,5			- 2,9	+ 17,6			
Produzierendes Gewerbe												
Index der Nettoproduktion ⁹⁾¹⁰⁾	+ 0,3	+ 3,6	+ 5,1	+ 2,1	+ 5,7	+ 5,8		+ 0,2	- 3,0	- 3,8		
Elektrizitäts- und Gasversorgung												
Index der Nettoproduktion ⁹⁾¹⁰⁾	+ 3,8	+ 2,1	+ 3,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,1		- 5,2	- 2,1	+ 0,8		
Elektrizitätserzeugung	+ 2,4	+ 3,1	+ 2,3									
Inlandsversorgung mit Elektrizität	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,0									
Gasversorgung	+ 4,2	- 1,5	- 0,2	- 5,1				- 0,7				
Inlandsversorgung mit Gas	+ 8,1	- 1,9	+ 4,3	- 10,3				- 3,9				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe												
Beschäftigte¹¹⁾												
Tätige Inhaber und Angestellte ¹²⁾	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7		+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7		
Arbeiter ¹³⁾	+ 0,9	- 0,7	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8		+ 0,2	+ 0,2	+ 0,9		
Bergbau	- 3,0	- 4,8	- 5,4	- 5,5	- 5,7	- 5,6		+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5		
Verarbeitendes Gewerbe	-	- 0,1	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,9		- 0,5	- 0,5	+ 0,9		
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 1,5	- 0,5	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1		+ 0,4	+ 0,8	+ 0,7		
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0,7	± 0,0	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3		+ 0,3	+ 0,6	+ 0,6		
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	- 0,6	+ 0,1	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,8		+ 0,4	+ 0,8	+ 0,5		
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	± 0,0	- 0,2	+ 3,0	+ 3,9	+ 4,9	+ 5,8		+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6		
Geleistete Arbeiterstunden ¹¹⁾	- 2,3	- 0,6	+ 1,7	- 6,3	+ 4,6	+ 2,7		+ 1,3	+ 2,6	+ 2,0		
Bruttolohnsumme ¹¹⁾	+ 1,9	+ 2,7	+ 6,0	+ 7,3	+ 9,1	+ 7,8		- 5,9	- 0,5	+ 0,2		
Bruttogehaltssumme ¹¹⁾	+ 5,4	+ 4,7	+ 5,8	+ 8,4	+ 7,5	+ 7,6		+ 2,3	- 0,2	- 1,7		
Kohleverbrauch ¹¹⁾¹⁴⁾	- 0,2	+ 2,9	- 1,9	- 1,9a)				+ 4,1	- 8,6	- 3,2		
Heizölverbrauch	- 3,1	- 5,1	- 9,6	+ 2,9a)				+ 2,6b)				
Gasverbrauch ¹¹⁾¹⁵⁾	+ 7,8	- 3,4	+ 5,9	- 3,9a)				- 20,3b)				
Stromverbrauch ¹¹⁾	+ 0,6	+ 4,1	+ 2,9	- 1,2	+ 0,9	+ 1,5		- 13,9b)				
								- 2,2	- 1,2	+ 1,3		

1) Angaben über die Bevölkerung sind in einer gesonderten Tabelle auf S. 392* dargestellt - 2) Jährliche und monatliche Erwerbstätigenberechnungen (Durchschnittsberechnungen; für Abhängige nur Jahres- und Quartalsdurchschnitt bzw. Veränderung gegenüber Vorjahresquartal oder Vorquartal) - Methodische Erläuterungen hierzu in WiSta 4/1990 und WiSta 8/1986 - Revidierte Ergebnisse auf der Basis der Volks- und Arbeitsstättenzählung 1987 - 3) Angaben nach den Unterlagen der Arbeitsämter - 4) Siehe auch „Empfänger von Arbeitslosengeld/-hilfe“ im Abschnitt „Sozialleistungen“ - 5) Organisationen ohne Erwerbszweck, private Haushalte und Nachlässe - 6) 1986 bis 1989 Viehzählung im Dezember - 7) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr - 8) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat - 9) Arbeitstaglich bereinigt - 10) Fachliche Unternehmensteile - 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 - 12) Einschl. Mithelfende Familienangehörige sowie Auszubildende in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 13) Einschl. Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen - 14) Heizwert $H_u = 29.3076 \text{ GJ/gajoule/t} = 8.410 \text{ kWh/m}^3$ - 15) Brennwert $H_o = 35.169 \text{ kJ/m}^3 = 9.7692 \text{ kWh/m}^3$

a) 2 Vj 1990 gegenüber 2 Vj 1989 - b) 2 Vj 1990 gegenüber 1 Vj 1990 - c) Gegenüber Vorzahlung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1990						
					Febr	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug
Index des Auftragseingangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	1985=100	100,4	110,2	122,4	124,9	140,5	122,5	129,3	123,5	125,3	127,0
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1985=100	93,8	103,4	110,3	107,9	121,1	108,8	113,3	109,5	107,2	105,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	102,4	113,0	128,7	131,3	146,4	128,9	138,0	132,3	136,7	136,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	105,4	112,8	122,5	133,3	154,3	125,1	128,6	118,9	119,4	133,6
Index der Nettoproduktion 2) 3)											
Bergbau	1985=100	91,6	87,4	85,9	82,5	91,5	82,8	83,6	80,8	80,1	83,8
Verarbeitendes Gewerbe	1985=100	102,6	106,8	112,4	111,3	124,3	114,0	117,3	118,2	113,9	109,3
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1985=100	99,3	105,6	108,9	105,3	116,8	109,9	112,5	110,3	110,6	108,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	104,8	108,4	116,2	116,5	130,6	118,4	121,7	124,6	115,9	106,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985=100	103,2	106,2	110,5	112,7	125,8	113,8	114,6	114,0	109,0	109,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1985=100	100,3	102,3	105,4	99,6	111,6	103,8	111,5	114,1	119,8	127,7
Index der Bruttonettoproduktion 2) für Investitionsgüter	1985=100	100,4	104,6	111,9	107,1	124,6	111,2	114,6	120,4	111,4	104,0
Verbrauchsgüter	1985=100	106,6	107,5	111,4	116,8	128,1	114,3	117,5	116,3	105,7	102,4
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	1985=100	100,9	105,2	109,3	106,0	117,9	108,2	111,0	111,2	106,7	102,2
Produktionsergebnis je Arbeiter	1985=100	101,9	106,7	111,1	107,9	120,1	110,3	113,0	113,2	108,2	103,8
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Forderung)	1000 t	76 300	73 304	71 428	5 733	6 510	5 623	6 139	5 517	6 123	6 289
Braunkohle, roh (Forderung)	1000 t	108 799	108 563	109 811	8 076	8 879	8 881	9 088	8 944	9 002	8 748
Erdöl, roh	1000 t	3 800	3 937	3 772	278	304	300	309	303	312	308
Zement (ohne Zementklinker)	1000 t	25 235	26 347	28 494	1 878	2 562	2 653	2 892	2 721	2 871	2 800
Roheisen für die Stahlerzeugung	1000 t	27 333	31 114	31 360	2 376	2 607	2 369	2 459	2 301	2 378	2 339
Stahlrohblöcke und -brammen	1000 t	35 919	40 668	40 700	3 128	3 463	3 123	3 307	3 016	3 136	3 109
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlhalbzeug)	1000 t	27 437	30 385	31 697	2 422	2 805	2 446	2 659	2 484	2 371	2 479
Synthetische Spinnfasern, synthetische Filamentgarne	1000 t	985	996	1 018	65	72	72	72	75	62	55
Motorenbenzin	1000 t	18 598	19 662	20 068	1 661	1 687	1 704	1 704	1 825	1 873	1 826
Heizöl	1000 t	31 757	34 332	29 370	2 624	2 483	2 539	2 519	2 680	2 884	2 718
Schnittholz	1000 m ³	9 494	10 133	11 197	854	1 037	996	1 091	1 052	1 049	958
Personenkraftwagen	1000 St	4 008	3 978	4 113	368	409	341	377	340	271	270
Fernsempfangsgeräte	1000 St	3 488	3 706	3 253	283	313	244	274	272	265	166
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	Mill DM	16 535	17 016	16 350	1 192	1 468	1 244	1 269	1 417	1 212	1 410
Baumwollgarn	t	223 448	190 323	187 521	15 940	17 804	15 129	16 626	15 422	12 423	11 304
Fleischwaren	t	1040 742	1034 413	1061 233	84 573	92 219	89 559	99 623	94 275	103 028	113 282
Zigaretten	Mill St	158 931	159 427	160 025	12 842	15 449	11 452	14 087	15 182	15 627	17 153
Gesamtumsatz 5) 6)											
Bergbau	Mrd DM	1 476,9	1 561,7	1 704,3	139,2	157,6	142,5	153,5	148,7	146,0	144,6
Verarbeitendes Gewerbe	Mrd DM	31 740	31 922	28 508	2 326	2 479	2 163	2 244	2 171	2 054	2 145
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	Mrd DM	1 445,1	1 529,7	1 675,7	136,9	155,1	140,3	151,3	146,5	143,9	142,4
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	Mill DM	394 482	421 825	466 065	37 502	41 801	38 175	40 585	39 039	38 459	39 234
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	Mill DM	673 636	713 480	784 297	64 344	74 315	66 089	72 734	71 024	67 266	63 609
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	Mill DM	205 017	217 204	236 101	20 354	23 206	19 939	20 819	20 001	20 592	21 001
dar Auslandsumsatz 7)	Mill DM	171 990	177 235	189 280	14 673	15 770	16 123	17 148	16 458	17 618	18 565
	Mill DM	438 526	474 750	525 188	43 226	49 755	43 456	46 972	44 665	41 879	39 386
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte 8)	1000	985	996	999	971	995	1 009	1 017	1 023	1 031	1 041
dar Angestellte 8)	1000	143	148	150	152	152	153	154	155	155	156
Arbeiter 8)	1000	792	796	797	768	793	806	814	819	826	835
Geleistete Arbeitsstunden 8)	Mill Std	1 236,6	1 290,5	1 313,1	87,7	114,5	110,3	124,9	114,2	119,5	115,0
im Hochbau 8)	Mill Std	817,0	860,7	879,6	62,1	78,0	74,2	83,2	76,4	80,0	76,1
dar Wohnungsbau 8)	1000 Std	433 769	458 890	468 105	33 101	43 101	41 608	46 807	42 832	44 000	41 197
Gewerblicher Hochbau 8)	1000 Std	252 926	271 252	284 661	20 840	24 814	22 862	25 500	23 455	25 160	24 542
Öffentlicher Hochbau 8)	1000 Std	119 419	119 728	116 504	7 590	9 353	8 811	9 831	8 971	9 672	9 197
im Tiefbau 8)	1000 Std	419 595	429 826	433 421	25 675	36 480	36 143	41 656	37 767	39 534	38 922
Straßenbau 8)	1000 Std	131 707	133 944	137 174	6 984	10 760	11 379	13 483	12 101	12 828	12 560
Gewerblicher Tiefbau 8)	1000 Std	97 102	103 719	106 419	7 179	9 468	8 834	9 957	9 128	9 620	9 750
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 8)	1000 Std	190 786	192 163	189 828	11 512	16 252	15 930	18 216	16 538	17 086	16 612
Bruttolohnsumme 8)	Mill DM	27 577	29 466	31 069	2 056	2 469	2 644	2 981	2 790	2 966	3 033
Bruttogehaltssumme 8)	Mill DM	6 937	7 372	7 717	617	632	657	680	724	711	700
Index des Auftragseingangs	1985=100	106,2	116,0	132,2	127,2	177,9	152,4	154,1	178,9	155,4	155,0
Index des Auftragsbestands	1985=100	106,5	109,3	119,3		133,5			144,5		
Produktionsindex 2) 9)	1985=100	105,7	110,6	118,2	96,8	124,2	125,9	133,2	129,6	134,8	126,0
Gesamtumsatz 8)	Mill DM	108 091	117 821	126 772	7 757	9 805	10 227	11 874	12 098	12 888	12 562
dar Baugewerblicher Umsatz 8)	Mill DM	106 094	115 723	124 531	7 622	9 614	10 027	11 664	11 869	12 652	12 332
Handwerk											
Beschäftigte	1000	3 631,3	3 632,3	3 667,5		3 691,0			3 726,0		
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill DM	352 067	370 313	394 840		91 960			107 425		

1) 1989 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen - 2) Arbeitstaglich bereinigt - 3) Fachliche Unternehmensteile - 4) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1 - 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 8) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstatistiken 1987 berücksichtigt - 9) Unternehmen

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1987	1988	1989	Mar 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Mar 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1986	1987	1988	Mar 89	Juni 89	Juli 89	Aug 89	April 90	Mar 90	Juni 90	Juli 90
Index des Auftragseingangs für 1) das Verarbeitende Gewerbe	+ 0,2	+ 9,8	+ 11,1	+ 12,6	- 5,3	+ 9,9	+ 11,7	+ 5,6	- 4,5	+ 1,5	+ 1,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 0,8	+ 10,2	+ 6,7	+ 4,3	- 10,4	+ 1,5	+ 1,9	+ 4,1	- 3,4	- 2,1	- 1,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0,2	+ 10,4	+ 13,9	+ 16,1	- 3,9	+ 12,4	+ 15,9	+ 7,1	- 4,1	+ 3,3	- 0,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,2	+ 7,0	+ 8,6	+ 14,7	- 1,6	+ 15,3	+ 12,6	+ 2,8	- 7,5	+ 0,4	+ 11,9
Index der Nettoproduktion 2) 3)											
Bergbau	- 4,5	- 4,6	- 1,7	+ 4,9	+ 1,3	- 5,0	+ 2,9	+ 1,0	- 3,3	- 0,9	+ 4,6
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,2	+ 4,1	+ 5,2	+ 10,7	+ 2,5	+ 6,3	+ 6,6	+ 2,9	+ 0,8	- 3,6	- 4,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 0,1	+ 6,3	+ 3,1	+ 5,0	- 1,3	+ 2,1	+ 1,2	+ 2,4	- 2,0	+ 0,3	- 2,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 0,4	+ 3,4	+ 7,2	+ 12,6	+ 3,0	+ 6,1	+ 6,4	+ 2,8	+ 2,4	- 7,0	- 8,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 1,0	+ 2,9	+ 4,0	+ 12,4	+ 2,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 0,7	- 0,5	- 4,4	+ 0,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 1,2	+ 2,0	+ 3,0	+ 13,0	+ 12,4	+ 16,1	+ 20,6	+ 7,4	+ 2,3	+ 5,0	+ 6,6
Index der Bruttonproduktion 2) für Investitionsgüter	- 1,5	+ 4,2	+ 7,0	+ 12,8	+ 5,2	+ 6,5	+ 9,1	+ 3,1	+ 5,1	- 7,5	- 6,6
Verbrauchsgüter	+ 1,5	+ 0,8	+ 3,6	+ 12,1	- 0,5	+ 8,0	+ 8,6	+ 2,8	- 1,0	- 9,1	- 3,1
Index der Arbeitsproduktivität Produktionsergebnis je Beschäftigten	+ 0,2	+ 4,3	+ 3,9	+ 6,8	- 0,9	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,6	+ 0,2	- 4,0	- 4,2
Produktionsergebnis je Arbeiter	+ 1,1	+ 4,7	+ 2,1	+ 7,0	- 0,6	+ 2,5	+ 3,1	+ 2,4	+ 0,2	- 4,4	- 4,1
Produktion ausgewählter Erzeugnisse											
Steinkohle (Forderung)	- 5,6	- 3,9	- 2,6	+ 16,5	- 1,7	+ 2,7	+ 7,1	+ 9,2	- 10,1	+ 11,0	+ 2,7
Braunkohle, roh (Forderung)	- 4,8	- 0,2	+ 1,2	- 5,2	- 3,9	+ 1,2	- 1,2	+ 2,3	- 1,6	+ 0,6	- 2,8
Erdöl, roh	- 5,4	+ 3,6	- 4,2	- 3,4	- 1,9	- 1,0	- 3,5	+ 3,0	- 1,9	+ 3,0	- 1,3
Zement (ohne Zementklinker)	- 5,5	+ 4,4	+ 8,2	+ 18,0	- 6,6	+ 5,6r	+ 10,9	+ 9,0	- 5,1	+ 4,4r	- 2,5
Roheisen für die Stahlerzeugung	- 1,0	+ 13,8	+ 0,8	- 1,7	- 10,9	- 13,0	- 13,0	+ 3,8	- 6,4	+ 3,4	- 1,6
Stahlrohblöcke und -brammen	- 2,2	+ 13,2	+ 0,0	+ 1,0	- 11,6	- 10,0	- 11,6	+ 5,9	- 8,8	+ 4,0	- 0,9
Walzstahl (ohne vorgewalztes Stahlblech)	- 0,4	+ 10,7	+ 4,3	+ 5,0	- 14,5	- 6,7	- 12,6	+ 8,7	- 6,6	- 4,6	+ 4,6
Synthetische Spinnfasern, synthetische Filamentgarne	+ 3,5	+ 1,1	- 2,2	- 5,8	+ 10,4	- 13,7	- 2,1	+ 1,3	+ 4,7	- 17,6	- 11,3
Motorenbenzin	- 3,1	+ 5,7	+ 2,1	+ 0,9	+ 5,1	+ 9,0	+ 2,1	0,0	+ 7,1	+ 2,6	- 2,5
Heizöl	- 7,2	+ 8,1	- 14,5	+ 11,2	+ 30,1	+ 21,5	- 6,0	- 0,8	+ 6,4	+ 7,6	- 5,8
Schnittholz	- 1,6	+ 6,7	+ 10,5	+ 16,6	- 3,0	+ 4,4r	+ 3,8	+ 9,5	- 3,6	+ 0,3r	- 8,7
Personenkraftwagen	+ 1,4	- 0,8	+ 3,4	+ 15,6	- 12,8	- 0,4	+ 8,4	+ 10,6	- 9,8	- 20,1	- 0,4
Fernsehempfangsgeräte	- 10,7	+ 6,3	- 12,2	+ 40,5	- 5,6	+ 79,6	- 35,4	+ 12,3	- 0,7	- 2,6	- 37,4
Geräte und Einrichtungen für die ADV 4)	- 0,3	+ 2,9	- 3,9	+ 2,9	0,0	+ 11,0	+ 7,8	+ 2,0	+ 17,7	- 14,5	+ 16,3
Baumwollgarn	+ 10,6	- 14,8	- 1,5	+ 15,4	- 17,2	+ 5,8	- 2,6	+ 9,9	- 7,2	- 19,4	- 9,0
Fleischwaren	+ 4,3	+ 0,2	+ 2,3	+ 6,1	+ 3,6	+ 22,9	+ 13,7	+ 9,5	- 5,4	+ 9,3	+ 10,0
Zigaretten	- 4,6	+ 0,3	+ 0,4	- 15,9	+ 9,5	+ 12,6	+ 13,0	+ 11,9	+ 7,8	+ 2,9	+ 9,8
Gesamtumsatz 5) 6)	+ 0,6	+ 5,7	+ 9,1	+ 14,2	- 2,5	+ 10,3	+ 8,9	+ 7,7	- 3,2	- 1,8	- 1,0
Bergbau	- 4,4	+ 0,6	- 10,7	+ 2,4	- 7,2	- 11,2	+ 2,3	+ 3,7	- 3,2	- 5,4	+ 4,4
Verarbeitendes Gewerbe	+ 0,7	+ 5,9	+ 9,5	+ 14,4	- 2,4	+ 10,6	+ 9,0	+ 7,8	- 3,1	- 1,8	- 1,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	- 3,1	+ 6,9	+ 10,5	+ 5,1	- 7,8	+ 4,0	+ 2,4	+ 6,3	- 3,8	- 1,5	+ 2,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 3,4	+ 5,9	+ 9,9	+ 21,4	- 0,7	+ 12,0	+ 11,3	+ 10,1	- 2,4	- 5,3	- 5,4
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,3	+ 5,9	+ 8,7	+ 18,9	- 1,6	+ 15,1	+ 10,4	+ 4,4	- 3,9	+ 3,0	+ 2,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	- 2,3	+ 3,0	+ 6,8	+ 6,3	+ 3,4	+ 16,2	+ 15,2	+ 6,4	- 4,0	+ 7,0	+ 5,4
dar Auslandsumsatz 7)	+ 0,5	+ 8,3	+ 10,6	+ 12,6	- 7,3	+ 2,9	- 0,5	+ 8,1	- 4,9	- 6,2	- 6,0
Bauhauptgewerbe											
Beschäftigte 8)	- 1,8	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0
dar Angestellte 8)	- 0,6	+ 3,4	+ 1,5	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,8	+ 3,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,0
Arbeiter 8)	- 2,0	+ 0,5	+ 0,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,1
Geleistete Arbeitsstunden 8)	- 3,3	+ 4,4	+ 1,7	+ 13,1	- 11,5	+ 6,9	- 2,6	+ 13,2	- 8,6	+ 4,7	+ 3,8
im Hochbau 8)	- 3,3	+ 5,3	+ 2,2	+ 13,2	- 10,5	+ 8,1	- 2,0	+ 12,2	- 8,2	+ 4,7	+ 4,9
dar Wohnungsbau 8)	- 6,1	+ 5,8	+ 2,0	+ 15,5	- 7,6	+ 13,4	+ 1,1	+ 12,5	- 8,5	+ 2,7	- 6,4
Gewerblicher Hochbau 8)	+ 1,5	+ 7,2	+ 4,9	+ 12,1	- 12,9	+ 2,9	- 4,6	+ 11,5	- 8,0	+ 7,3	- 2,5
Öffentlicher Hochbau 8)	- 1,9	+ 0,3	- 2,7	+ 5,4	- 17,8	- 0,6	- 9,3	+ 11,6	- 8,7	+ 7,8	- 4,9
im Tiefbau 8)	- 3,3	+ 2,4	+ 0,8	+ 12,9	- 13,7	+ 4,5	- 3,7	+ 15,3	- 9,3	+ 4,7	- 1,5
Straßenbau 8)	- 2,9	+ 1,7	+ 2,4	+ 12,1	- 16,2	+ 3,8	- 6,8	+ 18,5	- 10,2	+ 6,0	- 2,1
Gewerblicher Tiefbau 8)	- 0,1	+ 6,8	+ 2,6	+ 13,5	- 10,0	+ 5,6	+ 0,7	+ 12,7	- 8,3	+ 5,4	+ 1,4
Sonstiger öffentlicher Tiefbau 8)	- 5,2	+ 0,7	- 1,2	+ 13,2	- 13,8	+ 4,4	- 3,7	+ 14,4	- 9,2	+ 3,3	- 2,8
Bruttolohnsumme 8)	- 1,3	+ 6,9	+ 5,4	+ 10,7	+ 3,3	+ 12,0	+ 5,8	+ 12,7	- 6,4	+ 6,3	+ 2,3
Bruttogehaltsumme 8)	+ 1,8	+ 6,3	+ 4,7	+ 11,4	+ 11,9	+ 11,4	+ 10,9	+ 3,5	+ 6,5	- 1,8	- 1,5
Index des Auftragseingangs	- 2,7	+ 9,2	+ 14,0	+ 15,3	+ 11,5r	+ 11,6	+ 9,0	+ 1,1	+ 16,1r	- 13,3	- 0,3
Index des Auftragsbestands	+ 0,8	+ 2,6	+ 9,1	+ 10,4	+ 16,9a)				+ 8,2b)		
Produktionsindex 2) 9)	- 0,4	+ 4,6	+ 6,9	+ 10,4	- 0,5	+ 6,8	+ 0,9	+ 5,8	- 2,7	+ 4,0	- 6,5
Gesamtumsatz 8)	+ 1,5	+ 9,0	+ 7,6	+ 24,2	+ 2,0	+ 13,1	+ 11,9	+ 16,1	+ 1,9	+ 6,5	- 2,5
dar Baugewerblicher Umsatz 8)	+ 1,5	+ 9,1	+ 7,6	+ 24,4	+ 1,9	+ 13,1	+ 12,0	+ 16,3	+ 1,8	+ 6,6	- 2,5
Handwerk											
Beschäftigte	+ 0,0	+ 0,1	+ 1,0		+ 2,3a)				+ 0,9b)		
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	+ 3,4	+ 5,4	+ 6,6		+ 9,6a)				+ 16,8b)		

1) 1989 endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen - 2) Arbeitstaglich bereinigt - 3) Fachliche Unternehmensteile - 4) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1 - 6) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren - 8) Ab 1988 sind die Ergebnisse der Arbeitsstatistik 1987 berücksichtigt - 9) Unternehmen

a) 2 Vj 90 gegenüber 2 Vj 89 - b) 2 Vj 90 gegenüber 1 Vj 90

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1990						
					Febr	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	109451	120931	136255	10954	15137	14114	15134	14514	14031 p	
Rauminhalt	1000 m ³	107700	120721	145684	12467	17174	16217	17089	16780	16672 p	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill DM	35442	40058	49605	4246	5849	5547	5860	5792	5838 p	
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	30441	32019	33510	2194	2877	2723	3161	3194	3340 p	
Rauminhalt	1000 m ³	144392	155050	174512	11663	15721	13768	14169	15919	17247 p	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill DM	29568	33710	35236	2323	3205	2761	3158	3577	3733 p	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	190696	214252	276042	25963	34633	33303	35095	35610	35962 p	
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	116073	115063	133827 p	3402	4322	3428	3757	4988		
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1000 m ³	124613	146615	148415 p	4585	5253	4353	3948	4816		
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	217343	208621	238637 p	6352	8208	8938	7640	9876		
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte)^{2) 3)}											
davon mit	1986=100	97,9	103,4	110,7	102,4	121,7	110,4	119,2	111,3	115,7	119,2
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	1986=100	94,0	96,2	99,8	94,8	116,5	108,0	107,8	90,5	86,4	97,3
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw	1986=100	96,5	99,0	100,2	91,4	100,6	90,7	98,2	94,6	88,8	80,5
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	1986=100	105,3	117,1	125,0	112,5	129,3	115,7	121,1	112,2	113,5	117,2
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	1986=100	85,9	79,6	85,9	76,4	84,3	78,7	83,3	79,6	85,8	97,7
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	1986=100	92,7	106,0	120,4	105,8	125,1	108,3	120,5	120,4	110,8	116,0
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	1986=100	100,0	107,1	116,3	102,9	131,0	123,6	139,1	129,2	146,9	139,6
Altmaterial, Reststoffen	1986=100	89,1	153,2	175,0	135,1	150,3	147,7	172,3	155,3	149,8	146,5
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986=100	97,6	99,9	107,4	98,6	115,3	112,3	123,7	111,9	120,0	123,8
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986=100	103,8	104,9	108,1	119,5	133,2	99,5	94,6	88,3	117,9	137,2
Metalwaren, Einrichtungsgegenständen	1986=100	102,1	110,8	123,1	119,8	137,9	123,9	131,7	122,4	130,1	132,8
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw	1986=100	101,3	109,0	115,4	107,0	130,4	105,0	119,6	113,9	117,1	128,4
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	1986=100	104,0	110,3	110,6	105,3	131,5	115,8	125,2	123,1	123,6	115,7
pharmazeutischen, kosmetischen u a Erzeugnissen	1986=100	105,3	114,1	117,1	112,1	130,6	119,6	126,6	122,1	127,0	126,2
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o a S	1986=100	105,8	116,1	126,5	116,5	147,1	125,8	139,6	126,8	133,7	137,5
Binnengroßhandel	1986=100	98,3	102,4	108,7	100,6	119,7	110,4	118,8	109,9	115,6	119,3
Produktionsverbindungshandel	1986=100	96,4	101,5	110,2	100,5	120,6	110,9	119,8	111,8	114,3	118,7
Konsumtionsverbindungshandel	1986=100	101,0	103,6	106,4	100,7	118,3	109,7	117,4	107,0	117,6	120,2
Außenhandel	1986=100	96,7	106,7	117,2	108,5	128,1	110,5	120,4	115,9	115,9	119,0
dar Einfuhrhandel	1986=100	102,0	112,6	126,4	118,9	141,6	124,7	131,9	125,7	134,1	134,0
Ausfuhrhandel	1986=100	92,2	103,7	110,2	97,8	112,1	97,3	110,0	105,8	99,4	105,5
Streckengroßhandel	1986=100	91,4	93,8	102,5	92,2	109,9	97,4	105,5	100,4	101,5	105,0
Lagergroßhandel	1986=100	102,0	109,5	115,9	109,0	129,2	118,7	127,9	118,2	124,7	128,3
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾											
davon mit	1986=100	104,2	108,3	113,6	104,6	127,5	120,3	124,7	116,2	125,4	121,8 p
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	1986=100	102,0	106,1	111,6 r	105,3	124,0	119,6	123,5	120,5	122,5	126,3 p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	1986=100	102,9	103,1	104,7	85,8	115,9	109,1	114,7	92,4	104,3	98,5 p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw.)	1986=100	108,7	118,3	127,1 r	118,4	143,9	132,6	133,9	124,1	128,3	125,2 p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw	1986=100	104,8	109,3	113,0 r	105,3	119,8	104,7	108,0	110,9	124,3	115,0 p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Buromaschinen	1986=100	104,8	112,5	118,8 r	110,2	121,8	110,0	110,6	110,9	120,1	124,7 p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw	1986=100	105,5	112,2	114,1	109,0	121,5	117,5	122,3	119,5	120,9	120,0 p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst.)	1986=100	98,1	109,6	125,4 r	115,2	133,7	128,9	134,0	123,7	134,5	141,7 p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	1986=100	109,0	114,8	125,0 r	122,4	161,6	148,1	157,7	145,8	167,2	141,9 p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	1986=100	103,4	105,7	109,1	97,4	116,3	110,6	113,1	104,4	116,2	116,5 p
darunter nach Erscheinungsformen											
Warenhäuser	1986=100	99,4	101,2	102,9	87,6	99,7	94,8	92,6	87,6	114,0	104,4 p
SB-Warenhäuser	1986=100	114,7	119,0	125,5	114,3	136,6	132,4	134,8	131,0	134,0	140,0 p
Verbrauchermarkte	1986=100	114,7	121,1	124,9	115,2	136,3	134,4	136,8	133,8	138,3	142,2 p
Supermarkte	1986=100	103,7	107,8	113,9	109,3	129,1	124,6	127,7	124,7	129,1	132,1 p
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾											
Beherbergungsgewerbe	1986=100	103,0	106,2	110,7	99,1	109,4	112,2	128,7	121,8	124,7	125,9 p
Gaststättengewerbe	1986=100	104,4	110,2	117,9 r	98,8	113,7	117,8	144,8	137,5	140,1	142,0 p
Kantinen	1986=100	101,9	103,3	105,9	97,2	105,4	108,0	119,2	112,4	115,8	117,3 p
	1986=100	106,3	116,0	121,9	123,8	131,9	128,0	139,0	133,8	132,3	128,4 p
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	1 000	455 782									
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾	1 000	19 268									
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾	1 000	19 045									
Ankünfte ⁶⁾	1 000	62 455	65 064	69 624	4 342	5 225	5 787	7 415	7 331	7 491	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	12 780	13 113	14 653	893	999	1 205	1 542	1 755	2 196	
Übernachtungen ⁶⁾	1 000	225 791	234 331	243 394	14 188	16 622	19 513	24 407	26 177	29 699	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 094	30 117	33 578	2 217	2 317	2 705	3 403	3 692	4 956	
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill DM	36 289	37 662	38 840	3 087						
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill DM	26 594	27 456	27 498	2 134						
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	Mill DM	7 367	7 234	8 104	589	828	1 169	1 129	3 523		
Bezüge des Bundesgebietes	Mill DM	6 647	6 789	7 205	549	588	563	555	1 044		

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) Einschl. Durchreisen - 5) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) - 6) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1987	1988	1989	Mai 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Mai 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1986	1987	1988	Mai 89	Juni 89	Juli 89	Aug 89	April 90	Mai 90	Juni 90	Juli 90
Bautätigkeit und Wohnungen											
Baugenehmigungen											
Genehmigte Wohngebäude	- 5,6	+ 10,5	+ 12,7	+ 21,4	+ 8,7	+ 6,3p	+ 7,2	- 4,1	- 3,3p		
Rauminhalt	- 7,7	+ 12,1	+ 20,7	+ 31,0	+ 19,2	+ 19,5p	+ 5,4	- 1,8	- 0,6p		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 6,6	+ 13,0	+ 23,8	+ 34,1	+ 22,8	+ 25,6p	+ 5,6	- 1,2	+ 0,8p		
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 0,8	+ 5,2	+ 4,7	+ 14,1	- 7,6	- 1,9p	+ 16,1	+ 1,0	+ 4,6p		
Rauminhalt	+ 2,9	+ 7,4	+ 12,6	+ 3,1	- 7,0	+ 0,7p	+ 2,9	+ 12,4	+ 8,3p		
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	+ 3,6	+ 14,0	+ 4,5	+ 19,1	+ 10,2	+ 16,8p	+ 14,4	+ 13,3	+ 4,4p		
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 13,0	+ 12,4	+ 28,8	+ 48,2	+ 38,3	+ 37,0p	+ 5,4	+ 1,5	+ 1,0p		
Baufertigstellungen											
Wohngebäude (Rauminhalt)	- 10,9	- 0,9	+ 16,3p	- 7,3	+ 4,4		+ 9,6	+ 32,8			
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 1,8	+ 17,7	+ 1,2p	- 14,5	- 22,0		- 9,3	+ 22,0			
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 13,7	- 4,0	+ 14,4p	+ 9,7	+ 11,0		+ 10,1	+ 29,3			
Handel¹⁾, Gastgewerbe¹⁾, Reiseverkehr											
Großhandel (Umsatzwerte)²⁾³⁾	- 2,1	+ 5,6	+ 7,1	+ 8,9	- 4,4	+ 13,2	+ 9,2	+ 8,0	- 6,6	+ 4,0	+ 3,1
davon mit											
Getreide, Futter- und Dungemitteln, Tieren	- 6,0	+ 2,4	+ 3,7	- 1,3	- 10,6	+ 3,7	- 2,0	- 0,2	- 16,0	- 4,5	+ 12,6
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Hauten usw	- 3,5	+ 2,6	+ 1,2	+ 0,3	- 14,3	+ 12,5	- 5,8	+ 8,3	- 3,7	- 6,1	- 9,4
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 5,3	+ 11,2	+ 6,7	- 3,4	- 19,3	- 3,8	- 3,2	+ 4,7	- 7,3	+ 1,2	+ 3,3
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	- 14,1	- 7,3	+ 7,9	- 0,7	- 8,3	+ 7,3	+ 7,9	+ 5,8	- 4,4	+ 7,8	+ 13,8
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw	- 7,3	+ 14,3	+ 13,6	+ 0,1	- 10,3	- 4,8	+ 0,2	+ 11,3	- 0,1	- 8,0	+ 4,7
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	0	+ 7,1	+ 8,6	+ 20,6	- 1,3	+ 23,1	+ 11,7	+ 12,5	- 7,1	+ 13,7	- 5,0
Altmaterial, Reststoffen	- 10,9	+ 71,9	+ 14,2	- 2,9	- 18,4	- 12,3	- 11,4	+ 16,7	- 9,9	- 3,5	- 2,2
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 2,4	+ 2,4	+ 7,5	+ 10,3	+ 0,5	+ 19,5	+ 13,4	+ 10,2	- 9,5	+ 7,2	+ 3,2
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 3,8	+ 1,1	+ 3,1	+ 11,4	+ 0,7	+ 23,3	+ 11,4	- 4,9	- 6,7	+ 33,5	+ 16,3
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	+ 2,1	+ 8,5	+ 11,1	+ 17,2	+ 0,7	+ 21,4	+ 13,6	+ 6,3	- 7,1	+ 6,3	+ 2,1
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw	+ 1,3	+ 7,6	+ 5,9	+ 17,0	- 0,3	+ 15,6	+ 12,5	+ 13,9	- 4,8	+ 2,8	+ 9,7
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	+ 4,0	+ 6,1	+ 0,3	+ 16,2	- 1,0	+ 23,8	+ 17,5	+ 8,1	- 1,7	+ 0,4	- 6,4
pharmazeutischen, kosmetischen u a Erzeugnissen	+ 5,3	+ 8,4	+ 2,6	+ 11,8	- 2,4	+ 12,1	+ 10,9	+ 5,9	- 3,6	+ 4,0	- 0,6
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art, o a S	+ 5,8	+ 9,7	+ 9,0	+ 15,7	- 4,3	+ 13,8	+ 12,5	+ 11,0	- 9,2	+ 5,4	+ 2,8
Binnengroßhandel	- 1,7	+ 4,2	+ 6,2	+ 10,0	- 3,9	+ 14,5	+ 9,3	+ 7,6	- 7,5	+ 5,2	- 3,1
Produktionsverbundhandel	- 3,6	+ 5,3	+ 8,6	+ 9,4	- 6,1	+ 10,9	+ 6,6	+ 6,0	- 6,7	+ 2,2	+ 3,9
Konsumtionsverbundhandel	+ 1,0	+ 2,6	+ 2,7	+ 11,0	- 0,6	+ 20,0	+ 13,3	+ 7,0	- 8,9	+ 9,9	+ 2,2
Außenhandel	- 3,3	+ 10,3	+ 9,8	+ 5,0	- 5,5	+ 9,2	+ 9,1	+ 9,0	- 3,7	0,0	+ 2,7
dar Einfuhrhandel	+ 2,0	+ 10,4	+ 12,3	+ 9,5	- 3,1	+ 19,4	+ 13,9	+ 5,8	- 4,7	+ 6,7	- 0,1
Ausfuhrhandel	- 7,8	+ 12,5	+ 6,3	- 0,5	- 11,0	- 3,7	+ 3,2	+ 13,1	- 3,8	- 6,0	+ 6,1
Streckengroßhandel	- 8,6	+ 2,6	+ 9,3	+ 3,1	- 8,2	+ 5,7	+ 4,4	+ 8,3	- 4,8	+ 1,1	+ 3,4
Lagergroßhandel	+ 2,0	+ 7,4	+ 5,8	+ 12,1	- 2,2	+ 17,4	+ 11,9	+ 7,8	- 7,6	+ 5,5	+ 2,9
Einzelhandel (Umsatzwerte)³⁾	+ 4,2	+ 3,9	+ 4,9	+ 11,8	+ 3,9	+ 16,1	+ 13,7p	+ 3,7	- 6,8	+ 7,9	- 2,9p
davon mit											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	+ 2,0	+ 4,0	+ 5,2r	+ 9,7	+ 5,6	+ 12,5	+ 14,7p	+ 3,3	- 2,4	+ 1,7	+ 3,1p
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 2,9	+ 0,2	+ 1,6	+ 9,9	+ 4,5	+ 14,1	+ 6,5p	+ 5,1	- 19,4	+ 12,9	- 5,6p
Einrichtungsgegenständen (ohne elektrotechnische usw)	+ 8,7	+ 8,8	+ 7,4r	+ 13,9	+ 0,8	+ 11,3	+ 8,2p	+ 1,0	- 7,3	+ 3,4	- 2,4p
elektrotechnischen Erzeugnissen, Musikinstrumenten usw	+ 4,8	+ 4,3	+ 3,4r	+ 19,5	+ 14,6	+ 25,4	+ 12,7p	+ 3,2	+ 2,7	+ 12,1	- 7,5p
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	+ 4,8	+ 7,3	+ 5,6	+ 15,2	+ 2,6	+ 11,4	+ 7,8p	+ 0,5	+ 0,3	+ 8,3	+ 3,8p
pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw	+ 5,5	+ 6,4	+ 1,7	+ 7,4	+ 2,2	+ 6,0	+ 5,2p	+ 4,1	- 2,3	+ 1,2	- 0,7p
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankst)	- 1,9	+ 11,7	+ 14,4r	- 2,3	- 6,3	+ 2,3	+ 12,0p	+ 4,0	- 7,7	+ 8,7	+ 5,4p
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und -reifen	+ 9,0	+ 5,3	+ 8,9r	+ 17,9	- 1,5	+ 33,3	+ 31,9p	+ 6,5	- 7,5	+ 14,7	- 15,1p
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	+ 3,4	+ 2,2	+ 3,2	+ 12,2	+ 7,7	+ 14,1	+ 10,3p	+ 2,3	- 7,7	+ 11,3	+ 0,3p
darunter nach Erscheinungsformen:											
Warenhäuser	- 0,6	+ 1,8	+ 1,7	+ 7,8	+ 3,7	+ 10,3	+ 11,7p	- 2,3	- 5,4	+ 30,1	- 8,4p
SB-Warenhäuser	+ 14,7	+ 3,7	+ 5,5	+ 8,4	+ 7,7	+ 12,4	+ 15,9p	+ 1,8	- 2,8	+ 2,3	+ 4,5p
Verbrauchermärkte	+ 14,7	+ 5,6	+ 3,1	+ 6,3	+ 6,5	+ 9,6	+ 13,2p	+ 1,8	- 2,2	+ 3,4	+ 2,8p
Supermärkte	+ 3,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 11,1	+ 7,8	+ 16,6	+ 18,2p	+ 2,5	- 2,3	+ 3,5	+ 2,3p
Gastgewerbe (Umsatzwerte)³⁾	+ 3,0	+ 3,1	+ 4,2	+ 7,8	+ 5,1	+ 5,2	+ 6,4p	+ 14,7	- 5,4	+ 2,4	+ 1,0p
Beherbergungsgewerbe	+ 4,4	+ 5,6	+ 7,0r	+ 12,2	+ 8,0	+ 9,2	+ 6,0p	+ 22,9	- 5,0	+ 1,9	+ 1,4p
Gaststättengewerbe	+ 1,9	+ 1,4	+ 2,5	+ 4,0	+ 3,7	+ 2,1	+ 6,4p	+ 10,4	- 5,7	+ 3,0	+ 1,3p
Kantinen	+ 6,3	+ 9,1	+ 5,1	+ 19,7	- 0,7	+ 11,4	+ 10,7p	+ 8,6	- 3,7	- 1,1	- 2,9p
Reiseverkehr											
Einreisen über die Auslandsgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	+ 3,9										
Einreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾	+ 10,3										
Ausreisen über die Grenze zur DDR ⁵⁾	+ 10,4										
Ankünfte ⁶⁾	+ 4,6	+ 4,2	+ 7,0	+ 10,4	+ 7,8	+ 7,3		+ 28,1	- 1,1	+ 2,2	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,6	+ 2,6	+ 11,8	+ 18,8	+ 17,7	+ 14,9		+ 28,0	+ 13,8	+ 25,1	
Übernachtungen ⁶⁾	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,9	+ 5,1	+ 9,1	+ 3,4		+ 25,1	+ 7,2	+ 13,5	
darunter Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,6	+ 3,5	+ 11,6	+ 20,3	+ 17,8	+ 12,8		+ 25,8	+ 8,5	+ 34,2	
Warenverkehr mit Berlin (West)											
Lieferungen aus Berlin (West)	- 1,9	+ 3,8									
Lieferungen nach Berlin (West)	- 2,4	+ 3,2									
Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)											
Lieferungen des Bundesgebietes	- 1,2	- 1,8	+ 12,0	+ 90,1	+ 432,7			- 3,4	+ 212,1		
Bezüge des Bundesgebietes	- 2,9	+ 2,1	+ 6,1	- 9,0	+ 73,6			- 1,6	+ 88,3		

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) Einschl. Durchreisen - 5) Einschl. Transitverkehr von bzw. nach Berlin (West) - 6) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze, bis einschl. 1983 auch ohne Jugendherbergen und Kinderheime

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1990						
					Febr	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	409 641	439 609	506 465	41 390	47 545	44 820	43 745	42 308	45 855	43 720
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	51 827	53 256	56 140	4 386	5 053	5 193	4 941	4 500	4 698	4 890
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	349 459	378 721	442 009	36 498	41 797	38 986	38 178	37 207	40 321	38 224
Rohstoffe	Mill. DM	27 956	27 818	32 110	2 517	2 752	2 488	2 391	2 376	2 462	2 800
Halbwaren	Mill. DM	50 994	52 826	63 125	4 765	5 440	5 195	4 961	4 762	4 949	4 787
Fertigwaren	Mill. DM	270 509	298 077	346 774	29 216	33 605	31 304	30 826	30 069	32 910	30 638
Ländergruppen (Ursprungslander)											
Industrialisierte westliche Länder dar EG-Länder	Mill. DM	339 731	364 117	418 711	34 277	39 664	37 618	36 412	35 138	38 387	34 714
Entwicklungslander	Mill. DM	215 612	227 362	258 660	21 241	24 920	23 287	22 546	22 112	24 323	21 089
Staatshandelslander	Mill. DM	50 177	54 751	62 285	4 913	5 573	4 871	5 109	4 840	5 102	6 274
	Mill. DM	19 471	20 461	25 143	2 190	2 286	2 311	2 207	2 304	2 340	2 710
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	527 377	567 654	641 041	52 019	60 949	52 441	55 783	50 511	54 010	49 430
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	26 397	28 955	32 040	2 434	2 712	2 370	2 609	2 430	2 790	2 733
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	497 381	536 751	606 990	49 417	58 034	49 902	52 970	47 902	51 030	46 513
Rohstoffe	Mill. DM	6 825	6 734	7 476	567	676	593	638	573	565	499
Halbwaren	Mill. DM	28 610	32 215	36 284	2 776	3 085	2 710	2 928	2 675	2 671	2 613
Fertigwaren	Mill. DM	462 145	497 802	563 230	46 074	54 273	46 598	49 404	44 654	47 794	43 402
Ländergruppen (Bestimmungslander)											
Industrialisierte westliche Länder dar EG-Länder	Mill. DM	451 448	488 162	548 961	44 429	52 789	45 406	48 061	43 201	45 494	41 428
Entwicklungslander	Mill. DM	227 916	308 195	352 668	27 851	33 959	29 122	30 537	27 541	28 944	25 448
Staatshandelslander	Mill. DM	52 094	53 945	61 761	5 289	5 526	4 864	5 482	4 937	5 841	5 714
	Mill. DM	22 994	24 723	29 306	2 240	2 551	2 084	2 172	2 305	2 587	2 230
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	+117 735	+128 045	+134 576	+10 629	+13 404	+ 7 620	+12 037	+ 8 203	+ 8 155	+ 5 710
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	1980=100	120,0	128,8	148,4	145,5	167,1	157,5	153,8	148,7	161,2	153,7
Ausfuhr	1980=100	150,5	162,0	183,0	178,2	208,8	179,6	191,1	173,0	185,0	169,3
Index des Volumens											
Einfuhr	1980=100	122,7	130,5	140,0	139,7	160,4	153,9	152,1	147,7	157,4	151,5
Ausfuhr	1980=100	132,3	141,1	152,5	151,4	175,0	151,4	161,0	144,9	153,6	143,6
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	1980=100	97,8	98,7	106,0	104,1	104,2	102,4	101,1	100,7	102,4	101,4
Ausfuhr	1980=100	113,8	114,8	120,0	117,7	119,3	118,6	118,7	119,4	120,5	117,9
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	1980=100	116,4	116,3	113,2	113,1	114,5	115,8	117,4	118,6	117,7	116,3
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	Mill.	1 088,2	1 120,9	1 127,0p	87,9	91,5	95,8	93,8
Straßenverkehr	Mill.	5 648,7	5 571,3	5 705,4p
Luftverkehr	Mill.	48,7	52,7	56,0	3,7	4,7
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	1000 t	306 472	310 268	315 429	24 478	27 630	24 869	26 540
Straßenverkehr	1000 t	410 054	442 449	468 561	36 868	43 236	40 650
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	1000 t	220 998	233 322	234 775	17 474	21 453	19 814	20 924	20 410
Binnenschifffahrt	1000 t	134 306	140 454	140 955	9 990p	12 346p	10 790p	12 153p
Seeschifffahrt	1000 t	842	918	1 117	89	110
Luftverkehr	1000 t	57 144	60 318	58 803	4 801	5 664	5 156	5 312
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	1000 t
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar Personenkraftwagen	1000	3 199,3	3 093,2	3 132,5	245,6	361,2	318,0	325,0	290,5	303,0	250,8
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	1000	2 915,7	2 807,9	2 831,7	221,4	313,0	277,1	286,4	259,3	271,8	224,1
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	325 519	342 299	343 604	24 359	26 741	26 456	33 803	30 471	30 801	...
Getotete	Anzahl	7 967	8 213	7 995	587	549	618	722	684	693	...
Schwerverletzte	Anzahl	108 629	110 961	107 848	7 397	7 891	8 155	43 425	40 180	40 595	...
Leichtverletzte	Anzahl	315 993	337 262	341 549	25 170	27 029	27 181
Unfälle mit nur Sachschaden	1000	1 652,0	1 680,3	1 654,2	133,0	138,8	135,0	139,2	134,8	128,8	...
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	Mrd. DM	124,1	142,6	146,9	141,6	143,0	142,4	141,9	143,4	143,5	144,3p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva ¹⁾	Mrd. DM	122,6	97,1	100,0	102,7	102,2	103,3	105,0	105,7	104,3	105,6
Kredite an inländische Kreditinstitute	Mrd. DM	82,4	144,7	175,3	170,6	163,6	160,4	165,7	163,7	168,6	166,2
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 200,3	2 332,5	2 468,8	2 488,1	2 502,9	2 510,7	2 519,9	2 533,0	2 537,8	2 551,4p
an öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 699,8	1 791,1	1 921,6	1 940,6	1 955,6	1 962,0	1 967,7	1 987,5	1 989,5	1 995,4p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	Mrd. DM	500,5	541,4	547,2	547,5	547,3	548,7	552,2	545,4	548,3	556,0p
	Mrd. DM	1 822,5	1 921,6	2 027,9	2 017,3	2 002,8	2 014,0	2 023,4	2 033,4	2 027,5	2 049,7p
	Mrd. DM	701,1	728,0	705,6	690,0	683,3	678,3	673,1	671,2	665,3	664,7p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	1000	2 685,2	3 182,7	2 714,3	233,2	294,8	228,9	226,1	216,9	217,2	...
Bauspareinlagen (Bestände)	Mill. DM	116 194	116 973	119 979	119 157	119 454	119 234	119 066	119 244	118 705	...
Baudarlehen (Bestände) ²⁾	Mill. DM	138 788	130 307	127 479	127 736	128 267	128 912	128 891	129 307	129 751	...

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1987	1988	1989	Mai 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Mai 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1986	1987	1988	Mai 89	Juni 89	Juli 89	Aug. 89	April 90	Mai 90	Juni 90	Juli 90
Außenhandel											
Einfuhr (Spezialhandel)	- 1,0	+ 7,3	+ 15,2	+ 8,2	- 9,8	+ 11,7	+ 13,4	- 2,4	- 3,3	+ 8,4	- 4,7
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 5,3	+ 2,8	+ 5,4	+ 0,4	- 11,9	+ 14,4	+ 10,0	- 4,9	- 8,9	+ 4,4	+ 4,1
Gewerbliche Wirtschaft	- 0,4	+ 8,4	+ 16,7	+ 9,5	- 9,2	+ 11,7	+ 14,0	- 2,1	- 2,5	+ 8,4	- 5,2
Rohstoffe	- 9,4	- 0,5	+ 15,4	- 22,6	- 15,4	- 8,2	+ 9,5	- 3,9	- 0,7	+ 3,6	+ 13,7
Halbwaren	- 15,3	+ 3,6	+ 19,5	- 2,0	- 16,5	- 5,0	- 7,6	- 4,5	- 4,0	+ 3,9	- 3,3
Fertigwaren	+ 4,1	+ 10,2	+ 16,3	+ 15,4	- 7,3	+ 16,7	+ 18,8	- 1,5	- 2,5	+ 9,4	- 6,9
Ländergruppen (Ursprungslander)											
Industrialisierte westliche Länder dar EG-Länder	+ 0,1	+ 7,2	+ 15,0	+ 9,0	- 10,2	+ 13,9	+ 12,2	- 3,2	- 3,5	+ 9,2	- 9,6
Entwicklungslander	- 0,2	+ 5,4	+ 13,8	+ 9,6	- 9,3	+ 17,3	+ 11,6	- 3,2	- 1,9	+ 10,0	- 13,3
Staatshandelslander	- 5,0	+ 9,1	+ 13,8	- 0,9	- 12,7	- 3,8	+ 15,0	+ 4,9	- 5,3	+ 5,4	+ 23,0
Ausfuhr (Spezialhandel)	+ 0,2	+ 7,6	+ 12,9	+ 9,3	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	+ 6,4	- 9,4	+ 6,9	- 8,5
Warengruppen											
Ernährungswirtschaft	- 3,4	+ 9,7	+ 10,7	- 3,4	- 17,9	+ 5,7	- 2,8	+ 10,1	- 6,8	+ 14,8	- 2,1
Gewerbliche Wirtschaft	+ 0,4	+ 7,9	+ 13,1	+ 10,0	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	+ 6,1	- 9,6	+ 6,5	- 8,9
Rohstoffe	- 9,0	+ 1,6	+ 11,0	+ 0,0	- 19,8	- 4,0	- 7,6	+ 7,7	- 10,3	- 1,4	- 11,7
Halbwaren	- 6,6	+ 12,6	+ 12,6	- 3,1	- 25,7	- 8,2	- 5,2	+ 8,0	- 8,6	- 0,1	- 2,2
Fertigwaren	+ 1,0	+ 7,7	+ 13,1	+ 11,0	- 16,3	+ 5,5	- 0,2	+ 6,0	- 9,6	+ 7,0	- 9,2
Ländergruppen (Bestimmungslander)											
Industrialisierte westliche Länder dar EG-Länder	+ 1,8	+ 8,1	+ 12,5	+ 9,7	- 17,3	+ 4,1	- 0,7	+ 5,8	- 10,1	+ 5,3	- 8,9
Entwicklungslander	+ 3,9	+ 10,9	+ 14,4	+ 7,6	- 19,0	+ 3,5	- 0,5	+ 4,9	- 9,8	+ 5,1	- 12,1
Staatshandelslander	- 6,8	+ 3,6	+ 14,5	+ 14,4	- 12,0	+ 9,1	+ 0,9	+ 12,7	- 9,9	+ 18,3	- 2,2
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhruber- schuß (+)	+ 4,5	+ 8,8	+ 5,1	+ 13,8	- 40,9	- 23,0	- 49,0	+ 58,0	- 31,9	- 0,6	- 30,0
Index der tatsächlichen Werte											
Einfuhr	- 1,0	+ 7,3	+ 15,2	+ 8,2	- 9,8	+ 11,7	+ 13,4	- 2,3	- 3,3	+ 8,4	- 4,7
Ausfuhr	+ 0,2	+ 7,6	+ 13,0	+ 9,4	- 16,9	+ 4,6	- 0,6	+ 6,4	- 9,5	+ 6,9	- 8,5
Index des Volumens											
Einfuhr	+ 5,4	+ 6,4	+ 7,3	+ 13,6	- 2,6	+ 16,6	+ 17,4	- 1,2	- 2,9	+ 6,6	- 3,7
Ausfuhr	+ 2,9	+ 6,7	+ 8,1	+ 9,7	- 16,5	+ 6,0	+ 2,1	+ 6,3	- 10,0	+ 6,0	- 6,5
Index der Durchschnittswerte											
Einfuhr	- 6,1	+ 0,9	+ 7,4	- 4,8	- 7,4	- 4,2	- 3,5	- 1,3	- 0,4	+ 1,7	- 1,0
Ausfuhr	- 2,6	+ 0,9	+ 4,5	- 0,3	- 0,5	- 1,2	- 2,6	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,9	- 2,2
Austauschverhältnis (Terms of Trade)	+ 3,7	- 0,1	- 2,7	+ 4,7	+ 7,4	+ 3,2	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,0	- 0,8	- 1,2
Verkehr											
Beförderte Personen											
Eisenbahnverkehr	- 1,7	+ 3,0	+ 0,5p	- 4,4				- 2,1			
Straßenverkehr	+ 0,5	- 1,4	+ 2,4p								
Luftverkehr	- 12,0	+ 8,0	+ 6,3								
Beförderte Güter											
Eisenbahnverkehr	- 2,8	+ 1,2	+ 1,7	+ 6,1				+ 6,7			
Straßenverkehr											
(ohne Nahverkehr im Bundesgebiet)	+ 3,3	+ 7,9	+ 5,9								
Binnenschifffahrt	- 3,7	+ 5,6	+ 0,6	+ 5,3	- 2,3			+ 5,6	- 2,5		
Seeschifffahrt	- 1,3	+ 4,6	+ 0,4	+ 0,3p				+ 12,6p			
Luftverkehr	- 7,4	+ 17,5	+ 12,9								
Rohrfernleitungen (rohes Erdöl)	- 3,3	+ 5,6	- 2,5	+ 6,3				+ 3,0			
Kraftfahrzeuge											
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar Personenkraftwagen	+ 3,0	- 3,3	+ 1,3	+ 16,4	- 7,3	+ 21,2	+ 17,1	+ 2,2	- 10,6	+ 4,3	- 17,2
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	+ 3,1	- 3,7	- 0,8	+ 15,5	- 8,0	+ 20,6	+ 16,1	+ 3,4	- 9,5	+ 4,8	- 17,6
Straßenverkehrsunfälle											
Unfälle mit Personenschaden	- 4,8	+ 5,2	+ 0,4	+ 6,9	- 7,5	+ 0,5		+ 27,8	- 9,9	+ 1,1	
Getotete	- 11,0	+ 3,1	- 2,7	+ 2,3	+ 0,9	- 9,6		+ 16,8	- 5,3	+ 1,3	
Schwerverletzte	- 7,8	+ 2,1	- 2,8	+ 0,5	- 4,9	+ 1,5		+ 22,9	- 7,5	+ 1,0	
Leichtverletzte	- 2,9	+ 6,7	+ 1,3								
Unfälle mit nur Sachschaden	+ 3,7	+ 1,7	- 1,6	+ 2,5	- 1,1	+ 4,9		+ 3,1	- 3,2	- 4,4	
Geld und Kredit											
Bargeldumlauf	+ 10,6	+ 14,9	+ 3,0	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,6	+ 1,9p	- 0,4	+ 1,1	+ 0,0	+ 0,6p
Deutsche Bundesbank											
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva 1)	+ 30,4	- 20,8	+ 3,0	+ 8,4	+ 8,7	+ 8,5	+ 8,1	+ 1,6	+ 0,7	- 1,3	+ 1,2
Kredite an inländische Kreditinstitute	- 14,5	+ 75,6	+ 21,1	+ 13,4	+ 4,3	+ 2,3	+ 7,4	+ 3,3	- 1,2	+ 3,0	- 1,4
Kreditinstitute											
Kredite an inländische Nichtbanken an Unternehmen und Privat- personen	+ 4,1	+ 6,0	+ 5,8	+ 6,5	+ 6,3	+ 6,3	+ 6,7p	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,5p
an öffentliche Haushalte	+ 3,5	+ 5,4	+ 7,3	+ 8,0	+ 8,0	+ 7,9	+ 7,9p	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,3p
Einlagen inländischer Nichtbanken dar. Spareinlagen	+ 6,1	+ 8,2	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,7	+ 1,0	+ 2,8p	+ 0,6	- 1,2	+ 0,5	+ 1,4p
	+ 6,6	+ 5,4	+ 5,5	+ 5,9	+ 6,3	+ 5,6	+ 6,3p	+ 0,5	+ 0,5	- 0,3	+ 1,1p
	+ 5,5	+ 3,0	- 3,1	- 4,4	- 4,2	- 4,2	- 4,1p	+ 0,8	- 0,3	- 0,9	- 0,2p
Bausparkassen											
Neuabschlüsse von Bausparverträgen	+ 4,8	+ 18,5	- 14,7	+ 23,7	+ 10,7	+ 21,0		- 1,2	- 4,1	+ 0,1	
Bauspareinlagen (Bestände)	- 3,1	+ 0,7	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3		- 0,1	+ 0,1	- 0,5	
Baudarlehen (Bestände) 2)	- 2,9	- 6,1	- 2,2	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8		- 0,0	+ 0,3	+ 0,3	

1) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse - 2) Aus Zuteilung und Zwischenkreditgewährung

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1990						
					Febr	Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	Mill DM	245 370	208 952	253 262	30 671	32 085	27 448	29 843	17 807	30 655	29 050
Festverzinsliche Wertpapiere	Mill DM	3 081	2 712	4 730	976	312	364	889	380	394	641
Aktien (Nominalwert)											
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	%	5,8	6,0	7,1	8,7	9,0	8,9	9,0	9,0	8,8	9,0
Index der Aktienkurse	1980=100	257,5	217,9	278,5	344,7	350,7	353,5	348,2	347,0	364,5	326,1
dar Publikumsgesellschaften	1980=100	263,4	221,5	279,9	349,0	355,2	357,5	350,2	348,0	363,8	322,5
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	1000	8348	9478	8888	1 017	925	824	766	749	754	
Arbeitslosenhilfe	1000	5778	5288	4968	468	470	454	443	440	426	
Unterhaltsgeld ¹⁾	1000	1888	2228	2678	306	319	315	323	318	296	
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dar. Beiträge	Mill DM	2 881,18	2 989,18	3 156,98	3 034,1	3 097,8	3 242,5	3 286,5	3 369,6	2 533,4	
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit dar Arbeitslosengeld	Mill DM	2 688,88	2 809,78	2 964,48	2 829,5	2 894,9	2 924,4	3 044,9	3 220,3	3 316,4	
Gesetzliche Krankenversicherung	Mill DM	2 996,78	3 403,78	3 319,48	3 726,7	3 941,6	3 607,3	3 662,5	3 159,3	3 251,4	
Mitglieder insgesamt	1000	36 7188	37 0018	37 2058	37 568	37 664	37 705	37 731	37 792	37 790	
dar Pflichtmitglieder ²⁾	1000	21 5598	21 8388	21 8658	22 162	22 238	22 269	22 290	22 348	22 347	
Rentner	1000	10 7138	10 7918	10 8988	10 963	10 969	10 982	10 993	11 003	11 012	
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftssteuern (gem Art 106 Abs. 3 GG) ⁴⁾	Mill DM	403 649	419 304	461 795	33 873	44 052	30 713	32 338	45 410	36 917	36 090 p
dar: Lohnsteuer	Mill DM	348 848	362 714	396 941	26 596	39 294	24 328	24 739	41 633	30 531	28 364 p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill DM	164 176	167 504	181 832	12 081	11 969	12 495	12 937	14 202	15 819	14 398 p
Körperschaftsteuer	Mill DM	30 695	33 189	36 799	- 195	9 496	- 297	- 11	8 345	- 73	- 579 p
Umsatzsteuer	Mill DM	27 302	30 003	34 181	1	7 631	- 296	- 396	7 455	- 73	802 p
Einfuhrumsatzsteuer	Mill DM	67 384	67 661	67 995	8 504	4 252	5 848	5 888	5 606	6 494	6 385 p
Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zolle) dar Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer) dar Tabaksteuer	Mill DM	51 411	55 625	63 484	5 312	5 473	5 703	5 602	4 927	6 787	5 782 p
dar Branntweinabgaben	Mill DM	51 720	52 733	61 338	5 614	5 456	4 872	5 307	5 032	5 511	5 939 p
dar Mineralölsteuer	Mill DM	47 571	48 569	55 441	4 103	4 881	4 439	4 829	4 603	5 122	5 255 p
Landessteuern dar Vermögensteuer	Mill DM	14 507	14 555	15 509	921	1 453	1 339	1 262	1 307	1 422	1 855 p
Kraftfahrzeugsteuer	Mill DM	4 072	3 999	3 920	181	510	295	258	220	380	377 p
Biersteuer	Mill DM	26 136	27 032	32 965	2 710	2 674	2 582	3 019	2 847	3 029	2 787 p
Zolle (100 %)	Mill DM	22 235	22 669	24 209	2 811	1 975	1 791	3 281	1 557	1 597	2 879 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	Mill DM	5 422	5 554	5 775	1 234	152	91	1 298	112	119	1 343 p
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	Mill DM	8 365	8 169	9 167	604	878	911	872	613	657	635 p
Verbrauchsbesteuerter Erzeugnisse	Mill DM	1 260	1 253	1 260	83	91	96	105	138	111	137 p
Zigaretten (Menge)	Mill. St	5 549	6 325	6 795	588	543	588	569	568	507	670 p
Bierausstoß	1000 hl	118 792	119 649	120 318	9 712	11 196	8 323	10 826	10 118	10 654	11 001
Leichte Benzin bleifrei	1000 hl	92 493	92 601	93 016	6 956	7 818	8 145	9 840	8 589	10 076	11 031
Benzin bleihaltig	1000 hl	85 899	152 282	203 198	17 240	20 587	20 105	21 598	19 813	21 412	22 591
Gasöl (Dieselkraftstoff)	1000 dt	245 631	192 839	144 332	9 024	10 370	9 825	10 296	9 126	9 772	9 994
Heizöl (EL und L)	1000 dt	153 033	162 286	165 622	12 152	14 751	13 924	15 513	13 733	15 765	16 317
Erdgas	GWh	356 123	340 495	265 967	24 738	24 162	21 793	24 681	30 348	32 588	21 978
		-	-	782 699	55 378	55 203	46 699	32 669	30 004	26 654	27 915
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers.-Haush von Renten- u Sozialhilfeempf m. geringem Einkommen dar für: Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	DM	1 625,08	1 668,46	1 673,05	1 821,94	1 729,45	1 609,79				
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	473,85	478,20	475,04	406,18	524,47	477,97				
4-Pers.-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	DM	144,05	135,10	135,24	150,95	131,35	115,05				
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	3065,26	3308,72	3324,85	2 876,43	3 587,70	3 619,13				
4-Pers.-Haush von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	DM	747,51	767,31	792,72	709,31	811,14	841,07				
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	191,98	187,67	179,12	152,65	195,43	155,87				
2-Pers.-Haush von Renten- u Sozialhilfeempf m. geringem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	DM	4646,56	4852,45	4 953,00	4 650,42	5 172,40	5 439,13				
Energie (ohne Kraftstoffe)	DM	957,40	978,05	1 008,87	895,94	1 023,68	1 047,48				
	DM	231,06	227,62	222,52	240,34	225,43	219,89				
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	Std	40,2	40,2	40,1			39,7				
Index	1985=100	99,0	98,6	98,9			97,7				
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	DM	17,68	18,43	19,16			19,84				
Index	1985=100	107,6	112,0	116,5			121,1				
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	DM	712	742	768			787				
Index	1985=100	106,4	110,7	114,8			118,3				
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	DM	3 884	4 035	4 190			4 325				
Index	1985=100	107,1	110,9	114,7			118,2				
Tarifentwicklung i. d. gewerbl. Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	1985=100	99,2	98,5	97,4			96,4				
Index der tariflichen Stundenlöhne	1985=100	108,0	111,6	115,8			120,4				
Index der tariflichen Monatsgehälter	1985=100	107,1	109,9	112,6			115,8				

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl Übergangsgeld für Behinderte - 2) Ohne Rentner - 3) Einschl EG-Anteile an Zollen, Umsatzsteuer und (ab November 1988) BSP-Eigenmittel - 4) Vor der Steuerverteilung - 5) Gem Gemeindefinanzreformgesetz - 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 7) Einschl fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 8) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1987	1988	1989	Mar 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Mar 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1986	1987	1988	Mar 89	Juni 89	Juli 89	Aug 89	April 90	Mai 90	Juni 90	Juli 90
Wertpapiermarkt											
Bruttoabsatz inländischer Wertpapiere	- 4,6	- 14,8	+ 21,2	+ 61,8	- 10,7	+ 25,6	+ 118,8	+ 8,7	- 40,3	+ 72,2	- 5,2
Festverzinsliche Wertpapiere	- 32,4	- 12,0	+ 74,4	+ 826,0	- 34,6	+ 116,5	+ 64,4	+ 144,2	- 57,3	+ 3,7	+ 62,7
Aktien (Nominalwert)											
Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere	+ 3,3	+ 3,4	+ 18,3	+ 26,8	+ 26,8	+ 27,5	+ 30,4	+ 1,1	+ 0,0	- 2,2	+ 2,3
Index der Aktienkurse	- 12,9	- 15,4	+ 27,8	+ 34,3	+ 26,9	+ 27,4	+ 9,4	- 1,5	+ 0,3	+ 5,0	- 10,5
dar Publikumsgesellschaften	- 11,8	- 15,9	+ 26,4	+ 34,1	+ 26,3	+ 26,4	+ 7,8	- 2,0	- 0,6	+ 4,5	- 11,4
Sozialleistungen											
Arbeitsförderung											
Empfänger von Arbeitslosengeld	+ 4,2 ⁸⁾	+ 13,5 ⁸⁾	- 6,2 ⁸⁾	- 6,7	- 6,6	- 8,9		- 7,0	- 2,2	+ 0,6	
Arbeitslosenhilfe	- 4,0 ⁸⁾	- 8,4 ⁸⁾	- 6,1 ⁸⁾	- 13,5	- 13,0	- 13,6		- 2,6	- 0,6	- 3,2	
Unterhaltsgeld ¹⁾	+ 22,1 ⁸⁾	+ 17,7 ⁸⁾	+ 20,5 ⁸⁾	+ 21,2	+ 16,5	+ 17,5		+ 2,5	- 1,4	- 6,9	
Einnahmen der Bundesanstalt für Arbeit dar Beiträge	+ 9,2 ⁸⁾	+ 3,8 ⁸⁾	+ 5,6 ⁸⁾	+ 9,6	+ 3,6	+ 9,2		+ 1,4	+ 2,5	+ 4,9	
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit dar Arbeitslosengeld	+ 12,9 ⁸⁾	+ 13,6 ⁸⁾	- 2,5 ⁸⁾	+ 13,0	- 0,1	+ 7,3		+ 1,5	- 13,7	+ 2,9	
	+ 8,9 ⁸⁾	+ 18,1 ⁸⁾	- 2,7 ⁸⁾	+ 5,4	- 4,5	- 1,2		- 5,6	- 11,7	+ 0,2	
Gesetzliche Krankenversicherung											
Mitglieder insgesamt	+ 7,9 ⁸⁾	+ 0,8 ⁸⁾	+ 0,6 ⁸⁾	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0		+ 0,1	+ 0,2	- 0,0	
dar Pflichtmitglieder ²⁾	+ 0,8 ⁸⁾	+ 1,3 ⁸⁾	+ 0,1 ⁸⁾	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,0		+ 0,1	+ 0,3	- 0,0	
Rentner	+ 0,5 ⁸⁾	+ 0,7 ⁸⁾	+ 0,7 ⁸⁾	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0		+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	
Finanzen und Steuern											
Kassenmäßige Steuereinnahmen des Bundes und der Länder³⁾											
Gemeinschaftsteuern (gem Art 106 Abs 3 GG) ⁴⁾	+ 4,5	+ 4,0	+ 9,4	- 3,9	- 2,5	+ 20,7	+ 7,7 p	+ 1,7	+ 68,3	- 26,7	- 7,1 p
dar Lohnsteuer	+ 7,8	+ 2,0	+ 8,6	- 4,9	- 4,5	- 3,0	- 4,1 p	+ 3,5	+ 9,8	+ 11,4	- 9,0 p
Veranlagte Einkommensteuer	+ 2,7	+ 8,1	+ 10,9	x	- 3,2	x	x	x	x	x	x
Körperschaftsteuer	- 15,5	+ 9,9	+ 13,9	x	+ 0,0	x	x	x	x	x	x
Umsatzsteuer	+ 15,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 4,4	+ 14,1	+ 19,0	+ 27,6 p	+ 0,7	- 4,8	+ 15,8	- 1,7 p
Einfuhrumsatzsteuer	- 2,2	+ 8,2	+ 14,1	+ 5,8	- 9,4	+ 22,5	+ 8,5 p	- 1,8	- 12,1	+ 37,7	- 14,8 p
Bundessteuern (ohne EG-Anteile Zolle) dar Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	+ 1,2	+ 1,9	+ 16,3	- 1,6	+ 7,1	+ 8,4	+ 15,8 p	+ 8,9	- 5,2	+ 9,5	+ 7,8 p
dar Tabaksteuer	+ 1,4	+ 2,1	+ 14,2	- 3,0	+ 8,1	+ 8,9	+ 18,1 p	+ 8,8	- 4,7	+ 11,3	+ 2,6 p
dar Tabaksteuer	+ 0,2	+ 0,3	+ 6,6	- 14,4	+ 38,1	+ 6,8	+ 48,5 p	- 5,8	+ 3,5	+ 8,8	+ 30,4 p
Brandweinabgaben	+ 0,2	- 1,8	- 2,0	- 5,2	- 32,4	+ 10,3	+ 95,0 p	- 12,4	- 14,8	+ 72,7	- 0,8 p
Mineralölsteuer	+ 1,9	+ 3,4	+ 21,9	+ 2,3	+ 3,6	+ 8,9	- 0,2 p	+ 16,9	- 5,7	+ 6,4	- 8,0 p
Landessteuern dar Vermögensteuer	+ 4,6	+ 2,0	+ 6,8	+ 18,4	- 11,0	- 4,3	+ 6,5 p	+ 83,2	- 52,6	+ 2,6	+ 80,2 p
Kraftfahrzeugsteuer	+ 23,3	+ 2,4	+ 4,0	+ 9,2	+ 9,4	+ 36,5	+ 11,1 p	x	x	x	x
Biersteuer	- 10,6	- 2,3	+ 12,2	+ 0,9	- 29,6	- 22,9	- 10,8 p	+ 4,3	- 29,7	+ 7,3	- 3,3 p
Zolle (100 %)	- 0,3	- 0,5	+ 0,5	+ 4,7	+ 11,9	- 6,0	+ 22,9 p	+ 9,4	+ 31,2	- 19,5	+ 23,4 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	+ 5,9	+ 14,0	+ 7,4	+ 5,5	+ 1,1	- 7,2	+ 28,7 p	- 3,3	- 0,1	- 10,7	+ 32,2 p
Einnahmen aus der Gewerbesteuerumlage ⁵⁾	- 3,1	+ 9,7	+ 6,9	+ 24,7	- 0,1	+ 2,6	- 1,8 p	x	x	x	x
Gemeindeanteil an Einkommensteuer ⁵⁾	+ 7,0	+ 3,0	+ 8,9	- 2,2	- 4,0	- 6,9	- 6,0 p	x	x	x	x
Verbrauchsbesteuerte Erzeugnisse											
Zigaretten (Menge)	- 0,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 46,3	+ 0,4	+ 11,1	+ 2,2	+ 30,1	- 6,5	+ 5,3	+ 3,3
Bierausstoß	- 1,5	- 0,1	+ 0,6	+ 9,2	- 1,9	+ 22,5	+ 21,1	+ 20,8	- 12,7	+ 17,3	+ 9,5
Leichtöle Benzin bleifrei	+ 136,8	+ 77,3	+ 33,4	+ 25,2	+ 15,7	+ 29,6	+ 25,8	+ 7,4	- 8,3	+ 8,1	+ 5,5
Benzin bleihaltig	- 14,8	- 21,5	- 25,2	- 18,6	- 24,9	- 16,9	- 19,6	+ 4,8	- 11,4	+ 7,1	+ 2,3
Gasole (Dieselkraftstoff)	+ 3,4	+ 6,0	+ 2,1	+ 11,0	- 5,0	+ 12,3	+ 9,0	+ 11,4	- 11,5	+ 14,8	+ 3,5
Heizöl (EL und L)	- 7,2	- 4,4	- 22,1	+ 62,0	+ 75,6	+ 27,0	- 28,4	+ 13,3	+ 23,0	+ 7,4	- 32,6
Erdgas	-	-	x	- 3,2	- 1,8	- 1,7	+ 10,2	- 30,0	- 8,2	- 11,2	+ 4,7
Wirtschaftsrechnungen											
Ausgaben für den Privaten Verbrauch⁶⁾											
2-Pers -Haush von Renten- u Sozialhilfeempf m geringem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	+ 3,4	+ 2,7	+ 0,3								
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,5	+ 0,9	- 0,7								
4-Pers -Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	- 7,9	- 6,2	+ 0,1								
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,1	+ 7,9	+ 0,5								
4-Pers -Haush von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	- 0,1	+ 2,6	+ 3,3								
Energie (ohne Kraftstoffe)	- 8,5	- 2,2	- 4,6								
4-Pers -Haush von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen dar für Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ⁷⁾	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,1								
Energie (ohne Kraftstoffe)	+ 1,4	+ 2,2	+ 3,2								
	- 12,9	- 1,5	- 2,2								
Löhne und Gehälter											
Arbeiter(innen) in der Industrie											
Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden	- 0,7	+ 0,0	- 0,2								
Index	- 0,6	- 0,1	- 0,3								
Durchschnittliche Bruttostundenverdienste	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,0								
Index	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,0								
Durchschnittliche Bruttowochenverdienste	+ 3,3	+ 4,2	+ 3,5								
Index	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,7								
Angestellte in Industrie und Handel											
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,8								
Index	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,4								
Tarifentwicklung i. d. gewerbl Wirtschaft u. bei Gebietskörperschaften											
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit (Arbeiter)	- 0,2	- 0,7	- 1,1								
Index der tariflichen Stundenlöhne	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,8								
Index der tariflichen Monatsgehälter	+ 3,8	+ 2,6	+ 2,5								

1) An Teilnehmer von Maßnahmen zur laufenden Fortbildung und Umschulung einschl Übergangsgeld für Behinderte - 2) Ohne Rentner - 3) Einschl EG-Anteile an Zollen, Umsatzsteuer und (ab November 1988) BSP-Eigenmittel - 4) Vor der Steuerverteilung - 5) Gem Gemeindefinanzreformgesetz - 6) Ausgewählte private Haushalte, wegen der jährlichen Änderung des Berichtskreises sind die Angaben für die einzelnen Jahre nur beschränkt vergleichbar - 7) Einschl fertige Mahlzeiten und Verzehr in Gaststätten und Kantinen - 8) D errechnet aus 12 Monatsdurchschnitten

Statistische Monatszahlen

Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989	1990						
					Marz	April	Mai	Juni	Juli	Aug	Sept
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	1985=100	90,3	91,4	96,4	96,7	96,6	96,7	96,2	95,7	94,9p	..
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1985=100	87,1	87,9	93,5	93,1	92,9	92,9	92,3	91,6	90,5p	..
Neubauten und neue Maschinen	1985=100	104,4	106,6	109,3	112,4	112,6	113,2	113,2	113,6	113,7p	..
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	1985=100	91,7	91,8	99,8	97,6	98,2	98,9	98,8	98,0p	93,8p	..
Pflanzliche Produkte	1985=100	98,9	96,0	97,5	100,5	103,7	104,2	102,3	100,9	98,1	..
Tierische Produkte	1985=100	89,0	90,2	100,7	96,6	96,1	96,9	97,5	96,9p	92,2p	..
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	1980=100	90,0	90,1	97,9	109,9	107,6	106,8	105,3	102,2
Index der Grundstoffpreise 2)	1980=100	99,7	102,2	107,7	105,4	105,0	104,7	104,1	103,8	105,7	..
Inländische Grundstoffe	1980=100	109,2	112,6	117,5	116,1	116,4	116,9	116,7	116,1	116,2	..
Importierte Grundstoffe	1980=100	85,6	86,9	93,1	89,4	88,0	86,6	85,5	85,6	90,1	..
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	1985=100	95,1	96,3	99,3	100,2	100,7	100,8	100,8	100,7	101,3	101,7
Investitionsgüter 3)	1985=100	104,9	107,0	109,7	111,8	112,4	112,7	112,9	113,2	113,5	113,6
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	1985=100	95,1	95,5	100,1	101,1	101,3	101,3	101,3	101,6	104,0	105,6
Elektrizität, Fernwärme und Wasser	1985=100	104,2	105,2	106,2	106,0	106,0	106,0	106,0	104,0	104,0	104,0
Bergbauliche Erzeugnisse	1985=100	84,1	82,3	84,5	69,9	72,6	73,2	73,1	73,0	73,0	73,2
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1985=100	97,2	98,8	102,2	102,8	103,0	103,2	103,2	103,3	104,0	104,5
Erz des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	1985=100	86,3	87,9	93,4	91,9	91,9	91,7	91,3	91,4	93,4	94,9
dar. Mineralerzeugnisse	1985=100	62,5	58,4	68,8	67,4	67,1	66,1	65,2	65,7	75,1	80,9
Eisen und Stahl	1985=100	91,8	94,3	99,5	98,6	98,5	98,4	98,5	98,2	98,1	98,1
Chemische Erzeugnisse	1985=100	91,1	92,5	95,2	93,1	93,3	93,4	93,3	93,0	92,8	92,9
Erz des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	1985=100	103,8	105,5	107,8	109,7	110,3	110,5	110,7	110,9	111,1	111,3
dar. Maschinenbauerzeugnisse 4)	1985=100	108,4	109,9	112,4	115,4	116,3	116,8	117,1	117,4	117,5	117,7
Straßenfahrzeuge 5)	1985=100	108,0	108,9	111,0	113,4	113,6	113,7	113,7	113,7	114,4	114,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	1985=100	101,4	102,3	103,5	104,5	105,0	105,0	105,2	105,3	105,5	105,6
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1985=100	101,6	103,4	106,8	108,4	109,0	109,3	109,6	109,9	110,0	110,0
Erz des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	1985=100	101,9	103,8	106,5	108,2	108,4	108,8	108,9	109,2	109,4	109,6
dar. Textilien	1985=100	99,2	99,6	101,6	102,8	102,9	102,8	102,8	102,9	102,8	102,8
Bekleidung	1985=100	103,3	104,7	106,6	108,2	108,2	108,6	108,8	109,1	109,5	109,8
Erz des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	1985=100	96,8	98,0	100,4	100,4	100,6	100,7	100,7	100,7	100,8	100,7
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 6)	1980=100	118,6	121,2	125,5	133,0	134,7	..
Bürogebäude 1)	1980=100	120,5	123,3	127,8	134,7	136,4	..
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	117,0	119,4	123,7	131,8	133,5	..
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	1980=100	120,5	123,0	127,2	134,5	136,5	..
Straßenbau 6)	1980=100	105,8	107,0	109,2	115,9	117,1	..
Brücken im Straßenbau 6)	1980=100	112,5	114,6	118,4	125,4	126,9	..
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	1985=100	89,2	89,9	94,5	94,7	95,0	95,3	95,0	94,7	95,5	95,8
dar. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getranken, Tabakwaren	1985=100	93,7	93,4	96,4	98,9	99,5	100,0	100,1	100,0	98,2	96,9
Index der Einzelhandelspreise 6)	1980=100	117,8	118,5	121,1	123,0	123,3	123,9	123,8	123,4	123,8	124,1
dar. Mit Nahrungsmitteln, Getranken, Tabakwaren	1980=100	116,1	116,2	119,1	122,2	123,2	124,5	124,4	123,4	122,8	122,4
Preisindex für die Lebenshaltung											
aller privaten Haushalte	1985=100	100,1	101,4	104,2	106,3	106,5	106,7	106,8	106,8	107,1	107,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985=100	100,1	100,3	102,6	105,3	105,9	106,3	106,2	105,9	105,6	105,3
Bekleidung, Schuhe	1985=100	103,2	104,5	106,0	106,9	107,0	107,2	107,2	107,3	107,4	107,8
Wohnungsmieten, Energie 7)	1985=100	96,7	97,7	101,1	103,2	103,5	103,7	103,7	104,0	105,2	105,7
Wohnungsmieten	1985=100	103,4	105,6	108,8	111,3	111,7	112,0	112,3	112,7	113,1	113,4
Energie 7)	1985=100	80,3	78,1	82,0	83,5	83,4	83,1	82,7	82,6	85,9	87,0
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1985=100	102,2	103,3	104,9	106,5	106,8	107,1	107,2	107,5	107,6	107,7
Güter f. die Gesundheits- und Körperpflege	1985=100	103,2	104,7	108,6	109,9	110,0	110,1	110,3	110,3	110,4	110,6
Güter f. Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	1985=100	97,4	98,9	103,3	104,6	104,7	104,7	104,8	104,8	106,5	108,3
Güter f. Bildung, Unterhaltung, Freizeit 8)	1985=100	101,6	102,7	103,8	106,5	105,8	106,1	106,0	105,7	105,6	105,8
Güter f. d. persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1985=100	106,0	110,0	113,1	115,9	115,9	115,8	116,1	116,1	114,7	114,7
4-Pers.-Haush. v. Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen	1985=100	100,6	102,1	104,9	107,0	107,2	107,4	107,5	107,5	107,7	108,1
4-Pers.-Haush. von Arbeitern u. Angest. mit mittlerem Einkommen	1985=100	99,9	101,0	103,9	106,0	106,2	106,4	106,5	106,5	106,9	107,4
2-Pers.-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen	1985=100	100,0	101,0	104,0	106,4	106,7	107,0	107,1	107,0	107,2	107,8
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 9)	1985=100	100,8	101,8	104,6	107,0	107,8	108,7	108,5	107,8	107,7	107,6
Index der Einfuhrpreise	1985=100	79,8	80,8	84,4	82,4	81,8	81,1	80,6	80,6	81,9	..
dar. Güter aus EG-Ländern	1985=100	84,0	84,6	87,9	87,0	86,6	85,9	85,5	85,4	86,5	..
Güter aus Drittländern	1985=100	75,5	76,8	80,7	77,7	76,9	76,2	75,6	75,6	77,3	..
Index der Ausfuhrpreise	1985=100	97,3	99,3	102,1	101,9	102,1	102,1	102,2	102,3	102,3	..
dar. Güter für EG-Länder	1985=100	96,2	98,1	100,7	100,3	100,5	100,6	100,7	100,8	100,8	..
Güter für Drittländer	1985=100	98,3	100,6	103,5	103,4	103,6	103,6	103,7	103,7	103,7	..

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl. Acker-
schleppern - 5) Ohne Acker- und Traktoren - 6) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Ohne Kraftstoffe - 8) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes - 9) Aufgrund eines Bedarfsschemas für
1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet

Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr			Vorjahresmonat				Vormonat			
	1987	1988	1989	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Sept 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90	Sept 90
	gegenüber			gegenüber				gegenüber			
	1986	1987	1988	Juni 89	Juli 89	Aug 89	Sept 89	Mai 90	Juni 90	Juli 90	Aug 90
Preise											
Index der Einkaufspreise 1) landwirtschaftlicher Betriebsmittel	- 3,8	+ 1,2	+ 5,5	- 0,9	- 1,5	- 2,7p		- 0,5	- 0,5	- 0,8p	
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	- 5,3	+ 0,9	+ 6,4	- 2,1	- 3,1	- 4,4p		- 0,6	- 0,8	- 1,2p	
Neubauten und neue Maschinen	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 3,8p		± 0,0	+ 0,4	+ 0,1p	
Index der Erzeugerpreise 1) landwirtschaftlicher Produkte	- 2,8	+ 0,1	+ 8,7	- 2,0	- 3,6p	- 9,6p		- 0,1	- 0,8p	- 4,3p	
Pflanzliche Produkte	+ 0,6	- 2,9	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,3		- 1,8	- 1,4	- 2,8	
Tierische Produkte	- 4,1	+ 1,3	+ 11,6	- 3,2	- 5,3p	- 13,0p		+ 0,6	- 0,6p	- 4,9p	
Index der Erzeugerpreise 1) forstwirtschaftlicher Produkte	- 1,2	+ 0,1	+ 8,7	+ 11,4	+ 5,9			- 1,4	- 2,9		
Index der Grundstoffpreise 2)	- 4,8	+ 2,5	+ 5,4	- 4,1	- 3,4	- 2,2		- 0,6	- 0,3	+ 1,8	
Inländische Grundstoffe	- 2,9	+ 3,1	+ 4,4	- 0,8	- 1,2	- 1,7		- 0,2	- 0,5	+ 0,1	
Importierte Grundstoffe	- 8,2	+ 1,5	+ 7,1	- 9,9	- 7,6	- 3,2		- 1,3	+ 0,1	+ 5,3	
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) 1)	- 2,5	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,9	+ 2,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,6	+ 0,4
Investitionsgüter 3)	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel) 3)	+ 0,3	+ 0,4	+ 4,8	+ 0,7	+ 1,5	+ 4,1	+ 5,1	± 0,0	+ 0,3	+ 2,4	+ 1,5
Elektrizität, Fernwärme und Wasser	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,0	- 0,2	- 2,1	- 2,1	- 2,1	± 0,0	- 1,9	± 0,0	± 0,0
Bergbauliche Erzeugnisse	- 28,5	- 2,8	+ 3,5	+ 17,5	+ 13,7	+ 13,4	+ 13,3	- 0,1	- 0,1	± 0,0	± 0,3
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	- 0,4	+ 1,6	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,9	± 0,0	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,5
Erz des Grundstoff- u. Produktionsgütergewerbes	- 3,1	+ 1,9	+ 6,3	- 2,7	- 1,5	+ 0,2	+ 1,4	- 0,4	+ 0,1	+ 2,2	+ 1,6
dar Mineralerzeugnisse	- 6,6	- 6,6	+ 17,8	- 5,8	- 2,2	+ 11,8	+ 16,4	- 1,4	+ 0,8	+ 14,3	+ 7,7
Eisen und Stahl	- 6,1	+ 2,7	+ 5,5	- 1,5	- 1,4	- 1,5	- 1,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	± 0,0
Chemische Erzeugnisse	- 2,9	+ 1,5	+ 2,9	- 2,7	- 2,3	- 2,5	- 1,9	- 0,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,1
Erz des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,9	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
dar Maschinenbauerzeugnisse 4)	+ 2,9	+ 2,4	+ 3,1	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,2	+ 4,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Straßenfahrzeuge 5)	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 3,2	+ 3,2	± 0,0	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	+ 0,6	+ 1,8	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,1	± 0,0
Erz des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes	+ 0,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,4	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
dar Textilien	- 0,4	+ 0,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	± 0,0
Bekleidung	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3
Erz des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes	- 2,3	+ 1,2	+ 2,4	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	- 0,5	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	- 0,1
Preisindizes für Bauwerke											
Wohngebäude 6)	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,5			+ 6,7				+ 1,3a)	
Bürogebäude 1)	+ 2,3	+ 2,3	+ 3,6			+ 6,1				+ 1,3a)	
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude 1)	+ 1,8	+ 2,1	+ 3,6				+ 7,3			+ 1,3a)	
Gewerbliche Betriebsgebäude 1)	+ 2,2	+ 2,1	+ 3,4				+ 6,6			+ 1,5a)	
Straßenbau 6)	+ 1,0	+ 1,1	+ 2,1				+ 6,7			+ 1,0a)	
Brücken im Straßenbau 6)	+ 1,5	+ 1,9	+ 3,3				+ 6,5			+ 1,2a)	
Index der Großhandelsverkaufspreise 1)	- 3,7	+ 0,8	+ 5,1	- 0,2	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,7	- 0,3	- 0,3	+ 0,8	+ 0,3
dar Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 4,6	- 0,3	+ 3,2	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,4	- 0,3	+ 0,1	- 0,1	- 1,8	- 1,3
Index der Einzelhandelspreise 6)	+ 0,4	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,1	+ 2,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,3	+ 0,2
dar Mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,7	+ 0,1	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,7	- 0,1	- 0,8	- 0,5	- 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	+ 0,2	+ 1,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,3	+ 0,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	- 0,5	+ 0,2	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,2	+ 2,8	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Bekleidung, Schuhe	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,4
Wohnungsmieten, Energie 7)	- 1,2	+ 1,0	+ 3,5	+ 3,0	+ 3,2	+ 4,0	+ 3,9	± 0,0	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5
Wohnungsmieten	+ 1,6	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,7	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3
Energie 7)	- 9,3	- 2,7	+ 5,0	+ 2,0	+ 2,1	+ 5,3	+ 5,2	- 0,5	- 0,1	+ 4,0	+ 1,3
Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,5	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	+ 1,8	+ 1,5	+ 3,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Güter für Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	+ 1,0	+ 1,5	+ 4,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 3,3	+ 5,0	+ 0,1	± 0,0	+ 1,6	+ 1,7
Güter für Bildung, Unterhaltung, Freizeit 8)	+ 0,7	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,2
Güter für persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, sowie Güter sonstiger Art	+ 2,3	+ 3,8	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,3	± 0,0	- 1,2	± 0,0
4-Pers-Haush v. Beamten und Angest mit höherem Einkommen	+ 0,5	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 0,1	± 0,0	+ 0,2	+ 0,4
4-Pers-Haush von Arbeitern u. Angest mit mittl Einkommen	+ 0,1	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,2	+ 0,1	± 0,0	+ 0,4	+ 0,5
2-Pers-Haushalte v. Renten- u. Sozialhilfeempf mit geringem Einkommen	- 0,3	+ 1,0	+ 3,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,1	+ 3,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Einfache Lebenshaltung eines Kindes 9)	+ 0,6	+ 1,0	+ 2,8	+ 2,8	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	- 0,2	- 0,6	- 0,1	- 0,1
Index der Einfuhrpreise	- 5,3	+ 1,3	+ 4,5	- 5,4	- 3,9	- 2,7		- 0,6	± 0,0	+ 1,6	
dar Güter aus EG-Ländern	- 3,9	+ 0,7	+ 3,9	- 3,1	- 2,1	- 1,1		- 0,5	± 0,1	+ 1,3	
Güter aus Drittländern	- 7,0	+ 1,7	+ 5,1	- 7,8	- 6,0	- 4,2		- 0,8	± 0,0	+ 2,2	
Index der Ausfuhrpreise	- 0,9	+ 2,1	+ 2,8	- 0,4	- 0,1	- 0,1		+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	
dar Güter für EG-Länder	- 1,4	+ 2,0	+ 2,7	- 0,4	- 0,1	- 0,2		+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	
Güter für Drittländer	- 0,5	+ 2,3	+ 2,9	- 0,3	- 0,1	- 0,1		+ 0,1	± 0,0	± 0,0	

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer bzw ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung - 4) Einschl Acker-
schleppern - 5) Ohne Ackererschleppern - 6) Einschl Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 7) Ohne Kraftstoffe - 8) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes. - 9) Aufgrund eines Bedarfsschemas für 1976.
nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet
a) August 1990 gegenüber Mai 1990

Statistische Monatszahlen

Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1987	1988	1989 ⁵⁾	1989 ⁵⁾			1990 ⁵⁾	1990 ⁵⁾		
					2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	Juni	Juli	Aug
Absolute Zahlen											
Bevölkerungsstand	1000	61 238	61 715	62 679 ⁷⁾	61 990 ⁷⁾	62 260 ⁷⁾	62 679 ⁷⁾				
dar Ausländer ¹⁾	1000	4 241	4 489	4 846			4 846				
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	Anzahl	382 564	397 738	398 608 ⁷⁾	121 904	130 609	92 151	56 819	49 455	38 915	51 749
Ehescheidungen	Anzahl	129 850	128 729								
Lebendgeborene	Anzahl	642 010	677 259	681 537 ⁷⁾	167 985	179 319	175 038	167 144	56 487	65 933	66 954
dar Ausländer	Anzahl	67 191	73 518	79 868 ⁷⁾	20 440	20 907	21 489	18 584
Nichtehelich Lebendgeborene	Anzahl	62 358	67 957	69 668 ⁷⁾	16 690	18 293	18 790	16 930			
Gestorbene ²⁾	Anzahl	687 419	687 516	697 730 ⁷⁾	169 412	162 621	187 937	189 318	54 130	56 890	56 291
dar Ausländer	Anzahl	8 030	8 598	8 695 ⁷⁾	2 149	2 073	2 472	2 210			
Gestorbene im 1 Lebensjahr	Anzahl	5 318	5 080	5 074 ⁷⁾	1 186	1 180	1 370	1 242			
Totgeborene	Anzahl	2 485	2 398	2 368 ⁷⁾	607	618	605	555	211	217	212
Überschuß der Geborenen (+) bzw Gestorbenen (-)	Anzahl	- 45 409	- 10 257	-16 193 ⁷⁾	- 1 427	+ 16 698	-12 899	-22 174	+ 2 357	+ 9 043	+ 10 663
Deutsche	Anzahl	-104 570	- 75 177	-87 366 ⁷⁾	- 19 718	- 2 136	-31 916	-38 548			
Ausländer	Anzahl	+ 59 161	+ 64 920	+71 173 ⁷⁾	+ 18 291	+ 18 834	+19 017	+16 374			
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	Anzahl	617 037	903 892		283 302	426 445					
dar Ausländer	Anzahl	473 341	648 550		174 737	243 924					
Fortzüge	Anzahl	401 256	421 947		112 464	174 165					
dar Ausländer	Anzahl	334 204	359 089		91 310	138 901					
Überschuß der Zu- bzw Fortzüge (-)	Anzahl	+215 781	+481 945		+170 838	+252 280					
dar Ausländer	Anzahl	+139 137	+289 461		+ 83 427	+105 023					
Verhältniszahlen											
Bevölkerungsstand											
Ausländer ¹⁾	% der Bevölkerung	6,9	7,3	7,7			7,7				
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	je 1 000 Einwohner	6,3	6,5	6,4	7,9	8,4	5,9	9,6	7,3	9,6	
Ehescheidungen	je 10 000 Einwohner	21,2	21,0								
Lebendgeborene	je 1 000 Einwohner	10,5	11,0	11,0	10,9	11,5	11,1	11,0	12,3	12,4	
dar Ausländer	je 1 000 Ausländer	15,8	16,3	16,5			17,6				
	% aller Lebendgeb	10,5	10,9	11,7	12,2	11,7	12,3				
Zusammengefaßte Geburtenziffer ⁴⁾		1 368	1 413	1 444 ⁶⁾	1 423 ⁶⁾	1 439 ⁶⁾	1 496 ⁶⁾				
Nichtehelich Lebendgeborene	% aller Lebendgeb	9,7	10,0	10,2	9,9	10,2	10,7				
Gestorbene ²⁾	je 1 000 Einwohner	11,2	11,2	11,3	11,0	10,4	12,0	10,5	10,6	10,4	
dar Ausländer	je 1 000 Ausländer	1,9	1,9	1,8			2,0				
Gestorbene im 1 Lebensjahr	% aller Lebendgeb	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,8				
Wanderungen³⁾											
Zuzüge											
dar Ausländer	% aller Zuzüge	76,7	71,8		61,7	57,2					
Fortzüge											
dar Ausländer	% aller Fortzüge	83,3	85,1		81,2	79,8					
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %											
Bevölkerungsstand	%	+ 0,2	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6				
dar Ausländer ¹⁾	%	- 6,0	+ 5,8	+ 8,0			+ 8,0				
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
Eheschließungen	%	+ 2,8	+ 4,0	+ 0,0	+ 5,7	- 7,6	+ 4,7	+ 7,3	+ 11,6	+ 2,0	+ 9,0
Ehescheidungen	%	+ 6,0	- 0,9								
Lebendgeborene	%	+ 2,6	+ 5,5	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,8	+ 5,0	+ 0,6	+ 8,5	+ 5,7
dar Ausländer	%	+ 14,6	+ 9,4	+ 8,6	+ 10,4	+ 8,3	+ 9,9	+ 9,1			
Gestorbene ²⁾	%	- 2,1	+ 0,0	+ 1,5	- 0,4	- 0,7	+ 2,8	+ 6,5	- 0,8	+ 4,3	+ 3,8
Wanderungen³⁾											
Zuzüge	%	+ 3,1	+ 4,6		+ 49,5	+ 45,4					
dar Ausländer	%	- 1,3	+ 3,7		+ 25,7	+ 15,2					
Fortzüge	%	- 2,2	+ 5,2		+ 32,6	+ 29,4					
dar Ausländer	%	- 4,0	+ 7,4		+ 29,9	+ 20,2					

1) Ergebnisse der Auszahlungen des Ausländerzentralregisters - 2) Ohne Totgeborene - 3) Über die Grenzen des Bundesgebietes, ab 1988 ohne ungeklart und ohne Angabe - 4) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 5) Vorläufiges Ergebnis - 6) Geschätzt nach Calot-Verfahren (siehe WiSta 8/1981, S. 549 ff) - 7) Endgültiges Ergebnis

Statistische Monatszahlen

Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, Volkseinkommen 1)

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen				
	1986	1987	1988	1989	1989			1990	
					2 Vj	3 Vj	4 Vj	1 Vj	2 Vj
in jeweiligen Preisen Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung 2)	1 796 370	1 859 510	1 960 770	2 074 950	507 370	522 090	559 160	525 460	542 560
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	33 660	30 460	33 110	36 110	4 480	16 610	11 440	4 140	4 960
Warenproduzierendes Gewerbe	787 980	796 860	831 600	883 250	222 930	216 920	234 250	228 900	236 760
Handel und Verkehr	286 570	298 200	311 850	329 330	81 960	81 680	87 840	82 630	85 570
Dienstleistungsunternehmen	514 690	547 920	592 800	630 230	153 850	160 800	163 540	163 710	167 880
Staat, private Haushalte 3)	257 160	268 340	276 490	285 220	66 240	68 480	84 900	69 280	70 890
Bruttoinlandsprodukt 4)	1 931 420	2 003 750	2 110 680	2 235 580	546 060	560 490	602 550	567 230	583 240
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	1 068 610	1 110 300	1 154 280	1 211 300	298 680	299 890	328 050	303 770	317 580
Staatsverbrauch	382 720	397 510	412 650	418 960	98 280	101 330	123 210	101 350	104 120
Anlageinvestitionen	377 390	389 970	415 980	458 410	117 310	115 650	130 060	109 190	130 650
Ausrüstungen	161 380	170 490	184 880	207 620	50 790	48 980	65 210	49 860	56 820
Bauten	216 010	219 480	231 100	250 790	66 520	66 670	64 850	59 330	73 830
Vorratsveränderung	1 500	4 390	18 130	29 180	2 580	17 860	- 8 970	17 010	2 150
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	114 980	113 430	122 160	143 450	35 550	32 170	37 250	40 480	35 800
Ausfuhr 5)	638 230	639 330	687 860	787 110	200 760	192 950	204 440	209 000	206 420
Einfuhr 5)	523 250	525 900	565 700	643 660	165 210	160 780	167 190	168 520	170 620
Bruttosozialprodukt	1 945 200	2 015 600	2 123 200	2 261 300	552 400	566 900	609 600	571 800	590 300
Volkseinkommen									
insgesamt	1 509 460	1 565 290	1 653 240	1 751 810	427 420	439 080	476 330	441 250	456 840
dar Einkommen aus unselbständiger Arbeit	1 041 350	1 083 440	1 126 040	1 176 640	285 430	289 960	331 990	287 010	307 430
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung 2)	5,8	3,5	5,4	5,8	6,8	5,3	5,3	8,0	6,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,4	- 9,5	8,7	9,1	20,1	2,7	8,3	15,6	10,7
Warenproduzierendes Gewerbe	5,7	1,1	4,4	6,2	8,1	5,5	5,5	9,4	6,2
Handel und Verkehr	4,2	4,1	4,6	5,6	7,2	4,8	5,1	6,1	4,4
Dienstleistungsunternehmen	6,1	6,5	8,2	6,3	5,9	6,4	6,1	7,7	9,1
Staat, private Haushalte 3)	5,4	4,3	3,0	3,2	2,3	3,2	3,1	5,6	7,0
Bruttoinlandsprodukt 4)	5,5	3,7	5,3	5,9	6,7	5,3	5,5	7,7	6,8
Privater Verbrauch	2,9	3,9	4,0	4,9	5,7	4,1	5,1	6,7	6,3
Staatsverbrauch	4,7	3,9	3,8	1,5	1,6	1,9	0,0	5,4	5,9
Anlageinvestitionen	4,6	3,3	6,7	10,2	10,7	7,8	10,2	14,5	11,4
Ausfuhr 5)	- 1,4	0,2	7,6	14,4	19,4	13,2	10,1	10,6	2,8
Einfuhr 5)	- 7,8	0,5	7,6	13,8	18,7	10,4	13,9	12,0	3,3
Bruttosozialprodukt	5,5	3,6	5,3	6,5	7,2	5,7	6,0	7,4	6,9
Volkseinkommen	6,3	3,7	5,6	6,0	7,0	4,9	5,2	7,9	6,9
dar Einkommen aus unselbständiger Arbeit	5,1	4,0	3,9	4,5	4,2	4,4	4,4	6,6	7,7
in Preisen von 1980 Mill. DM									
Entstehung des Sozialprodukts									
Bruttowertschöpfung 2)	1 492 390	1 511 750	1 568 220	1 620 590	401 230	409 670	422 340	407 220	414 670
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	36 680	33 890	36 240	35 930	3 870	17 410	11 560	3 970	4 860
Warenproduzierendes Gewerbe	636 780	624 880	642 950	671 580	169 900	163 720	176 860	172 140	174 470
Handel und Verkehr	252 700	261 480	271 020	280 600	70 070	69 180	74 730	69 660	72 230
Dienstleistungsunternehmen	414 590	440 070	466 490	482 010	119 840	121 910	121 680	123 900	125 730
Staat, private Haushalte 3)	218 900	222 160	225 350	226 980	56 730	56 730	56 670	57 530	57 540
Bruttoinlandsprodukt 4)	1 603 210	1 630 180	1 690 490	1 745 660	431 290	439 930	455 090	439 440	445 560
insgesamt	140	141	145	148	147	149	153	148	148
je Erwerbstätigen (1970 = 100)									
Verwendung des Sozialprodukts									
Privater Verbrauch	893 390	922 600	947 480	963 850	236 160	238 030	261 190	238 100	246 500
Staatsverbrauch	323 400	328 420	335 920	332 870	81 940	82 330	87 700	82 330	83 110
Anlageinvestitionen	325 400	332 400	349 350	374 290	95 860	94 170	105 590	87 420	102 640
Ausrüstungen	135 850	143 400	154 200	169 220	41 250	39 790	53 160	40 590	45 600
Bauten	189 550	189 000	195 150	205 070	54 610	54 380	52 430	46 830	57 040
Vorratsveränderung	3 920	5 370	15 520	22 370	2 950	15 040	- 10 380	14 650	3 410
Außenbeitrag (Ausfuhr minus Einfuhr)	68 590	51 010	52 230	72 620	19 390	15 430	16 500	20 500	15 340
Ausfuhr 5)	545 930	551 070	582 280	649 150	165 180	158 210	167 750	173 380	168 920
Einfuhr 5)	477 340	500 060	530 050	576 530	145 790	142 780	151 250	152 880	153 580
Bruttosozialprodukt	1 614 700	1 639 800	1 700 500	1 766 000	436 300	445 000	460 600	443 000	451 000
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %									
Bruttowertschöpfung 2)	2,3	1,3	3,7	3,3	4,5	2,7	2,6	5,1	3,3
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	8,5	- 7,6	6,9	- 0,9	- 0,8	- 5,8	2,7	28,5	25,6
Warenproduzierendes Gewerbe	0,4	- 1,9	2,9	4,5	6,3	3,4	3,7	6,9	2,7
Handel und Verkehr	2,8	3,5	3,6	3,5	5,3	3,3	2,5	4,6	3,1
Dienstleistungsunternehmen	5,5	6,1	6,0	3,3	3,6	3,6	2,3	4,5	4,9
Staat, private Haushalte 3)	1,9	1,5	1,4	0,7	0,8	0,6	0,6	1,2	1,4
Bruttoinlandsprodukt 4)	2,3	1,7	3,7	3,3	4,3	2,6	2,7	4,8	3,3
insgesamt	0,9	1,0	2,9	1,9	2,9	1,2	1,2	2,5	0,8
je Erwerbstätigen									
Privater Verbrauch	3,4	3,3	2,7	1,7	2,2	1,1	1,9	4,2	4,4
Staatsverbrauch	2,6	1,6	2,3	- 0,9	- 0,2	- 0,6	- 2,9	1,8	1,4
Anlageinvestitionen	3,3	2,2	5,1	7,1	7,3	4,6	7,3	11,1	7,1
Ausfuhr 5)	0,0	0,9	5,7	11,5	15,4	10,2	8,2	9,7	2,3
Einfuhr 5)	3,5	4,8	6,0	8,8	11,0	6,2	10,9	11,8	5,3
Bruttosozialprodukt	2,3	1,6	3,7	3,9	4,7	3,0	3,2	4,5	3,4

1) Ab 1988 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand September 1990) - 2) Bereinigte Bruttowertschöpfung = Summe der Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche nach Abzug der unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen - 3) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck - 4) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung insgesamt zuzüglich der nichtabziehbaren Umsatzsteuer und der Einfuhrabgaben - 5) Waren und Dienstleistungen einschl. Erwerbs- und Vermögenseinkommen

Bevölkerung

Zum Aufsatz: „Singles – Versuch einer Beschreibung“ Bevölkerung in Privathaushalten nach Geschlecht

Jahr	Bevölkerung in Privathaushalten								
	insgesamt			Männer			Frauen		
	insgesamt	darunter		zusammen	darunter		zusammen	darunter	
		in Einpersonenhaushalten	%		in Einpersonenhaushalten	%		in Einpersonenhaushalten	%
1 000		%	1 000	%	1 000	%		%	
1972	61 155	6 014	9,8	29 270	1 741	5,9	31 885	4 273	13,4
1973	61 466	6 071	9,9	29 454	1 692	5,7	32 012	4 379	13,7
1974	61 474	6 431	10,5	29 402	1 849	6,3	32 072	4 582	14,3
1975	61 424	6 554	10,7	29 313	1 870	6,4	32 110	4 684	14,6
1976	61 101	6 867	11,2	29 129	1 995	6,8	31 972	4 872	15,2
1977	61 093	7 062	11,6	29 142	2 088	7,2	31 950	4 975	15,6
1978	60 999	7 093	11,6	29 063	2 098	7,2	31 936	4 995	15,6
1979	60 996	7 353	12,1	29 074	2 195	7,5	31 922	5 158	16,2
1980	61 242	7 493	12,2	29 267	2 298	7,9	31 975	5 195	16,2
1981	61 396	7 730	12,6	29 375	2 389	8,1	32 021	5 340	16,7
1982	61 394	7 926	12,9	29 386	2 507	8,5	32 008	5 419	16,9
1985	61 038	8 863	14,5	29 169	3 107	10,7	31 869	5 755	18,1
1986	61 234	9 177	15,0	29 319	3 256	11,1	31 915	5 921	18,6
1987	61 456	9 354	15,2	29 541	3 382	11,4	31 915	5 971	18,7
1988	61 614	9 563	15,5	29 741	3 486	11,7	31 874	6 077	19,1
1989	62 092	9 805	15,8	30 012	3 608	12,0	32 079	6 193	19,3

Einpersonenhaushalte nach Altersgruppen Prozent 1)

Jahr	Einpersonenhaushalte insgesamt im Alter von bis unter Jahren				Darunter: Frauen im Alter von bis unter Jahren			
	unter 25	25 – 45	45 – 65	65 und mehr	unter 25	25 – 45	45 – 65	65 und mehr
1972	8,6	17,6	30,2	43,7	5,7	8,2	34,6	51,4
1973	7,9	16,9	29,2	45,9	5,3	7,9	33,2	53,6
1974	8,6	17,3	27,7	46,4	6,0	7,8	31,7	54,5
1975	8,5	17,3	26,8	47,4	6,3	8,0	30,3	55,4
1976	9,1	17,6	25,8	47,5	6,7	8,4	28,9	56,1
1977	9,0	18,6	24,5	47,9	6,7	9,2	27,2	56,9
1978	9,4	19,0	23,1	48,4	7,0	9,8	25,3	57,9
1979	10,2	19,3	22,7	47,9	7,6	9,9	24,8	57,7
1980	10,2	20,3	21,3	48,2	7,7	10,6	22,7	59,0
1981	10,6	21,0	21,4	47,0	8,1	11,1	22,5	58,2
1982	10,6	21,7	22,0	45,8	8,3	11,6	22,9	57,2
1985	11,3	24,2	23,1	41,4	9,1	14,1	22,9	53,9
1986	11,8	25,3	22,3	40,7	9,7	14,7	21,8	53,8
1987	11,2	26,2	21,9	40,8	9,3	15,6	20,6	54,5
1988	11,2	26,7	21,8	40,3	9,3	16,0	20,4	54,3
1989	10,9	27,6	21,8	39,8	9,1	16,8	20,0	54,1

1) Bezogen auf alle Einpersonenhaushalte bzw. Einpersonenhaushalte von Frauen eines Jahres

Einpersonenhaushalte nach Familienstand

Prozent ¹⁾

Jahr	Einpersonenhaushalte insgesamt				Darunter: Frauen			
	ledig	verheiratet, getrennt lebend	geschieden	verwitwet	ledig	verheiratet, getrennt lebend	geschieden	verwitwet
1972	32,3	6,3	9,4	52,0	25,7	2,2	8,1	64,0
1973	31,5	5,9	9,5	53,0	25,2	2,2	8,1	64,5
1974	31,9	6,0	9,8	52,3	25,8	2,0	8,4	63,8
1975	32,4	5,5	9,7	52,4	26,5	2,0	8,2	63,3
1976	32,8	5,2	10,5	51,5	26,6	1,9	8,6	62,8
1977	33,6	4,7	10,6	51,0	27,0	1,9	8,6	62,6
1978	34,2	4,9	10,4	50,5	27,2	2,2	8,6	62,0
1979	34,8	4,8	10,3	50,0	27,3	2,2	8,7	61,8
1980	35,8	5,0	10,3	49,0	27,7	2,3	8,7	61,3
1981	36,4	5,0	10,5	48,0	28,1	2,4	9,0	60,5
1982	37,0	5,3	10,7	46,9	28,7	2,6	9,1	59,5
1985	39,2	5,6	11,9	43,2	30,2	2,7	10,1	57,0
1986	41,1	5,6	11,8	41,6	31,6	2,7	10,0	55,7
1987	41,6	5,6	12,0	40,8	32,0	2,8	10,1	55,1
1988	42,5	5,2	12,2	40,1	32,2	2,7	10,5	54,5
1989	43,3	5,2	12,2	39,3	32,8	2,7	10,5	53,9

1) Bezogen auf alle Einpersonenhaushalte bzw. Einpersonenhaushalte von Frauen eines Jahres

Einpersonenhaushalte ¹⁾ nach monatlichem Nettoeinkommen

Prozent ²⁾

Jahr	Mit einem monatlichen Nettoeinkommen von . bis unter . DM							
	unter 600	600 — 1 200	1 200 — 1 800	1 800 — 2 500	2 500 — 3 000	3 000 — 4 000	4 000 — 5 000	5 000 und mehr
1972	42,0	46,2	8,9	1,8		1,2		
1973	37,4	48,0	11,0	2,3		1,3		
1974	31,2	51,2	13,0	3,2		1,5		
1976	20,5	51,9	19,6	5,6		2,4		
1977	17,1	49,9	23,5	6,7		2,8		
1978	13,8	47,1	27,4	8,3	1,6	1,1	0,4	0,3
1979	12,3	44,3	29,4	9,8	2,0	1,4	0,4	0,4
1980	10,1	41,3	32,0	11,7	2,3	1,8	0,4	0,5
1981	9,3	39,0	32,6	13,4	2,7	1,9	0,4	0,6
1982	8,4	36,6	32,4	15,4	3,3	2,5	0,7	0,7
1985	6,5	31,6	33,5	19,2	4,1	3,2	0,9	1,0
1986	7,1	31,0	32,5	19,9	3,9	3,5	1,1	1,0
1987	6,6	29,7	32,2	21,2	4,4	3,7	1,1	1,2
1988	6,5	28,2	31,1	23,0	4,7	4,1	1,3	1,2
1989	5,8	26,6	30,4	24,4	5,2	4,8	1,6	1,4

1) Nur Haushalte mit Einkommensangabe — 2) Bezogen auf alle Einpersonenhaushalte eines Jahres — 3) 2 500 DM und mehr

Erwerbstätigkeit

Zum Aufsatz: „Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989“
Personal im unmittelbaren öffentlichen Dienst am 30. Juni 1989
nach Dienstverhältnis und Laufbahngruppen¹⁾
1 000

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	Insgesamt	Bund, Länder und Gemeinden/Gv.				Kommunale Zweck- verbände	Deutsche Bundesbahn	Deutsche Bundespost
		zusammen	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv.			
Vollzeitbeschäftigte								
Beamte und Richter	1 631,2	1 176,4	114,8	908,7	152,9	2,3	147,8	304,7
dar Frauen	338,6	268,6	9,5	224,7	34,5	0,2	5,5	64,3
Hoherer Dienst	316,1	310,7	16,2	271,8	22,8	0,5	1,8	3,1
dar Frauen	53,6	53,4	1,0	50,4	1,9	0,0	0,0	0,2
Gehobener Dienst	561,9	496,1	36,1	383,1	76,9	1,1	20,4	44,3
dar Frauen	168,4	161,3	5,0	138,6	17,7	0,1	0,9	6,1
Mittlerer Dienst	610,9	356,7	59,1	245,5	52,1	0,6	108,5	145,1
dar Frauen	103,1	53,6	3,4	35,5	14,7	0,1	4,5	45,0
Einfacher Dienst	142,3	12,9	3,4	8,4	1,1	0,0	17,2	112,2
dar Frauen	13,4	0,3	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	13,0
Angestellte	1 153,1	1 092,8	88,8	454,1	549,9	24,3	5,5	30,5
dar Frauen	645,4	608,5	44,1	253,1	311,3	12,6	3,1	21,2
Hoherer Dienst	103,3	99,9	3,8	59,2	36,8	2,7	0,1	0,6
dar Frauen	23,6	23,1	0,8	13,3	9,0	0,5	0,0	0,1
Gehobener Dienst	223,4	215,5	11,9	98,0	105,6	4,1	0,6	3,2
dar Frauen	78,1	76,0	2,7	38,4	34,9	1,0	0,2	0,9
Mittlerer Dienst	778,8	732,8	69,9	280,2	382,8	16,2	4,6	25,1
dar Frauen	512,4	480,2	38,7	192,2	249,4	10,4	2,8	19,0
Einfacher Dienst	47,7	44,6	3,1	16,7	24,7	1,4	0,2	1,6
dar Frauen	31,3	29,2	1,8	9,4	18,1	0,8	0,1	1,2
Arbeiter	763,8	549,3	107,3	157,7	284,3	11,5	101,4	101,6
dar Frauen	126,2	102,3	16,5	34,2	51,6	2,3	5,8	15,7
Insgesamt	3 548,2	2 818,6	310,8	1 520,5	987,2	38,1	254,7	436,8
dar Frauen	1 110,2	979,4	70,0	511,9	397,4	15,2	14,4	101,2
Teilzeitbeschäftigte T 1²⁾								
Beamte und Richter	174,3	160,3	1,3	153,0	6,0	0,1	1,0	13,0
dar Frauen	158,8	145,2	1,1	138,6	5,5	0,0	0,8	12,7
Hoherer Dienst	34,0	34,0	0,2	32,8	1,0	0,0	0,0	0,0
dar Frauen	26,3	26,2	0,1	25,3	0,8	0,0	0,0	0,0
Gehobener Dienst	114,6	113,9	0,7	110,1	3,0	0,0	0,2	0,6
dar Frauen	107,6	107,0	0,6	103,5	2,8	0,0	0,1	0,5
Mittlerer Dienst	25,1	12,4	0,4	10,1	1,9	0,0	0,8	11,9
dar Frauen	24,4	11,9	0,3	9,7	1,9	0,0	0,7	11,8
Einfacher Dienst	0,6	0,1	0,0	0,0	0,0	—	0,0	0,5
dar Frauen	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	—	0,0	0,5
Angestellte	280,9	258,9	14,6	127,4	117,0	5,1	0,7	16,1
dar Frauen	255,9	234,7	14,1	109,5	111,1	4,9	0,7	15,6
Hoherer Dienst	25,0	24,8	0,4	21,1	3,4	0,1	—	0,0
dar Frauen	12,2	12,1	0,2	9,6	2,3	0,1	—	0,0
Gehobener Dienst	34,6	34,1	0,5	22,3	11,2	0,4	0,0	0,1
dar Frauen	28,3	27,8	0,4	18,2	9,2	0,3	0,0	0,1
Mittlerer Dienst	207,5	187,0	12,7	79,2	95,1	4,3	0,7	15,5
dar Frauen	202,8	182,9	12,5	77,4	93,0	4,2	0,7	15,0
Einfacher Dienst	13,8	13,0	0,9	4,8	7,3	0,3	0,0	0,5
dar Frauen	12,5	11,8	0,9	4,3	6,6	0,3	0,0	0,5
Arbeiter	189,3	137,9	4,3	34,9	98,7	3,8	1,1	46,5
dar Frauen	176,7	129,7	4,1	32,7	92,9	3,6	1,0	42,4
Insgesamt	644,4	557,1	20,1	315,3	221,7	9,0	2,8	75,7
dar Frauen	591,4	509,6	19,3	280,8	209,5	8,5	2,6	70,7
Teilzeitbeschäftigte T 2³⁾								
Angestellte	100,4	93,2	0,1	68,9	24,1	1,0	—	6,2
dar Frauen	43,1	36,6	0,1	19,6	16,9	0,7	—	5,8
Arbeiter	66,7	51,1	0,8	6,8	43,5	2,6	0,3	12,7
dar Frauen	58,1	43,8	0,8	5,3	37,7	2,3	0,3	11,7
Insgesamt	167,1	144,2	1,0	75,7	67,6	3,6	0,3	19,0
dar Frauen	101,2	80,4	0,9	25,0	54,5	3,0	0,3	17,5

1) Teilweise geschätzt, ohne Soldaten — 2) Mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit — 3) Mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit

Produzierendes Gewerbe

Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen

Jahr Monat	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	Darunter ausgewählte Wirtschaftsgruppen										
		Bergbau	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisen-schaffende Industrie	NE-Metall-erzeugung und -halb-zeugwerke	Maschinen-	Straßen-fahrzeug- bau	Schiff-	Elektro-technik	Chemische Industrie	Textil- gewerbe	Beklei-dungs-
Beschäftigte am Monatsende												
1 000												
1987 3) D	7 054,8	203,4	148,9	194,4	70,7	989,6	851,8	36,5	972,0	571,8	222,4	177,5
1988 3) D	7 037,8	193,7	149,5	185,1	69,2	978,8	856,3	34,0	977,2	575,3	218,1	170,0
1989 3) D	7 213,1	183,3	150,0	182,6	68,6	1 019,4	872,2	32,7	1 013,8	582,0	213,5	167,6
1989 3) Juni	7 188,6	183,2	151,7	181,4	68,8	1 011,9	869,6	32,5	1 011,8	579,1	213,1	166,4
Juli	7 244,1	182,6	153,4	182,6	69,4	1 020,6	876,5	32,4	1 021,8	584,2	212,6	165,8
Aug	7 293,0	184,1	154,3	183,1	69,6	1 031,2	879,7	32,8	1 028,6	589,1	213,0	167,2
Sept	7 299,8	182,6	154,1	183,9	69,2	1 037,7	877,5	33,1	1 026,2	588,9	213,5	167,9
Okt	7 294,1	180,4	154,1	182,9	68,8	1 038,1	877,0	33,2	1 025,6	586,6	214,0	166,5
Nov	7 303,5	179,8	153,6	182,9	68,9	1 042,7	879,9	33,4	1 025,5	586,5	214,0	166,2
Dez	7 276,3	178,6	150,8	182,5	68,8	1 042,7	878,0	33,2	1 021,9	585,5	212,8	164,8
1990 4) Jan	7 286,4	176,8	145,0	179,5	68,1	1 053,9	874,7	33,4	1 017,5	586,5	210,9	166,1
Febr	7 317,6	176,5	143,0	180,0	68,6	1 060,3	882,0	33,6	1 024,3	586,9	211,0	166,3
Marz	7 341,1	175,9	147,0	180,0	68,7	1 063,1	883,6	33,6	1 028,8	589,0	210,8	165,9
April	7 336,6	174,0	149,3	179,1	68,6	1 064,0	881,2	33,3	1 028,2	588,4	210,4	164,3
Mai	7 356,6	173,9	150,6	178,0	68,7	1 067,0	884,9	33,4	1 029,8	588,9	210,4	163,3
Juni	7 384,1	173,1	151,8	178,4	69,2	1 070,4	887,9	33,3	1 034,8	590,7	209,4	162,7
Juli	7 442,7	172,2	153,8	177,9	70,2	1 078,9	897,8	33,2	1 044,1	594,5	208,6	162,1
Aug	7 491,9	173,8	155,0	178,5	70,4	1 086,7	899,5	33,5	1 048,9	599,3	208,4	163,3
Umsatz insgesamt 1)												
Mill. DM												
1987 3) D	123 072,1	2 645,0	2 468,1	3 445,7	1 734,5	13 437,4	17 263,2	506,5	13 535,6	14 071,6	2 981,0	1 904,4
1988 3) D	130 138,8	2 660,2	2 670,2	4 061,3	2 178,5	14 557,8	17 939,0	475,7	14 233,9	14 925,7	3 087,4	1 944,5
1989 3) D	142 021,0	2 375,7	2 870,3	4 474,4	2 479,1	16 179,5	19 606,1	453,5	15 555,0	16 043,0	3 279,9	2 038,4
1989 3) Juni	152 477,3	2 338,7	3 438,7	4 963,8	2 740,2	17 495,4	22 241,6	340,0	16 829,8	17 366,2	3 474,8	1 501,2
Juli	132 410,4	2 311,8	3 105,4	4 108,3	2 393,4	14 985,7	17 901,0	327,8	14 167,2	15 509,6	2 868,4	2 106,0
Aug	132 712,1	2 096,0	3 146,7	4 473,5	2 397,5	14 603,9	15 029,7	562,9	14 288,0	15 346,1	2 916,0	2 498,0
Sept	150 030,6	2 235,7	3 308,9	4 813,2	2 668,6	16 607,2	18 979,6	857,6	17 937,7	16 035,4	3 606,8	2 699,6
Okt	153 410,4	2 483,4	3 466,7	4 697,1	2 673,8	16 471,2	21 637,5	525,4	16 606,9	16 980,1	3 784,1	2 196,5
Nov	152 255,4	2 664,0	3 107,4	4 457,9	2 497,1	17 070,1	21 841,5	447,9	16 942,5	16 098,9	3 564,5	1 728,0
Dez	149 492,0	2 628,5	2 364,1	3 784,4	1 975,5	21 884,1	20 034,7	618,0	18 272,4	14 510,9	2 895,7	1 464,2
1990 4) Jan	141 233,0	2 599,6	2 084,6	4 218,1	2 377,2	15 058,5	20 289,3	380,9	15 153,8	16 694,5	3 518,8	2 454,8
Febr	139 200,4	2 326,0	2 190,9	4 045,2	2 116,7	15 213,1	20 736,4	310,6	15 057,0	15 859,8	3 458,2	2 516,3
Marz	157 571,4	2 479,1	2 910,3	4 636,2	2 425,1	17 738,0	23 718,2	688,0	17 581,9	17 415,5	3 822,6	2 778,4
April	142 489,1	2 162,8	2 971,6	4 086,9	2 191,7	15 886,5	20 752,0	615,9	15 404,6	16 607,7	3 194,1	1 806,8
Mai	153 529,4	2 243,7	3 396,5	4 285,0	2 461,5	17 789,9	22 373,1	1 028,9	16 619,8	16 556,9	3 411,0	1 486,5
Juni	148 692,8	2 170,9	3 322,6	4 143,8	2 256,9	17 792,2	20 840,0	1 459,4	16 584,9	16 006,7	3 262,7	1 530,4
Juli	145 989,9	2 053,9	3 424,1	3 532,3	2 272,3	17 149,0	19 690,9	489,1	16 075,2	15 796,7	3 238,1	2 366,5
Aug	144 552,9	2 144,5	3 377,2	3 929,5	2 308,3	16 091,8	17 550,0	299,6	15 690,4	15 719,5	2 979,1	2 734,6
darunter Auslandsumsatz 2)												
Mill. DM												
1987 3) D	36 543,9	275,4	279,6	1 235,8	541,9	5 944,9	8 148,2	307,5	4 223,0	5 933,3	788,6	359,4
1988 3) D	39 562,5	272,5	313,9	1 517,9	678,3	6 479,5	8 563,0	293,0	4 461,4	6 514,4	850,3	372,2
1989 3) D	43 765,7	202,7	332,0	1 658,1	726,7	7 382,2	9 497,5	218,8	4 933,8	7 016,9	953,4	418,8
1989 3) Juni	48 206,6	244,9	375,5	1 814,6	834,4	8 171,1	10 584,7	223,2	5 502,4	7 600,8	1 017,1	275,6
Juli	40 695,5	234,9	326,3	1 523,0	661,2	7 077,7	8 448,6	154,3	4 533,6	6 663,9	873,9	494,8
Aug	39 577,9	178,4	313,0	1 711,2	718,1	6 810,5	7 164,9	359,7	4 505,2	6 612,2	827,8	598,4
Sept	45 970,4	207,1	349,2	1 806,7	781,4	7 563,0	9 262,7	463,8	5 605,9	6 877,6	1 051,2	625,2
Okt	46 643,0	183,7	365,1	1 703,9	766,8	7 600,1	10 624,2	324,5	5 072,1	7 297,9	1 050,0	419,7
Nov	46 452,7	172,0	360,9	1 674,6	730,5	7 888,5	10 857,6	203,8	5 234,2	6 951,3	995,8	282,0
Dez	45 659,0	165,6	287,3	1 510,6	644,0	9 782,1	9 616,8	149,7	5 457,1	6 139,4	874,2	250,6
1990 4) Jan	43 216,2	215,4	306,6	1 461,2	709,7	6 481,6	9 935,4	250,8	4 663,4	7 224,4	1 045,7	558,8
Febr	43 226,0	152,4	289,1	1 351,1	624,5	7 074,1	10 210,4	149,7	4 742,4	6 971,3	1 064,6	585,7
Marz	49 755,3	185,1	335,9	1 589,8	698,4	8 093,2	11 603,4	525,6	5 749,1	7 709,8	1 144,4	637,1
April	43 456,4	174,1	317,4	1 304,8	666,4	7 202,0	9 853,4	478,7	5 190,3	6 746,5	935,2	330,5
Mai	46 972,5	189,9	346,4	1 425,2	711,3	8 062,4	10 548,4	551,7	5 341,0	7 139,1	997,7	215,0
Juni	44 665,2	148,7	337,5	1 437,9	676,5	8 207,7	9 656,6	273,7	5 196,9	6 814,1	964,9	272,2
Juli	41 878,9	145,7	320,8	1 094,3	666,5	7 573,9	8 956,6	157,6	4 947,4	6 396,5	962,5	531,4
Aug	39 386,1	133,0	302,5	1 322,1	679,8	6 763,3	7 616,1	83,7	4 637,8	6 285,1	859,5	637,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1

Darstellung nach der „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden derjenigen Wirtschaftsgruppe zugerechnet, in der der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt – Im Hinblick auf die einzelnen Stufen der Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe siehe Heft E „Umstellung des kurzfristigen Berichtssystems im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe“ in Wirtschaft und Statistik 6/1979, S. 394 ff

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer – 2) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und – soweit einwandfrei erkennbar – Umsatz mit deutschen Exporteuren – 3) Endgültige Ergebnisse – 4) Vorläufiges Ergebnis

Index des Auftragseingangs¹⁾ für das Verarbeitende Gewerbe

1985 = 100

Jahr Monat	Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	Grundstoff- und Produktionsgutergewerbe										
		zu- sammen	Herst. u. Verarb. v Spalt- u Brut- stoffen	Gewinnung und Ver- arbeitung von Steinen und Erden	Eisen- schaf- fende Industrie	NE- Metall- halbzeug- werke	Eisen- Stahl- und Temper- gießerei	Ziehereien und Kaltwalz- werke	Chemische Industrie	Holzbear- beitung	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappe- rzeugung	Gummi- ver- arbeitung
1987	100,4	93,8	~	101,4	81,6	93,9	88,8	90,4	94,7	104,6	102,4	105,8
1988	110,2	103,4	136,3	109,9	96,6	115,6	98,8	104,3	101,9	113,4	110,9	112,2
1989 ³⁾	122,4	110,3	62,6	120,6	101,3	129,8	112,4	116,1	107,8	128,3	119,9	111,4
1989 ³⁾ Juli	114,0	105,6	20,6	137,7	96,7	126,4	109,4	110,1	101,8	115,3	114,8	103,1
Aug	113,7	103,9	95,3	137,5	89,0	121,2	109,0	109,5	101,6	123,6	107,3	102,6
Sept	125,7	109,9	30,7	138,7	96,2	125,2	113,5	107,7	107,1	138,1	121,4	112,7
Okt	126,9	115,5	36,6	141,6	94,9	129,4	126,2	118,6	113,8	144,6	126,1	127,3
Nov	125,6	109,7	49,4	125,4	97,4	128,7	113,5	115,3	105,2	138,2	129,2	122,6
Dez	123,8	96,9	61,4	90,8	81,8	118,7	100,3	99,4	98,3	116,8	103,3	95,0
1990 Jan.	125,1	111,8	75,1	89,2	95,0	133,5	114,0	114,2	114,7	125,2	128,4	109,8
Febr.	124,9	107,9	14,0	96,1	94,4	121,4	118,5	117,6	108,1	130,6	122,3	109,3
Marz	140,5	121,1	134,1	129,2	110,1	134,4	125,8	125,6	118,8	145,9	136,6	120,6
April	122,5	108,8	30,7	133,4	95,8	130,4	109,1	113,0	105,4	135,0	119,7	112,7
Mai	129,3	113,3		147,4	93,5	129,0	117,1	115,5	110,7	147,2		118,8
Juni	123,5	109,5		144,9	92,3	120,7	112,2	108,4	107,7	135,7		108,8
Juli	125,3	107,2		147,6	90,0	122,1	105,1	110,3	104,7	129,2		107,0
Aug	127,0	105,9		144,9	85,5	117,7	107,2	106,3	104,9	132,8		106,5

Jahr Monat	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe											
	zu- sammen	Stahlver- formung, Ober- flächen- veredlung, Hartung	Stahl- und Leicht- metall-, Schienen- fahrzeug- ⁴⁾	Maschinen- bau	Straßen- fahrzeug-	Her- stellung von Kraft- wagen und -motoren	Schiffbau	Luft- u Raum- fahr- zeug- bau	Elektro- technik	Fein- mechanik, Optik, H v Uhren ⁵⁾	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Herst von Büro- maschinen, ADV-Geräten und -Ein- richtungen
1987	102,4	103,1	106,2	99,0	105,6	105,6	68,0	-	103,9	104,5	108,0	96,7
1988	113,0	116,4	119,0	113,9	112,4	112,2	68,1	122,6	114,4	112,0	117,5	98,9
1989 ³⁾	128,7	133,3	126,2	134,4	127,8	127,0	120,7	190,5	124,8	116,8	130,0	95,4
1989 ³⁾ Juli	121,6	128,1	124,1	131,0	117,1	115,2	33,0	259,5	116,2	108,1	120,6	87,7
Aug	117,4	129,1	132,0	126,2	120,1	120,5	76,4	108,0	109,7	108,4	123,4	82,3
Sept	130,3	133,7	155,4	129,4	118,5	117,6	155,0	264,2	128,9	117,4	131,2	116,5
Okt	129,9	141,8	122,5	133,7	127,9	125,6	135,0	130,2	128,6	123,9	144,4	94,9
Nov	133,9	138,6	124,7	133,8	132,7	130,9	175,8	156,4	134,4	127,6	140,2	107,6
Dez	143,5	121,6	116,0	139,3	138,6	138,0	203,9	519,5	141,9	113,2	116,8	112,5
1990 Jan.	132,4	137,7	121,5	139,9	142,8	142,4	47,8	121,6	128,0	127,6	141,2	82,3
Febr.	131,3	144,8	118,4	139,5	131,3	130,1	29,6	156,4	133,3	125,6	138,1	82,6
Marz	146,4	150,9	141,7	155,3	147,8	146,6	134,2	99,9	144,9	136,0	151,3	114,1
April	128,9	137,4	138,2	132,2	137,1	136,3	94,4	122,7	125,0	113,2	139,0	75,6
Mai	138,0	146,7	133,3	142,7	141,9	140,1	142,3	155,6	132,9	130,0	149,2	87,1
Juni	132,3	134,3	132,7	138,1	131,1	129,0	62,1	172,6	130,1	126,4	141,9	106,8
Juli	136,7	135,8	144,1	141,0	150,3	148,1	36,3	207,6	126,3	119,6	144,3	92,5
Aug	136,1	134,2	171,1	129,7	155,2	155,0	22,3	146,7	134,7	112,8	142,9	92,7

Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe											
	zu- sammen	Fein- keramik	Her- stellung und Ver- arbeitung von Glas	Her- stellung von Holz- und Polster- möbeln	Papier- und Pappever- arbeitung	Druckerei, Vervielfältigung	Her- stellung von Kunststoff- waren	Leder- erzeugung	Leder- ver- arbeitung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe
1987	105,4	100,5	105,2	109,8	106,2	109,8	111,5	97,2	95,9	92,3	97,8	101,4
1988	112,8	106,8	115,0	119,5	113,3	116,8	125,7	94,7	95,5	92,5	99,2	107,0
1989 ³⁾	122,5	115,8	121,1	130,5	123,2	127,5	138,9	99,7	97,5	93,3	107,7	114,3
1989 ³⁾ Juni	120,8	119,4	127,7	130,8	132,9	127,3	151,3	115,2	69,7	53,5	107,6	66,2
Juli	103,6	107,0	105,0	105,2	117,1	119,5	129,9	81,7	53,5	37,8	83,1	68,7
Aug.	118,6	106,8	110,4	124,9	120,1	120,9	130,9	78,6	72,6	61,0	97,9	147,1
Sept	137,6	122,9	127,2	131,5	121,2	129,5	141,1	101,4	120,7	120,0	131,7	194,2
Okt	136,8	121,0	127,2	144,8	131,4	139,6	149,9	113,3	160,1	174,4	122,1	133,6
Nov	125,6	109,6	130,3	143,2	128,8	139,3	145,3	110,5	109,2	107,3	113,5	76,9
Dez	106,4	90,4	123,2	115,6	113,7	137,8	122,5	105,8	75,3	70,7	84,4	61,7
1990 Jan.	123,9	125,8	130,9	141,2	136,5	132,5	148,8	115,5	72,4	55,6	101,5	86,3
Febr.	133,3	134,1	125,5	142,8	128,7	123,1	149,8	95,2	85,5	75,6	111,6	172,2
Marz	154,3	137,0	132,2	151,5	143,9	140,9	166,0	95,5	132,4	131,8	136,5	223,2
April	125,1	120,2	117,3	133,4	129,3	131,2	149,6	90,8	140,9	154,1	103,5	96,8
Mai	128,6	123,8	124,1	144,1	139,5	140,1	162,2	88,0	116,4	116,1	104,8	72,2
Juni	118,9	112,8	124,9	132,5	135,0	132,8	149,8	95,2	83,2	73,0	93,9	64,8
Juli	119,4	116,3	117,2	128,3	140,3	134,3	151,5	86,2	62,2	45,0	88,3	84,7
Aug.	133,6	112,9	119,3	140,0	139,9	137,7	150,7	68,9	78,1	63,5	96,0	187,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

Darstellung nach „Systematik der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe) – 3) Endgültiges Ergebnis unter Berücksichtigung nachträglich eingegangener Berichtigungen der Berechnungsunterlagen – 4) Ab 1988 einschl. Lokomotivbau und Feld- und Industriebahnwagenbau – 5) Ab 1988 einschl. H v Uhren

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1985 = 100

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Elektrizitäts- und Gasversorgung			Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe							
	insgesamt	ohne Bauhauptgewerbe	zusammen	Elektrizitätsversorgung	Gas-	zusammen	Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe					Bauhauptgewerbe
								zusammen	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	Investitions- guter produzierendes Gewerbe	Verbrauchs-	Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	
kalendermonatlich													
1987	102,6	102,4	103,0	102,1	106,8	102,3	91,6	102,7	99,2	104,9	103,2	100,3	106,1
1988	106,6	106,4	105,4	105,2	106,0	106,4	87,7	107,1	105,8	108,8	106,5	102,5	110,7
1989	111,7	111,3	108,6	108,0	110,9	111,5	86,0	112,4	108,9	116,2	110,5	105,4	118,0
1989 Juli	103,7	102,6	91,2	93,0	83,2	103,4	82,6	104,1	106,2	105,7	99,9	99,7	121,3
Aug	104,6	103,0	93,0	96,7	76,7	103,8	82,6	104,5	108,3	102,0	103,2	108,3	128,6
Sept	116,0	114,9	99,2	102,0	86,8	116,0	84,2	117,1	110,2	122,4	118,6	107,4	133,4
Okt	123,6	122,4	113,6	113,9	112,3	123,0	89,2	124,2	116,6	128,1	124,7	124,4	142,2
Nov	121,3	120,8	121,8	117,8	139,1	120,8	90,2	121,8	112,1	128,0	119,6	121,0	128,8
Dez	110,4	111,7	127,7	123,1	148,1	110,5	85,9	111,3	99,2	122,7	101,2	102,6	89,9
1990 Jan	110,9	112,0	136,4	131,0	159,9	110,2	90,0	110,9	108,5	112,8	114,2	102,9	93,5
Febr	108,9	109,9	115,0	112,6	125,5	109,5	82,1	110,4	104,6	115,5	111,8	98,7	94,1
Marz	124,5	124,5	120,0	118,3	127,6	124,8	92,1	125,9	117,7	132,4	127,5	113,2	125,3
April	111,1	110,4	107,1	107,2	106,8	110,7	81,6	111,6	108,4	115,6	111,1	103,2	121,8
Mai	119,9	118,7	101,0	104,5	85,6	120,0	85,6	121,1	115,0	126,2	118,8	115,7	138,8
Juni	115,0	114,2	94,6	97,4	82,3	115,6	80,0	116,8	109,5	122,9	112,5	112,6	127,0
Juli	112,2	110,9	92,6	96,2	76,6	112,2	79,8	113,3	110,3	115,2	108,4	119,1	133,4
Aug	110,6	109,4	94,0	97,4	79,2	110,6	85,1	111,4	109,6	108,6	111,6	130,7	129,3

arbeitstäglich bereinigt													
1987	102,6	102,4	103,0	102,1	106,9	102,3	91,6	102,6	99,3	104,8	103,2	100,3	106,0
1988	106,3	106,1	105,2	105,0	105,9	106,1	87,4	106,8	105,6	108,4	106,2	102,3	110,5
1989	111,7	111,3	108,6	108,1	111,0	111,5	85,9	112,4	108,9	116,2	110,5	105,4	117,9
1989 Juli	106,7	105,4	91,9	93,7	83,8	106,4	84,3	107,2	108,3	109,2	101,1	103,2	126,3
Aug	102,6	101,2	92,5	96,2	76,3	101,8	81,4	102,5	106,9	99,8	101,0	105,9	125,2
Sept	116,9	115,8	99,3	102,1	86,9	117,0	84,7	118,1	110,7	123,5	119,6	108,3	134,9
Okt	124,5	123,3	114,0	114,3	112,6	124,0	89,7	125,1	117,3	129,2	125,8	125,4	143,8
Nov	120,2	119,8	121,5	117,5	138,8	119,6	89,7	120,7	111,4	126,6	118,3	119,8	127,2
Dez	112,3	113,6	128,5	123,8	149,0	112,5	85,9	113,4	100,4	125,3	103,2	104,6	92,2
1990 Jan	109,3	110,4	135,5	130,2	159,0	108,6	89,3	109,3	107,5	110,9	112,3	101,1	91,6
Febr	109,8	110,7	115,6	113,2	126,2	110,4	82,5	111,3	105,3	116,5	112,7	99,6	95,0
Marz	123,0	123,0	119,5	117,8	127,1	123,3	91,5	124,3	118,8	130,6	125,8	111,6	123,2
April	113,4	112,7	108,0	108,1	107,7	113,0	82,8	114,0	109,9	118,4	113,8	103,8	125,5
Mai	116,1	115,1	100,0	103,5	84,8	116,2	83,6	117,3	112,5	121,7	114,6	111,5	132,8
Juni	116,3	115,5	94,8	97,6	82,4	117,0	80,8	118,2	110,3	124,6	114,0	114,1	129,1
Juli	112,8	111,4	92,8	96,4	76,8	112,8	80,1	113,9	110,6	115,9	109,0	119,8	134,3
Aug	108,5	107,4	93,5	96,9	78,8	108,4	83,8	109,3	108,2	106,2	109,2	127,7	125,9

Jahr Monat	Bauhauptgewerbe		Bergbau			Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe							
	Hochbauleistungen	Tiefbauleistungen	darunter			Mineralölverarbeitung	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	Eisenschaffende Industrie	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	Gießerei	Eisen-, Stahl- und Tempergießerei	Ziehereien, Kaltwalzwerke, Mechanik a n g	Chemische Industrie
			Steinkohlenbergbau	Braunkohlenbergbau	Gewinnung von Erdöl, Erdgas								
kalendermonatlich													
1987	104,2	108,0	90,6	88,0	99,9	93,2	99,7	89,5	104,2	101,0	90,6	103,1	101,0
1988	111,0	110,4	86,0	84,7	96,0	100,9	105,6	100,1	111,3	105,0	96,4	112,0	106,6
1989	119,8	116,0	84,5	84,1	93,6	97,2	114,0	101,5	119,9	110,5	100,4	119,1	109,4
1989 Juli	121,1	121,5	86,2	81,0	77,5	98,6	121,5	99,4	112,8	87,1	69,9	104,1	107,4
Aug	127,0	130,4	85,1	82,8	78,7	107,3	122,6	107,6	121,6	93,1	90,2	119,6	105,4
Sept	131,7	135,3	84,8	80,3	80,9	100,4	131,9	103,0	121,8	113,9	107,7	126,8	105,9
Okt	140,8	143,8	87,8	89,4	92,6	99,4	136,6	106,2	134,0	126,0	116,0	133,9	114,5
Nov	129,2	128,4	85,4	87,2	107,1	99,1	121,9	102,2	127,6	117,0	105,9	122,9	111,4
Dez	94,0	85,4	79,9	87,4	115,7	109,7	89,2	80,5	106,9	91,1	82,6	91,4	102,0
1990 Jan	103,8	82,2	88,4	84,5	109,4	105,7	83,8	94,9	120,2	122,3	111,5	121,8	107,8
Febr	103,3	84,1	79,1	71,8	96,0	94,2	87,9	92,5	112,4	118,0	105,8	126,9	107,4
Marz	130,5	119,7	89,3	81,1	106,0	101,1	116,8	105,4	127,9	129,4	117,5	141,3	118,8
April	124,6	118,8	79,5	79,8	92,4	100,9	115,6	92,3	111,4	109,9	100,0	128,1	110,3
Mai	140,4	137,1	85,9	83,1	77,1	101,1	130,8	99,4	124,2	122,6	110,3	141,2	114,2
Juni	129,3	124,5	78,8	79,2	74,8	102,7	125,2	91,1	115,9	106,9	96,3	125,5	109,7
Juli	135,9	130,6	85,1	80,3	66,4	109,7	129,0	91,0	118,6	90,3	73,9	121,0	111,0
Aug	129,8	128,8	86,9	82,1	78,2	106,3	127,3	95,0	118,0	99,1	97,8	131,7	108,7

arbeitstäglich bereinigt													
1987	104,2	108,0	90,6	88,0	100,0	93,3	99,6	89,5	104,2	101,0	90,6	103,2	101,0
1988	110,8	110,2	85,7	84,5	95,8	100,6	105,4	99,9	111,0	104,7	96,1	111,7	106,5
1989	119,7	115,9	84,4	84,0	93,5	97,3	113,9	101,4	119,8	110,4	100,2	119,0	109,4
1989 Juli	125,7	127,0	87,9	82,7	79,1	98,6	125,0	101,1	117,1	90,7	73,0	108,5	109,1
Aug	123,9	126,6	83,8	81,6	77,6	107,3	120,3	106,3	118,6	90,5	87,6	116,3	104,3
Sept	133,0	136,9	85,3	80,8	81,4	100,4	132,9	103,5	123,0	115,2	109,0	128,3	106,3
Okt	142,2	145,5	88,3	89,9	93,1	99,4	137,6	106,7	135,3	127,4	117,3	135,4	115,0
Nov	127,7	126,6	84,9	86,7	106,6	99,1	120,8	101,7	126,1	115,4	104,4	121,3	110,9
Dez	96,2	87,8	79,9	87,4	115,7	109,7	90,8	81,3	109,5	93,5	84,9	93,9	103,0
1990 Jan	101,8	80,4	87,7	83,9	108,6	105,7	82,5	94,1	118,0	119,8	109,1	119,3	110,0
Febr	104,3	84,9	79,4	72,1	96,4	95,4	88,5	92,9	113,4	119,3	107,0	128,3	107,8
Marz	128,5	117,5	88,7	80,5	105,2	101,1	115,4	104,6	125,9	127,2	115,4	138,8	118,1
April	128,0	122,7	80,7	80,9	93,8	100,9	118,0	93,5	114,4	113,3	103,2	132,0	111,5
Mai	134,8	130,6	83,9	81,2	75,3	101,1	126,7	97,5	119,3	117,2	105,2	134,8	112,2
Juni	131,3	126,8	79,6	79,9	75,5	102,7	126,7	91,8	117,7	108,7	98,0	127,7	110,4
Juli	136,8	131,6	85,4	80,6	66,7	109,7	129,6	91,3	119,4	90,9	74,4	121,9	111,3
Aug	126,6	125,1	85,6	80,9	77,0	106,3	124,9	93,9	115,2	96,4	95,1	128,0	107,5

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 1

Darstellung nach der Systematik der Wirtschaftszweige Ausgabe 1979, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO) – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe – Fachliche Unternehmensteile

1985 = 100

Jahr Monat	Grundstoff- und Produktionsgutergewerbe			Investitionsgüter produzierendes Gewerbe										
	Holz- bear- beitung	Zell- stoff-, Holz- schliff-, Papier- und Pappe- erzeu- gung	Gummi- ver- arbei- tung	Stahl- ver- formung, Ober- flächen- ver- edlung, Hartung	Stahl- und Leicht- metall- bau, Schienen- fahrzeug- bau	Ma- schinen- bau	Straßen- fahrzeug- bau, Repara- tur von Kraft- fahrzeu- gen usw	Schiff- bau	Luft- und Raum- fahrzeug- bau	Elektro- technik, Repara- tur von elek- trischen Geräten für den Haushalt	Fein- mechani- k, Optik, Her- stellung von Uhren	Her- stellung von Eisen-, Blech- und Metall- waren	Her- stellung von Büro- maschi- nen, Daten- verar- beitungs- geräten und -einrich- tungen	
kalendermonatlich														
1987	102,1	109,5	104,5	100,5	99,6	103,0	107,4	84,9	108,3	105,3	103,7	108,1	106,6	
1988	110,6	117,2	109,3	107,8	111,3	105,8	107,8	76,4	111,6	111,0	110,7	113,1	114,7	
1989	121,6	122,5	114,2	118,3	107,7	115,6	115,7	72,9	120,7	120,7	107,2	121,8	109,5	
1989 Juli	110,5	127,3	104,2	103,6	101,2	108,8	100,3	68,1	118,0	113,7	96,6	106,3	87,8	
Aug.	116,8	121,2	99,2	113,6	106,1	102,6	89,0	63,9	114,4	109,0	94,0	115,3	104,8	
Sept.	132,9	126,2	114,6	121,6	116,3	121,2	121,2	75,5	123,1	127,0	107,4	126,4	129,3	
Okt.	136,5	131,2	122,8	131,9	121,3	121,7	129,7	80,0	132,0	135,5	117,2	137,6	123,1	
Nov.	128,7	126,5	119,5	125,7	136,2	124,7	124,2	76,6	131,1	133,7	118,4	133,7	136,1	
Dez.	102,4	108,8	97,4	96,6	127,6	148,0	105,3	65,1	115,7	121,1	105,8	112,5	124,7	
1990 Jan.	121,1	129,8	117,3	128,0	99,7	101,6	122,7	70,2	130,2	115,9	105,6	128,3	97,1	
Febr.	122,2	121,7	114,5	121,4	90,2	110,5	121,9	70,4	128,5	120,9	108,7	126,7	96,1	
Marz.	142,8	139,8	127,1	137,0	110,1	130,2	135,8	80,7	135,8	137,1	125,3	141,4	120,7	
April.	127,0	117,9	107,3	117,9	103,4	114,5	116,9	71,9	125,2	119,8	108,7	123,3	101,8	
Mai.	138,8	135,6	117,4	127,5	131,0	127,3	126,5	74,0	130,5	128,8	118,2	133,7	104,6	
Juni.	127,4	127,5	109,2	117,1	118,5	130,5	119,3	78,3	123,5	123,6	113,9	123,2	115,5	
Juli.	113,4	136,0	102,3	111,4	114,5	118,8	106,7	66,3	124,2	123,6	112,2	119,8	99,5	
Aug.	116,0	135,5	97,7	116,9	116,4	108,7	96,9	66,9	119,3	113,7	96,6	124,2	116,7	
arbeitstäglich bereinigt														
1987	102,1	109,6	104,5	100,6	99,5	102,9	107,4	85,0	108,2	105,2	103,6	108,1	106,4	
1988	110,3	117,0	109,0	107,5	111,0	105,4	107,5	76,3	111,3	110,7	110,3	112,8	114,1	
1989	121,6	122,5	114,1	118,2	107,7	115,6	115,7	72,8	120,6	120,7	107,1	121,7	109,5	
1989 Juli	114,2	129,1	108,3	107,2	103,5	112,4	103,7	70,0	121,9	117,3	99,7	110,5	90,8	
Aug.	114,3	120,0	96,7	111,0	104,5	100,4	87,1	62,7	111,9	106,7	92,0	112,3	102,4	
Sept.	134,1	126,7	115,8	122,7	116,9	122,3	122,4	76,1	124,2	128,1	108,3	127,7	130,4	
Okt.	137,7	131,7	124,1	133,1	122,0	122,8	130,9	80,6	133,2	136,7	118,3	139,0	124,3	
Nov.	127,4	126,0	118,1	124,4	135,3	123,4	122,8	75,9	129,7	132,4	117,2	132,0	134,6	
Dez.	104,5	109,8	99,9	98,8	129,4	151,1	107,6	66,2	118,1	123,5	108,0	115,3	127,3	
1990 Jan.	119,2	128,8	115,0	125,8	98,5	99,9	120,6	69,2	128,0	114,0	103,9	125,8	95,3	
Febr.	123,2	122,1	115,6	122,5	90,7	111,4	122,9	70,9	129,6	121,9	109,7	128,0	96,9	
Marz.	140,9	139,0	125,1	135,0	109,1	128,4	133,9	79,8	133,9	135,3	123,6	139,1	118,9	
April.	130,0	119,1	110,3	120,8	105,0	117,3	119,8	73,3	128,2	122,5	111,3	126,9	104,3	
Mai.	134,1	133,4	112,5	122,9	127,8	122,8	121,8	71,8	125,9	124,4	114,0	128,1	100,7	
Juni.	129,2	128,2	110,9	118,7	119,5	132,3	121,0	79,2	125,2	125,2	115,4	125,2	117,1	
Juli.	114,0	136,4	103,0	112,1	115,0	119,5	107,4	66,6	124,9	124,3	112,8	120,6	100,1	
Aug.	113,5	134,2	95,2	114,3	114,7	106,3	94,7	65,7	116,7	111,3	94,5	121,0	114,1	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe														
Jahr Monat	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe											Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe		
	Her- stellung von Musik- instru- menten ¹⁾	Fein- keramik	Her- stellung und Verar- beitung von Glas	Holz- ver- arbei- tung	Papier- und Pappe- verar- beitung	Drucke- rei, Vervielfäl- tigung	Her- stellung von Kunst- stoff- waren	Leder- erzeu- gung	Leder- verar- beitung	Her- stellung von Schuhen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe	Er- nährungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung
kalendermonatlich														
1987	104,0	96,6	104,2	103,2	105,6	105,2	110,0	111,5	88,0	83,5	100,4	95,6	102,1	95,9
1988	110,8	96,7	109,8	107,8	110,8	108,8	118,8	116,5	84,1	79,7	98,4	92,6	105,1	96,0
1989	120,9	99,6	118,1	112,9	116,1	112,7	126,9	106,3	81,2	74,2	99,3	89,1	109,1	96,7
1989 Juli	111,3	94,6	112,2	82,9	111,1	103,4	118,6	76,7	67,6	58,2	79,7	83,2	100,6	97,3
Aug.	117,8	92,7	110,8	101,1	115,4	107,8	119,3	81,0	86,0	86,8	82,7	87,0	107,9	109,1
Sept.	140,7	101,8	122,9	124,7	118,8	117,2	130,6	108,2	93,7	89,5	107,0	106,8	102,9	102,8
Okt.	152,2	107,0	135,3	130,6	129,4	125,8	140,6	124,1	92,4	83,7	114,6	94,6	130,7	108,7
Nov.	148,1	106,6	128,8	128,0	123,8	123,8	135,8	116,6	83,9	70,7	105,4	88,4	129,9	98,9
Dez.	121,2	89,1	106,6	107,0	106,0	125,7	110,3	97,8	64,6	54,4	85,3	71,3	112,1	79,0
1990 Jan.	113,5	102,1	119,0	109,9	123,5	112,4	134,6	155,2	78,6	73,1	106,3	96,6	107,6	91,1
Febr.	102,7	99,7	114,9	115,6	115,6	106,8	134,0	126,6	80,0	71,1	101,9	94,9	101,1	92,6
März.	123,5	111,6	128,3	133,5	130,1	125,5	152,3	121,7	89,6	77,8	114,3	108,4	113,8	111,6
April.	117,2	102,5	119,2	116,0	115,2	114,5	137,2	114,0	72,9	61,9	97,6	75,0	108,7	83,1
Mai.	126,3	107,6	125,3	125,5	123,7	118,9	148,4	115,2	80,7	69,0	106,3	76,7	121,2	102,0
Juni.	122,0	97,0	120,1	117,4	117,2	117,2	140,2	93,2	72,7	57,9	99,1	73,3	113,9	109,1
Juli.	129,6	94,9	118,7	91,4	125,8	115,7	136,4	85,5	66,9	52,3	88,1	85,8	122,0	111,9
Aug.	130,9	95,8	114,5	110,9	128,5	119,8	136,1	72,6	84,1	76,6	79,5	90,8	133,6	123,3
arbeitstäglich bereinigt														
1987	103,9	96,6	104,2	103,1	105,6	105,2	110,1	111,4	88,1	83,5	100,4	95,5	102,1	95,9
1988	110,5	96,5	109,6	107,4	110,5	108,6	118,6	116,1	83,8	79,4	98,0	92,3	104,9	95,7
1989	120,9	99,5	118,0	112,8	116,0	112,7	126,8	106,2	81,1	74,1	99,2	89,1	109,1	96,2
1989 Juli	114,8	96,9	114,3	85,8	114,8	105,7	122,7	80,1	70,1	60,3	83,2	86,0	103,5	102,3
Aug.	115,4	91,2	109,3	98,7	113,0	106,2	116,6	78,7	84,0	84,8	80,4	85,1	105,9	105,8
Sept.	141,9	102,5	123,5	125,9	119,8	117,9	131,8	109,4	94,6	90,3	108,3	107,8	110,1	104,1
Okt.	153,4	107,7	136,0	131,9	130,5	126,5	141,9	125,5	93,3	84,5	115,9	95,4	131,6	110,1
Nov.	146,6	105,8	127,9	126,5	122,5	122,9	134,3	115,1	82,9	69,9	104,0	87,5	128,8	97,5
Dez.	123,6	90,5	108,0	109,4	108,2	127,4	112,7	100,5	66,1	55,7	87,6	72,7	114,0	81,3
1990 Jan.	111,7	100,9	117,8	108,0	121,4	111,1	132,3	151,9	77,2	71,8	104,1	95,0	106,0	89,0
Febr.	103,6	100,3	115,5	116,7	116,6	107,4	135,1	127,9	80,7	71,7	103,0	96,7	101,9	93,7
März.	121,9	110,5	127,2	131,5	128,2	124,3	150,1	119,5	88,3	76,7	112,3	106,9	112,5	109,4
April.	119,9	104,3	121,0	119,0	118,0	116,3	140,6	117,6	74,7	63,5	100,6	76,8	111,0	85,9
Mai.	122,0	104,8	122,6	120,7	119,3	116,1	142,9	109,9	77,6	66,3	101,4	74,0	117,3	97,0
Juni.	123,6	98,0	121,1	119,1	118,8	118,3	142,2	94,9	73,8	58,8	100,9	74,3	115,3	111,2
Juli.	130,4	95,3	119,1	92,0	126,6	116,2	137,2	86,1	67,3	52,6	88,7	86,3	122,7	112,8
Aug.	128,2	94,3	112,9	108,4	125,6	118,1	133,0	70,5	82,1	74,8	77,3	88,8	131,0	119,5

¹⁾ Einschl. Spielwaren, Schmuck, Fullhaltern, Verarbeitung von natürlichen Schnitz- und Formstoffen, Foto- und Filmfabriks

Bildung und Kultur

Zum Aufsatz: „Auszubildene“ Auszubildene nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht Stand: 31. Dezember

Ausbildungsbereich	Geschlecht	Auszubildende							
		1978	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Industrie und Handel ¹⁾	mannlich	400 108	455 592	479 279	494 237	497 674	486 852	463 657	439 824
	weiblich	291 877	336 303	361 802	380 377	384 511	379 111	363 556	343 450
	zusammen	691 985	791 895	841 081	874 614	882 185	865 963	827 213	783 274
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	301 395 ²⁾	337 555 ²⁾	360 208 ²⁾	362 355 ²⁾	363 762 ²⁾	347 719 ²⁾	318 378 ²⁾	294 108 ²⁾
Gewerbliche Berufe	mannlich	246 411	292 286	301 167	307 395	308 677	301 326	284 713	268 497
	weiblich	36 653	44 665	48 104	50 822	51 031	50 285	48 414	47 179
	zusammen	283 064	336 951	349 271	358 217	359 708	351 611	333 127	315 676
Kaufmannische Berufe	mannlich	153 697	163 306	178 112	186 842	188 997	185 526	178 944	171 327
	weiblich	255 224	291 638	313 698	329 555	333 480	328 826	315 142	296 271
	zusammen	408 921	454 944	491 810	516 397	522 477	514 352	494 086	467 598
Handwerk	mannlich	477 761	514 260	522 232	511 704	482 073	446 131	414 310	383 465
	weiblich	137 144	160 643	171 000	175 750	175 707	171 692	163 563	149 081
	zusammen	614 905	674 903	693 232	687 454	657 780	617 823	577 873	532 546
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	225 267	251 187	249 761	236 684	225 941	211 552	200 980	184 207
Gewerbliche Berufe	mannlich	472 356	508 769	516 232	505 275	475 561	437 084	405 473	374 675
	weiblich	88 520	101 480	107 236	110 014	109 937	106 763	102 191	94 806
	zusammen	560 876	610 249	623 468	615 289	585 498	543 847	507 664	469 481
Kaufmannische Berufe ³⁾	mannlich	5 405	5 491	6 000	6 429	6 512	9 047	8 837	8 790
	weiblich	48 624	59 163	63 764	65 736	65 770	64 929	61 372	54 275
	zusammen	54 029	64 654	69 764	72 165	72 282	73 976	70 209	63 065
Landwirtschaft	mannlich	34 684	35 682	36 749	36 606	34 226	30 109	25 664	22 519
	weiblich	10 492	16 321	16 498	16 790	16 021	14 444	12 851	11 291
	zusammen	45 176	52 003	53 247	53 396	50 247	44 553	38 515	33 810
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	21 333	25 618	24 678	21 839	20 631	17 263	15 091	13 645
Öffentlicher Dienst	mannlich	32 639	33 437	36 234	38 387	38 243	37 248	34 774	32 040
	weiblich	19 087	30 286	33 009	34 469	34 887	34 427	32 536	30 173
	zusammen	51 726	63 723	69 243	72 856	73 130	71 675	67 310	62 213
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	20 846	26 378	27 200	27 466	26 537	25 427	23 464	21 781
Freie Berufe	mannlich	4 754	5 679	5 749	5 676	5 719	5 316	4 919	4 911
	weiblich	99 991	124 590	126 643	125 782	124 152	119 739	128 651	124 342
	zusammen	104 745	130 269	132 392	131 458	129 871	125 055	133 570	129 253
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	46 931	55 642	56 533	55 406	54 108	51 414	47 285	49 133
Hauswirtschaft ⁴⁾	mannlich	10	39	26	31	36	187	217	211
	weiblich	7 793	8 716	9 908	10 610	10 942	12 612	12 638	10 744
	zusammen	7 803	8 755	9 934	10 641	10 978	12 799	12 855	10 955
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	4 770	4 346	4 675	5 081	5 017	5 472	4 852	4 335
Seeschifffahrt	mannlich	1 028	860	995	1 080	1 029	801	606	469
	weiblich	5	8	17	2	27	18	18	14
	zusammen	1 033	868	1 012	1 082	1 056	819	624	483
dar neu abgeschlossene Verträge	zusammen	474	457	409	491	407	265	214	180
Insgesamt ...	mannlich	950 984	1 045 549	1 081 264	1 087 721	1 059 000	1 006 644	944 147	883 439
	weiblich	566 389	676 867	718 877	743 780	746 247	732 043	713 813	669 095
	insgesamt	1 517 373	1 722 416	1 800 141	1 831 501	1 805 247	1 738 687	1 657 960	1 552 534
dar neu abgeschlossene Verträge	insgesamt	621 016	701 183	723 464	709 322	696 403	659 112	610 264	567 389

1) Einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe – 2) Einschl. neu abgeschlossener Anschlußverträge in Stufenausbildung – 3) Einschl. sonstiger Berufe im Handwerk – 4) Hauswirtschaft im städtischen Bereich

Finanzen und Steuern

Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte, Nettokreditaufnahme, Fundierte Schulden, Gemeindesteuern

Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte ¹⁾								Einnahmen der öffentlichen Haushalte ¹⁾					
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv 2)	ins- gesamt ²⁾	darunter		Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder ²⁾	Ge- meinden/ Gv 2)	ins- gesamt ²⁾
							Personal- aus- gaben	Bau- maß- nahmen						
1987	271 492	1 273	4 542	263 908	179 242	630 924	209 024	40 776	243 574	1 285	4 988	244 409	176 652	581 374
1988	278 175 r	1 206	4 837 r	270 076 r	184 419 r	647 088 r	214 268 r	42 231 r	242 183 r	1 203	4 704	253 741 r	185 059 r	595 265 r
1989	292 436	1 154	5 291	280 603	193 115	675 469	218 629	43 983	272 366	1 166	4 159	272 946	195 321	648 830
1988 4. Vj	70 665	216	1 173	72 172	49 372	168 373	52 081	14 122	67 597	277	1 965	67 457	49 831	160 903
1989 1. Vj	76 782	363	1 476	65 143	37 400	160 275	50 493	6 762	60 186	301	84	60 607	35 348	135 634
2. Vj	70 651	288	1 173	62 701	39 928	151 932 r	45 512 r	9 280	68 246	278	1 046	61 929	41 519 r	150 210 r
3. Vj	68 961	290	1 201	62 923	41 090	151 267	45 371	11 034	65 973	292	1 034	64 882	42 651	151 633
4. Vj	76 042	214	1 442	78 608	52 171	179 956	54 054	14 987	77 961	296	1 995	74 307	53 277	179 317
1990 1. Vj	82 251	418	1 369	68 716	40 374	169 701	52 752	7 268	61 277	333	132	62 066	39 370	139 752
2. Vj	72 014	261	1 318	65 820	42 755	158 763	48 302	10 060	70 712	268	1 417	61 641	42 346	152 977

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme ^{3) 4)}						Fundierte Schulden ^{4) 5)}						
	Bund	Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv	ins- gesamt	Bund		ERP- Sonder- vermögen	Länder	Ge- meinden/ Gv	ins- gesamt	
							zusammen	dar Lasten- ausgleichs- fonds					
1987	+ 27 455	-	-	702	+ 18 746	+ 3 193	+ 48 692	440 474	847	5 713	282 334	106 733	835 252
1988	+ 35 388	-	+	257	+ 17 696 r	+ 2 276 r	+ 55 616 r	475 167	170	5 890	300 433	108 371 r	889 861 r
1989	+ 14 185	-	+	1 093	+ 8 027	+ 1 868	+ 25 172	490 539 r	31	6 753	307 684	110 369 r	915 345 r
1988 4. Vj	- 3 445	-	+	215	+ 10 887	+ 670	+ 8 327	475 167	170	5 890	300 434	108 166	889 657
1989 1. Vj	+ 10 476	-	+	52	- 4 887	+ 720	+ 6 360	480 261	60	6 022	297 572	108 661	892 516
2. Vj	+ 3 533	-	+	165	- 451	+ 68	+ 3 315	483 053	60	6 187	297 825	108 672	895 737
3. Vj	+ 1 087	-	+	206	+ 1 000	+ 640	+ 2 934	483 790	32	6 393	298 637	109 534	898 354
4. Vj	- 911	-	+	670	+ 12 364	+ 520	+ 12 644	490 540	31	6 753	307 684	110 481	915 458
1990 1. Vj	+ 10 224	-	+	534	- 9 286	+ 295	+ 1 768	494 549	28	7 107 r	305 862	110 726 r	918 244 r
2. Vj	+ 7 425	-	-	80	+ 5 166	+ 128	+ 12 638	502 585	28	7 157	309 956	110 842	930 540

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern									
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage ⁶⁾	Gewerbe- steuer, netto	Gemeinde- anteil an der Einkommen- steuer ⁷⁾	Grund- erwerb- steuer	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt ⁸⁾	darunter Stadt- staaten ⁹⁾
	A	B								
1987	447,8	7 459,6	31 437,5	- 4 511,8	26 925,7	29 051,7	333,2	630,5	64 848,5	5 007,4
1988	452,4	7 785,8	34 464,5	- 4 983,3	29 481,2	30 178,4	274,1	678,9	68 850,7	5 089,3
1989	452,7	8 037,4	36 705,7	- 5 323,8	31 381,9	32 728,7	280,8	769,0	73 650,4	5 421,7
1988 4. Vj	119,5	1 627,9	8 852,0	- 2 408,3	6 443,8	14 807,0	61,7	159,1	23 218,9	1 301,1
1989 1. Vj	105,0	1 855,3	8 737,8	- 81,1	8 656,6	1 790,3	72,9	225,4	12 705,6	1 326,9
2. Vj	111,6	2 239,3	9 017,7	- 1 276,5	7 741,1	7 386,7	69,7	210,5	17 759,0	1 308,5
3. Vj	116,6	2 249,7	9 492,5	- 1 291,4	8 201,1	7 423,9	70,9	171,0	18 233,3	1 409,5
4. Vj	119,5	1 693,1	9 457,7	- 2 674,7	6 783,0	16 127,7	67,2	162,0	24 952,6	1 376,7
1990 1. Vj	101,0	1 909,5	9 459,4	- 52,1	9 407,3	1 834,7	89,5	243,1	13 585,2	1 307,2
2. Vj	105,7	2 301,8	9 206,4	- 1 345,5	7 860,9	7 415,0	66,7	221,9	17 971,9	1 243,8

1) Bis einsch. 1988 Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik, ab 1989 Ergebnisse der Kassenstatistik, kommunale und staatliche Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen bis 1989 in den Jahresdaten (z. T. schätzungsweise) enthalten, in den Vierteljahresdaten nicht. Erläuterungen zu den Ausgabe-/Einnahmearten siehe Fachserie 14, Reihe 3.1, Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts und Reihe 2, Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte. - 2) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene. - 3) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. - 4) Ohne Schulden (Aufnahme/Tilgung) bei Verwaltungen und Innere Darlehen. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums. - 6) An Bund/Länder abgeführt. - 7) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 8) Nach der Steuerverteilung. - 9) Nur gemeindlicher Bereich.

Löhne und Gehälter

Durchschnittlich bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk

Monat	Alle erfaßten Gewerbebezüge										
	insgesamt	Kraftfahrzeugmechaniker	Metallbauer	Tischler	Backer	Fleischer	Klempner, Gas- und Wasserinstallateure	Elektroinstallateure	Maler und Lackierer	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	
Bezahlte Wochenstunden											
Vollgesellen											
1988	Mai	40,6	39,6	41,4	40,7	42,2	41,1	39,9	40,2	40,5	40,2
	Nov	40,6	39,6	41,6	40,9	42,3	41,2	40,0	40,5	40,4	40,5
1989	Mai	40,4	39,5	41,1	40,3	42,3	41,1	39,7	40,2	40,5	39,8
	Nov	40,5	39,3	41,5	40,5	42,3	40,8	39,9	40,7	40,5	40,4
1990	Mai	40,3	39,0	41,3	40,4	42,1	40,7	39,7	40,2	40,5	39,8
Junggesellen											
1988	Mai	40,5	39,5	41,3	40,7	41,6	41,0	39,8	40,3	40,7	40,1
	Nov	40,5	39,4	41,3	40,9	41,5	40,9	39,7	40,1	40,6	40,2
1989	Mai	40,2	39,3	40,5	40,4	41,6	40,8	39,6	40,2	40,4	39,9
	Nov	40,3	39,1	41,1	40,3	41,4	40,6	39,7	40,4	40,5	39,9
1990	Mai	40,1	38,9	40,8	40,0	41,4	40,5	39,4	40,5	40,6	39,4
Übrige Arbeiter											
1988	Mai	41,4	40,3	41,4	41,5	42,6	42,5	40,3	40,5	41,7	40,5
	Nov	41,6	40,2	41,8	42,3	42,4	42,6	40,5	39,9	41,6	40,7
1989	Mai	41,4	40,1	41,4	41,9	42,3	42,4	40,0	40,1	42,1	40,4
	Nov	41,4	39,9	41,4	42,5	42,0	42,1	40,2	39,0	42,0	40,8
1990	Mai	41,4	39,8	41,3	42,7	42,4	42,0	39,8	40,0	42,3	39,8
Alle Arbeiter											
1988	Mai	40,6	39,7	41,4	40,8	42,2	41,3	39,9	40,3	40,6	40,2
	Nov	40,7	39,6	41,6	41,1	42,1	41,3	40,0	40,4	40,5	40,5
1989	Mai	40,5	39,5	41,0	40,5	42,2	41,2	39,7	40,2	40,6	39,9
	Nov	40,6	39,3	41,4	40,7	42,1	40,9	39,9	40,5	40,6	40,3
1990	Mai	40,4	39,1	41,2	40,6	42,0	40,9	39,7	40,3	40,6	39,7
Bruttostundenverdienste DM											
Vollgesellen											
1988	Mai	17,50	17,19	17,86	17,45	16,38	16,92	18,43	17,39	17,34	18,76
	Nov	17,72	17,36	17,96	17,65	16,47	17,07	18,71	17,60	17,64	19,08
1989	Mai	18,07	17,78	18,41	18,11	16,74	17,30	19,11	17,99	17,88	19,33
	Nov	18,40	18,30	18,65	18,32	17,02	17,63	19,41	18,22	18,28	19,75
1990	Mai	18,96	18,60	19,28	18,97	17,44	17,99	19,98	18,93	18,93	20,37
Junggesellen											
1988	Mai	14,20	13,70	14,65	14,36	13,03	12,74	14,88	14,24	15,12	15,20
	Nov	14,37	13,81	14,67	14,51	13,14	12,89	15,15	14,46	15,29	15,52
1989	Mai	14,77	14,13	15,37	15,10	13,52	13,21	15,46	14,79	15,50	15,83
	Nov	15,06	14,37	15,51	15,14	13,84	13,49	15,90	15,18	15,87	16,16
1990	Mai	15,56	14,77	16,13	15,66	14,21	13,97	16,35	15,65	16,52	16,66
Übrige Arbeiter											
1988	Mai	14,88	14,43	15,44	15,51	13,58	13,43	15,73	15,43	15,57	15,48
	Nov	15,03	14,65	15,45	15,59	13,74	13,60	15,89	15,64	15,74	15,86
1989	Mai	15,30	14,93	15,94	15,97	13,91	13,90	16,31	15,26	15,95	16,31
	Nov	15,50	15,14	16,02	16,13	14,10	14,26	16,31	15,53	16,35	16,28
1990	Mai	15,93	15,36	16,46	16,60	14,40	14,50	16,37	16,28	17,06	16,95
Alle Arbeiter											
1988	Mai	16,73	16,39	17,03	16,77	15,28	15,69	17,65	16,61	17,05	17,83
	Nov	16,91	16,51	17,09	16,89	15,36	15,81	17,92	16,86	17,33	18,14
1989	Mai	17,29	16,95	17,63	17,40	15,68	16,11	18,31	17,16	17,60	18,43
	Nov	17,59	17,38	17,78	17,55	15,94	16,44	18,63	17,47	17,97	18,77
1990	Mai	18,15	17,73	18,39	18,19	16,37	16,83	19,11	18,13	18,66	19,39
Bruttowochenverdienste DM											
Vollgesellen											
1988	Mai	710	681	739	711	692	695	736	700	703	754
	Nov	720	687	747	722	697	703	748	712	713	774
1989	Mai	730	702	756	730	708	710	759	723	725	770
	Nov	746	720	774	741	720	719	775	741	741	798
1990	Mai	765	726	796	766	733	733	793	762	766	811
Junggesellen											
1988	Mai	575	542	605	584	542	522	592	574	615	610
	Nov	582	544	606	594	545	527	602	580	620	625
1989	Mai	594	555	623	610	562	539	612	594	626	632
	Nov	606	562	638	611	573	548	631	614	642	645
1990	Mai	624	574	658	627	588	566	643	634	670	657
Übrige Arbeiter											
1988	Mai	616	581	639	644	579	571	633	624	649	626
	Nov	625	589	645	660	583	579	643	624	655	645
1989	Mai	633	598	660	670	588	589	653	612	672	659
	Nov	641	605	664	685	592	600	656	606	687	664
1990	Mai	660	611	680	710	611	608	651	650	722	676
Alle Arbeiter											
1988	Mai	680	650	705	684	644	648	705	669	693	717
	Nov	688	654	711	693	647	653	716	680	701	734
1989	Mai	700	670	724	705	661	664	727	689	714	735
	Nov	714	684	736	714	671	673	743	708	730	757
1990	Mai	733	693	758	739	687	688	758	730	757	771

Siehe auch Fachserie 16, Reihe 3

Zum Aufsatz: „Arbeitskosten im Groß- und
Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeit
im Bank- und Versicherungsgewerbe

Lfd Nr	Kostenart	Großhandel ²⁾					Einzelhandel ³⁾				
		1981	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber		1981	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber	
					1984	1981				1984	1981
		DM			%		DM			%	
Unternehmen mit 10 Arbeit											
1	Arbeitskosten insgesamt	43 143	49 294	55 843	+ 13,3	+ 29,4	33 579	39 422	43 731	+ 10,9	+ 30,2
2	Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	26 627	30 092	33 787	+ 12,3	+ 26,9	20 238	23 495	26 083	+ 11,0	+ 28,9
3	Personalnebenkosten insgesamt	16 516	19 202	22 057	+ 14,9	+ 33,5	13 341	15 927	17 648	+ 10,8	+ 32,3
4	Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	7 912	9 055	10 772	+ 19,0	+ 36,1	6 346	7 395	8 538	+ 15,5	+ 34,5
5	Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	3 106	3 516	3 921	+ 11,5	+ 26,2	2 332	2 731	2 954	+ 8,2	+ 26,7
6	Gratifikationen	1 974	2 262	2 539	+ 12,2	+ 28,6	1 488	1 661	1 826	+ 9,9	+ 22,7
7	Urlaubsgeld	742	805	934	+ 16,0	+ 25,9	584	786	858	+ 9,2	+ 46,9
8	Vermögenswirksame Leistungen	390	449	449	0,0	+ 15,1	261	285	269	- 5,6	+ 3,1
9	Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	5 630	6 395	7 450	+ 16,5	+ 32,3	4 538	5 323	5 785	+ 8,7	+ 27,5
10	Urlaubsvergütung	3 220	3 909	4 552	+ 16,4	+ 41,4	2 553	3 291	3 591	+ 9,1	+ 40,7
11	Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 059	998	1 238	+ 24,0	+ 16,9	937	942	1 015	+ 7,7	+ 8,3
12	Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 351	1 487	1 661	+ 11,7	+ 22,9	1 048	1 091	1 179	+ 8,1	+ 12,5
13	Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 467	6 524	7 803	+ 19,6	+ 42,7	4 330	5 312	6 272	+ 18,1	+ 44,8
14	Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	1 038	1 210	1 130	- 6,6	+ 8,9	543	688	651	- 5,4	+ 19,9
15	dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	474	545	358	- 34,3	- 24,5	252	287	212	- 26,1	- 15,9
16	Aufwendungen für die berufliche Bildung	687	804	974	+ 21,1	+ 41,8	1 080	1 311	1 362	+ 3,9	+ 26,1
17	Ubrige Personalnebenkosten	588	753	778	+ 3,3	+ 32,3	518	560	623	+ 11,3	+ 20,3
18	Löhne und Gehälter ⁹⁾	35 364	40 003	45 158	+ 12,9	+ 27,7	27 108	31 550	34 822	+ 10,4	+ 28,5
Unternehmen mit 10											
19	Arbeitskosten insgesamt	40 649	46 695	53 052	+ 13,6	+ 30,5	30 473	37 084	39 986	+ 7,8	+ 31,2
20	Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	26 024	29 590	33 159	+ 12,1	+ 27,4	19 393	23 028	24 833	+ 7,8	+ 28,1
21	Personalnebenkosten insgesamt	14 624	17 105	19 893	+ 16,3	+ 36,0	11 079	14 056	15 153	+ 7,8	+ 36,8
22	Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	7 401	8 592	10 270	+ 19,5	+ 38,8	5 477	6 728	7 777	+ 15,6	+ 42,0
23	Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	2 653	2 908	3 326	+ 14,4	+ 25,4	1 528	2 059	2 017	- 2,0	+ 32,0
24	Gratifikationen	1 718	1 780	2 145	+ 20,5	+ 24,9	802	1 050	1 077	+ 2,6	+ 34,3
25	Urlaubsgeld	574	714	763	+ 6,9	+ 32,9	446	689	654	- 5,1	+ 46,6
26	Vermögenswirksame Leistungen	361	414	418	+ 1,0	+ 15,8	281	320	286	- 10,6	+ 1,8
27	Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	5 087	6 010	6 963	+ 15,9	+ 36,9	3 781	4 678	5 081	+ 8,6	+ 34,4
28	Urlaubsvergütung	3 029	3 755	4 361	+ 16,1	+ 44,0	2 279	2 990	3 234	+ 8,2	+ 41,9
29	Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	803	845	1 037	+ 22,7	+ 29,1	568	631	747	+ 18,4	+ 31,5
30	Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 255	1 409	1 565	+ 11,1	+ 24,7	934	1 057	1 100	+ 4,1	+ 17,8
31	Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 298	6 292	7 600	+ 20,8	+ 43,5	3 943	4 992	5 861	+ 17,4	+ 48,6
32	Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	412	555	505	- 9,0	+ 22,6	132	192	200	+ 4,2	+ 51,5
33	dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	139	199	108	- 45,7	- 22,3	23	27	31	+ 14,8	+ 34,8
34	Aufwendungen für die berufliche Bildung	764	849	968	+ 14,0	+ 26,7	1 519	1 871	1 746	- 6,7	+ 14,9
35	Ubrige Personalnebenkosten	410	490	531	+ 8,4	+ 29,5	176	263	247	- 6,1	+ 40,3
36	Löhne und Gehälter ⁹⁾	33 784	38 508	43 447	+ 12,8	+ 28,7	24 702	29 765	31 932	+ 7,3	+ 29,3
Unternehmen mit 1 000											
37	Arbeitskosten insgesamt	49 608	54 625	61 905	+ 13,3	+ 24,8	35 728	41 122	46 015	+ 11,9	+ 28,8
38	Entgelt für geleistete Arbeit ⁵⁾	28 131	31 241	34 697	+ 11,1	+ 23,3	20 272	23 318	26 254	+ 12,6	+ 29,5
39	Personalnebenkosten insgesamt	21 477	23 384	27 209	+ 16,4	+ 26,7	15 456	17 804	19 762	+ 11,0	+ 27,9
40	Gesetzliche Personalnebenkosten ⁶⁾	8 765	9 623	11 669	+ 21,3	+ 33,1	6 844	7 779	8 848	+ 13,7	+ 29,3
41	Sonderzahlungen insgesamt ⁷⁾	4 315	4 497	4 790	+ 6,5	+ 11,0	3 151	3 374	3 778	+ 12,0	+ 19,9
42	Gratifikationen	2 719	3 121	3 254	+ 4,3	+ 19,7	2 288	2 297	2 589	+ 12,7	+ 13,2
43	Urlaubsgeld	1 163	879	1 050	+ 19,5	- 9,7	616	812	940	+ 15,8	+ 52,6
44	Vermögenswirksame Leistungen	433	497	486	- 2,2	+ 12,2	248	265	249	- 6,0	+ 0,4
45	Vergütung arbeitsfreier Tage insgesamt	6 603	6 952	8 451	+ 21,6	+ 28,0	5 009	5 766	6 145	+ 6,6	+ 22,7
46	Urlaubsvergütung	3 588	4 236	5 007	+ 18,2	+ 39,5	2 694	3 501	3 781	+ 8,0	+ 40,3
47	Lohn-/Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall	1 433	1 087	1 504	+ 38,4	+ 5,0	1 193	1 178	1 171	- 0,6	- 1,8
48	Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten	1 582	1 630	1 941	+ 19,1	+ 22,7	1 122	1 086	1 193	+ 9,9	+ 6,3
49	Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	5 742	6 882	8 129	+ 18,1	+ 41,6	4 507	5 466	6 423	+ 17,5	+ 42,5
50	Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung insgesamt	2 829	2 871	2 975	+ 3,6	+ 5,2	1 013	1 180	1 156	- 2,0	+ 14,1
51	dar: Nettozuführung zu den Pensionsrückstellungen ⁸⁾	1 300	1 276	609	- 52,3	- 53,2	533	528	419	- 20,6	- 21,4
52	Aufwendungen für die berufliche Bildung	761	874	1 431	+ 63,7	+ 88,0	871	1 148	1 242	+ 8,2	+ 42,6
53	Ubrige Personalnebenkosten	1 227	1 308	1 432	+ 9,5	+ 16,7	905	870	1 019	+ 17,1	+ 12,6
54	Löhne und Gehälter ⁹⁾	39 049	42 690	47 939	+ 12,3	+ 22,8	28 432	32 457	36 177	+ 11,5	+ 27,2

1) Ohne Auszubildende, Teilzeitbeschäftigte wurden im Verhältnis 1 zu 0,6 in Vollbeschäftigte umgerechnet - 2) Ohne Rückgewinnung - 3) Ohne Einzelhandel mit Kraftwagen und Motorrädern sowie mit Kraft- und Schmierstoffen - 4) Voll- und teilzeitbeschäftigte Arbeiter und Angestellte ohne Auszubildende - 5) Laufend gezahltes Entgelt für die geleistete Arbeitszeit (Jahreslohn- und -gehaltssumme vermindert um die Sonderzahlungen, die Vergütung arbeitsfreier Tage sowie soziale Bestandteile, wie z. B. Verheirateten- und Kinderzuschläge)

Einzelhandel, Bank- und Versicherungsgewerbe"

nehmer¹⁾ im Groß- und Einzelhandel,
sowie im Produzierenden Gewerbe

Bankgewerbe				Versicherungsgewerbe				Produzierendes Gewerbe				Lfd. Nr.			
1981	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber		1981	1984	1988	Veränderung 1988 gegenüber		1981	1984		1988	Veränderung 1988 gegenüber	
			1984	1981				1984	1981					1984	1981
DM			%		DM			%		DM			%		

nehmern⁴⁾ und mehr

53 413	61 715	72 591	+ 17,6	+ 35,9	57 203	66 847	78 421	+ 17,3	+ 37,1	46 728	53 987	62 058	+ 14,9	+ 32,8	1
27 360	31 413	36 482	+ 16,1	+ 33,3	29 719	34 410	40 066	+ 16,4	+ 34,8	26 630	30 131	34 383	+ 14,1	+ 29,1	2
26 053	30 301	36 109	+ 19,2	+ 38,6	27 484	32 437	38 354	+ 18,2	+ 39,6	20 099	23 857	27 674	+ 16,0	+ 37,7	3
8 873	10 366	12 442	+ 20,0	+ 40,2	10 034	11 447	13 735	+ 20,0	+ 36,9	9 195	10 436	12 316	+ 18,0	+ 33,9	4
6 315	7 273	8 675	+ 19,3	+ 37,4	6 442	7 569	8 414	+ 11,2	+ 30,6	3 965	4 643	5 409	+ 16,5	+ 36,4	5
5 535	6 433	7 430	+ 15,5	+ 34,2	4 566	5 254	6 031	+ 14,8	+ 32,1	2 227	2 696	3 220	+ 19,4	+ 44,6	6
296	332	413	+ 24,4	+ 39,5	1 274	1 730	1 801	+ 4,1	+ 41,4	1 247	1 450	1 688	+ 16,4	+ 35,4	7
484	507	833	+ 64,3	+ 72,1	602	584	582	- 0,3	- 3,3	491	496	501	+ 1,0	+ 2,0	8
6 708	7 489	8 547	+ 14,1	+ 27,4	7 596	8 503	9 849	+ 15,8	+ 29,7	6 594	7 247	8 416	+ 16,1	+ 27,6	9
3 765	4 436	5 122	+ 15,5	+ 36,0	4 212	4 876	5 773	+ 18,4	+ 37,1	3 663	4 229	4 893	+ 15,7	+ 33,6	10
1 334	1 279	1 482	+ 15,9	+ 11,1	1 589	1 492	1 867	+ 25,1	+ 17,5	1 459	1 433	1 690	+ 17,9	+ 15,8	11
1 609	1 774	1 944	+ 9,6	+ 20,8	1 795	2 135	2 209	+ 3,5	+ 23,1	1 472	1 585	1 833	+ 15,6	+ 24,5	12
5 910	7 259	8 958	+ 23,4	+ 51,6	6 599	7 752	9 558	+ 23,3	+ 44,8	6 143	7 299	8 678	+ 18,9	+ 41,3	13
4 055	4 550	5 502	+ 20,9	+ 35,7	4 474	5 798	6 734	+ 16,1	+ 50,5	1 609	2 357	2 718	+ 15,3	+ 68,9	14
1 632	1 774	1 941	+ 9,4	+ 18,9	1 948	2 839	2 239	- 21,1	+ 14,9	721	1 197	1 044	- 12,8	+ 44,8	15
1 422	1 890	2 400	+ 27,0	+ 68,8	949	1 177	1 951	+ 65,8	+105,6	682	854	999	+ 17,0	+ 46,5	16
1 644	1 840	2 026	+ 10,1	+ 23,2	1 423	1 639	1 848	+ 12,8	+ 29,9	1 106	1 457	1 454	- 0,2	+ 31,5	17
40 383	46 175	53 705	+ 16,3	+ 33,0	43 758	50 481	58 329	+ 15,5	+ 33,3	37 188	42 020	48 208	+ 14,7	+ 29,6	18

bis 49 Arbeitnehmern⁴⁾

47 434	56 099	63 066	+ 12,4	+ 33,0	55 396	67 964	74 781	+ 10,0	+ 35,0	38 141	43 687	48 985	+ 12,1	+ 28,4	19
27 120	31 394	35 553	+ 13,2	+ 31,1	29 772	36 640	39 793	+ 8,6	+ 33,7	23 426	26 515	29 350	+ 10,7	+ 25,3	20
20 314	24 705	27 512	+ 11,4	+ 35,4	25 624	31 324	34 989	+ 11,7	+ 36,5	14 715	17 172	19 635	+ 14,3	+ 33,4	21
8 063	9 648	11 576	+ 20,0	+ 43,6	9 121	11 231	12 848	+ 14,4	+ 40,9	7 936	9 135	10 506	+ 15,0	+ 32,4	22
4 648	5 409	6 097	+ 12,7	+ 31,2	6 141	6 505	7 227	+ 11,1	+ 17,7	2 348	2 814	3 149	+ 11,9	+ 34,1	23
3 857	4 542	4 719	+ 3,9	+ 22,3	4 464	4 678	4 917	+ 5,1	+ 10,1	1 117	1 404	1 579	+ 12,5	+ 41,4	24
206	249	464	+ 86,3	+125,2	1 140	1 274	1 723	+ 35,2	+ 51,1	830	993	1 144	+ 15,2	+ 37,8	25
585	618	914	+ 47,9	+ 56,2	537	553	587	+ 6,1	+ 9,3	402	418	427	+ 2,2	+ 6,2	26
5 757	6 909	7 937	+ 14,9	+ 37,9	7 038	8 518	9 036	+ 6,1	+ 28,4	4 932	5 685	6 415	+ 12,8	+ 30,1	27
3 533	4 419	5 072	+ 14,8	+ 43,6	4 118	5 029	5 649	+ 12,3	+ 37,2	2 827	3 350	3 840	+ 14,6	+ 35,8	28
790	846	1 016	+ 20,1	+ 28,6	1 197	1 365	1 410	+ 3,3	+ 17,8	882	983	1 142	+ 16,2	+ 29,5	29
1 435	1 644	1 849	+ 12,5	+ 28,9	1 723	2 124	1 977	- 6,9	+ 14,7	1 222	1 352	1 433	+ 6,0	+ 17,3	30
5 777	7 064	8 574	+ 21,4	+ 48,4	6 177	7 673	9 331	+ 21,6	+ 51,1	5 540	6 546	7 697	+ 17,6	+ 38,9	31
1 699	2 016	1 630	- 19,1	- 4,1	4 784	6 934	7 193	+ 3,7	+ 50,4	298	330	594	+ 80,0	+ 99,3	32
583	803	206	- 74,3	- 64,7	2 625	4 121	3 130	- 24,0	+ 19,2	33	47	33	- 29,8	0,0	33
1 818	2 574	2 560	- 0,5	+ 40,8	415	551	986	+ 78,9	+137,6	1 051	1 155	1 107	- 4,2	+ 5,3	34
615	732	714	- 2,5	+ 16,1	1 069	1 142	1 216	+ 6,5	+ 13,8	546	641	672	+ 4,8	+ 23,1	35
37 525	43 712	49 587	+ 13,4	+ 32,1	42 951	51 664	56 056	+ 8,5	+ 30,5	30 706	35 014	38 915	+ 11,1	+ 26,7	36

Arbeitnehmern⁴⁾ und mehr

58 442	67 690	81 761	+ 20,8	+ 39,9	57 475	66 566	78 099	+ 17,3	+ 35,9	53 573	62 246	71 917	+ 15,5	+ 34,2	37
28 487	33 123	39 319	+ 18,7	+ 38,0	29 696	34 055	39 533	+ 16,1	+ 33,1	28 909	32 666	37 746	+ 15,6	+ 30,6	38
29 955	34 567	42 442	+ 22,8	+ 41,7	27 779	32 511	38 566	+ 18,6	+ 38,8	24 665	29 581	34 171	+ 15,5	+ 38,5	39
9 587	11 078	13 323	+ 20,3	+ 39,0	10 221	11 506	13 738	+ 19,4	+ 34,4	10 210	11 427	13 582	+ 18,9	+ 33,0	40
7 339	8 375	10 184	+ 21,6	+ 38,8	6 656	7 832	8 568	+ 9,3	+ 28,6	5 115	5 950	7 032	+ 18,2	+ 37,5	41
6 425	7 424	8 860	+ 19,3	+ 37,9	4 710	5 426	6 191	+ 14,1	+ 31,4	3 118	3 737	4 534	+ 21,3	+ 45,4	42
361	401	432	+ 7,7	+ 19,7	1 337	1 827	1 789	- 2,1	+ 33,8	1 455	1 678	1 960	+ 16,8	+ 34,7	43
553	550	892	+ 62,2	+ 61,3	608	579	578	- 0,2	- 4,9	542	535	538	+ 0,6	- 0,7	44
7 573	8 335	9 378	+ 12,5	+ 23,8	7 691	8 558	9 853	+ 15,1	+ 28,1	7 775	8 348	9 726	+ 16,5	+ 25,1	45
4 145	4 825	5 526	+ 14,5	+ 33,3	4 207	4 854	5 744	+ 18,3	+ 36,5	4 233	4 833	5 585	+ 15,6	+ 31,9	46
1 647	1 561	1 766	+ 13,1	+ 7,2	1 647	1 524	1 912	+ 25,5	+ 16,1	1 844	1 733	1 979	+ 14,2	+ 7,3	47
1 781	1 950	2 086	+ 7,0	+ 17,1	1 837	2 181	2 197	+ 0,7	+ 19,6	1 698	1 781	2 162	+ 21,4	+ 27,3	48
6 175	7 527	9 462	+ 25,7	+ 53,2	6 670	7 735	9 530	+ 23,2	+ 42,9	6 631	7 867	9 379	+ 19,2	+ 41,4	49
5 538	6 349	8 510	+ 34,0	+ 53,7	4 184	5 483	6 613	+ 20,6	+ 58,1	2 818	4 300	4 677	+ 8,8	+ 66,0	50
2 374	2 566	3 266	+ 27,3	+ 37,6	1 721	2 557	2 058	- 19,5	+ 19,6	1 341	2 302	1 972	- 14,3	+ 47,1	51
1 404	1 809	2 540	+ 40,4	+ 80,9	1 048	1 221	2 103	+ 72,2	+100,7	729	938	1 188	+ 26,7	+ 63,0	52
1 925	2 172	2 368	+ 9,0	+ 23,0	1 530	1 682	1 909	+ 13,5	+ 24,8	1 597	2 177	2 170	- 0,3	+ 35,9	53
43 399	49 833	58 881	+ 18,2	+ 35,7	44 043	50 444	57 544	+ 14,1	+ 30,7	41 799	46 964	54 504	+ 16,1	+ 30,4	54

6) Vergütung gesetzlicher Feiertage und sonstiger Ausfallzeiten, Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Unfallversicherungsbeiträge, gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall sowie sonstige gesetzliche Aufwendungen - 7) Zahlungen, die im allgemeinen nicht laufend bei jeder Lohn- und Gehaltszahlung geleistet werden. - 8) Differenz der Pensionsrückstellungen nach Paragraph 6a EStG am 31.12. und 1.1. des jeweiligen Erhebungsjahres - 9) Entgelt für geleistete Arbeit, Sonderzahlungen und Vergütung arbeitsfreier Tage

Zusammensetzung der Arbeitskosten je Arbeitnehmer nach ausgewählten Kostenarten und Wirtschaftszweigen des Groß- und Einzelhandels, Bank- und Versicherungsgewerbes 1988

Unternehmen mit 10 Arbeitnehmern und mehr

Wirtschaftszweig	Arbeitskosten insgesamt	Entgelt für die geleistete Arbeit	Personalnebenkosten									Nachrichtlich Löhne und Gehälter
			insgesamt	darunter								
				Sonderzahlungen		Vergütung arbeitsfreier Tage			Arbeitsgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	Betriebliche Altersversorgung	Aufwendungen für die berufliche Bildung	
				insgesamt	darunter	insgesamt	darunter					
insgesamt	Gratifikationen	insgesamt	Urlaubsvergütung	Vergütung von Krankheitstagen								
Arbeitnehmer insgesamt												
DM												
Großhandel	55 843	33 787	22 057	3 921	2 539	7 450	4 552	1 238	7 803	1 130	974	45 158
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und mit Halbwaren	53 534	31 272	22 262	3 957	2 781	6 974	4 268	1 094	7 886	1 743	1 253	42 202
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	66 583	38 361	28 222	5 397	3 932	8 525	5 245	1 427	8 853	3 181	864	52 283
Holz- und Baustoffen	52 933	32 329	20 605	3 496	2 242	7 036	4 326	1 142	7 871	605	1 143	42 860
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	61 940	37 444	24 496	4 344	2 635	8 178	5 079	1 245	8 370	1 277	1 317	49 966
Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	57 268	35 227	22 041	3 929	2 446	7 690	4 737	1 217	7 855	840	990	46 846
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	49 171	30 497	18 673	3 183	2 040	6 695	4 079	1 106	6 950	508	841	40 376
Nahrungsmittel- und Genussmitteln	49 753	30 701	19 052	3 119	1 998	6 875	4 091	1 302	7 276	651	532	40 696
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln	57 790	34 402	23 387	4 213	2 991	7 760	4 645	1 375	7 714	1 588	1 019	46 376
Einzelhandel	43 731	26 083	17 648	2 954	1 826	5 785	3 591	1 015	6 272	651	1 362	34 822
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln	39 948	24 544	15 404	2 378	1 425	5 234	3 209	955	5 845	247	1 406	32 156
medizinischen, kosmetischen und Reinigungsmitteln (einschl. Apotheken)	43 463	26 837	16 626	2 772	2 021	5 640	3 625	815	6 381	1 131	1 434	35 249
Bekleidung	44 034	25 865	18 169	3 094	1 841	5 778	3 626	948	6 143	1 131	1 310	34 737
Schuhen und Lederwaren	42 230	26 264	15 966	2 243	1 059	5 486	3 459	882	6 044	454	1 391	33 993
Heimtextilien	45 372	28 592	16 781	2 565	1 276	6 177	3 962	923	6 632	303	900	37 333
Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln	47 897	39 714	18 183	2 796	1 454	6 429	4 013	1 053	6 907	302	1 365	38 939
Büchern, Zeitungen, Papierwaren, Bürobedarf	46 519	28 630	17 888	2 906	1 796	5 935	3 754	867	6 622	328	1 802	37 472
Sortiments Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Lebensmittel	49 610	26 720	22 890	4 613	3 258	6 732	4 183	1 289	6 920	1 671	1 224	38 065
Bankgewerbe	72 591	36 482	36 109	8 675	7 430	8 547	5 122	1 482	8 958	5 502	2 400	53 705
Kreditbanken	84 072	41 009	43 063	10 653	9 318	9 782	5 832	1 676	9 459	7 832	2 684	61 444
Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	66 094	32 265	33 830	8 091	7 025	7 683	4 431	1 537	8 272	4 881	2 336	48 039
Genossenschaftliche Kreditinstitute	68 115	36 187	31 928	7 228	5 955	8 312	5 196	1 145	9 231	3 649	2 503	51 727
Realkreditinstitute	87 076	41 127	45 949	12 856	11 806	10 489	5 972	2 290	9 925	9 292	1 205	64 472
Bausparkassen	84 862	44 108	40 754	9 381	7 505	10 530	6 172	2 076	9 725	7 481	1 506	64 018
Versicherungsgewerbe	78 421	40 066	38 354	8 414	6 031	9 849	5 773	1 867	9 558	6 734	1 951	58 329
Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	79 905	40 961	38 944	8 558	6 300	10 102	5 938	1 958	9 594	7 466	1 711	59 621
Krankenversicherung	72 835	37 595	35 240	7 730	5 474	9 611	5 622	1 818	9 561	4 691	1 908	54 937
Schaden- und Unfallversicherung	77 436	39 471	37 965	8 230	5 796	9 508	5 567	1 781	9 498	6 362	2 253	57 209
Rückversicherung	91 973	45 106	46 867	11 265	7 540	11 695	6 760	1 970	9 816	9 571	1 417	68 067

Veränderung 1988 gegenüber 1984

	%											
	+ 13,3	+ 12,3	+ 14,9	+ 11,5	+ 12,2	+ 16,5	+ 16,4	+ 24,0	+ 19,6	- 6,6	+ 21,1	+ 12,9
Großhandel	+ 13,3	+ 12,3	+ 14,9	+ 11,5	+ 12,2	+ 16,5	+ 16,4	+ 24,0	+ 19,6	- 6,6	+ 21,1	+ 12,9
Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen, lebenden Tieren, textilen Rohstoffen und mit Halbwaren	+ 13,3	+ 10,6	+ 17,3	+ 14,0	+ 17,1	+ 15,1	+ 17,5	+ 10,5	+ 18,3	+ 35,1	+ 29,8	+ 11,6
Brennstoffen, Erzen und technischen Chemikalien	+ 13,1	+ 14,5	+ 11,3	+ 2,5	- 1,2	+ 19,7	+ 19,4	+ 30,7	+ 21,2	- 11,8	+ 17,6	+ 13,9
Holz- und Baustoffen	+ 10,3	+ 8,8	+ 12,7	+ 14,6	+ 18,4	+ 13,8	+ 13,8	+ 21,6	+ 17,9	- 23,9	+ 12,8	+ 10,0
Maschinen, technischem Bedarf und Fahrzeugen	+ 14,5	+ 12,9	+ 17,1	+ 13,9	+ 18,5	+ 16,1	+ 16,2	+ 19,5	+ 19,7	+ 9,0	+ 28,0	+ 13,5
Möbeln, Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen, Eisen- und Metallwaren	+ 16,4	+ 15,5	+ 17,9	+ 15,4	+ 17,3	+ 18,1	+ 18,3	+ 24,2	+ 21,8	+ 5,9	+ 10,9	+ 15,9
Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren	+ 16,7	+ 14,4	+ 20,6	+ 22,6	+ 34,2	+ 19,7	+ 19,5	+ 30,7	+ 22,8	+ 3,3	+ 21,2	+ 15,9
Nahrungsmittel- und Genussmitteln	+ 15,0	+ 13,8	+ 17,0	+ 10,4	+ 14,7	+ 18,6	+ 17,5	+ 30,9	+ 20,6	+ 23,8	+ 2,7	+ 14,3
pharmazeutischen, medizinischen, kosmetischen und Reinigungsartikeln	+ 10,7	+ 8,5	+ 14,0	+ 12,5	+ 18,6	+ 13,1	+ 12,1	+ 26,5	+ 18,0	- 7,9	+ 26,0	+ 9,6
Einzelhandel	+ 10,9	+ 11,0	+ 10,8	+ 8,2	+ 9,9	+ 8,7	+ 9,1	+ 7,7	+ 18,1	- 5,4	+ 3,9	+ 10,4
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln	+ 10,0	+ 10,9	+ 8,7	+ 11,8	+ 26,8	+ 6,1	+ 7,0	+ 3,6	+ 15,9	- 19,3	- 2,8	+ 10,1
medizinischen, kosmetischen und Reinigungsmitteln (einschl. Apotheken)	+ 13,6	+ 14,1	+ 12,7	+ 6,4	+ 21,2	+ 13,5	+ 16,9	+ 7,7	+ 24,4	- 45,4	+ 1,5	+ 13,4
Bekleidung	+ 8,4	+ 8,0	+ 9,0	+ 12,1	+ 4,5	+ 4,2	+ 4,0	+ 4,3	+ 15,1	+ 10,6	- 4,9	+ 7,7
Schuhen und Lederwaren	+ 15,0	+ 15,3	+ 14,4	- 0,3	- 6,1	+ 13,4	+ 12,0	+ 25,5	+ 23,0	+ 15,2	+ 8,1	+ 13,8
Heimtextilien	+ 12,8	+ 15,3	+ 8,7	+ 0,9	- 0,5	+ 17,0	+ 17,4	+ 26,3	+ 22,0	- 38,0	- 31,6	+ 14,5
Einrichtungsgegenständen und Haushaltsartikeln	+ 9,9	+ 9,3	+ 10,9	+ 9,6	+ 8,2	+ 12,4	+ 10,9	+ 23,4	+ 16,1	- 20,1	- 2,7	+ 9,8
Büchern, Zeitungen, Papierwaren, Bürobedarf	+ 9,0	+ 7,7	+ 11,0	+ 4,8	+ 16,0	+ 4,4	+ 2,9	+ 12,6	+ 19,6	- 29,8	+ 35,6	+ 7,0
Sortiments Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nicht-Lebensmittel	+ 18,7	+ 16,2	+ 21,7	+ 15,1	+ 14,2	+ 17,0	+ 19,2	+ 8,7	+ 26,4	+ 14,3	+ 30,9	+ 16,2
Bankgewerbe	+ 17,6	+ 16,1	+ 19,2	+ 19,3	+ 15,5	+ 14,1	+ 15,5	+ 15,9	+ 23,4	+ 20,9	+ 27,0	+ 16,3
Kreditbanken	+ 25,8	+ 21,8	+ 29,9	+ 31,0	+ 29,6	+ 19,7	+ 18,9	+ 22,7	+ 25,2	+ 31,4	+ 66,4	+ 23,0
Institute des Sparkassenwesens (ohne Post- und Bausparkassen)	+ 10,7	+ 8,3	+ 13,1	+ 9,6	+ 6,4	+ 8,6	+ 7,6	+ 19,6	+ 16,7	+ 12,3	+ 22,9	+ 8,6
Genossenschaftliche Kreditinstitute	+ 20,9	+ 18,9	+ 23,3	+ 25,1	+ 20,1	+ 20,8	+ 20,2	+ 26,1	+ 30,6	+ 25,0	0,0	+ 20,0
Realkreditinstitute	+ 22,6	+ 16,7	+ 28,4	+ 59,7	+ 64,9	+ 15,6	+ 13,0	+ 49,7	+ 31,0	+ 54,4	- 23,3	+ 23,1
Bausparkassen	+ 22,4	+ 21,9	+ 22,9	+ 30,6	+ 29,1	+ 9,0	+ 21,2	- 11,2	+ 19,5	+ 63,2	+ 25,1	+ 20,7
Versicherungsgewerbe	+ 17,3	+ 16,4	+ 18,2	+ 11,2	+ 14,8	+ 15,8	+ 18,4	+ 25,1	+ 23,3	+ 16,1	+ 65,8	+ 15,5
Lebensversicherung, Pensions- und Sterbekassen	+ 24,7	+ 23,2	+ 26,2	+ 18,7	+ 17,7	+ 25,7	+ 28,1	+ 38,9	+ 27,3	+ 36,3	+ 51,7	+ 23,0
Krankenversicherung	+ 17,0	+ 16,4	+ 17,6	+ 12,0	+ 25,5	+ 9,8	+ 14,1	+ 16,8	+ 25,8	+ 24,9	+ 45,0	+ 14,6
Schaden- und Unfallversicherung	+ 10,8	+ 10,4	+ 11,2	+ 5,2	+ 14,1	+ 8,0	+ 10,6	+ 14,8	+ 19,2	- 4,0	+ 87,3	+ 9,3
Rückversicherung	+ 12,7	+ 10,3	+ 15,2	- 0,4	- 17,3	+ 19,5	+ 17,4	+ 24,9	+ 16,5	+ 27,1	+ 45,8	+ 9,8

Preise

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1985 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse		Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes					Fertigerzeugnisse ²⁾		Elektrizität, Fernwärme, Wasser ³⁾
	insgesamt	ohne Elektrizität, Erdgas, Fernwärme und Wasser	zusammen	Grundstoff- und Produktions- güter- gewerbes	Investitions- güter produzierenden Gewerbes	Verbrauchs- güter	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbes	Investitions- güter	Verbrauchs- güter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	
1987 D	95,1	97,2	97,2	86,3	103,8	101,9	96,8	104,9	95,1	104,2
1988 D	96,3	98,8	98,8	87,9	105,5	103,8	98,0	107,0	95,5	105,2
1989 D	99,3	102,1	102,2	93,4	107,8	106,5	100,4	109,7	100,1	106,2
1989 Aug	99,4	102,3	102,3	93,2	108,0	106,8	100,8	109,9	99,9	106,2
1989 Sept	99,6	102,5	102,6	93,6	108,2	107,0	101,2	110,1	100,5	106,2
1989 Okt	100,1	102,7	102,8	93,7	108,4	107,2	101,3	110,5	100,9	106,3
1989 Nov	100,0	102,4	102,5	92,9	108,4	107,3	101,1	110,5	100,4	106,3
1989 Dez	100,0	102,5	102,6	93,3	108,4	107,4	100,8	110,5	101,1	106,3
1990 Jan	100,1	102,7	102,7	92,6	109,1	107,8	100,8	111,2	101,4	105,9
1990 Febr	100,1	102,6	102,7	92,0	109,5	108,1	100,4	111,6	101,1	105,9
1990 März	100,2	102,7	102,8	91,9	109,7	108,2	100,4	111,8	101,1	106,0
1990 April	100,7	102,9	103,0	91,9	110,3	108,4	100,6	112,4	101,3	106,0
1990 Mai	100,8	103,1	103,2	91,7	110,5	108,8	100,7	112,7	101,3	106,0
1990 Juni	100,8	103,1	103,2	91,3	110,7	108,9	100,7	112,9	101,3	106,0
1990 Juli	100,7	103,2	103,3	91,4	110,9	109,2	100,7	113,2	101,6	104,0
1990 Aug	101,3	103,9	104,0	93,4	111,1	109,4	100,8	113,5	104,0	104,0
1990 Sept	101,7	104,4	104,5	94,9	111,3	109,6	100,7	113,6	105,6	104,0

Jahr Monat	Elektrizität, Fernwärme, Wasser	Bergbauliche Erzeugnisse		Mineralerzeugnisse		Steine und Erden, Asbest- waren, Schleifmittel	Eisen und Stahl		NE-Metalle und -Metall- halbzeug (einschl. Edelmetalle und deren Halbzeug)	Gießerei- erzeugnisse zusammen
	darunter Elektrizität	zusammen	darunter Erzeugnisse des Kohlen- bergbaues	zusammen	darunter Herzole		zusammen	darunter Erzeugnisse der Hoch- ofen-, Stahl-, Warmwalz- werke ⁴⁾		
1987 D	105,1	64,1	101,5	62,5	45,0	102,2	91,8	91,9	80,5	102,6
1988 D	105,8	62,3	102,4	58,4	37,2	103,1	94,3	94,0	102,7	105,6
1989 D	106,7	64,5	103,8	68,8	51,0	104,3	99,5	98,9	115,5	110,6
1989 Aug	106,6	64,4	104,9	67,2	49,8	104,6	99,6	99,1	115,8	111,5
1989 Sept	106,6	64,6	105,0	69,5	53,8	104,6	99,5	99,0	116,7	111,3
1989 Okt	106,7	68,7	105,0	70,8	56,5	104,8	99,5	98,9	113,6	111,4
1989 Nov	106,7	69,1	105,0	69,7	54,6	104,9	99,4	98,8	106,3	111,2
1989 Dez	106,7	69,2	105,1	72,7	62,1	105,0	99,8	99,4	101,7	111,1
1990 Jan	105,9	69,5	105,1	71,9	57,2	105,3	99,7	99,1	96,7	111,8
1990 Febr	105,9	69,5	105,1	68,6	50,1	105,6	99,3	98,4	95,9	111,6
1990 März	105,9	69,9	105,1	67,4	47,8	106,1	98,6	97,6	101,6	111,8
1990 April	105,8	72,6	105,0	67,1	47,0	106,4	98,5	97,5	100,8	112,3
1990 Mai	105,8	73,2	105,0	66,1	45,2	106,9	98,4	97,3	100,1	113,4
1990 Juni	105,8	73,1	105,0	65,2	43,3	107,1	98,5	97,5	97,9	113,4
1990 Juli	103,5	73,0	105,0	65,7	44,9	107,3	98,2	97,2	98,4	113,4
1990 Aug	103,5	73,0	105,0	75,1	58,3	107,4	98,1	97,0	98,4	113,9
1990 Sept	103,5	73,2	105,0	80,9	62,5	107,5	98,1	97,0	99,3	113,8

Jahr Monat	Gießerei- erzeugnisse	Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalzwerke und der Stahlverformung		Stahlbauerzeugnisse und Schienenfahrzeuge		Maschinenbauerzeugnisse (einschl. Ackerschleppern)				
	darunter Eisen- Stahl- und Temperguß	zusammen	darunter Erzeugnisse der Ziehereien und Kaltwalz- werke	zusammen	darunter Stahl- und Leichtmetall- konstruk- tionen	zusammen	darunter			
							gewerbl	Arbeitsmaschinen	Kraft-5)	Land- maschinen
1987 D	105,5	99,9	96,6	105,3	104,8	106,4	107,3	104,8	105,8	105,1
1988 D	106,7	100,8	98,9	107,5	106,0	109,0	110,0	107,6	112,5	107,3
1989 D	111,2	103,2	102,6	110,9	109,3	112,4	113,3	110,7	115,8	110,0
1989 Aug	111,8	103,9	103,6	111,6	110,0	112,8	113,8	111,2	116,0	109,5
1989 Sept	111,8	103,9	103,5	111,9	110,3	113,0	113,9	111,3	116,0	110,1
1989 Okt	112,1	103,8	103,2	112,6	111,2	113,4	114,3	111,2	116,4	111,9
1989 Nov	112,5	103,5	102,6	112,7	111,6	113,5	114,4	111,4	116,5	112,1
1989 Dez	112,5	103,4	102,5	112,8	111,8	113,6	114,5	111,7	116,5	112,4
1990 Jan	114,5	103,8	103,4	113,1	112,0	114,6	115,3	112,1	119,4	112,7
1990 Febr	115,3	104,0	103,7	113,3	112,1	115,1	115,8	112,4	119,6	112,8
1990 März	115,4	104,2	103,8	113,6	112,3	115,4	116,1	112,8	119,6	113,1
1990 April	115,9	104,5	104,1	114,3	113,4	116,3	117,0	113,4	120,6	113,3
1990 Mar	116,6	104,6	104,2	114,9	113,7	116,8	117,5	114,2	121,7	113,3
1990 Juni	116,7	105,2	104,3	115,6	114,3	117,1	117,8	114,4	121,7	113,4
1990 Juli	116,5	105,4	104,2	116,0	114,9	117,4	118,2	114,7	121,9	113,6
1990 Aug	117,0	105,4	104,2	116,3	115,1	117,5	118,3	114,8	121,9	113,7
1990 Sept	117,4	105,4	104,3	116,4	115,2	117,7	118,5	115,0	121,9	113,9

Fußnoten siehe folgende Seite

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)¹⁾

1985 = 100

Jahr Monat	Straßenfahrzeuge (ohne Ackerschlepper)			Boote und Jachten	Elektro- technische Erzeugnisse	Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren		Eisen-, Blech- und Metall- waren	Musik- instrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, belichtete Filme, Fullhalter u a	Chemische Erzeugnisse	Buro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen
	zusammen	darunter				zusammen	darunter fein- mecha- nische Erzeugnisse				
		Kraftwagen und Straßenzug- maschinen, Kraft- rader ⁶⁾	Zubehör, Einzel- und Ersatz- teile für Kraftwagen und Kraftwagen- motoren								
1987 D	106,0	107,0	103,3	104,2	101,4	104,0	105,3	101,6	102,8	91,1	93,0
1988 D	108,5	109,8	104,5	107,2	102,3	105,5	107,0	103,4	103,6	92,5	89,3
1989 D	111,0	112,6	105,6	109,8	103,5	107,4	110,1	106,8	102,6	95,2	88,8
1989 Aug.	110,8	112,3	105,8	110,5	103,6	107,7	110,5	107,3	102,6	95,2	89,3
1989 Sept.	111,0	112,6	105,9	109,7	103,8	107,7	110,6	107,3	102,5	94,7	89,3
1989 Okt.	111,2	112,9	105,9	109,7	103,8	108,1	111,4	107,5	102,8	94,4	87,6
1989 Nov.	111,3	113,0	105,9	109,9	103,6	108,2	111,5	107,4	103,0	94,1	87,6
1989 Dez.	111,3	113,0	105,9	110,2	103,5	108,2	111,6	107,4	103,2	93,9	87,6
1990 Jan.	112,8	114,9	106,3	113,3	103,9	108,8	112,9	107,7	103,9	93,1	86,6
1990 Febr.	113,2	115,3	106,7	113,5	104,2	109,0	113,6	108,0	105,4	93,7	86,6
1990 März	113,4	115,5	106,8	113,5	104,5	109,1	113,7	108,4	105,7	93,1	86,8
1990 April	113,6	115,6	107,0	114,8	105,0	109,4	113,8	109,0	106,5	93,3	87,1
1990 Mai	113,7	115,7	107,0	114,8	105,0	109,8	114,0	109,3	106,4	93,4	87,1
1990 Juni	113,7	115,7	107,1	116,3	105,2	110,1	114,3	109,6	106,4	93,3	87,1
1990 Juli	113,7	115,7	107,2	116,3	105,3	110,3	114,4	109,9	106,4	93,0	86,9
1990 Aug.	114,4	116,8	107,2	116,3	105,5	110,4	114,3	110,0	106,9	92,8	86,2
1990 Sept.	114,5	116,8	107,3	116,3	105,6	110,7	114,7	110,0	106,7	92,9	85,8

Jahr Monat	Fein- keramische Erzeugnisse	Glas- und Glaswaren	Schnittholz, Sperrholz u sonstiges bearbeitetes Holz	Holzwaren	Holz- schliff ⁷⁾ , Zellstoff, Papier und Pappe	Papier- und Pappe- waren	Druckerei- erzeugnisse	Kunststoff- erzeugnisse	Gummi- waren	Leder
1987 D	103,9	100,5	100,3	105,6	92,8	99,9	103,8	100,5	100,5	97,4
1988 D	106,1	100,5	100,0	108,5	94,7	101,2	106,3	103,6	100,6	99,2
1989 D	108,7	102,3	105,4	112,5	100,4	105,3	109,6	106,2	102,5	99,4
1989 Aug.	109,4	102,3	105,7	112,9	100,7	105,9	110,0	106,1	102,6	99,0
1989 Sept.	109,5	102,5	106,6	113,3	101,0	106,1	110,1	106,1	103,0	99,8
1989 Okt.	109,5	103,4	108,9	113,7	101,4	106,2	110,3	106,3	103,3	99,9
1989 Nov.	109,5	103,6	110,1	113,9	101,4	106,5	110,3	106,1	103,3	100,3
1989 Dez.	109,5	104,2	111,4	114,1	101,3	106,8	110,3	106,1	102,9	100,8
1990 Jan.	109,6	104,4	112,3	115,2	101,2	107,1	110,6	106,5	102,3	100,9
1990 Febr.	109,9	104,8	113,3	115,8	100,9	107,6	110,8	106,5	102,3	101,4
1990 März	110,0	105,1	113,3	116,2	100,8	107,6	110,8	106,4	102,5	101,3
1990 April	111,2	105,0	113,3	116,9	100,7	107,6	111,1	106,5	102,5	101,4
1990 Mai	112,6	105,2	113,5	117,3	100,6	107,8	112,4	106,7	102,8	102,0
1990 Juni	112,8	105,6	112,9	117,4	100,4	107,8	112,8	106,6	102,3	102,3
1990 Juli	113,6	106,0	112,3	117,9	100,2	107,9	113,1	107,2	102,4	101,8
1990 Aug.	113,7	106,2	112,0	118,0	99,5	108,1	113,2	107,5	102,3	101,7
1990 Sept.	113,9	106,6	111,5	118,2	99,1	108,3	113,3	108,1	103,9	101,9

Jahr Monat	Lederwaren und Schuhe		Textilien	Bekleidung	Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes				Tabak- waren	Fertigtei- bauten im Hochbau
	zusammen	darunter Schuhe			zusammen	darunter				
						Mahl- und Schalmühlen- erzeugnisse	Milch, Butter, Kase	Fleisch und Fleisch- erzeugnisse		
1987 D	103,5	103,4	99,2	103,3	95,8	94,8	98,7	95,4	103,3	105,1
1988 D	104,8	104,6	99,6	104,7	96,9	94,1	101,3	94,4	104,8	106,9
1989 D	107,0	106,8	101,6	106,6	99,0	90,8	105,3	100,6	109,3	110,3
1989 Aug.	107,1	106,9	102,1	107,0	99,5	90,2	105,3	103,4	109,9	110,9
1989 Sept.	107,2	107,0	102,2	107,2	99,9	89,6	105,7	105,5	109,9	111,2
1989 Okt.	107,8	107,6	102,3	107,3	100,0	89,2	105,8	106,3	109,9	112,0
1989 Nov.	107,7	107,6	102,5	107,3	99,8	89,0	106,0	106,1	110,0	112,7
1989 Dez.	107,9	107,8	102,4	107,4	99,4	88,6	105,8	106,0	109,9	113,3
1990 Jan.	108,6	108,2	102,6	107,8	98,9	88,2	104,9	105,1	113,4	113,9
1990 Febr.	108,7	108,4	102,7	108,0	98,4	87,9	104,2	103,8	113,8	114,3
1990 März	108,8	108,5	102,8	108,2	98,4	87,3	103,6	103,8	113,8	114,9
1990 April	109,0	108,6	102,9	108,2	98,6	87,1	103,3	104,1	113,8	115,7
1990 Mai	109,1	108,8	102,8	108,6	98,8	86,7	102,9	105,1	113,8	116,5
1990 Juni	109,2	108,8	102,8	108,8	98,8	86,2	103,0	105,5	113,8	116,8
1990 Juli	109,4	109,2	102,9	109,1	98,8	85,7	102,8	106,3	113,8	117,6
1990 Aug.	109,6	109,3	102,8	109,5	98,9	85,2	102,7	106,3	113,8	118,6
1990 Sept.	109,6	109,2	102,8	109,8	98,7	85,5	102,7	105,0	113,9	119,1

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 2

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer - 2) Fertigerzeugnisse nach ihrer vorwiegenden Verwendung, entsprechend der Warengliederung des Index der gewerblichen Bruttoproduktion für Investitions- und Verbrauchsgüter - 3) In den Preisindizes für Elektrizität ist die Ausgleichsabgabe nach dem dritten Verstromungsgesetz berücksichtigt - 4) Ohne Ferrolegierungswerke - 5) Ottomotoren, Dieselmotoren, Dampf- und Gasturbinen - 6) Einschl. Fahrräder mit Hilfsmotor sowie deren Verbrennungsmotoren - 7) Ohne Preisrepresentanten für Holzschliff

Preisindex für die Lebenshaltung
1985 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	insgesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getranke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers Aus- stattung, Dienst- leistun- gen des Behör- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

Alle privaten Haushalte¹⁾

1987 D	100,1	100,1	100,1	103,2	96,7	103,4	80,3	102,2	103,2	97,4	101,6	106,0
1988 D	101,4	101,4	100,3	104,5	97,7	105,6	78,1	103,3	104,7	98,9	102,7	110,0
1989 D	104,2	104,2	102,6	106,0	101,1	108,8	82,0	104,9	108,6	103,3	103,8	113,1
1989 Aug	104,2	104,4	102,3	106,0	101,2	109,2	81,6	105,3	108,7	103,1	103,4	113,5
Sept.	104,4	104,6	102,4	106,2	101,7	109,4	82,7	105,4	108,8	103,1	103,5	113,4
Okt	104,7	104,9	102,8	106,5	102,1	109,6	83,6	105,6	109,0	103,5	103,8	113,4
Nov.	104,9	105,0	103,1	106,5	102,4	109,9	83,9	105,7	109,1	103,2	104,3	113,6
Dez	105,2	105,3	103,6	106,5	103,1	110,1	85,8	105,8	109,2	103,4	104,6	113,7
1990 Jan.	105,8	105,7	104,4	106,6	103,4	110,6	85,7	106,1	109,5	104,1	106,1	114,3
Febr	106,2	106,0	105,3	106,7	103,0	111,0	83,5	106,3	109,7	104,7	106,5	115,5
Marz	106,3	106,2	105,3	106,9	103,2	111,3	83,5	106,5	109,9	104,6	106,5	115,9
April	106,5	106,3	105,9	107,0	103,5	111,7	83,4	106,8	110,0	104,7	105,8	115,9
Mai	106,7	106,4	106,3	107,2	103,7	112,0	83,1	107,1	110,1	104,7	106,1	115,8
Juni	106,8	106,5	106,2	107,2	103,7	112,3	82,7	107,2	110,3	104,8	106,0	116,1
Juli	106,8	106,7	105,9	107,3	104,0	112,7	82,6	107,5	110,3	104,8	105,7	116,1
Aug.	107,1	107,1	105,6	107,4	105,2	113,1	85,9	107,6	110,4	106,5	105,6	114,7
Sept	107,5	107,6	105,3	107,8	105,7	113,4	87,0	107,7	110,6	108,3	105,8	114,7

4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höheren Einkommen²⁾

1987 D	100,6	100,6	100,1	103,3	97,4	103,3	78,8	102,3	102,9	97,4	102,0	106,0
1988 D	102,1	102,2	100,3	104,6	98,6	105,6	76,5	103,3	104,7	98,9	103,2	110,7
1989 D	104,9	105,0	102,4	106,1	102,0	108,8	80,5	104,9	107,7	103,6	104,6	113,7
1989 Aug	104,9	105,2	102,0	106,1	102,2	109,2	80,1	105,2	107,8	103,5	104,3	114,0
Sept.	105,1	105,3	102,2	106,3	102,6	109,4	81,2	105,3	107,9	103,4	104,4	114,0
Okt.	105,4	105,6	102,5	106,6	103,0	109,6	82,2	105,5	108,0	103,8	104,7	114,0
Nov	105,5	105,7	102,8	106,6	103,3	109,9	82,5	105,6	108,1	103,5	105,2	114,3
Dez.	105,9	106,0	103,4	106,6	103,9	110,1	84,4	105,7	108,2	103,6	105,4	114,5
1990 Jan	106,4	106,4	104,3	106,7	104,3	110,6	84,3	106,0	108,4	104,2	106,3	115,1
Febr	106,9	106,8	105,1	106,8	104,0	111,0	82,1	106,2	108,6	104,9	106,6	116,6
Marz	107,0	106,9	105,2	107,0	104,3	111,3	82,1	106,4	108,8	104,9	106,6	116,9
April	107,2	107,1	105,7	107,1	104,6	111,7	82,1	106,7	108,8	105,0	106,1	116,9
Mai	107,4	107,2	105,9	107,3	104,8	112,1	81,9	107,0	108,9	105,1	106,4	116,9
Juni	107,5	107,4	105,8	107,4	104,9	112,3	81,4	107,2	109,1	105,2	106,3	117,3
Juli	107,5	107,5	105,6	107,5	105,1	112,7	81,4	107,3	109,1	105,3	106,1	117,3
Aug	107,7	107,8	105,4	107,6	106,2	113,1	84,7	107,5	109,1	107,0	106,0	115,2
Sept	108,1	108,3	105,1	107,9	106,7	113,4	85,7	107,6	109,3	109,0	106,3	115,2

4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen³⁾

1987 D	99,9	99,9	99,9	103,4	97,4	103,4	81,2	102,2	102,4	95,5	101,6	107,0
1988 D	101,0	101,0	100,0	104,7	98,6	105,9	79,0	103,2	103,2	96,7	102,8	110,6
1989 D	103,9	104,0	102,3	106,1	102,0	109,3	82,2	104,7	108,9	101,9	104,0	114,1
1989 Aug	103,9	104,1	102,1	106,2	102,2	109,7	81,9	105,0	109,0	101,6	103,7	114,4
Sept.	104,1	104,4	102,3	106,4	102,5	109,9	82,7	105,1	109,1	101,7	103,9	114,4
Okt	104,4	104,7	102,7	106,6	102,9	110,1	83,6	105,2	109,3	102,1	104,1	114,4
Nov	104,5	104,7	103,0	106,6	103,3	110,4	84,0	105,4	109,5	101,7	104,5	114,1
Dez	104,9	105,0	103,5	106,6	103,8	110,6	85,5	105,5	109,6	101,8	104,8	114,4
1990 Jan.	105,4	105,3	104,1	106,7	104,2	111,1	85,6	105,7	109,8	102,5	105,9	114,7
Febr	105,8	105,6	105,1	106,8	104,1	111,5	84,1	106,0	110,0	102,9	106,3	115,7
Marz	106,0	105,8	105,1	107,1	104,3	111,8	84,1	106,2	110,1	103,0	106,3	116,3
April	106,2	106,0	105,6	107,1	104,6	112,1	84,2	106,4	110,2	103,0	105,8	116,3
Mai	106,4	106,1	106,0	107,4	104,8	112,5	84,0	106,8	110,4	103,1	106,1	116,2
Juni	106,5	106,3	105,9	107,5	104,9	112,8	83,7	106,9	110,6	103,2	106,0	116,8
Juli	106,5	106,4	105,6	107,5	105,1	113,1	83,6	107,1	110,8	103,2	105,8	116,8
Aug	106,9	107,0	105,5	107,7	106,1	113,5	86,0	107,2	110,9	105,4	105,8	116,1
Sept	107,4	107,5	105,2	108,0	106,5	113,8	86,9	107,3	111,1	107,6	106,0	116,1

Fußnoten siehe folgende Seite

Preisindex für die Lebenshaltung
1985 = 100

Jahr Monat ⁶⁾	Lebenshaltung		Hauptgruppe/Untergruppe ⁷⁾									
	ins- gesamt	ohne saisonab- hängige Waren ⁸⁾	Nahrungs- mittel, Getranke, Tabak- waren	Be- kleidung, Schuhe	Wohnungsmieten ⁹⁾ , Energie (ohne Kraftstoffe)			Möbel, Haushalts- geräte und andere Güter für die Haushalts- führung	Güter für			
					zu- sammen	Woh- nungs- mieten ⁹⁾	Energie (ohne Kraft- stoffe)		die Gesund- heits- und Körper- pflege	Verkehr und Nach- richten- über- mittlung	Bildung, Unter- haltung, Freizeit (ohne Dienst- leistungen des Gast- gewerbes)	die pers. Aus- stattung, Dienst- leistungen des Beher- bergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art

2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen⁴⁾

1987 D	100,0	100,0	99,3	103,2	97,9	103,8	83,5	102,7	103,6	98,1	102,9	107,2
1988 D	101,0	101,1	99,2	104,6	99,3	106,5	81,6	104,0	104,9	99,4	104,6	111,2
1989 D	104,0	104,1	101,5	106,2	102,6	110,3	83,7	105,8	113,4	103,1	105,7	114,9
1989 Aug	104,0	104,2	101,1	106,2	102,9	110,7	83,6	106,2	113,5	103,0	104,9	115,4
Sept	104,1	104,5	101,1	106,4	103,1	110,9	84,1	106,3	113,7	103,2	105,0	115,3
Okt	104,5	104,8	101,5	106,7	103,5	111,1	85,0	106,5	113,9	103,4	105,4	115,3
Nov	104,7	105,0	101,8	106,8	103,9	111,4	85,4	106,8	114,0	103,2	106,3	115,3
Dez	105,2	105,3	102,6	106,8	104,3	111,6	86,4	106,8	114,1	103,3	106,8	115,7
1990 Jan	105,9	105,7	103,6	106,9	104,8	112,1	86,8	107,0	114,3	103,9	109,4	115,9
Febr	106,3	105,9	104,4	107,1	104,8	112,5	86,1	107,3	114,5	104,0	110,2	116,6
Marz	106,4	106,1	104,3	107,3	105,1	112,8	86,1	107,4	114,6	104,2	110,0	117,0
April	106,7	106,2	105,1	107,4	105,3	113,2	86,2	107,7	114,7	104,1	108,8	117,0
Mai	107,0	106,4	105,8	107,5	105,5	113,4	86,1	108,0	114,9	104,3	109,3	117,0
Juni	107,1	106,6	105,6	107,6	105,7	113,7	86,0	108,2	115,1	104,5	109,0	117,9
Juli	107,0	106,7	105,0	107,7	105,9	114,0	85,8	108,4	115,3	104,5	108,5	118,0
Aug	107,2	107,1	104,5	107,8	106,5	114,4	87,2	108,6	115,4	105,7	108,2	118,0
Sept	107,3	107,5	104,0	108,2	106,9	114,7	87,8	108,8	115,5	106,9	108,4	118,0

Einfache Lebenshaltung eines Kindes⁵⁾

1987 D	100,8		99,8	103,3	97,9	104,0	80,6	102,3	102,9	104,7	103,3	103,5
1988 D	101,8		100,2	104,7	99,5	106,9	78,3	103,3	104,2	106,6	105,6	104,5
1989 D	104,6		103,2	106,3	103,8	110,8	83,8	104,4	106,1	111,5	108,0	106,0
1989 Aug	104,6		103,0	106,3	103,9	111,3	82,8	104,5	106,3	112,5	108,2	106,1
Sept	104,7		102,9	106,6	104,5	111,4	84,5	104,7	106,5	113,0	108,4	106,3
Okt	105,0		103,2	106,8	104,9	111,7	85,7	104,8	106,7	113,0	108,6	106,6
Nov	105,2		103,4	107,0	105,2	112,0	85,9	104,9	106,9	113,0	108,6	106,8
Dez	105,8		104,5	107,0	106,1	112,2	88,5	105,0	107,1	113,0	108,7	107,0
1990 Jan	106,4		105,5	107,1	106,3	112,8	88,0	105,1	107,4	114,3	108,9	107,1
Febr	106,8		106,5	107,3	105,6	113,1	84,2	105,4	107,6	114,4	109,2	107,2
Marz	107,0		106,5	107,6	105,9	113,5	84,1	105,6	107,8	114,5	109,4	107,4
April	107,8		108,2	107,6	106,0	113,9	83,7	105,7	108,0	114,8	109,5	107,6
Mai	108,7		110,1	107,8	106,1	114,2	83,0	105,9	108,2	114,8	109,8	107,9
Juni	108,5		109,6	107,9	106,1	114,5	82,2	106,0	108,3	115,0	109,9	108,2
Juli	107,8		107,9	108,0	106,3	114,7	82,1	106,1	108,5	115,1	110,0	108,2
Aug	107,7		106,9	108,1	107,9	115,1	87,3	106,2	108,8	115,1	110,4	108,3
Sept	107,6		106,1	108,5	108,5	115,4	89,0	106,4	109,1	115,3	110,7	108,6

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 7

1) Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 105 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 2) Lebenshaltungsausgaben von rd. 4 964 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 3) Lebenshaltungsausgaben von rd. 3 044 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 4) Lebenshaltungsausgaben von rd. 1 526 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1985 - 5) Bedarfsstruktur 1976, nach der Preisentwicklung auf 1985 hochgerechnet, für den Mindestunterhalt von Kindern im 1. bis 18. Lebensjahr, Hauptgruppe „Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren“ enthält nur Nahrungsmittel sowie alkoholfreie Getränke - 6) Die Monatsindizes beziehen sich jeweils auf den Preisstand zur Monatsmitte - Die Jahresindizes sind einfache Durchschnitte aus den Monatsindizes - 7) Nach der Systematik der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte, Ausgabe 1983 (Gliederung nach dem Verwendungszweck) - 8) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südf Früchte, Frischfleisch, und Blumen - 9) Bei dem Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes sind Wohnungen des freifinanzierten Wohnungsbaues, die 1949 und später erstellt wurden, nicht berücksichtigt

Preisindizes für Bauwerke¹⁾
Neubau und Instandhaltung (Bauleistungen am Bauwerk)

1980 = 100

Jahr Monat	Neubau								
	Wohngebäude				Büro- gebäude	Landwirt- schaftliche Betriebs- gebäude	Gewerbliche Betriebsgebäude		
	insgesamt	Einfamilien-	Mehrfamilien- Gebäude	Gemischt- genutzte-			insgesamt	Stahlbeton	Stahlbau
1987 D	118,6	117,6	118,9	119,2	121,5	118,1	121,5	120,3	122,8
1988 D	121,2	120,1	121,6	121,9	124,5	120,5	124,1	122,7	125,5
1989 D	125,5	124,4	125,9	126,3	129,0	124,8	128,4	126,8	130,0
1987 Aug	119,1	118,1	119,5	119,8	122,1	118,6	122,1	120,8	123,5
1987 Nov	119,2	118,2	119,6	119,9	122,3	118,6	122,3	121,0	123,7
1988 Febr	119,7	118,7	120,1	120,4	122,9	119,0	122,6	121,2	124,0
1988 Mai	120,9	119,9	121,3	121,7	124,2	120,2	123,6	122,3	124,9
1988 Aug	121,7	120,6	122,1	122,5	125,0	121,0	124,7	123,3	126,2
1988 Nov	122,3	121,2	122,7	123,1	125,8	121,6	125,3	123,8	126,7
1989 Febr	123,4	122,3	123,8	124,2	127,0	122,7	126,2	124,7	127,8
1989 Mai	125,2	124,1	125,6	126,0	128,7	124,4	127,9	126,5	129,3
1989 Aug	126,3	125,2	126,7	127,1	129,7	125,6	129,2	127,6	130,7
1989 Nov	127,1	126,1	127,4	127,9	130,6	126,6	130,2	128,5	132,0
1990 Febr	129,7	128,9	129,9	130,4	133,0	129,6	132,6	130,8	134,4
1990 Mai	133,0	132,4	133,3	133,6	135,9	133,0	135,7	134,0	137,4
1990 Aug.	134,7	134,0	135,1	135,3	137,6	134,7	137,7	136,0	139,5

Jahr Monat	Neubau						Instandhaltung von Wohngebäuden				
	Straßenbau			Brücken im Straßenbau	Ortskanäle	Staudämme	Ein- familien- gebäude mit Schonheitsreparaturen	Mehr- familien- gebäude ohne Schonheitsreparaturen		Schonheits- reparaturen in einer Wohnung	
	insgesamt	Bundes- auto- bahnen	Bundes- und Landes- straßen					mit	ohne		
1987 D	105,8	105,9	105,8	112,5	107,3	105,4	127,3	126,5	126,6	126,0	
1988 D	107,0	107,1	106,8	114,6	108,8	107,1	130,8	130,0	129,9	129,5	
1989 D	109,2	109,5	109,0	118,4	112,0	110,2	135,5	134,4	134,5	133,4	
1987 Aug	106,2	106,2	106,2	113,0	107,8	105,8	128,1	127,4	127,3	127,2	
1987 Nov	106,2	106,3	106,2	113,0	107,7	105,8	128,4	127,6	127,6	127,3	
1988 Febr	106,4	106,4	106,3	113,1	107,7	105,9	129,2	128,3	128,4	127,6	
1988 Mai	107,0	107,1	106,9	114,2	108,8	107,0	130,4	129,5	129,5	128,8	
1988 Aug	107,2	107,3	107,0	115,2	109,2	107,5	131,5	130,7	130,5	130,6	
1988 Nov	107,3	107,5	107,1	115,7	109,5	107,9	132,2	131,3	131,2	131,0	
1989 Febr	107,8	108,0	107,6	116,5	110,2	108,5	133,4	132,3	132,5	131,3	
1989 Mai	108,9	109,2	108,7	118,2	111,8	109,9	135,0	133,8	134,0	132,8	
1989 Aug.	109,7	110,0	109,4	119,1	112,7	110,8	136,4	135,3	135,4	134,7	
1989 Nov	110,4	110,7	110,2	119,9	113,2	111,5	137,0	136,0	136,1	134,9	
1990 Febr	112,8	113,1	112,4	122,0	116,0	113,9	139,2	138,2	138,3	137,2	
1990 Mai	115,9	116,2	115,6	125,4	119,5	117,3	141,8	140,7	140,8	139,7	
1990 Aug	117,1	117,4	116,7	126,9	120,9	118,6	143,7	142,7	142,7	142,1	

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 4
1) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Kaufwerte für Bauland

Jahr ¹⁾ Vierteljahr	Baulandarten insgesamt			Baureifes Land			Rohbauland			Sonstiges Bauland ²⁾		
	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert	Fälle	Fläche	Kaufwert
	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²	Anzahl	1 000 m ²	DM/m ²
1987	62 628	76 392	85,40	50 313	41 631	126,08	5 097	9 998	42,75	7 218	24 762	34,23
1988	70 681	85 568	88,25	57 370	47 337	127,74	5 654	10 323	49,05	7 657	27 907	35,77
1989	81 895	103 344	92,13	68 192	61 014	126,44	5 793	12 184	50,88	7 910	30 146	39,36
1989 1 Vj	14 476	17 654	93,19	11 971	10 331	127,42	1 123	1 893	48,34	1 382	5 430	43,69
1989 2 Vj	17 739	21 062	90,66	14 409	12 260	127,28	1 488	2 845	44,76	1 842	5 957	37,21
1989 3 Vj	16 655	20 426	96,74	13 890	12 531	129,31	1 182	2 521	50,61	1 583	5 374	42,45
1989 4 Vj	19 811	24 486	97,80	16 664	14 831	132,11	1 399	3 067	55,09	1 748	6 588	40,47
1990 1 Vj	18 387	23 628	85,70	15 298	14 079	115,75	1 400	3 002	55,50	1 689	6 548	34,95

Siehe auch Fachserie 17, Reihe 5
1) Jahresergebnis mit Nachmeldungen - 2) Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen

Statistische Monatszahlen

für das Gebiet der ehemaligen DDR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1990						
			Marz	April	Mai	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung									
Bevölkerungsstand am Jahres-/ Monatsende	1 000	16 434	16 297	16 273	16 259	16 247	16 216	16 184	..
Eheschließungen	Anzahl	130 989	8 184	8 534	14 224	18 096	9 788	12 428	..
Lebendgeborene	Anzahl	198 922	16 586	15 408	16 044	15 275	15 526	15 149	14 344
Gestorbene	Anzahl	205 711	17 892	16 706	16 355	16 142	15 614	15 780	..
Erwerbstätigkeit									
Arbeiter und Angestellte									
Industrie 1)	1 000	3 193			2 961 2)		2 777	2 710	
Bauwirtschaft 1) 3)	1 000	460			371 2)		361	367	
Arbeitslose am Monatsende	1 000		38,3	64,9	94,8	142,1	272,0	361,3	444,8
Männer	1 000		22,3	37,4	54,1	72,9	131,5	169,0	200,0
Frauen	1 000		16,0	27,3	40,7	69,2	140,5	192,2	244,8
Offene Stellen	1 000		105,9	73,6	54,3	41,4	27,7	20,4	24,4
Kurzarbeiter 4)	1 000						656	1 450	1 729
Produzierendes Gewerbe									
Index der industriellen Warenproduktion 5)	1985 = 100	111,9	109,2	108,0	102,6	95,9	62,4	53,2	
darunter									
Energie- und Brennstoffindustrie	1985 = 100	103,9	102,3	90,2	89,2	81,1	55,0	47,9	..
Chemische Industrie	1985 = 100	109,3	101,8	102,0	93,5	89,7	87,5	53,2	..
Metallurgie	1985 = 100	105,7	102,2	99,6	97,1	83,3	42,1	35,5	..
Baumaterialienindustrie	1985 = 100	109,0	107,3	110,0	112,1	111,8	67,4	44,8	..
Maschinen- und Fahrzeugbau	1985 = 100	115,8	115,8	121,6	117,3	123,4	81,9	73,1	..
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau	1985 = 100	138,6	141,1	141,6	139,3	132,5	95,1	73,5	..
Leichtindustrie	1985 = 100	113,4	114,0	108,5	100,2	87,6	55,5	49,8	..
Textilindustrie	1985 = 100	111,7	112,0	111,7	91,4	83,1	53,4	49,0	..
Lebensmittelindustrie	1985 = 100	104,7	99,3	98,9	94,2	75,1	42,7	38,8	..
Produktion ausgewählter Erzeugnisse									
Elektroenergie	GWh	118 977	9 835	9 018	8 458	7 973	7 767 r	6 660	..
Stadtgas	Mill m ³	7 270	605	565	482	430	453	345	..
Rohbraunkohle	1 000 t	301 058	24 450	22 797	22 153	19 981	17 331	15 263	..
Zement	1 000 t	12 229	901	957	958	979	697	368	..
Walzstahl	1 000 t	9 383	791	719	723	648	456	533	..
Synthetische Faserstoffe	1 000 t	192	17	17	14	12	8	7	..
Papier	Mill m ²	13 696	1 184	930	956	492			..
Personenkraftwagen	Anzahl	216 969	18 212	14 851	15 616	14 060	7 901	9 376	..
Lastkraftwagen	Anzahl	38 786	3 058	2 472	2 928	2 963	2 937	1 928	..
Farbfernsehpfänger	1 000 St	615	55	49	53	47	57	57	..
Oberbekleidung für Herren	1 000 St	14 530	1 287	1 075	1 017	1 343	977	990	..
Oberbekleidung für Damen	1 000 St	16 365	1 305	1 196	1 251	1 063	1 005	905	..
Bautätigkeit									
Gebaute Wohnungen	Anzahl	92 347	5 186	4 918	6 024	5 906	4 702	4 542	..
dar Neubauwohnungen	Anzahl	83 361	4 929	4 736	5 842	5 618	4 476	4 423	..
Einzelhandel 6)									
Einzelhandelsumsatz insgesamt	Mill DM						5 855	6 195	5 815
Nahrungs- und Genußmittel	Mill DM						3 300	3 536	3 233
Industriewaren	Mill DM						2 585	2 659	2 582
Schuhe und Lederwaren	Mill DM						142	139	143
Stoffe, Konfektion, Wirk- und Strickwaren	Mill DM							556	581
Möbel, Kulturwaren, Sportartikel	Mill DM							360	376
Haushalt- und Wirtschaftswaren	Mill DM							272	288
Technik und Fahrzeuge	Mill DM							325	323
Haushaltchemie	Mill DM							271	290
Brenn- und Baustoffe, flüssige Kraftstoffe	Mill DM							659	662

1) Als Arbeiter und Angestellte werden alle abhängigen Erwerbstätigen nachgewiesen, ohne Lehrlinge Monatsdurchschnitte, ohne die Beschäftigten in genossenschaftlichen und privaten Betrieben, in denen es im September 1989 in der Industrie 166 000, in der Bauindustrie 84 000 abhängig Beschäftigte gab - 2) Durchschnitt des 2. Vierteljahres - 3) Umfaßt die Bauindustrie und das Bauhandwerk - 4) Stand Mitte des Monats. Bei der Arbeitsverwaltung angemeldete Kurzarbeit. Kurzarbeitergeld wird bei vorübergehendem Arbeitsausfall bezahlt, wenn zu erwarten ist, daß den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze erhalten bleiben (übereinstimmend mit dem Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) der Bundesrepublik Deutschland; die Zahlung von Kurzarbeitergeld ist für das Gebiet der ehemaligen DDR etwas erweitert (§ 63, Abs. 4 und 5 des AFG), und zwar auf schwerwiegende strukturelle Verschlechterungen der Lage von Wirtschaftszweigen bzw. im Zusammenhang mit betrieblichen Strukturveränderungen, die durch die Wirtschafts-, Wohnungs- und Sozialunion hervorgerufen wurden) - 5) Index der Bruttoproduktion; Monatsangaben arbeitstägig bereinigt, nach der Systematik der Volkswirtschaftszweige der ehemaligen DDR, die z.T. erheblich von der Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes abweicht (z.B. Chemische Industrie u.a. einschl. Kunststoffindustrie, Kali- und Phosphatbergbau, Metallurgie = Herstellung von Eisen und Stahl, NE-Metallen und Erzeugnissen daraus u.a. einschl. Erzbergbau, ohne Gießereien, Maschinen- und Fahrzeugbau, einschl. Gießereien, Stahlbau und EBM-Waren, Gerätebau = u.a. Feinmechanik und Optik, Leichtindustrie = u.a. Holzbe- und -verarbeitung, Zellstoffindustrie, Papier- und Pappeverarbeitung, Musik- und Sportgeräte, Spielwaren, Kulturwaren (Schallplatten, Tonbänder u.a.), Schuh- und Bekleidungsindustrie, Lederwaren, Glas- und Feinkeramik, Lebensmittelindustrie einschl. Hochsee- und Küstenfischerei) - 6) Gliederung nach der Binnenhandelsschlusliste der ehemaligen DDR für Warenumsatz und Warenfonds

Statistische Monatszahlen

für das Gebiet der ehemaligen DDR

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1989	1990							
			Marz	April	Mai	Juni	Juli	August	September	
Außenhandel 1)										
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill DM							757	792	
Warengruppen 2)										
Nahrungsmittel und lebende Tiere	Mill DM							15	28	
Getranke und Tabak	Mill DM							10	7	
Rohstoffe (ausgenommen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	Mill DM							46	38	
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw	Mill DM							337	293	
Tierische und pflanzliche Ole, Fette und Wachse	Mill DM							-	0	
Chemische Erzeugnisse, a n g	Mill DM							65	17	
Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	Mill DM							52	102	
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Mill DM							195	222	
Verschiedene Fertigwaren	Mill DM							27	45	
Andere Waren u -verkehrs-vorgänge	Mill DM							11	40	
Ländergruppen (Ursprungslander)										
Industrialisierte westliche Länder	Mill DM							146	247	
dar EG-Länder	Mill DM							92	137	
Entwicklungslander	Mill DM							24	40	
Staatshandelslander	Mill DM							587	502	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill DM							2 522	2 556	
Warengruppen 2)										
Nahrungsmittel und lebende Tiere	Mill DM							12	44	
Getranke und Tabak	Mill DM							5	5	
Rohstoffe (ausgen Nahrungsmittel und mineralische Brennstoffe)	Mill DM							33	23	
Mineralische Brennstoffe, Schmiermittel usw	Mill DM							31	43	
Tierische und pflanzliche Ole, Fette und Wachse	Mill DM							0	1	
Chemische Erzeugnisse, a n g	Mill DM							321	259	
Bearbeitete Waren vorwiegend nach Beschaffenheit	Mill DM							244	280	
Maschinenbauerzeugnisse und Fahrzeuge	Mill DM							1 601	1 408	
Verschiedene Fertigwaren	Mill DM							257	465	
Andere Waren u -verkehrs-vorgänge	Mill DM							18	29	
Ländergruppen (Bestimmungslander)										
Industrialisierte westliche Länder	Mill DM							166	274	
dar EG-Länder	Mill DM							102	181	
Entwicklungslander	Mill DM							104	95	
Staatshandelslander	Mill DM							2 251	2 185	
Einfuhr (-) bzw. Ausfuhr-überschuß (+)	Mill DM							+ 1 765	+ 1 765	
Verkehr										
Gütertransportmenge (öffentl. Verkehr)										
Eisenbahn	1 000 t	339 280	27 084	25 289	24 027	20 420	15 640	12 787	13 102	
Binnenschifffahrt	1 000 t	19 259	1 642	1 614	1 609	1 446	945 r	541	705	
Straßenverkehr	1 000 t	140 746	10 746	11 652	10 956	9 850	7 804	5 571		
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle insgesamt 3)	Anzahl	48 101	4 966	5 674	6 435	7 082	6 893	7 526	7 465	
Getotete 4)	Anzahl	1 624	160	175	211	254	297 r	289 r	309	
Verletzte	Anzahl	41 197	3 925	4 436	5 643	5 849	5 925 r	6 411 r	5 823	
beschädigte Fahrzeuge	Anzahl	71 708	7 755	8 953	9 952	11 426	11 238	12 600	12 489	
Preise 5)										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1989 = 100							94,5	94,9	96,6
Nahrungsmittel, Getranke, Tabakwaren	1989 = 100							115,4	111,9	111,4
Bekleidung, Schuhe	1989 = 100							57,5	59,9	64,4
Wohnungsmieten, Energie 6)	1989 = 100							100,0	100,0	100,0
Wohnungsmieten	1989 = 100							100,0	100,0	100,0
Energie 6)	1989 = 100							100,0	100,0	100,0
Mobel, Haushaltsgeräte und andere Güter für die Haushaltsführung	1989 = 100							74,5	74,9	76,3
Güter für die Gesundheits- und Körperpflege	1989 = 100							119,4	121,4	122,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1989 = 100							85,2	89,2	89,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit 7)	1989 = 100							88,5	90,9	95,2
persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	1989 = 100							99,0	102,0	105,1

1) Ohne innerdeutschen Handel - 2) Nach dem Internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel (SITC 3), Ausgabe 1988 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw mit einem Sachschaden von über 800 DM - 4) Einschl Getoteter, die innerhalb von 3 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind (in der Bundesstatistik werden Getotete nachgewiesen, die bis zum 30. Tag nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind) - 5) Als Wagungsschema werden die durchschnittlichen Verbrauchsausgaben aller privaten Haushalte im Gebiet der ehemaligen DDR herangezogen - Preisbasis ist der Jahresdurchschnitt 1989 - 6) Ohne Kraftstoffe - 7) Ohne Dienstleistungen des Gastgewerbes